Informelle Konfliktbewältigung
Zur Geschichte der Eingabe in der DDR

Dissertationsschrift
zur Erlangung des Dr. phil.

vorgelegt der Philosophischen Fakultät
der Technischen Universität Chemnitz

von
Felix Mühlberg
geboren am 27. Mai 1964
Chemnitz, den 1. Mai 1999

Gutachter:
1. Prof. Dr. Rudolf Boch
2. Prof. Dr. Günther Grünthal
3. Prof. Dr. Wolfgang Kaschuba
3. 7. Statistik ................................................................. 221
   · Versuch einer Schätzung DDR-weiter Eingabenzahlen
   · „Im Sinne der Bürger entschieden”

4. Die Eingabenkultur ....................................................... 241
4. 1. Die Eingabe als Quelle ................................................ 242
   · Zur Überlieferung der Eingaben in den Archiven
   · Quellenauswahl
   · Methodisches Vorgehen
   · Die computergestützte Erfassung der Eingaben
   · Vorüberlegungen zur Auswertung

4. 2. Die rhetorische Dimension in den Eingaben ............... 253
4. 2. 1. Rollenzuweisung, die persönliche Anrede .............. 256
4. 2. 2. Die Selbstdarstellung ............................................. 264
4. 2. 3. Der Bezug auf Normen und Werte ......................... 274
   · Bezug auf kulturell-moralische Grundwerte
   · Bezug auf Autoritäten
4. 2. 4. Einsicht in die Notwendigkeit ............................... 291
4. 2. 5. Die Drohung ....................................................... 293
   · Die Drohung mit einem Ausreiseantrag
   · Die Drohung mit der höheren Instanz
   · Die Drohung mit der Verweigerung staatsbürgerlicher Pflichten und Rituale
   · Die Drohung mit Öffentlichkeit
4. 2. 6. Eine Eingabenschreiberin ..................................... 308

4. 3. Eine mikrohistorische Analyse ................................. 321
   · Kommunikationsstrukturen: Einwohner – Bürgermeister – Kreis
   · Privates und Gesellschaftliches. Zum Zusammenhang von Moral und Eigentum

5. Zusammenfassung ....................................................... 343

6. Anlagen ........................................................................ 355
6. 1. Eingaben als Erfahrungsgeschichten eines gestörten Alltags .......................... 355
   · Zur Ernährungssituation · Die empörte Kartengruppe 4 · Freiverkauf macht Waren knapp · Dampfwurst im Tierpark · Dürer, Rembrandt oder Rubens? · Gemüse in Bombenlöchern · Kampf den Schieberrn und Spekulanten · Butter, Gegner und Spekulanten · Erbswurst · Hochzeitsbutter · Polnische Straßenhändler · Konsum-Brot · Was ist der Unterschied zwischen einer russischen Quarzuhr und einem … · Das Zivilgesetzbuch soll helfen · Sauermilchbutter · Silvesterpaß im Kulturheim „Frohe Zukunft“ · Das Grübeln hat kein Ende · Der Westen ruft, oder wer zu spät kommt...
6. 2. Die Petitionsausschüsse in den neuen Bundesländern ........................................... 387
6. 2. 1. Petitionsausschüsse in der Bundesrepublik Deutschland .............................. 387
6. 2. 2. Mecklenburg-Vorpommern .................................... 390
6. 2. 3. Brandenburg ........................................................ 393
6. 2. 4. Thüringen ........................................................... 399
6. 2. 5. Sachsen ............................................................... 402
6. 2. 6. Sachsen-Anhalt ................................................................. 405
6. 2. 7. Der Petitionsausschuß des Bundestages ................................. 407
6. 2. 8. Resümee ............................................................................. 408
6. 3. Dokumente des Ombudsmans der Europäischen Union .............. 411
  6. 3. 1. Qualitative Verbesserungen in der Europäischen Verwaltung .... 411
  6. 3. 2. Die Rolle des europäischen Bürgerbeauftragten ..................... 425
  6. 3. 3. Formblatt für Eingaben ....................................................... 442
  6. 3. 4. Statistiken zum Eingabenaufkommen .................................. 443
6. 4. Quellenverzeichnis .................................................................... 447
  6. 4. 1. Verwendete Literatur .......................................................... 447
  6. 4. 2. Verwendetes Archivmaterial ............................................... 459
    · Stadtarchiv Chemnitz
    · Sächsisches Staatsarchiv Außenstelle Chemnitz
    · Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden
    · Archiv des Bundesbeauftragten für die Unterlagen der Staatssicherheit Chemnitz
    · Landesarchiv Berlin
    · Bundesarchiv Berlin
    · Verzeichnis der Abkürzungen


Eingaben an die Medien wie auch an alle staatlichen Institutionen und gesellschaftlichen Organisationen sind eine bisher kaum beachtete Quelle für die Geschichte der DDR. Das ist umso überraschender, da schon die Beschäftigung mit wenigen Eingaben genügt, um die Vielfalt und Dichte der enthaltenen Informationen zu erahnen.


Eingabenbestände sind mehr oder weniger umfangreich in den Archiven Ostdeutschlands überliefert. Eine sehr große und für Teilbereiche weitgehend vollständige Sammlung fand sich im Stadtarchiv Chemnitz. Auf die Auswertung dieses Bestandes konzentriert sich die vorliegende Arbeit, wobei zu vergleichenden Zwecken auch Eingabenüberlieferungen aus anderen Archiven herangezogen wurden.

1. Einleitung


In dieser Arbeit soll vor allem der Frage nachgegangen werden, welche Handlungsmöglichkeiten den Individuen mit der Eingabe offen standen und wann, wofür, und mit welchem Erfolg Eingaben genutzt wurden, um die Differenz zwischen empfundenener Normalität und erlebter Realität auszugleichen. Die Frage, worin Konflikte bestanden und wie sie gelöst bzw. ausgetragen wurden, ist ein wichtiger Zugang, um etwas über die Funktionsweise der Eingabe zu erfahren. Ziel der Arbeit ist es, diese spezifische Form der Kommunikation und der Konfliktlösung zwischen Bürgern und Staat zu untersuchen und danach zu fragen, welche Bedeutung sie im Alltag hatte und inwiefern sie als Massenphänomen die Gesellschaft geprägt hat.

Im Unterschied zu bisherigen Untersuchungen zur Geschichte der Eingabe, die sich vor allem auf die 80er Jahre beschränkten, wurden für die vorliegende Dissertation erstmals umfangreiche Quellenbestände von 1945 bis 1990 gesichtet und ausgewertet. Die in dieser Arbeit verwendeten Quellen lassen sich in drei Gruppen gliedern.1 Die erste Gruppe besteht aus Akten der Partei- und Staatsführung, die hauptsächlich im Abschnitt zur Geschichte der Eingabengesetzgebung in der DDR verwendet wurden. Als Schwerpunkte sind die Aktenbestände der Präsidialkanzlei, des Staatsrats, der Volkskammer und des Ministerrates zu nennen. Die zweite Gruppe der benutzten Quellen besteht aus Aktenbeständen, in denen Eingaben überliefert sind.2 Sie waren Grundlage für die in

---

1 Eine Liste der verwendeten Signaturen befindet sich in der Anlage IV.
2 Ausführlich wird zum Quellenbestand der Eingaben auf S. 242 ff. eingegangen.

Folgende Archive wurden für die Arbeit besucht: Sächsisches Staatsarchiv Außenstelle Chemnitz (sSAC), Stadtarchiv Chemnitz (SAC), Archiv des Bundesbeauftragten für Unterlagen der Staatssicherheit Chemnitz (BStU-C), Bundesarchiv Potsdam, Bundesarchiv Außenstelle Berlin (SAPMO-Barch, ZPA bzw. BAB), Bundesarchiv Außenstelle Coswig (BAC), Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden (sHSAD), das Archiv des Statistischen Bundesamtes (ASB) und das Landesarchiv Berlin (LAB). Es wurden über 1.200 Signaturen verwendet, davon sind alleine 687 Akten mit Eingaben.

Eine dritte Gruppe verwendeter Quellen besteht aus Interviews, die ich mit verschiedenen Zeitzeugen geführt habe und die als Transkription vorliegen. Weiterhin gingen Zeitungs- und Zeitschriftenartikel in die Untersuchungen ein.


Aus der Perspektive der Bürger hatten Eingaben anders gelagerte Funktionen. Es gab die unterschiedlichsten Motive, eine Eingabe zu schreiben. Eingaben wurden eingesetzt, um Alltagsprobleme zu lösen, um das Nichteinverstandensein mit Entscheidungen der Verwaltung oder der Regierung
zu bekunden, um Vorschläge zu unterbreiten, um über Mißstände gesell-

Schaftlicher Art zu informieren, um Behörden in Bewegung zu setzen, um

Sonderzuteilungen zu ergattern oder einfach nur, um psychischen Druck
abzubauen. Um die Bedeutung von Eingaben aus der Perspektive der Bür-

ger zu rekonstruieren, werden im zweiten Teil der Arbeit die Eingaben

sich selbst einer quantitativen und qualitativen Analyse unterzogen. Hierbei
werden die verschiedenen rhetorischen Strategien untersucht, die beim
Schreiben von Eingaben praktiziert und tradiert wurden, so daß man
sogar von einer regelrechten Eingabenkultur sprechen kann.

Bei der sozialhistorischen Untersuchung der Eingaben liegt der Schwer-

punkt einerseits bei ihrer rechtlichen Konstruktion und Wirkung, und zum
anderen bei ihrer kulturellen Verankerung. So lassen sich anhand der Ein-
gaben die Vorstellungen von Normen, Werten und Moralvorstellungen
sowohl der Eingabenschreiber, als auch der Entscheidungsträger untersu-
chen. Zum anderen ist die Eingabe selbst nicht nur als ein Rechtsmittel,
sondern vor allem als ein kulturelles Instrument zur Konfliktbewältigung
interessant.

Die Zweiteilung der Arbeit ergab sich folgerichtig aus der Spezifik der
Quelle Eingabe. Sie ermöglichte nicht nur, sondern forderte geradezu den
Wechsel der Perspektive. In einmaliger Weise treffen hier die unterschied-
llichen Akteure einer Gesellschaft aufeinander und bieten dem Historiker
die Möglichkeit, anhand konkreter Konfliktsituationen gesellschaftliche
und lebensweltliche Konzepte zueinander in Beziehung zu setzen.

1. 1. Die Eingabe in der DDR. Zum Forschungsstand

Die Geschichte und Funktion der Eingabe wurde vor 1989 in der DDR
hauptsächlich von Rechtswissenschaftlern erforscht. Eingaben wurden
von ihnen als unbürokratische Form gewertet, Probleme zwischen Staat
und Bürger zu klären und damit der Verwaltungsgerichtsbarkeit – die
bürokratisch und nicht büгernah sei – gegenübergestellt. Im offiziellen
Wortlaut der DDR waren Eingaben ein Ausdruck sozialistischer Demo-
kratie. Ihre hohe Zahl wurde als das Vertrauen der Bevölkerung zu ihrem
Staat interpretiert.

Zum Thema Eingabe lassen sich in DDR-Publikationen bis 1989 mehr als
60 wissenschaftliche Aufsätze finden, die fast ausschließlich in einem


Nach 1989 haben wiederum vor allem Rechtswissenschaftler wie Wolfgang Bernet und Inga Markovits die Eingabengesetzgebung der DDR als ein nichtjustiziables Werkzeug beschrieben, das rechtsunsicher sei, weil hier der Verwaltungsapparat selbst Urteile über die Rechtmäßigkeit seiner Entscheidungen fällen würde. Die Eingaben werden in ihren Arbeiten der Verwaltungsgerichtsbarkeit gegenübergestellt, die sich einerseits bürokratisch an Fristen, Formen und Instanzen hielte, andererseits jedoch eine unabhängige Instanz darstelle. Auch aus politikwissenschaftlich- bzw. politikhistorischer Sicht sind nach 1989 erste Arbeiten zur Eingabe erschienen, die die Eingabe in die Reihe totalitärer Herrschaftsinstrumente stellen. Diese Arbeiten beschränken sich in der Darstellung jedoch auf die 80er Jahre.

---


Die Geschichte der Eingabe und ihrer Praxis wurde bisher nicht in umfassender Form untersucht, insofern begibt sich die vorliegende Arbeit in mehrfacher Hinsicht auf Neuland: Einmal bei der Rekonstruktion der Rechtsgeschichte der Eingabe, zum zweiten bei dem Versuch einer Institutionengeschichte, und zum dritten, indem nach der kulturellen Bedeutung des Eingabenschreibens als lebensweltliche Praxis gefragt wird, um die kulturhistorische Dimension zu untersuchen. Im Folgenden sollen vor allem die Grundzüge der rechtswissenschaftlichen Diskussion umrissen werden. Alle dabei aufgeworfenen Fragen werden im weiteren Verlauf der Arbeit wieder aufgegriffen und ausführlich diskutiert.


Bernets Überlegungen zur Verwaltungsgerichtsbarkeit unterstützen die mittlerweile gängige These, daß die Eingabe in der DDR als ein Ersatz für die abgeschaffte Verwaltungsgerichtsbarkeit eingeführt wurde. Seine Dissertation bewegt sich dabei in einem heiklen Spannungsfeld. Einerseits kritisiert er die bürgerliche Rechtspraxis und andererseits lobt er die Vorteile unabhängiger Verwaltungsgerichte und anderer Rechtsmittel im Hinblick auf die Rechtssicherheit der Bürger. Äußerungen, wie beispielsweise die, daß das bürgerliche Nachkriegsverwaltungsrecht den Positivismus nicht überwunden hätte, oder, daß das Beschwerderecht dazu diene, den der bürgerlichen Gesellschaftsordnung innewohnenden Graben zwischen der machtausübenden Minderheit und der machtlosen Mehrheit zu kultivieren und in seiner Ausgestaltung dazu beizutragen, ein Scheinbild der Demokratisierung zu erhalten, bilden den einen Pol seiner verwaltungsrechtlichen Überlegungen.


Abgesehen von solchen ideologischen Einlassungen erweist sich insbesondere das Kapitel „Die Überwindung der Verwaltungsgerichtsbarkeit in der antifaschistisch-demokratischen Revolution“ als sehr informativ. Hier


\[\text{11 Staats- und Verwaltungsrecht wurde gegen den Widerstand der Verwaltungsrechtler zusammengelegt.}\]

\[\text{12 Bernet, 1978, S. 86.}\]

\[\text{13 Ebenda, S. 189-190.}\]

\[\text{14 Ebenda. S. 366.}\]

\[\text{15 Ebenda, S. 366 ff.}\]
Die Eingabe in der DDR. Zum Forschungsstand

weist er am Beispiel des OVG Thüringen nach, daß sich Verwaltungsgerichtsbarkeit in der neuen Gesellschaftsordnung mehr und mehr als Hemmschuh der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung herausstellte. So schildert er Fälle, bei denen das OVG Verwaltungsentscheidungen aufhob, weil gegen Rechtsnormen verstoßen worden wäre. Da die Anweisung an die Verwaltung von der Volksvertretung kam, setzte das OVG indirekt Weisungen der Volksvertretung außer Kraft.


Bernet plädiert in seiner Arbeit – und das ist der andere Pol – für die Wiedereinführung des Verwaltungsrechts in der DDR. Bestätigung meint er dabei aus den Direktiven des VIII. Parteitags der SED 1971 und von sowjetischen Rechtswissenschaftlern zu erhalten. Und auch eine Verwaltungsgerichtsbarkeit findet er, trotz der oben zitierten Anwürfe, wichtig. So meint er, daß im Gesetz über das gerichtliche Verfahren in Zivil-, Fami-

17 Bernet, 1978S. 397.
18 Ebenda, S. 399.
19 In Westeuropa gibt es nur in der Bundesrepublik Deutschland die Rechtskonstruktion, daß ein Gericht die Beschlüsse der höchsten Volksvertretung mit dem Verweis auf die Verfassung aufheben kann. Prominentestes Beispiel der jüngsten Geschichte ist der § 218 BGB.
Einleitung

... zum ersten Mal eine Kompetenz der ordentlichen Gerichte für Streitigkeiten zwischen staatlichen Organen und Bürgern statuiert wurde; und überlegt: „Welche rationalen Argumente sind nun einzuführen, um eine Weiterentwicklung auf diesem Gebiete zu erreichen?“ Notwendig wäre diese „Weiterentwicklung“, weil die Verantwortung der Bürger wachsen würde und, um Bürgerrechte wahren zu können. Schließlich zählt er Vorteile auf, die ein Gerichtsverfahren in Streitfällen zwischen Bürger und Staat hätte: Das Verfahren sei öffentlich, Gerichte seien unvoreingenommen und Urteile würden von einem (Richter)kollektiv gefällt werden, „was stabile Entscheidungen im Interesse der sozialistischen Gesetzlichkeit auf dem Gebiet der staatlichen Leitung“ ermöglichen würde.

Kommen wir zu Bernets Untersuchungen der Eingabe in der DDR. Er sieht die Eingabe als ein Rechtsmittel an, das in die Tradition der verwaltungsinernen Rechtsmittel und Rechtsbehelfe, wie Gegenvorstellung, Widerspruch, Rekurs, Beschwerde usw., einzuordnen sei. Die Eingabe setzt er gegen die förmlichen Rechtsmittel des bürgerlichen Verwaltungsrechts:

 „Die förmlichen Rechtsmittel sind in praxi mit einem Wust an Formvorschriften beladen, die ihr Einlegen erschweren und somit oft zum Brot der Advokaten machen. Die Einhaltung der unbedingten Schriftform – in Ausnahmen ist die Erklärung zu Protokoll zulässig –, die Kenntnis des Instanzenzuges und die Wirkung der Beschwerde sind wie andere Elemente für den juristischen Laien oft ein verschlossenes Buch. Auch die ausdrückliche Berufung im bürgerlichen deutschen Recht auf ein Spezialgesetz ist für den Adressaten nicht hinreichend aussagekräftig, wann er welche Rechtsmittel gegen die Verwaltung einsetzen kann.“

Und noch auf einer zweiten Ebene sieht er für die Eingabe in der DDR eine wichtige Funktion: So zielt ein Großteil seiner Argumentationen darauf ab, zu belegen, daß Kritik an Leitungstätigkeit und Mitbestimmung

---

20 GBl. I, S. 533
22 Ebenda, S. 407-408.
24 Bernet, 1978, S. 188.
Die Eingabe in der DDR. Zum Forschungsstand

der Bevölkerung über ihr Beschwerderecht wertvolle Triebkräfte der
Gesellschaft seien. Eingaben in diesem Sinne hätten folgende Bedeutung:

„1. Sie sind eine Form der Beteiligung der Volksmassen an der
Machtausübung.
2. Sie sind ein Mittel für den Ausdruck der öffentlichen Meinung
und des Bewußtseinsstandes.
3. Sie sind eine Quelle der Information für den Leiter und ein
Maßstab für die Richtigkeit der Beschlüsse und die Qualität der Lei-
tungstätigkeit.
4. Sie sind eine Möglichkeit der Erschließung von Reserven
und eine Form der gesellschaftlichen Kontrolle“ 25

Bernet stellt die Eingabe bei dieser Aufzählung ihrer Vorzüge nicht in den
Kontext eines universellen Verwaltungsbeschwerderechts, sondern viel-
mehr in den der demokratischen Formen. Das Verwaltungsrecht grenzt er
auch deutlich bei der Untergliederung des Eingabenrechts in der DDR aus.
In Auseinandersetzung mit den Strukturierungsvorschlägen Bönningers
und Schönraths, die 1972 in STaat UNd Recht einen Aufsatz über das
„Beschwerderecht (als) – Instrument zur Wahrung der Rechte der Bürger
und zur weiteren Verbesserung der staatlichen Leitungstätigkeit“ publi-
zierten, gliedert er die Funktionen der Eingabe in:
• ein „förmliche(s) Rechtsmittel gemäß dem zitierten Gesetz von 1971 und
einer entsprechenden Verordnung des Ministerrates sowie anderer
Rechtsakte.“
• Beschwerden „gemäß § 1 Abs. 1 der Eingabegesetzes von 1975.“ 26

Bernet unterstützt mit dieser Unterteilung die Trennung von Rechtsmit-
teln und Eingaben im herkömmlichen Sinne. Rechtsmittel wieder einzu-
führen, sieht er als Fortschritt in Richtung eines wiedererstarkenden
Verwaltungsrechts.

Bönninger und Schönrath ordnen der Eingabe zwei Funktionen zu: zum
einen als Rechtsmittel gegen Verwaltungsentscheidungen und zum anderen
als Medium einer Öffentlichkeit, um generelle Entscheidungen auf den Prüf-
stand der öffentlichen Meinung im wahrsten Sinne des Wortes zu stellen:

„Die Funktion der Beschwerde als Eingabe ist eine andere als die der
Rechtsmittel. Sie hat in erster Linie die Funktion, die demokratische
Teilnahme der Bürger und Kollektive an der staatlichen Leitung zu
garantieren und so die Leitungstätigkeit der staatlichen Organe ver-

25 Ebenda, S. 224-225.
26 Ebenda, S. 236.
bessern zu helfen, eine gesellschaftliche Kontrolle auszuüben und die Interessen und Rechte der Bürger und Kollektive zu sichern. (...)

Bönningers und Schönraths „Eingabenbeschwerde“ scheint sich am Leitbild bürgerlichen Petitionsrechts als Instrument basisdemokratischer Mitbestimmung zu orientieren. Im Unterschied zur Petition favorisieren die Autoren jedoch den kurzen Weg zwischen Verwaltung und Bürger. Sie sehen die Eingabe als ein Korrektiv staatlicher Entscheidungen. Bernet setzt dagegen:

„Den scheinbar unbeteiligten Dritten in eine Randlage ohne förmliche Rechtsmittel zu manövrieren und ihn dann mittels eines Kunstgriffes (Eingabenbeschwerde als allgemeiner Rechtsbehelf) auszurüsten, entspricht nach m. E. nicht optimal der aktiven Stellung der Bürger der sozialistischen Gesellschaftsordnung.“

Er favorisiert daher eine möglichst explizite Definition von Rechtsmitteln gegen Verwaltungsentscheidungen bis hin zur Wiedereinführung von Verwaltungsgerichten.
In den Publikationen nach 1989 reduziert Bernet seine Auffassung von Eingabengesetzen und Verordnungen im wesentlichen darauf, daß sie nur ein Mittel gewesen seien, „um Bürgerwillen und -wollen in rechtsähnliche Bahnen zu gießen und nach dem paternalistischen Konzept, das Staat und Verwaltung universell dominierte, von Fall zu Fall zu befriedigen oder nicht.“ Im Gegensatz dazu würde das Verwaltungsrecht den Bürgern ermöglichen, „ihre subjektiven öffentlichen Rechte durch rechtsförmige Verfahren würdevoll, selbstbewußt, kulturvoll und demokratisch durchzusetzen“. In seiner Darstellung verläßt er hier die juristische Ebene und argumentiert mit Adjektiven, die im Kontext kultureller Werte stehen.
Bernet stellt bei der Beurteilung der Eingabe zwei wesentliche Argumente gegenüber. Einerseits sei es leichter, sich mit einem nichtförmlichen Anschreiben an eine beliebige Instanz zu wenden, die dieses Anschreiben

---
30 Ebenda, S. 153.


31 Ebenda, S. 161. 
32 Ebenda, S. 161.

Weitere wichtige Befunde in diese Richtung liefern auch die Untersuchungen von Inga Markovits, einer Rechtswissenschaftlerin von der University of Texas, School of Law in Austin. Auch Markovits vergleicht die Vor- und Nachteile der Verwaltungsgerichtsbarkeit mit denen der Eingabe. In einem Aufsatz von 1987 grenzt sie den Rahmen, in dem Verwaltungsklagen in der Bundesrepublik Deutschland überhaupt zulässig sind, folgendermaßen ein:

„Nur subjektive Rechte (und rechtlich geschützte Interessen) lassen sich vor dem Verwaltungsgericht verteidigen, nur solche Ansprüche, die des Klägers eigene Gesundheit oder Selbstentfaltung, seine eigenen finanziellen Interessen zum Gegenstand haben. Anliegen, die der Einzelne als Mitglied der Gesellschaft mit anderen teilt, lassen sich nur im politischen Prozeß oder allenfalls durch Petitionen, also durch Bittgesuche ohne jeglichen Druck, zur Geltung bringen. Gerichtsschutz erhalten gesellschaftlich motivierte Anliegen nur dann, wenn sie sich sozusagen als subjektive Rechte verkleiden lassen: wenn etwa ein Gegner der Kernenergie behaupten kann, ein geplanter Reaktor gefährde seine persönliche Gesundheit. Unsere Verwaltungsgerichte schützen uns als Egoisten und nur als Egoisten. Wenn allerdings ein Verwaltungsakt private Rechte verletzt, ist der Betroffene zu weitreichendem Schutz berechtigt und es kann sein, daß sogar Millionenprojekte des Staates um der Rechte eines einzigen Bürgers Willen zu Fall gebracht werden können."

Weiter gesellschaftlich relevante Angelegenheiten, wie Umweltprobleme, noch nicht rechtlich gesicherte Interessen, wie einen Arbeitsplatz oder soziale Leistungen, die die Verwaltung auf Grund ihres Ermessens nicht gewährt, lassen sich über Verwaltungsgerichte einklagen. Nicht die Rechte der Bürger, sondern „Sorgen und Nöte“, so Markovits,
Die Eingabe in der DDR. Zum Forschungsstand

sind Termini, die von staatlicher Seite verwendet wurden, um Eingabeninhalte zu beschreiben. Sie deutet diesen Umstand so, daß Bürger und Staat in einem quasi familiären Verhältnis zueinander standen. Und ein solches Verhältnis hätte den Vorteil, bestimmte Interessen durchsetzen zu können, die über den juristischen Weg undenkbar wären.

„Denn die Verwaltung muß ja nicht von der juristischen Begründetheit eines Anspruchs, sondern nur von seiner menschlichen Dringlichkeit überzeugt werden, und das kann — wie mir ein DDR-Kollege einmal sagte — ein Bürger in holpriger, zu Herzen gehender Alltagssprache viel besser als ein Jurist.“

Auch Markovits betrachtet die Eingabe aus der Ratio der Rechtswissenschaft. Doch sie bezieht hier das Verhalten der Bürger vor Gericht in ihre Überlegungen ein. Ungewöhnlich findet sie die geringe Zahl an Zivilrechtsklagen und, daß sich Richter in der DDR zunehmend als eine Art Supervisor verstanden hätten:


Markovits macht es sich mit den vorgefundenen Befunden einfach. Was aus der Logik der eigenen Gesellschaft nicht als rational und sinnvoll deutbar ist, wird bagatellisiert oder desavouiert. Wenn sich vor Gericht nicht die Anwälte um egoistische Interessen mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln „fetzen“, wird die andersartige Form, Konflikte zu schlichten, als „Zank-Kultur“ gedeutet. Ihre These, daß Gesellschaften über unterschiedliche Zugänge verfügen, um Konflikte zu regulieren, lassen jedoch die anthropologische Dimension des Phänomens aufscheinen. Der

34 Ebenda, S. 273.
35 Markovits untersuchte Gerichtsakten der Stadt „Lüritz“ einer „ostdeutschen Kleinstadt“ im Norden der DDR.
Einblick in zwei Gesellschaftssysteme versetzt sie in die Position, verglei- 
chen zu können. So stellt sie beispielsweise fest, daß die Gerichte – teil-
weise heftigst ihre Autorität nutzend – immer wieder darauf drängten, 
daß sich die Prozeßparteien einigen sollten:

„...Einigungen waren sozusagen ‘sozialistischer’ als streitige Urteile; 
weniger zänkisch; eher in Einklang zu bringen mit dem Ziel zwi-
schenmenschlicher Solidarität in einer Gesellschaft, in der der 
Mensch des Menschen Bruder sein sollte. In kapitalistischen Prozes-
sen werden Vergleiche vor allem von Anwälten ausgehandelt und 
dienen der Risikominderung bei unsicherem Prozeßausgang. In der 
DDR, wo der Ersatz des Wortes 'Vergleich' durch 'Einigung' auch als 
Programm zu verstehen war, wurden die Einigungen zwischen Richt-
ter und Parteien abgesprochen und dienten der Befriedung, oder zum 
mindesten der scheinbaren Befriedung, von Mitmenschen.“38

Markovits führt anhand der untersuchten Akten eindrücklich die gravie-
renden Unterschiede im Lösen von Konflikten in verschieden konstituier-
ten Gesellschaften vor. Dabei reflektiert sie anhand des klassischen 
Konflikts zwischen den „Have’s“ und den „'Have-not's“ eine wesentliche 
Ursache für die Eigenart „kapitalistischer Zivilprozesse“. Diese Überlegun-
gen werfen die Frage auf, inwiefern die Eigentumsverhältnisse für die For-
men der Konfliktregulierung bedeutsam sein könnten. Es ist hier eine enge 
Verknüpfung von Eigentumsform und Rechtsform zu vermuten. Die 
Besonderheiten der Eingabe könnten mit den staatssozialistischen Eigen-
tumsverhältnissen korrelieren.

Das Gericht als Supervisor zu verstehen, steht quer zu klassischen rechts-
wissenschaftlichen Topoi. Ob sich jedoch diese Form institutioneller Kon-
fliktregulierung in den Rahmen einer völlig anders gearteten Form von 
Konfliktkultur einordnet, wird von Markovits nicht untersucht. So deutet 
sie den Befund, daß Bürger Eingaben an die Gerichte schrieben, mit dem 
Ziel, einen möglichst außergerichtlichen Lösungsweg vorgeführt zu 
bekommen, anhand des Vater-Mutter-Kind-Schemas:

„Aber als Zeichen der 'Sorge um den Menschen' behält die Eingaben-
arbeit der Gerichte bis zum Schluß der DDR zwar nicht numerisch, 
aber symbolische Bedeutung. Ideologisch gesehen, mußten dem 
System Eingaben sympathischer als Klagen sein. Eltern sehen es lie-
ber, wenn ihre Kinder sich direkt an sie um Hilfe wenden, als wenn 
sie sich untereinander in die Haare geraten.“39

---

38 Ebenda, S. 11.
39 Ebenda, S. 12.
Für die in der DDR praktizierten Formen der Rechtspflege benutzt sie die Metapher des Kinderzimmers. Die DDR hätte ein „Rechtssystem, das in väter- oder mütterlicher Weise die Streitigkeiten seiner Kinder schlichten“ wollte. So gäbe es „brave und ungehorsame Kinder,“ 40 die sich vor allem durch ihre Einstellung zur Arbeit voneinander unterscheiden würden. „Daher die Schlechterbehandlung von Asozialen auf allen Arbeitsgebieten des Gerichts.“ 41 Der Geist dieser Metapher zieht sich durch viele ihrer Deutungen.

Markovits verschenkt m. E. wertvolle Befunde, die auf tatsächliche kulturelle Unterschiede in der Konfliktbewältigung verschiedener Gesellschaftssysteme hinweisen. Hierin vielen ethnologischen Analysen fremder Kulturen gleichend, läßt sich aus den Deutungen mehr über die Kultur des Forschers als die Kultur der Beforschten erfahren.

Beide Wissenschaftler liefern eine Vielzahl an Anregungen und Thesen, mit denen sich diese Arbeit auseinandersetzen wird. Im wesentlichen lassen sie sich in zwei Komplexe zusammenfassen:

- Inwiefern ist die Eingabe als Substitut für fehlende Verwaltungsgerichtsbarkeit zu deuten? Worin bestehen ihre rechtlichen Dimensionen? Was sind ihre Möglichkeiten und Grenzen im Unterschied zur Verwaltungsgerichtsbarkeit?


40 Ebenda, S. 16.
41 Ebenda, S. 16.


43 Fragwürdig ist, ob die Untersuchung westdeutscher Phänomene, gehalten in ähnlicher Terminologie und analytischem Scharfsinn, überhaupt von Wissenschaftlern zur Kenntnis genommen und ernsthaft diskutiert werden würde.
44 Staadt, 1996, S. 68.
45 Ebenda, S. 5.
Die Eingabe in der DDR. Zum Forschungsstand

Der Befund Staadtts trifft für bestimmte Eingabenthemen, wie Westreisen, in den 80er Jahren, sicherlich zu. Unzulässigerweise verallgemeinert er jedoch diesen Befund.

An anderer Stelle kommt er zu dem gegenteiligen Schluß, daß

„...die immer wieder von den zuständigen Einrichtungen der Partei- bzw. des Staatsapparates angefertigten Berichte und Analysen über die von Bürgerinnen und Bürgern der DDR schriftlich und mündlich vorgebrachten Beschwerden zeigen, wie genau die Spitzenfunktionäre der Staats- und Parteibürokratie auch aus erster Hand über die Alltagsprobleme der Bevölkerung in Kenntnis gesetzt waren, und wie konstant diese Probleme über alle Jahre verwaltet, sorgfältig registriert, zum Teil gelöst, zumeist aber immer weiter vertagt oder zerredet wurden.“46

Abgesehen von dem sich hier ergebenden Widerspruch, wird die durchaus ernstzunehmende Tatsache, daß die Staatsführung via Eingaben genauestens über die Sorgen und Nöte ihrer Bürger informiert war, oberflächlich und einseitig bewertet. Hier stellt sich die Frage, inwiefern die Eingabe als ein wichtiges Korrektiv politischer und administrativer Entscheidungen funktionierte. Daß Eingaben diese Funktion u.a. auch hatten, belegt er selbst anhand verschiedener Beispiele, die er wiederum nur pejorativ deutet.

So stellt er Eingaben zur mangelhaften Reifenversorgung vor und kommt zu der Erkenntnis:

„Dem Reifenproblem wurde schließlich mit Hilfe einer allerhöchsten Weisung durch Beschuß des ZK-Sekretariats zu Leibe gerückt.“47

In einem anderen Beispiel über die Einführung von Kaffeeersatzstoffen stellte er wiederum fest:

„Die anschwellende Protestflut führte bereits in den ersten Wochen nach Einführung der neuen Mischung zu Korrekturen der Rezepturen.“48

Diese Beispiele sind für ihn Beleg dafür, „wie ‘Fürstenerziehung’ à la DDR aussah.“49 Die Korrekturfunktion, die die Eingabe in der DDR inne hatte, wird von ihm verniedlicht oder sogar gegenteilig als Voraussetzung für einen totalitär diktatorischen Zugriff gedeutet.

46 Ebenda, S. 4.
47 Ebenda, S. 39.
48 Ebenda, S. 46.
49 Ebenda, S. 38.
„Über die Alltagsprobleme ihrer Staatsbürger wurden die hohen Herren der SED nicht nur bestens informiert, sie haben auch wieder und wieder versucht, in Reaktion auf diverse Versorgungsnoten durch Maßnahmen der Mängelverwaltung und Kaschierung den betrügerischen Staatsbankrott hinauszuzögern. Dabei wirkten sie massiv und in kleinlichster Art und Weise auf die Lebensverhältnisse der ihnen ausgelieferten Bevölkerung negativ und regulierend ein und führten das gesamte Land in ein wirtschaftliches und kulturelles Desaster. Sie wußen, was sie taten, und sie wurden laufend über die Konsequenzen ihres Handelns ins Bild gesetzt. Dafür sorgte ihr eigener vorzüglich Berichts- und Schnüffelapparat und vor allem die Beschwerdeflut von Seiten der ihnen anbefohlenen Untertanen.“  


Der im Titel verwendete Begriff „institutionalisierte Meckerkultur“ deutet auf einen mentalitätsgeschichtlichen und kulturwissenschaftlichen Zugang hin. Staadt plädiert wegen der Vielfalt der Eingabenthemen für eine alltagshistorische Analyse des Materials, unter Verwendung der Methoden der Grounded Theory. Was er dann selbst jedoch als Beitrag leistet, hat nur wenig mit Alltagsgeschichte und noch weniger mit der Dekonstruktion von Klischees zu tun. Tatsächlich liest sich die Arbeit wie ein Moritatenbuch, das den Bürger davor warnen soll, die Freiheit als

50 Ebenda, S. 66.
wertvolles Gut für sozialistische Experimente leichtsinnig aufs Spiel zu setzen.

In seiner „persönlichen Nachbemerkung“ verrät Staadt seine Motive, sich zur Problematik der Eingaben zu äußern:


51 Ebenda, S. 68.
Dieser Zugang, die Geschichte der Eingabe einseitig aus dem Petitionsrecht abzuleiten, das er zudem fälschlich als ein feudales Recht versteht, verführt ihn dazu, die DDR als eine Gesellschaft mit spätfeudalen Strukturen zu betrachten. Überdies verlegt er die Wurzeln der Eingabe territorial weit in den Osten. Das Eingabensystem der DDR hätte seinen Ursprung im russischen Zarismus:


Woraus Zatlin diese Erkenntnisse speist, bleibt leider im Dunkeln. Für die Analyse der Rolle der Eingaben in der DDR ist die Fragestellung nach dem Ursprung des Eingabenrechts jedoch wichtig. Der Frage, ob die Eingabe tatsächlich einer sowjetischen Rechtstradition entsprungen ist, wird in meiner Arbeit anhand der Untersuchung von Quellenmaterial aus der Nachkriegszeit nachgegangen. Seine These von der bolschewistischen Herkunft bestätigte sich dabei nicht.

Neben der historischen Herleitung befaßt sich Zatlin mit einem Vergleich der Rolle von Eingaben in der DDR mit der Rolle der Petition in parlamentarischen Demokratien.

„Während Petitionen in parlamentarischen Demokratien eine wichtige Ergänzung zu repräsentativ-demokratischen Institutionen bilden, indem sie durch Herstellung von Öffentlichkeit Einfluß auf die Regierungs- und Verwaltungspolitik sowie auf Medien nehmen können, sollte das Eingabenrecht in der DDR wie auch sein absolutistischer Vorgänger die Entstehung einer Öffentlichkeit gerade unterbinden. Die alten Funktionen dieses Herrschaftsinstruments – die Überwachung der Bevölkerung und der Bürokratie sowie die Kanalisierung von politischer Unzufriedenheit – erweiterte die SED um eine neue: die Steigerung der wirtschaftlichen Effizienz durch Hinweise der Bürger auf die Vergeudung von Ressourcen."}

53 Ebenda, S. 903.
Die Eingabe in der DDR. Zum Forschungsstand


So widerlegt er seine These, daß sich die „meisten Eingaben im bürokratischen Sand“55 verfangen hätten, selbst fünf Seiten später, indem er den Rat des Bezirkes Schwerin zitiert, der die Erfolgsquote der Eingaben, die „im Sinne der persönlichen Anliegen der Bürger“ entschieden wurden auf 87% dotierte.56 Das wäre eine vielfach höhere Erfolgsquote gegenüber den Petitionen an den Bundestag, die bei 5 bis 10 Prozent liegt. Hier muß es also in der Bearbeitung der Eingaben einen signifikanten Unterschied gegeben haben, der alleine schon statistisch belegbar ist.

54 Der Petitionsausschuß des Bundestages sieht die geringe Frequentierung durch die Bürger in folgender Ursache begründet: „Somit ist festzustellen, daß verhältnismäßig wenige Bürgerinnen und Bürger das Petitionsrecht in Anspruch nehmen. Das beruht zum Teil auf Unkenntnis dieses Rechts und darauf, daß viele Bürgerinnen und Bürger mit der Bezeichnung "Petition" nichts anzufangen wissen. Dieses Fremdwort müßte eigentlich durch einen allgemein verständlichen Ausdruck ersetzt werden.“ (http://www.bundestag.de/gremien/gremien/petvorw.htm)
55 Ebenda, S. 908.
56 Eigene Untersuchungen und Berechnungen kommen für Ende der 80er Jahre auf einen Wert von ca. 26%. Doch auch dies wäre noch eine fünffache Erfolgsquote gegenüber dem Petitionsausschuß des Bundestages. (siehe auch S. 239 ff).
Diese Beispiele sollen genügen, um zu zeigen, wie stark die DDR-Geschichtsforschung von politisch motivierten Vorannahmen geprägt ist. Immer wieder werden die gesellschaftlichen Verhältnisse der DDR an der systemimmanenten Logik der Bundesrepublik gemessen, um zu dem Schluß zu kommen, daß sie nicht wie die Bundesrepublik gewesen ist: Zu wenig Öffentlichkeit, zu viel Bürokratie, zu wenig Markt, zu viele sozialpolitische Maßnahmen, unterinstitutionalisiert, durchherrscht, entpolitisiert, „eigenartig“ und „eigentümlich“.\(^57\) Wolfgang Engler hat dies folgendermaßen auf den Punkt gebracht:

„Wer eine Gesellschaft verstehen will, muß sich hüten, Maßstäbe und Urteile an sie heranzutragen, die von außen genommen sind. Er muß auf starre begriffliche Masken, auf ideologisch aufgeladene Symbole verzichten, allen Denk- und Sprachmitteln mißtrauen, die etwas beweisen wollen, was schon vorher feststeht. Abwertende Termini wie ‘Unrechtsstaat’ und ‘Kommandowirtschaft’ vermögen die ostdeutsche Erfahrung ebensowenig aufzuschließen wie die Großbegriffe ‘Totalitarismus’, ‘Gewaltherrschaft’ und ‘Diktatur’. Was ist damit gewonnen, wenn man herausgefunden hat, daß die DDR keine bürgerliche Demokratie und keine Wettbewerbsgesellschaft war? Das wußte man doch schon vorher.\(^58\)

Lutz Niethammer spricht sogar von einer „politisch kontrollierten Forschung“,\(^59\) die die DDR oder Teile ihres Apparats unter dem Gesichtspunkt ihres diktatorischen oder totalitären Charakters untersucht. Er merkte in diesem Zusammenhang an:

„Entgegen dem internationalen Trend in der Geschichtswissenschaft der letzten Jahrzehnte, sozial- und dann kulturgeschichtliche Sichtweisen in den Vordergrund zu stellen, gehört es zum Sonderweg der deutschen Zeitgeschichte, der jüngsten Vergangenheit Deutschlands eine gleiche oder noch größere Aufmerksamkeit als früheren Epochen in der Öffentlichkeit zu verschaffen, dabei aber die Tradition einer eindeutigen Vorrangstellung der Politikgeschichte fortzuführen und sich gewöhnlich eng mit den jeweiligen politischen Gegenwartssinteressen zu verflechten.\(^60\)

\(^{57}\) Eindrucksvoll wird dieser Ansatz, die DDR zu deuten, beispielsweise durch Rainer Lepsius dargelegt. (Lepsius, M. Rainer, Die Institutionenordnung als Rahmenbedingung der Sozialgeschichte der DDR, in: Kaelble, Hartmut, Kocka, Jürgen, Zwahr, Hartmut (Hg.), Stuttgart 1994, S. 17-30.)


\(^{60}\) Ebenda, S. 2.
Konfliktpotentiale und Lösungsformen. Zur Fragestellung

Das Problem besteht vor allem in der methodischen und erkenntnistheoretischen Begrenztheit des Forschungsinteresses selbst. Wenn immer nur mit neuen Details bewiesen werden soll, was ohnehin in den Vorannahmen bereits feststeht, so ist die Qualität der Forschung ernsthaft gefährdet, auch, weil keine neuen Fragen mehr gestellt werden, auf die noch keiner Antworten weiß. Ich kann mich daher Niethammers Plädoyer für eine „Vermittlung aktengestützter Einsicht in Herrschaftsverhältnisse mit der Erfahrungsgeschichte der Beherrschten“ nur anschließen und hoffe, mit der vorliegenden Arbeit dazu beizutragen.

Im folgenden soll versucht werden, die sich hieraus ergebenden Problemkreise abzuleiten. Es geht hierbei um die Frage, welche Konfliktpotentiale sich ergeben und welche Lösungsformen in verschiedenen Gesellschaften praktiziert werden.

1. 2. Konfliktpotentiale und Lösungsformen. Zur Fragestellung


Den Bezugsrahmen für die Handlungsmöglichkeiten der drei Akteure bildet die Rechtsschranke. Innerhalb der Rechtsschranke findet soziales Handeln in Übereinstimmung mit rechtlich fixierten Normen statt. Die Rechtsschranke soll verdeutlichen, daß es ein Handeln nicht nur innerhalb, son-

61 Ebenda, S. 8.
Einleitung

Denn auch außerhalb von gesetzlichen Bestimmungen gibt es, das nicht nur kriminellen, sondern auch ein nicht rechtlich geregeltes Handeln, also um tatsächliche Handlungs- und Ermessensspielräume der Akteure.

Konfliktpotentiale und Lösungsformen. Zur Fragestellung

einer weltanschaulich-kulturellen Ebene ist zu fragen, welche Rolle hier Egalisierungs- und Verteilungsprinzipien, Gerechtigkeits- und Aufklärungsvorstellungen gespielt haben, die dem sozialistischen Ideal zuzuordnen sind. Diesen Fragen soll anhand der Inhaltsanalyse der Eingaben nachgegangen werden.


Einleitung

Regierung/Parlament eingehen. Dahinter steht die Frage, welche Konflikte sich zwischen ihnen ergeben und wie sich die Individuen ihnen gegenüber versuchen durchzusetzen. Die Beziehungen zwischen Regierung/Parlement und Verwaltung werden in der Arbeit nur insoweit betrachtet, als aufgrund von Eingaben solche Rückkopplungen stattfanden, d.h. Eingaben als Korrektiv sowohl für Verwaltungsarbeit als auch für gesetzgeberische Initiativen fungierten.


Eine weitere, in dieser Arbeit näher untersuchte Schnittmenge markiert jenen Ausschnitt gesellschaftlicher Realität, in der das Individuum mit der

Meine Hypothese läuft darauf hinaus, daß die Eingabe in der DDR Funktionen erfüllte, die über die Reichweite von förmlichen Rechtsmitteln hinausweisen. Als Instrument einer nichtförmlichen Kommunikation war sie geeignet, auf informellem Wege, d.h. ohne die Justiz bemühen zu müssen, Konflikte auszutragen. Die Eingabe wurde nicht nur genutzt, um sich zu beschweren und sein Recht einzufordern sondern auch, um der der Verwaltung Verbesserungsvorschläge zu unterbreiten, ihr Hinweise auf Mängel zu geben und auf generelle Probleme zu verweisen. Das Verhältnis stellte sich nicht nur als ein konfliktbehaftetes, sondern auch als ein kooperatives dar. Dem entsprach auf staatlicher Seite das Ideal einer bürgernahen Verwaltung, die permanent aufgefordert war, das eigene Handeln zu kontrollieren und gegebenenfalls zu korrigieren.


---

62 In der die bürgerlichen Gesellschaft sind das zumeist öffentlich rechtliche Fragen.
handeln durch die Bürger wieder beeinflußbar und berechenbar?

Die hier beschriebenen Schnittmengen, die sich als Kommunikationsräume zwischen den Akteuren darstellen, sollen schließlich daraufhin befragt werden, was sie bedeuten, wenn sie außerhalb der Rechtsschranke liegen.


Eine zweite Fragestellung leitet sich aus der Schnittmenge gegenüber der Regierung bzw. dem Parlament außerhalb der Rechtsschranke ab: Inwiefern haben die Bürger in den Eingaben individuelle Vorstellungen von Normalität, Gerechtigkeit usw. artikuliert, die gegen die herrschende Rechtsschranke verstießen, aber der Regierung/Verwaltung dennoch abverlangt wurden? In der Arbeit wird anhand von einigen exemplarischen Fällen untersucht, inwiefern solche Eingaben dazu beigetragen haben, Gesetze und Durchführungsbestimmungen zu ändern, also die Rechtsschranke zu verschieben bzw. neu zu definieren. Andererseits muß in diesem Zusammenhang auch dem weitverbreiteten Klischee nachgegangen werden, daß den Bürgern Nachteile drohten oder sie gar verfolgt wurden, wenn sie die falschen Fragen und Forderungen in den Eingaben formulierten.

Das hier in Grundzügen beschriebene Modell dient vor allem dazu, die Fragestellung hinsichtlich der Eingabe in einen gesellschaftlichen Zusammenhang einzuordnen und deutlich zu machen, mit welchen Problemen sich die Arbeit beschäftigt und mit welchen nicht. Dies war notwendig, um eine eigene Fragestellung im Unterschied zu bereits vorliegenden Untersuchungen zu entwickeln.
2. Im Konflikt mit dem Staat

2. 1. Petitionen und Beschwerden. Zur Vorgeschichte

Für das Verständnis dieser Arbeit ist es notwendig, auf die Geschichte der Petition in einem kurzen Abriss einzugehen. Zu diesem Zweck konnte nur die hierfür zur Verfügung stehende wissenschaftliche Literatur ausgewertet werden.


Einen umfangreichen Überblick über die Geschichte der Petition bietet die Dissertation von Johann Heinrich Kumpf. In seiner Arbeit geht er der Frage nach, inwieweit das „Volk“ mit Hilfe der Petition Einfluß auf die Verfassungsgebung 1848 hatte.67 Seine These ist, daß die Petition in dieser Zeit das wichtigste Forum war, weiten Kreisen der Bevölkerung Öffentlichkeit zu ermöglichen.

Die Frage, welche Rolle das Recht zu petitionieren im lebensweltlichen Kontext spielte, welche neuen Handlungsalternativen sich dadurch aufaten usw. ist bisher wenig erforscht,68 bildet aber einen Schwerpunkt in der hier vorgelegten Arbeit. Weitgehend unbearbeitet ist die Petitionspraxis im „Dritten Reich“.

63 So Paul Stommel 1916, Conrad Bornhak 1901 u.a.
64 So Becker, Karl, 1913; Bornhack, Conrad, 1901; Haupt, Erich 1927; Hoffmann, Dietter H., 1959; Mohl, Robert von, 1860; Murhard, Friedrich, 1933; Neuhaus, Helmut, 1977; Rosegger, Hans Ludwig von, 1908; Stommel, Paul, 1916 u.a.
66 Tenfelde, Klaus (Hg.) 1986.
67 Kumpf, Johann Heinrich, 1983.
68 Eine Ausnahme bildet die Dissertation von Kumpf. Obwohl auch hier die politische Partizipation des Volkes an der Macht die zentrale Frage bildet.
Gesetzlich verankertes Petitionsrecht

Individuen konnten sich zu allen Zeiten an ihre Herrscher wenden, um Bitten oder Beschwerden vorzutragen. Dieses Recht wurde als ein natürliches angesehen.69 Bereits für das späantike römische Reich ist nachgewiesen, daß sich Korporationen oder Privatpersonen schriftlich mit Bitten an den Kaiser wenden konnten. Diese Bitten wurden geschäftsmäßig in der kaiserlichen Kanzlei bearbeitet.70 Nach Kumpf war es für die Könige des fränkischen und deutschen Reiches im Mittelalter eine Königspflicht, allen zugänglich zu sein, um so Recht und Gnade gewähren zu können.

„Die Bitte wird wohl die Funktion eines 'Generalrechtsbehelfs' erfüllt haben, mit dem jeder 'um Privilegien nachsuchen, administrative Maßnahmen anstreben, sich über Mißstände der Verwaltung beschweren, aber auch jede Rechtsverletzung vor den Herrscher bringen' kann, welcher seinerseits der Petition ohne besondere Formwahrung abhelfen kann.“71

Für die frühe Neuzeit sind Kanzleiordnungen überliefert, in denen die Bearbeitung der Supplikationen geregelt wurde.

„Für die Bearbeitung und zum Vortrag der eingehenden Gesuche werden besondere Beamte abgestellt, die im Laufe der Entwicklung zunehmend auch die Entscheidung in der Sache selbst übernehmen“72


Kumpf meint, daß sich das Petitionswesens in der frühen Neuzeit in zwei grundsätzliche Richtungen entwickelte. Das ist zunächst die Möglichkeit, Vergünstigungen oder Hilfe in Notlagen zu erhalten:

70 Breßlau, Harry, 1958, S. 1 f.
72 Ebenda, S. 37.
74 Bosl, Karl, 1974, S. 82 f.
Petitionen und Beschwerden. Zur Vorgeschichte


Jakob Friedrich Gutscher, ab 1789 Landschaftsregistrator zu Stuttgart, faßt die Funktion und Bedeutung der Petition für den Regenten wie folgt zusammen:


Das Beschwerderecht in Verfassungen deutscher Länder im 19. Jahrhundert


Ein Ergebnis war, daß in den Verfassungen Volksvertretungen unter Beibehaltung des monarchischen Prinzips verankert wurden. Michael Stolleis ver-

75 Kumpf, Johann Heinrich, 1983, S. 41-42.
77 Ebenda, S. 50.
Im Konflikt mit dem Staat

weist darauf, daß diese Parlamente jedoch keine Gesetzgebungsorgane gewesen seien. Ihre Funktion habe lediglich in der Bewilligung von Steuern und der Genehmigung des Staatschaushaltes bestanden. Ein faktisches Initiativrecht hätten sie jedoch über „Motionen oder Petitionen“ ausüben können.\(^\text{80}\)

„Andererseits brauchte sich die Regierung hierauf nicht einlassen. Sie konnte überdies durch die Wahl der Verordnungsform wichtige Materien dem Parlament zu entziehen suchen. Dies war der Grund für die großen theoretischen Anstrengungen des 19. Jahrhunderts, die Begriffe des Gesetzes und der gesetzgebenden Gewalt immer schärfer auszuarbeiten und damit den Kompetenzbereich der Volksvertretungen zu sichern.“\(^\text{81}\)

Stolleis hebt die neue Funktion des Petitionsrechts zu Beginn des 19. Jahrhunderts als politisches Instrument der Volksvertretung gegenüber der Regierung hervor. Nach den napoleonischen Kriegen formierten sich bürgerlich-liberale Verfassungsbewegungen, die u.a. auf die Beseitigung feudaler Privilegien, die Durchsetzung der Gewaltenteilung und eines Mitbestimmungsrechtes zielten. In die Forderungen nach Rede- und Versammlungsfreiheit ordnet sich auch das Recht auf Petition ein. Sie ermöglichte die Einbringung von Gesetzesinitiativen des Parlaments.\(^\text{82}\)

Kumpf deutet die Entwicklung zu Beginn des 19. Jahrhunderts anders. Er geht davon aus, daß sich das in den Verfassungen deutscher Länder nach 1816 fixierte Petitionsrecht auf eine anwachsende Praxis kollektiver verfasster Petitionen bezog. „Petition legt ihren stillen Bittcharakter ab und wird zum politischen Agitations- und Druckmittel.“\(^\text{83}\)


\(^{80}\) Ebenda, S. 110.

\(^{81}\) Ebenda, S. 110.

\(^{82}\) Diether Hoffmann meint hingegen, daß die Deutschen nach 1815 sich zwar des Mittels der Petition in der Praxis bedient, es aber nicht in ihren Verfassungen verankert hätten. (Hoffmann, Diether H., 1959, S. 29.)

\(^{83}\) Kumpf, Johann Heinrich, 1983, S. 54.
Nachfolgend sollen die Paragraphen einiger deutscher Landesverfassungen vorgestellt werden, in denen das Petitionsrecht verankert ist. In der Landesverfassung des Groß-Herzogtums Sachsen-Weimar-Eisenach vom 5. Mai 1816 wird unter § 5 die Festlegung, daß den Landständen das Recht zugestanden,


5.) Das Recht, bey dem Fürsten Beschwerde und Klage zu erheben gegen die Minister und gegen andere Staatsbehörden über derselben Willkühr und über deren Eingriffe in die Freyheit, die Ehre und das Eigenthum der Staatsbürger, so wie in die Verfassung des Landes."85

Das Königreich Bayern legt in seiner Verfassung vom 26. Mai 1818 ebenfalls in § 21 ein Beschwerderecht sogar für jeden einzelnen Staatsbürger fest:

„Jeder einzelne Staatsbürger, so wie jede Gemeinde kann Beschwerden über Verletzungen der constitutionellen Rechte an die Stände-Versammlung, und zwar an jede der beyden Kammern bringen, welche sie durch den hierbei bestehenden Ausschuß prüft, und findet dieser sie dazu geeignet, in Berathung nimmt.
Erkennt die Kammer durch Stimmenmehrheit die Beschwerde für gegründet, so theilt sie ihren diesfalls an den König zu erstattenden Antrag der anderen Kammer mit, welcher, wenn diese demselben beystimmt, in einer gemeinsamen Vorstellung dem Könige übergeben wird."86


„Jedermann bleibt es frei, über das sein Interesse benachteiligende verfassungs-, gesetz- oder ordnungswidrige Benehmen oder Verfah-

84 So führt er die 1817 von Studenten initiierte Petition zur Verwirklichung von landständischen Verfassungen auf, bei der knapp 1.000 Unterschriften zusammenkamen. (Kumpf, Johann Heinrich, 1983, S. 60.)
86 Ebenda, S. 126.
ren einer öffentlichen Behörde bei der unmittelbar vorgesetzten Stelle Beschwerde zu erheben und solche nöthigenfalls bis zur höchsten Behörde zu verfolgen. Wird die angebrachte Beschwerde von der vorgesetzten Behörde ungegründet befunden; so ist dieselbe verpflichtet, dem Beschwerdeführer die Gründe ihrer Entscheidung zu eröffnen.

Ebenwohl bleibt in jedem Falle, wo Jemand sich in seinen Rechten verletzt glaubt, ihm die gerichtliche Klage offen, auch in geeigneten wichtigeren Fällen unbenommen, die Verwendung der Landesstände anzusprechen.

 Überhaupt ist es den einzelnen Unterthanen sowie ganzen Gemeinden und Körperschaften, frei gelassen, ihre Wünsche und Bitten auf gesetzlichem Wege zu beraten und vorzubringen."87


„Die Petition ist das vorgefundene friedlich-legale Medium, das jetzt dazu umgewidmet wird, die politischen Vorstellungen der bürgerlichen Gesellschaft öffentlich – und damit mit Nachdruck – in den Bereich der staatlichen Willensbildung zu 'insinuieren'. (...) Petitionen werden auch als die 'Repräsentationen der allgemein herrschenden Ansicht' bezeichnet."90

Andererseits befürchteten die Fürsten jedoch, daß ihre Entscheidungssouveränität durch veröffentlichte Meinungen, die die gegen ihre Interessen gerichtet waren, eingeschränkt werden könnte.91 Im Unterschied zur Presse konnten sie bei einer in Umlauf gebrachten Massenpetition keine Zensur verhängen. In diesen Kontext ist auch die Weisung der Bundesversammlung vom 5. Juli 1832 einzuordnen:

„... wer irgendeine Volksversammlung dazu mißbraucht, Adressen oder Beschlüsse in Vorschlag zu bringen und durch Unterschrift oder mündliche Bestimmung genehmigen zu lassen, ist mit geschärfter Ahndung zu belegen."92

Ähnliche Bestimmungen waren schon in den vorangegangenen Monaten in Württemberg, Baden, Bayern, Kurhessen und im Großherzogtum Hes-

87 Ebenda, S. 138.
Petitionen und Beschwerden. Zur Vorgeschichte

sen erlassen worden. So enthielt die württembergische Verordnung die folgende bezeichnende Begründung:

„Da die den Staatsangehörigen verfassungmäßig zukommende Befugnis, bei allgemeinen Landesangelegenheiten mitzuwirken,

In wieweit Petitionen als Medium der Veröffentlichung politischer Standpunkte diente belegt auch eine umfangreiche Studie zur nationalen Petitionsbewegung zu Beginn der Revolution 1848. Aus ihr sollen zwei Petitionen dieser Zeit vorgestellt werden:

Verfassungspetition der Frankfurter Republikaner vom 30. März 1848 an die Versammlung der deutschen Abgeordneten in Frankfurt a.M.:

„Männer des Volkes! Eine große Nation sieht in diesen ersten Tagen Eures gemeinsamen Handelns auf Euch und erwartet, daß Ihr, wie bisher jeder Einzelne von Euch für das Wohl seines kleineren und größeren Kreises gewirkt hat, Ihr nun in gegenseitiger Unterstützung und gemeinschaftlicher Kraft den schwankenden, gefährlichen Zustand des nunmehr ebenfalls vereinigten großen deutschen Volkes nach bestem Wissen beratet und mit kühlem Mut gründlich zu bessern strebt.“

Während aus dieser Petition das Pathos des revolutionären Aufbruchs spricht, geht es in der folgenden Petition um radikale politische Forderungen nach Absetzung der Fürsten:

„Odenwälder Aufruf“ eines „Mann(es) aus dem Odenwald“ vom 15. April 1848:

„Was wir wollen!

Die vornehmen Herren und die Schriftgelehrten schwätzen und zanken so viel über das Wohl und Weh des Volkes. Da kommen sie hinter ihren alten staubigen Büchern hervor und wollen auf einmal wissen, was uns fehlt. Da wackeln die dick angefressenen Geldsäcke von ihren Kisten und Kasten, und wollen uns sagen, was wir wollen. – Die brauchen wir aber nicht, wer bisher gegen uns war, der ist auch jetzt unser Freund nicht. Die Amtmänner, Polizeidiener und Gendarmen werden auf einmal so freundlich, grüßen uns und sind voller Artigkeiten, aber das kümmert uns nichts, wir wissen recht gut, daß ihr guter Wille nicht weit her ist, und daß man uns wiederum nur benutzen will, um den Reichen und den Bedruckern des Volkes festen Boden zu verschaffen. Wir wissen, was uns fehlt, und brauchen keine Amtmänner und keine Professoren, auch keine von denen, die nichts Höheres kennen als ihr Geld und nochmal ihr Geld, und die das Volk um viel weniger Silber verraten würden, als Judas den Heiland. Da schwätzen sie vom Parlament, das das Volk, also wir Alle, wählen sollen, und wollen uns die 35 Fürsten oben dran stellen. (...) Nach bestimmten Berechnungen kosten die Fürsten mit Familien in Deutschland jährlich 100 Millionen Gulden; ihre stehenden Heere, die sie nötig haben, um das Volk zusammen zu schießen, kosten 200 Millionen, und die Masse Kerls, die sie brauchen, um das Volk wie einen Hund unter dem gedeckten Tisch zu halten, (also die unnötigen Beamten) kosten auch 100 Millionen Gulden, macht 400 Millionen Gulden jährlich, also auf den Kopf 10 Gulden in Deutschland! Ihr Armen und Bedrückten, ihr Weiber und Kinder, Ihr, die Ihr Euch den Tag über abquält, um nur Brot essen zu können, müßt von jedem Bissen, den ihr in den Mund steckt, von jedem Schluck, den ihr trinkt, jenen 35 Herren einen Teil geben; jedes von Euch durchschnittlich jährlich 10 Gulden ! ! ! und wozu? Damit jene Herren unser Blutgeld für Huren und Champagner verprassen; damit jene Herren Manöver abhalten und die Leute plagen können...“


Petitionen wurden aber auch vom Verwaltungsapparat oder regierungsnahen Vereinen verschickt, um die politischen Ziele der Regierung zu fordern. (Kumpf, Johann Heinrich, 1983, S. 390.)

wesentlich im Wahlrecht liegt, und mit Beendigung der Wahlen erschöpft ist, überhaupt aber die Organe für die Ausübung der politischen Rechte der Staatsbürger durch die Verfassungsurkunde bestimmt sind, so kann ohne Gefährdung der verfassungsmäßigen Unabhängigkeit der Stände ein neues Glied (d.s. petitionierende Vereine) in den durch das Staatsgrundgesetz festgestellten Organismus nicht eingeschaltet werden.”


Dennoch räumte die Paulskirchenverfassung jedem Deutschen das Recht ein, sich mit Bitten und Beschwerden schriftlich sowohl an die Behörden, als auch an die Volksvertretungen und an den Reichstag wenden zu dürfen. Eine Antwortpflicht, in der die Ablehnung der Beschwerde begründet werden muß, wie sie in der kurhessischen Verfassung von 1831 zu finden ist, wurde in der Paulskirchenverfassung jedoch nicht verankert.

Für Preußen wird in der Verfassungsurkunde vom 31.1.1850 unter Artikel 32 das Petitionsrecht festgelegt:

„Das Petitionsrecht steht allen Preußen zu. Petitionen unter einem Gesamtnamen sind nur Behörden und Korporationen gestattet.”


Erst die Weimarer Reichsverfassung vom 11. August 1919 garantiert in Artikel 126:

„Jeder Deutsche hat das Recht, sich schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständige Behörde oder an die Volksvertretung zu wenden. Dieses Recht kann sowohl von einzelnen als auch von mehreren gemeinsam ausgeübt werden.”

93 Ebenda, S. 291 f.
95 Die Frankfurter Verfassung trat nie in Kraft.
96 Ebenda, S. 194, 200.
Dabei übernimmt sie praktisch im Wortlaut den § 159 der Paulskirchen-verfassung, jedoch ohne den letzten Halbsatz über die Sonderrechte des Heeres und der Kriegsflotte.


Durch die Auflösung des Reichstages ging der wichtigste Adressat der Petition verloren. Insoweit ist Diether Hoffmann zuzustimmen, wenn er zu dem Schluß kommt, daß im Nationalsozialismus das Petitionsrecht als Grundrecht nicht existierte.

98 Hoffmann, Diether H., 1959, S. 29f.
99 Zur Nieden, Susanne, Unveröffentlichtes Manuskript.
100 Ebenda, S. 31.
Petitionsrecht als Veröffentlichungsrecht


Ein erster wichtiger Streitpunkt war, wer denn durch das Petitionsrecht überhaupt Befugnisse erhalten würde, der individuelle Petent oder die Volksvertretung, die die Petition weiterreicht (Laband, Anschütz, Arndt und Bornhak). Anderen ging es um die Frage, inwiefern das Recht des Petenten auf Einreichung einer Petition der Pflicht des Adressaten auf Erledigung entsprechen müßte (Vertreter der Positiven Theorie: Jellinek, Meyer und von Stengel). Wieder andere vertraten die Auffassung, daß das Petitionsrecht überhaupt keinen Rechtscharakter besäße und eine bloße Handlung – wie das Wassertrinken – sei.\(^{101}\)

Eine weitere zentrale Frage lautete, ob es denn überhaupt justitiabel sei, eine Bitte oder Beschwerde rechtsstaatlich zu verankern. Welche Rechte werden dem Petenten damit überhaupt zugesprochen? So trennt beispielsweise Paul Stommel zwischen direkter Petition (Petitionseinbringungsrecht) und dem Überbringen eingegangener Petitionen (Petitionsüberweisungsrecht).\(^{102}\)


\(^{102}\) Ebenda, S. 24.
llichkeit – und ihrer Macht – ist eng mit dem Recht auf Petition verknüpft. Conrad Bornhak beschreibt diese Entwicklung entlang der Staatsformen und kommt bereits 1901 zu einem interessanten Ergebnis:

„Im Gegensatz zur absolutistischen Monarchie, die alles für das Volk, nichts durch das Volk thun wollte, im Gegensatz zu dem Verfassungsexperimente des Vereinigten Landtages, das nur Rechte und Interessen einzelner Stände gelten liess, erkennt der moderne Staat die öffentliche Meinung an und sucht mit ihr zu rechnen. Das geht so weit, dass die Angelsachsen geradezu die öffentliche Meinung für den wahren Träger der staatlichen Souveränität erklären (...), die Romanen die Idee des Gesellschaftsvertrages mit der fortdauernden Herrschaft der öffentlichen Meinung rechtfertigen (...). Die öffentliche Meinung ist freilich keine Rechtsinstitution, sondern ein politischer Faktor. Aber sie verschafft sich Geltung in staatsrechtlichen Institutionen. Hierher gehört das Vereins- und Versammlungsrecht, die Pressefreiheit und das Petitionsrecht, die freilich alle aus politischen Kampfmitteln nur durch ihnen gezogene Rechtsschranken zu Rechtsinstitutionen werden. So verhält sich das Petitionsrecht wie das Mittel zum Zwecke."104

In der heutigen Literatur wird der Petition vor allem eine politische Bedeutung beigemessen.105 Ihre Funktion, Öffentlichkeit herzustellen und somit die öffentliche Meinung zu beeinflussen, tritt jedoch mehr und mehr in den Hintergrund.


**Petitionsrecht in der Bundesrepublik Deutschland**

Der Parlamentarische Rat stellte 1949 das Petitionsrecht wieder her. Es wurde im Artikel 17 des Grundgesetzes als Grundrecht verankert: „Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.“ Die Geschäftsordnung des Deutschen

103 Wie aktuell das Thema Öffentlichkeit und Petition ist, zeigt beispielsweise der Redebeitrag von Frau Hartfelder (CDU), Mitglied des Brandenburger Petitionsausschusses, s.a. S. 397 f.
104 Bornhak, Conrad, 1901, S. 421.
Im Konflikt mit dem Staat

Bundestags regelt in den Paragraphen 108 bis 112 die Zuständigkeit, die Rechte und Befugnisse des Petitionsausschusses. Nachfolgend soll auf einige in der Literatur beschriebene Probleme eingegangen werden, die das Petitionsrecht in der Praxis hat. So werden immer wieder Schwierigkeiten im Umgang zwischen Legislative und Verwaltung erwähnt:

„Der Petitions-Ausschuß hat jetzt dreißig Petitionen gesammelt, in denen der niedersächsische Sozialminister es einfach ablehnte, eine Antwort zu erteilen, bzw. eine Stellungnahme abzugeben. Der Ausschuß kann ein solches Verhalten nicht billigen.“

Die Verwaltung kann zwar kritisiert werden, Weisungsrecht besteht jedoch nicht. Hoffmann beschreibt in seiner Dissertation von 1959 die Möglichkeiten der Legislative bei der Handhabung von Petitionen gegenüber der Verwaltung wie folgt:

„Die Überweisung zur Berücksichtigung enthält in der Regel eine Kritik an der vom Petenten angegriffenen Behörde. Damit wird der Bundestag in seiner Funktion als ‚öffentlich-rechtliches Rügegericht den Verwaltungsbehörden gegenüber‘ tätig. (...) Die Regierung ist nicht verpflichtet, diesem Spruch zu folgen. Denn der Bundestag darf auch auf Grund seiner Kontrollfunktion der Regierung keine Weisung erteilen.“


Ein weiteres Problem, so Diether Hoffmann, bestehe darin, daß es dem Ausschuß kaum gelänge, sich eine Übersicht über die Sachlagen, die in den Petitionen angesprochen wurden, zu verschaffen. „Bei der Bearbeitung von Petitionen beschränkt man sich in der Regel darauf, die Regie-

106 Abschrift des Artikels in BAB, DA 1 464 Bl. 338.
107 Hoffmann, Diether H., 1959.
108 Ebenda, S. 54.
rung um schriftliche oder mündliche Stellungnahmen zu ersuchen.«\textsuperscript{111} Obwohl, wie Hoffmann feststellt, die Befugnisse nicht so weit reichen würden wie für die vom Bundestag eingesetzten Untersuchungsausschüsse (Artikel 44), können jedoch Regierungsmitglieder vorgeladen und Akteninsicht verlangt werden. Dies erfolge in der Regel jedoch nicht. Monika Schmitt-Vockenhausen kehrt in ihrer Dissertation 1979 auf das Problem, Informationen einfordern zu können, zurück:

„Vor der Einführung des Art. 45 c GG war, wenn auch verfassungsrechtlich unterschiedlich begründet, allgemein anerkannt, daß das Parlament bei der Behandlung von Petitionen das Recht auf Information und Stellungnahme durch die Exekutive haben muß, um seine Aufgaben im Sinne des Art. 17 GG zu erfüllen. In der Praxis stieß dies jedoch oft auf Schwierigkeiten, da die erforderliche Rechtsnorm fehlte.«\textsuperscript{112}

Im Gesetz über „die Befugnisse des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages (Gesetz nach Artikel 45 c des Grundgesetzes) vom 19. Juli 1975“ heißt es in § 1:


\textsuperscript{111} Hoffmann, Diether H., 1959, S. 52
\textsuperscript{112} Schmitt-Vockenhausen, 1979, S. 35.
„Die Fachausschüsse sind in der Praxis des Bundestages für Petitionen zuständig, die sich auf Gesetzgebungsvorlagen beziehen, welche bei ihnen behandelt also sowohl diejenigen, die das Handeln von Verwaltungsbehörden angreifen, wie auch diejenigen, die zukünftige Gesetzgebungsarbeiten betreffen. Die letzteren werden dem zuständigen Fachministerium als Material überwiesen, ohne daß sich ein Ausschuß des Bundestages näher mit ihnen befaßt. Damit verzichtet der Bundestag darauf, selbst zu überlegen, welche Ergänzungen des geltenden Rechts nach der Petition erforderlich sind. Diese Praxis ist zwar bezeichnend für das Übergewicht der Exekutive in der Gesetzgebung. Doch sollte sich das Parlament auch in diesem Zusammenhang überlegen, ob es seinen Aufgaben gerecht wird, wenn es fast ganz auf seine Gesetzesinitiative verzichtet.“


„Das Büro für Petitionen ist unterteilt in eine Verwaltungsstelle mit Vorprüfstelle, Registratur und Statistik und in die drei Eingaben-Referate
Recht, Verwaltung, Verteidigung, Auswärtiges (Pet 1)
Finanzen, Haushalt, Lastenausgleich, Wirtschaft, Verkehr, Umweltschutz, Kultur (Pet 2)
Arbeit, Soziales (Pet 3).
Die drei Eingabenreferate sind jeweils mit einem Referenten (in der Regel Ministerialrat), einem Hilfsreferenten (in der Regel Oberregierungsrat oder Regierungsdirektor), vier Sachbearbeitern, zwei Hilfs- sächbearbeitern und zwei Schreiberkräften besetzt. Die Verwaltungsstelle besteht aus fünf Beamten, wobei der Leiter z. Zt. Amtsrat ist, und noch elf Verwaltungsangestellten.”

Die vorgestellte Zentralstelle registriert zunächst alle eingegangenen Petitionen. Doch sie führt auch ein „Vorprüfungsverfahren“ durch, ob die Petitionen den „formellen und inhaltlichen Voraussetzungen für eine sachliche Behandlung im Petitionsausschuß und schließlich im Bundestag erfüllen“. Nicht zulässige Petitionen werden „ohne weiteres zu den Akten gelegt“.

113 Hoffmann, Diether H., 1959, S. 51.
114 Schmitt-Vockenhausen, 1979, S. 92.
„Erst nachdem die Berichterstatter und die Zentralstelle für Petitionen für diese verbleibenden Petitionen Vorschläge unterbreiten, erhält der Petitionsausschuß hierüber Kenntnis. Da die ‘begründete Empfehlung’ durch die Zentralstelle für Petitionen zu 99% von den Berichterstattern akzeptiert wird und selten die Petitionen im Ausschuß noch einmal ausführlich beraten werden, stellen in praxi die Vorschläge der Zentralstelle eine Vorentscheidung dar, zumal der Petitionsausschuß von diesen Entscheidungen in den aller seltensten Fällen abweicht.“

Ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts bestätigte, daß diese Geschäftsordnung legitim sei. So ist es möglich, daß Petitionen, die eigentlich ein Kontrollinstrument der Legislative sein sollten von einer Verwaltungseinheit zur Abstimmung übersandt werden. Schmitt-Vockenhausen hält diese Praxis für fragwürdig:


115 Ebenda, S. 94.
116 Ebenda, S. 95.
117 Ebenda, 1979, S. 95.

Dennoch versucht Hoffmann, in seiner Dissertation ein Recht auf Antwort herzuleiten:


Die in der Anlage aufgeführte aktuelle Umfrage mit den Petitionsausschüssen der ostdeutschen Länder unterstützt die Vermutung, daß die Petitionen und deren Bearbeitung für die Legislative eine untergeordnete Rolle spielen.

Im Verlauf der Arbeit soll auf verschiedene Fragen, insbesondere den Vergleich des bundesdeutschen Petitionsrechts mit der Eingabengesetzgebung der DDR, noch genauer eingegangen werden. Doch bevor ausführlich die Geschichte der Eingabengesetzgebung dargestellt und danach gefragt wird, in welchem Zusammenhang sie zum Petitionsrecht steht, soll die Geschichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit als eine weitere Form der Konfliktregulierung skizziert werden.

2. 2. Verwaltungsgerichtsbarkeit (Verwaltungsrechtspflege)

Juristisches Vorgehen gegen Verwaltungsentscheidungen ist keine Erfindung der bürgerlichen Gesellschaft. Bereits im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation gab es Gerichte, die über Verwaltungshandlungen rich-

120 Hoffmann, Diether H., 1959, S. 64.
ten sollten. Inhalte der Rechtssprechung waren vor allem Klagen von Bauern, Bürgern u.a. aber auch Städten gegenüber den Fürsten. Und zwar handelte es sich vornehmlich um Klagen, die nicht vom jeweiligen Landesfürsten geklärt werden konnten, entweder, weil er selbst der Beklagte war oder aber weil es sich um landesübergreifende Fälle handelte.

Über die Landeshoheit hinaus sprachen das Reichskammergericht und der Reichshofrat Recht. Das Reichskammergericht (Judicium camerae) wurde 1415 erstmalig urkundlich erwähnt und erhielt mit dem Wormser Reformer-Reichstag von 1495 eine Reichskammergerichtsordnung, die die Verbindung des Reichskammergerichtes vom kaiserlichen Hofe löste und es zu einem selbständigen und ständischen Gerichtshof machte. Die Reichskammergerichtsordnung bedeutete:

„eine gesetzliche Anerkennung der vollzogene Rezeption des Römischen Rechtes; denn sie schrieb vor, daß Richter zu richten hatten 'nach des Reiches gemeinen Rechten, auch nach redlichen, ehrbaren und leidlichen Ordnungen, Statuten und Gewohnheiten der Fürstentümer, Herrschaften und Gerichte, die vor sie gebracht werden' (§ 3). Zu 'des Reiches gemeinen Rechten' gehörte aber vor allem das römische Recht.“


„Das Reichskammergericht urteilte über alle Rechtssachen der Reichsunmittelbaren, war zugleich höchste Instanz in Zivilsachen für die Reichsmittelbaren, sofern es nicht durch die Privilegien de non appellando verschiedener Reichsstände, namentlich der Kurfürsten, beschränkt war, und nahm Beschwerden über verweigerte oder verzögerte Justiz und in Kriminal sachen auch wegen Nichtigkeit an. Endlich konnten auch die Unterthanen gegen den Landesherrn und gegen beschwerende Regierungsmäßregeln die Hilfe des Reichkammergerichts in Anspruch nehmen."122

In der älteren Literatur wird das Reichskammergericht oft als schwerfällig und Entscheidungen über Jahre verschleppend dargestellt. „Die Akten hätten sich zu Bergen getürmt. Eine Akte sei eigentlich nur infolge von Zufälligkeiten bearbeitet worden. Nur wenn gelegentlich eine Maus die Akten verschüttet, angenagt habe, sei dies den Anlaß für die richterliche Tätigkeit genommen worden.“123 Diese Klischees gehen auf eine

122 Meyers Konversations-Lexikon, 1890, Bd. 13, S. 683.
Verwaltungsgerichtsbarkeit (Verwaltungsrechtspflege)


Verwaltungsrecht im 19. Jahrhundert


„Im Streit darüber, wie man eine rechtlich geleitete Kontrolle über die Verwaltung erreichen könnte, setzten die Liberalen überwiegend auf das justizstaatliche Modell, da sie meinten, bei Verletzungen von Privatrechten‘ müsse die Zuständigkeit der ordentlichen Justiz begründet werden."

Ziel war es, Verwaltungsgerichte zur Wahrung der Rechtsschranke verwaltungsherrlicher Entscheidungen abgetrennt und unabhängig von der Verwaltung und ausschließlich für Verwaltungsrechtsfragen zuständig, einzuführen. Verwaltung ist Ländersache, daher wurden Verwaltungsgerichte in den einzelnen Ländern Deutschlands auch zu verschiedenen Zeiten in unterschiedlicher Form gesetzlich verankert. Zuerst wurde die Verwaltungsrechtspflege in Baden 1863 eingeführt. Es folgten Hessen (1874), Preußen (1875), Württemberg (1876), Bayern (1879), Braunschweig (1895), Sachsen (1901), Oldenburg (1906) und Mecklenburg (1922).

123 Hattenhauer, Hans, 1980, S. 4-5.

„Diese Regelungen entstammen der Mentalität der Justizstaatsidee, die – herrschend in der Mitte des vorigen Jahrhunderts – vom liberalen Staat getragen, objektive, gerechte Entscheidungen nur von den ordentlichen Gerichten erhoffte und den Verwaltungsbehörden mißtraute.“


128 Hier sind weniger die politischen Rechte gemeint, als die rechtliche Sicherheit in wirtschaftlichen Fragen, wie Eigentum, Handel und Verkehr, Steuer, Zoll etc.
129 In Preußen übten zunächst jedoch die obersten Verwaltungsbehörden selbst die Funktion des Verwaltungsgerichts aus.
Die Entwicklung in der Weimarer Republik und im „Dritten Reich“

In der Weimarer Republik wurden verschiedene Vorstöße zur Vereinheitlichung des deutschen Verwaltungsrechtes unternommen. Der Artikel 107 der Weimarer Reichsverfassung schrieb vor:

„im Reiche und in den Ländern müssen nach Maßgabe der Gesetze Verwaltungsgerichte zum Schutz der Einzelnen gegen Anordnungen und Verfügungen der Verwaltungsbehörden bestehen“.

Das Verwaltungsrecht in den Ländern wurde jedoch nicht weiter vereinheitlicht, sondern nur mancherorts modifiziert und in Mecklenburg überhaupt erst 1922 eingeführt. Das Reichsverwaltungsgericht sollte Revisionsinstanz gegenüber den Verwaltungsgerichten der Länder sein. Die Entwürfe für die Errichtung eines Reichsverwaltungsgerichts wurden aber nicht realisiert und auch die Verwaltungsrechtsreform in den Ländern kam kaum voran.

„Es blieb bei dem überkommenen, außerordentlich unübersichtlichen Rechtszustand mit uneinheitlicher Verwaltungsgerichtsbarkeit in den Ländern und zersplitterter Sonderverwaltungsgerichtsbarkeit im Reich.“


Auch nach 1933 kam es zu keinen wesentlichen Gesetzesänderungen. Die „Verwaltungsgerichte in Reich und Ländern blieben erhalten und arbeiteten bis 1939 ohne äußerlich erkennbaren Bruch mit ihrer Tradition weiter.“ Das Führerprinzip und die Unterordnung des Einzelnen unter das Gemeinwohl waren für die Verwaltungsrechtspflege im NS die beiden wesentlichen ideologischen Topoi, die die Rechte des Individuums gegenüber dem Staat einschränken oder gar aufheben konnten. Darüber, wie Verwaltungsrecht in der Praxis im „Dritten Reich“ gehandhabt wurde,

132 Ebenda, S. 640.
133 Rüfner, Wolfgang, 1985, II., S. 1100.
gehen die Meinungen auseinander. Obwohl – wie bereits erläutert – sich die Gesetze bis 1939 nicht änderten, wurde unterschiedlich verfahren. Wolfgang Rüfner beschreibt verschiedene verwaltungsgerichtliche Entscheidungen, die vom Mut zur unabhängigen Entscheidung gegenüber nationalsozialistischer Ideologie zeugen sollen:


Entscheidungen des Führers und die Aktivitäten der Geheimen Staatspolizei136 standen außerhalb verwaltungsrechtlicher Kompetenz.137 Verwaltungsgerichte blieben jedoch ein Bestandteil der Rechtspflege im „Dritten Reich“, da sie die aktive Verwaltung entlasten und Vertrauen in den Staat schaffen sollten.138

Die Deutsche Gemeindeordnung139 von 1935 und das Deutsche Beamten- gesetz140 von 1937 führten zu einer Vereinheitlichung deutscher Verwaltungsrechts. Um zu sparen und die Verwaltung zu vereinfachen, kam es

134 Ebenda, S. 1102-1103.
135 Ebenda, S. 1104.
136 Gesetz über die Geheime Staatspolizei (GS 122, GS 413) und GS 21 vom 10.2.1936.
137 „Schutzhaft“ und KZ-Haft standen soweitso außerhalb jeder verwaltungsrechtlichen Anfechtbarkeit.

Generell gilt, daß Verwaltungsgerichte die Rechtmäßigkeit und nicht die Zweckmäßigkeit von Verwaltungshandlungen prüfen. Sie haben die Funktion, bei Klagen gegen die Verwaltung zu kontrollieren, ob sie im Rahmen der ihr gebotenen Rechtsschranken agiert. Verwaltungsgerichte können Verwaltungsentscheidungen nur aufheben aber nicht durch andere Entscheidungen ersetzen.

139 DGO vom 30.1.1935 (RGBl. I S. 49)
140 DBG vom 26.1.1937 (RGBl I S. 39)
142 Verwaltungsgerichte haben die Aufgabe, auf Antrag Verwaltungsakte (ein „Verwaltungsakt ist jede Verfügung, Entscheidung, oder andere hoheitliche Maßnahme, die eine Behörde zur Regelung eines Einzelfalls auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts trifft und die auf unmittelbare Rechtswirkung nach außen gerichtet ist.“) auf ihre „Voraussetzungen, die Vorbereitung und den Verordnungen eines Verwaltungsaktes oder auf den Abschluß eines öffentlich-rechtlichen Vertrages gerichtet“ (Stelkens, Paul, Verwaltungsverfahrensgesetz: Kommentar, München 1995, S. 17.) sind, zu prüfen.

Es steht damit in Frage, wie VerwaltungsHandeln nicht nur organisiert und koordiniert, sondern auch gesellschaftlich kontrolliert und beeinflußt werden kann. Dies scheint das eigentliche Problem zu sein, das sich hinter der juristischen Diskussion über die Kompetenzen von Verwaltungsgerichten verbirgt.

**Exkurs: Zur Verwaltung (errare humanum est)**

„In einem modernen Staat liegt die wirkliche Herrschaft, welche sich ja weder in parlamentarischen Reden, noch in Enunziationen von Monarchen, sondern in der Handhabung der Verwaltung im Alltagsleben auswirkt, notwendig und unvermeidlich in den Händen des Beamtenstums, des militärischen wie des zivilen.“


In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts waren Behörden kleine Gebilde mit wenigen Amtsträgern, die durch wenige Richtlinien unkompliziert zu

---

143 Hier ist der tatsächliche Ermessensspielraum im juristischen Sine gemeint.
Verwaltungsgerichtsbarkeit (Verwaltungsrechtspflege)

147 – bereits in der Mitte des 19. Jahrhunderts kritisiert wurden. Laux faßt diese Entwicklung folgendermaßen zusammen:


Für den Bürger wie für die Legislative stellt sich die Verwaltung als eigenständiger Akteur mit einer eigenen Logik dar. Die vom König, Fürsten oder der Legislative gesetzlich definierten Anweisungen an die Verwaltung garantieren mitnichten, daß am Ende tatsächlich das passiert, was intendiert war. Legislative versucht immer wieder, Verwaltung zu entbürokratisieren. Dabei ist sie selbst ein entscheidender Faktor, der dazu beiträgt, daß Verwaltung immer bürokratischer wird. Jeder Versuch, über Gesetze

147 Ebenda, S. 328.
Im Konflikt mit dem Staat

oder Verwaltungsvorschriften das Handeln von Verwaltung in die richti-
gen Bahnen zu lenken, schränkt den Handlungsspielraum der Verwaltung
ein. Eigentlich entspricht ein solches regeltreues Verhalten der Verwaltung
den Wunschvorstellungen der Legislative. In der Konsequenz führt dies
aber zu einem verstärkt bürokratischen Handeln. Bürokratismus heißt ja
nichts anderes, als exakt nach den vorgegebenen Regeln zu agieren.
Die Alternative wäre, der Verwaltung einen möglichst großen Ermessens-
spielraum einzuräumen. Hier stellt sich jedoch die Frage, wie Verwaltung
diesen Spielraum tatsächlich ausgestaltet bzw. wie dann noch von außer-
halb auf die Ausgestaltung Einfluß genommen werden kann.
Bereits Georg Friedrich Hegel machte sich in seiner Rechtsphilosophie
Gedanken über das individuelle Wirken des Staatsangestellten. Da der
Bürokrat ein Staatsbeamter sei, der den „Hauptteil des Mittelstandes“ aus-
mache und „in welchem die gebildete Intelligenz und das rechtliche
Bewußtsein der Masse eines Volkes“ sich vereine, würden seine „Bildung
und Geschicklichkeit nicht zu einem Mittel der Willkür und einer Herren-
schaft werden“149. In § 296 seiner Rechtsphilosophie verweist er darauf,
daß ein Antrieb zur Humanität in jedem Staatsangestellten vorhanden sei.
Über diese Ausführungen amüsierte sich Marx in seiner „Kritik der Hegel-
schen Rechtsphilosophie“:

„In dem Beamten selbst – und dies soll ihn humanisieren, die ‚die Lei-
stant über das Accidenz seiner sonstigen Begabung siegen? Sein ‚Amt‘ ist ja sein ‚substantielles Verhältnis‘ und sein ‚Brod‘. Schön nur, daß Hegel die ‚direkte sittliche und Gedankenbildung‘ dem ‚Mechan-
Kategorie!“150

Das Problem, das hier von Hegel und Karl Marx kontrovers diskutiert
wird, besteht darin, daß es sich bei der Verwaltung nicht um einen simpel

Verwaltungsgerichtsbarkeit (Verwaltungsrechtspflege)

Reagierender Mechanismus handelt, sondern um Individuen mit subjektiven Norm- und Wertvorstellungen, die sich in den von ihnen ausgestalteten Handlungsspielräumen widerspiegeln. Dieses Verwaltungshandeln ist nicht allein durch Gesetze definierbar, sondern hängt in entscheidender Weise von den moralischen und kulturellen Wertvorstellungen der Beamten ab. Diese sind aber nicht allein durch sittliche Bildung zu beeinflussen, sondern resultieren u.a. aus der sozialen Stellung, ihrer Weltanschauung, ihren politischen Präferenzen, die über lange Jahre tradiert wurden.\(^{151}\)


In der bürgerlichen Gesellschaft etablierten sich Verwaltungsgerichte für die Korrektur von Verwaltungsentscheidungen, die, insofern Gesetze vorhanden, überprüfen können, ob der Staatsangestellte Gesetze und Verordnungen eingehalten hat. Wie kann jedoch Einfluß auf Verwaltungsentscheidungen genommen werden, die nicht durch Gesetze festgelegt sind? Denn Verwaltungsgerichte können nicht auf Grund moralischer Grundsätze Urteile fällen. Die Verhältnismäßigkeit eines Verwaltungshan-

\(^{151}\) Die sozialdemokratische Regierung in der Weimarer Republik hat erfahren müssen, wie wenig sich kaiser treue Beamte in der Verwaltung für die Umsetzung sozialdemokratische Vorstellungen eignet.
delns ist durch sie ausschließlich im Rahmen der Gesetze und Vorschriften zu beurteilen.


152 Ein Widerspruch richtet sich an die verfügende Behörde und eine Aufsichtsbeschwerde an das übergeordnete Verwaltungsorgan.

Sowohl die DDR als auch die Bundesrepublik Deutschland waren bzw. sind Verwaltungsgesellschaften. Verwaltungsgesellschaften zeichnen sich hauptsächlich durch einen hohen Industrialisierungsgrad aus. Ein großer Teil des erwirtschafteten Mehrprodukts fließt in den Staatshaushalt ein; in der DDR durch die staatsmonopolistische Struktur der Wirtschaft, in der Bundesrepublik Deutschland über Steuern. Unabhängig davon, wer den Haushalt entwirft und verabschiedet, steht in beiden Gesellschaften die Verwaltung vor der Aufgabe, Ressourcen im Sinne des Auftraggebers zu verwalten.


Den Technologiesprüngen in der Verwaltungsarbeit stehen nur begrenzt Kontrollmöglichkeiten durch die Legislative gegenüber. Bedenklich stimmt dieser Prozeß in Anbetracht der Tatsache, daß Verwaltung eine

---

153 Noch wirksamer wäre die Veröffentlichung des Konflikts in den Medien.
Im Konflikt mit dem Staat

immer größere Bedeutung für die Organisation von Gesellschaft bekommen wird. Quer durch die verschiedenen Gesellschaftssysteme kämpften Politiker um eine Verschlankung des Staates oder das Zurückdrängen der Bürokratie. Der Erfolg war höchstens, daß sich die weitere Ausbreitung der Verwaltung verzögerte.


Wie sich dieses Verhältnis in der DDR – ohne Verwaltungsgerichte und ohne Parteien, die unterschiedliche Interessen vertreten – darstellte, ist Gegenstand der vorliegenden Arbeit. Allerdings wird nur ein kleiner Ausschnitt aus dem gesamten Beziehungsgefüge untersucht, die Eingabe als ein Instrument für die Bürger, sich mit der Regierung bzw. der Verwaltung auseinanderzusetzen.


157 Der Europäische Bürgerbeauftragte, Pressebericht No. 6 vom 23.11.1998.
3. Die Geschichte der Eingabengesetzgebung in der DDR


3. 1. Die ersten Verwaltungsstrukturen nach 1945. Zur Vorgeschichte


In Folge des 1946 erlassenen Gesetzes Nr. 36 des Alliierten Kontrollrates erließ am 8. Juli 1947 die sowjetische Militäradministration den Befehl 173, daß in den Ländern der SBZ Verwaltungsgerichte neu zu schaffen seien:

160 Reorganisation der Gerichte, ebenda, S. 70.
161 Ernennung von deutschen Verwaltungen in der SBZ, ebenda, S. 71.
162 Reorganisation des Gerichtswesens in der SBZ, ebenda, S. 72.


„Die Verwaltungsgerichtsbarkeit ist ihrer Natur nach ein Kontrollorgan über die öffentlichen Verwaltungsorgane. Reaktionäre und dem Aufbau feindlich gesinnte Elemente werden alsbald den Versuch unternehmen, die Verwaltungsgerichte gegen die demokratischen Verwaltungsorgane auszuspielen, ihre Maßnahmen und ihre Tätigkeit zu hemmen und gegebenenfalls für ‘rechtswidrig’ erklären zu lassen. Andererseits kann an der Tatsache nicht vorbeigegangen werden, dass sich der Bürger in dem derzeitigen demokratischen Staatswesen gegen widerrechtliche Übergriffe der Verwaltung geschützt wissen will. So sieht auch der Verfassungsentwurf der SED in seinem Artikel 94 vor:

'Dem Schutze der Bürger gegen widerrechtliche Anordnungen und Verfügungen der Verwaltungen dient die Verwaltungsgerichtsbarkeit.'

Die Länder stehen nunmehr vor folgendem Problem: Wie kann es

164 Diesem Befehl war das im Oktober 1946 verabschiedete Gesetz (Nr. 36) über Verwaltungsgerichte vorausgegangen:

Artikel I
Zur Entscheidung von Verwaltungssachen werden Verwaltungsgerichte in den einzelnen Zonen und in Berlin errichtet

Artikel II

165 SAPMO-BArch, ZPA, NY 4182/1090, Bl. 60.

Anhand dieser Überlegungen werden die Vorbehalte des Zentralsekretariats sichtbar, daß Verwaltungsgerichte Verwaltungsakte blockieren könnten. Der Text verdeutlicht das Dilemma, in dem sich die SED bei der Einrichtung der Verwaltungsgerichte befand: Es könnte natürlich vorkommen, daß die Verwaltung Entscheidungen fällt, die für den Bürger Härten bedeuten und die nicht den Vorstellungen einer gesellschaftskonformen Entscheidung entsprechen. Gegen solche Entscheidungen mußte es eine Handhabe geben. Für das Zentralsekretariats der SED war die Lösung ein Verwaltungsgericht mit eingeschränkten Befugnissen. Im Papier des Zentralsekretariats werden dann auch entsprechende Vorschläge unterbreitet:

\[\text{a) Die Verwaltungsgerichte sind selbständige Gerichte und nicht den ordentlichen Gerichten einzugliedern.}\]

Würden sie ein Teil der ordentlichen Gerichtsbarkeit werden, so hätte die Justizbehörde damit Kontrolle über die Verwaltungsorgane. Eine solche Kontrolle steht ihr aber weder aufgaben- noch funktionsmäßig zu. Weder das Kontrollratsgesetz Nr. 36 noch der Verfassungsentwurf unserer Partei deuten darauf hin, dass eine solche Eingliederung beabsichtigt ist.

\[\text{b) Alle Verwaltungsakte, die in der Übergangszeit bis zum Inkrafttreten des Gesetzes erlassen worden sind, sind für unanfechtbar zu}\]
erklären. Nur wenn die Landesregierung selbst die Nachprüfung solcher Massnahmen für wünschenswert hält, so kann sie ausschließlich Fristen zur Einlegung von Einsprüchen, Beschwerden oder Klagen eröffnen.

c) Verwaltungsakte, die auf Grund freien Ermessens erlassen werden, unterliegen nur dann der Zuständigkeit der Verwaltungsgerichte, 1. wenn sie gleichzeitig eine Rechtswidrigkeit und Ermessensüberschreitung enthalten und ausserdem 2. das Verwaltungsgericht auf Grund der gesetzlichen Regelung für die beabsichtigte Klage zuständig ist.

Dem Betroffenen steht in diesem Falle der Beschwerdeweg bei der übergeordneten Behörde offen, und es ist zu erwarten, dass eine wirklich demokratische Verwaltung gerechtfertigten Beschwerden entsprechen wird.


(…)

g) Das Verwaltungsgericht ist nicht generell für alle Arten von Klagen zuständig.
 Dieser Grundsatz ist durchaus keine Neuerung. Im Verwaltungsprozess waren stets nur solche Klagen zulässig, welche ausdrücklich im Zuständigkeitsgesetz oder in anderen Vorschriften zugelassen waren. Dieses sogenannte 'Aktionsprinzip' – im Gegensatz zu der sogenannten 'Generalklausel' – ist gerade heute ein wichtiger Regulator, um ein Lahmlegen der Verwaltungsbehörden durch Störenfriede und feindliche Elemente zu verhindern. Der Grundsatz ist also, dass nur dann, wenn das Gesetz ausdrücklich einen Klageweg in einer bestimmten Verwaltungs materie zuläßt, der Verwaltungsakt im Klageweg angefochten werden kann. Ansonsten ist der Klageweg ausgeschlossen. (…)

Die Überlegungen des Zentralsekretariats fielen auf fruchtbaren Boden. Im Entwurf der Ausführungsverordnung finden sich die angeführten Formulierungen wieder. Im Abschnitt „Zuständigkeit des Verwaltungsgerichtshofes“ heißt es in § 9 Abs. 2:

„Das Verwaltungsgericht hat sich für unzuständig zu erklären, wenn der Landtag oder ein Landtagsausschuss mit dem Streitgegenstand befasst ist oder eine Entscheidung getroffen hat.“

167 SAPMO-BArch, ZPA, NY 4182/1090, Bl. 61-62.
168 Ebenda, Bl. 54.
Die Geschichte der Eingabengesetzgebung in der DDR

Der § 10 verankert den sogenannten „Regierungsakt“:

„Gegen eine Verfügung, die der Landtag oder die Landesregierung ausdrücklich als Regierungsakt bezeichnet, ist die Klage im Verwaltungsstreitverfahren unzulässig. Erfolgt diese Erklärung im Laufe des Verwaltungsstreitverfahrens, so ist das Verfahren in der Hauptsache für erledigt zu erklären.\(^{169}\)


Andererseits wird die Sorge deutlich, wie man den Bürger vor „Übergriffen“ des „derzeitigen demokratischen Staatswesens“ schützen könne. Von fünf einhalb Seiten machen diese Überlegungen lediglich neun Zeilen aus und dies nur als Beschreibung eines möglichen Kasus. Die Idee, selbst Fehler zu machen (obzwar mit den besten Absichten) und deshalb eine korri-

\(^{169}\) Ebenda, Bl. 54.
Die ersten Verwaltungsstrukturen nach 1945. Zur Vorgeschichte
Ob das von der SED geschaffene Umfeld auch die alltägliche Praxis beeinflußte, so daß Bürger kaum Verwaltungsgerichte, als vielmehr Beschwerden und Eingaben an die Verwaltung oder die Volksvertretung nutzten, um ihre Interessen durchzusetzen, wird später genauer betrachtet. In Brandenburg wurde am 12. Oktober 1947 mit dem Gesetz über die Verwaltungsgerichtsbarkeit ein Verwaltungsgerichtshof gesetzlich verankert. In § 10 des Gesetzes findet sich der „Regierungsakt“:

„Der Verwaltungsgerichtshof hat eine gegen die Landesregierung gerichtete Klageschrift vor Eintritt in das Verfahren dem Landtag vorzulegen. bezeichnet der Landtag eine Maßnahme als Regierungsakt, so ist eine Klage im Verwaltungsstreitverfahren unzulässig. Geschieht dies in einem anhängigen Verfahren, so ist es insoweit in der Hauptsache für erledigt zu erklären.“

Das Land Sachsen verabschiedete am 30. Oktober 1947 das Gesetz über die Verwaltungsgerichtsbarkeit. Thüringen folgte am 7. Oktober 1948 und auch hier wurden in § 10 bestimmte Verwaltungsstreitverfahren ausgeschlossen:

„1. Bezeichnet der Landtag eine Maßnahme als unanfechtbar, so ist die Klage im Verwaltungsstreitverfahren unzulässig. Geschieht dies in einem anhängigen Verfahren, so ist es insoweit in der Hauptsache für erledigt zu erklären.“
2. Das Landesverwaltungsgericht hat sich für unzuständig zu erklären, wenn der Landtag oder ein Landtagausschuß den Rechtsstreit an sich zieht oder mit dem Streitgegenstand befaßt ist oder wenn der Landtag oder ein Landtagausschuß bereits eine Entscheidung getroffen hat.“

170 GVBl. Brdbg. I, 47, 27.
171 GVBl. Sa. 47, 509.
Und auch in Mecklenburg\textsuperscript{172} wurde ein Gesetz zur Errichtung eines Verwaltungsgerichtshof erlassen. In der ersten Verfassung der DDR wurden in Artikel 138 Verwaltungsgerichte verankert:


\begin{quote}
„(1) Dem Schutz der Bürger gegen rechtswidrige Maßnahmen der Verwaltung dienen die Kontrolle durch die Volksvertretungen und die Verwaltungsgerichtsbarkeit.
(2) Aufbau und Zuständigkeit der Verwaltungsgerichte werden durch Gesetz geregelt.
(3) Für die Mitglieder der Verwaltungsgerichte gelten die Grundsätze über die Wahl und Abberufung der Richter der ordentlichen Gerichtsbarkeit entsprechend.\textsuperscript{173}
\end{quote}

Die bereits eingesetzten Verwaltungsgerichte wurden mit der Umwandlung der Länder in Bezirke wieder abgeschafft. Wie Karl Bönninger, emeritierter Professor für Verwaltungsrecht an der Universität Leipzig, in einem Zeitzeugeninterview berichtete, wurden überhaupt nur in Thüringen und Sachsen jemals Verwaltungsgerichte auch personell eingerichtet. In den anderen Ländern sind gar keine Senate gebildet worden. In Sachsen wurden überdies nur Fragen des Steuerrechts und der Finanzen verhandelt, so daß sich ihre Abschaffung als ein rein formaler Akt ohne wirkliche praktische Bedeutung darstellt.\textsuperscript{174}

**Beschwerderegelungen bis zur ersten Eingabenverordnung**

Es liegt nun nahe, und wird auch in der wissenschaftlichen Literatur vermutet, daß sich der Erlaß einer Eingabenverordnung im Februar 1953 als Ersatz für die Auflösung der Verwaltungsgerichte interpretieren läßt. Im rechtshistorischen Diskurs bilden die verabschiedeten Eingabengesetze und Erlasse Ecksteine in der Darstellung des sich auflösenden Verwaltungsrechts in der DDR.\textsuperscript{175} Es wird ein Zusammenhang zwischen der in einigen Landesverfassungen\textsuperscript{176} bereits fixierten, 1952 mit der Verwaltungsreform\textsuperscript{177} aufgehobenen Verwaltungsgerichtsbarkeit und der Eingabengesetzgebung\textsuperscript{178} hergestellt. Das Phänomen, Eingabe als Ersatz für Verwaltungsgerichtsbarkeit zu beschreiben und damit dem Prinzip der

\begin{footnotesize}
\begin{itemize}
  \item 172 RgBl. Meckl. 47, 250.
  \item 173 GBl. 1949, S. 15.
  \item 174 Interview mit Karl Bönninger am 16.1.1999.
  \item 175 So Wolfgang Bernet in seiner Disertation von 1978.
\end{itemize}
\end{footnotesize}
Die ersten Verwaltungsstrukturen nach 1945. Zur Vorgeschichte


Das Beispiel Sachsen

Das Land Sachsen führte mit dem Gesetz über die Verwaltungsgerichtsbarkeit vom 30. Oktober 1947 wieder Verwaltungsgerichte ein. Unabhängig von gesetzlichen Vorgaben nutzten Bürger seit Kriegsende häufig Beschwerden in Form der Bitte oder der nichtförmlichen Beschwerde


178 Die erste Verordnung wurde am 6.2.1953 verabschiedet (GBl., 19/1953, S. 265-267.).

Die Geschichte der Eingabengesetzgebung in der DDR

gegen Verwaltungsentscheidungen. Daneben wurden die Volksvertretungen im klassischen Sinne einer Petition angeschrieben. So publizierte die Stadt Dresden bereits 1946 eine Broschüre unter dem Titel „Liebe Mutter Preußler. Oberbürgermeister Weidauer antwortet auf einen Brief der Frau Hedwig Preußler“. Das Vorwort beginnt mit den Sätzen:

„Täglich gehen bei der Stadtverwaltung Hunderte von Zuschriften ein, gerichtet an den Oberbürgermeister, die Bürgermeister oder andere Dezernenten. (…) Darum müssen es die vielen, die eine Eingabe an den Oberbürgermeister oder den Rat richten, verstehen, daß die Antwort am Ende von einem Sachbearbeiter erfolgt."


180 Im Artikel 3, Abs. 4 der Verfassung des Landes Thüringen vom 20. Dezember 1946 heißt es:
Artikel 11 der Verfassung der Provinz Sachsen-Anhalt vom 10. Januar 1947:
„(…) Jeder Bürger hat das Recht, Eingaben an die Volksvertretungen und an die Regierung zu machen.“ (Ebenda, S. 287.)
Artikel 10 der Verfassung des Landes Mecklenburg vom 16. Januar 1947:
„Jeder Bürger hat das Recht, Eingaben an die Volksvertretungen zu richten.“ (Ebenda, S. 300.)
Artikel 2, Abs. 3 der Verfassung für die Mark-Brandenburg vom 6. Februar 1947:
„Jeder hat das Recht, Eingaben an den Landtag und die Regierung zu richten.“ (Ebenda, S. 312.)
Artikel 11, Abs. 2 der Verfassung des Landes Sachsen vom 28. Februar 1947:
„Jeder Bürger hat das Recht, Eingaben an die Volksvertretungen und an die Regierung zu richten.“ (Ebenda, S. 323.)
Die ersten Verwaltungsstrukturen nach 1945. Zur Vorgeschichte

„Liebe Mutter Preußler, Dir konnte in Deiner Wohnungsangelegenheit und auch materiell ziemlich schnell geholfen werden. Ich bin mir auch bewußt, daß viele Tausende, ja Zehntausende fragen: „Und was wird aus uns?“. Allen sofort zu helfen, ist unmöglich. Nur nach und nach werden wir das Schlimmste überwinden. Je enger wir zusammenstehen, je besser wir zusammenhalten, um so schneller geht es vorwärts.“\(^{181}\)

Dennoch wurde Frau Preußler geholfen. Sie bekam für sich und die Familie ihrer Tochter eine kleine Wohnung. Es ist anzunehmen, daß die Dresdener Bevölkerung diese Broschüre als eine Art Aufruf zum Bittgesuchsschreiben gelesen hat. Die Intention der Broschüre war jedoch nicht, „so ausführlich jede Sache der Öffentlichkeit zu besprechen“. Vielmehr sollten alle Bevölkerungskreise „aus diesem Heft Methode und Grundhaltung, mit der die neue demokratische Verwaltung arbeitet, erkennen“\(^{182}\). Bürgernah und nicht administrativ sollte, so der OB, die Verwaltung auf die Bitten und Beschwerden der Bevölkerung eingehen und dabei um Verständnis für den schwierigen Aufbau werben.


\(^{181}\) Ebenda, S. 31
\(^{182}\) Rat der Stadt Dresden (Hg.), Liebe Mutter Preußler. Oberbürgermeister Weidauer antwortet auf einen Brief der Frau Hedwig Preußler, Dresden 1946, S. 3.
\(^{183}\) Ebenda, S. 125.
Mit der Richtlinie vom 24. März 1950 legte die sächsische Landesregie-
runz das Verfahren vor den Einspruchsausschüssen bei den Kreis- und
Gemeindevertretungen fest. In dieser Richtlinie wird in Ziffer 2 die Ver-
waltung verpflichtet, auf Beschwerden zu reagieren. Damit wurde in
Sachsen ein Beschwerderecht verankert, welches DDR-weit erst mit der
Eingabenverordnung von 1953 für alle staatlichen und gesellschaftlichen
Institutionen eingeführt wurde.

"2. Als Einspruch im Sinne dieser Richtlinie ist auch jede als
'Beschwerde', 'Berufung' oder ähnlich bezeichnete Anfechtung einer
Verwaltungsentscheidung gemäß Ziffer 1 zu behandeln, soweit sich
aus ihr ein Widerspruch gegenüber einem den Beschwerdeführer
belastenden Verwaltungsakt erkennen läßt.
(...)
3. (...) Hält sie (die Verwaltungsbehörde, d. Vf.) den Einspruch für
ungerechtfertigt, so legt sie ihn, soweit es sich um eine Verwaltungs-
stelle einer Gemeinde handelt, dem Bürgermeister, soweit es sich um
eine Verwaltungsstelle des Landkreises handelt, dem Landrat vor.
Dieser leitet ihn über den Vorstand der Gemeindevertretung (des
Kreistages) an den Vorsitzenden des Einspruchsausschusses weiter,
wen er nicht erst noch die Herbeiführung eines Kollegialbeschlusses
des Gemeinderates nach § 33 der Gemeindeordnung (des Kreistages
nach § 31 der Kreisordnung) für zweckmäßig hält. Der Betroffene ist
hiervon in Kenntnis zu setzen.
4. Zur Vorbereitung der Entscheidung zieht der Vorsitzende des Ein-
spruchsausschusses Gutachten von Sach- und Fachausschüssen bei (§
(...)
10. Sofern der Einspruchsausschuß den Einspruch des Betroffenen
ablehnt, findet auf das Verfahren das Verwaltungskostengesetz vom
27. Mai 1924 (Gesetzblatt Seite 53) sinngemäß Anwendung. Die
Kosten sind in der Entscheidung über den Einspruch vom Ein-
spruchsausschuß festzusetzen.
Die Einhebung der Kosten liegt dem Gemeinderat (Kreisrat) ob, bei
dem der angefochtene Verwaltungsbescheid oder die angefochtene
Verwaltungsverfügung erlassen worden ist.
(...)
13. In Fragen der Wohnraumbewirtschaftung nach dem Kontrollrats-
gesetz Nr. 18 (Wohnungsgesetz) finden diese Richtlinien keine
Anwendung."

Das Besondere dieser Richtlinie ist, daß nach Ziffer 2 alle Einwände gegen
Verwaltungsentscheidungen in diesem Sinne zu behandeln sind. Im
Unterschied zu den späteren Eingaberegelungen wird hier die Anwendung
der Richtlinie auf den individuell „belastenden Verwaltungsakt“

184 Gesetz und Verordnungsblatt Land Sachsen, Nr. 15, Dresden 30.4.1950, S. 302.
Die ersten Verwaltungsstrukturen nach 1945. Zur Vorgeschichte


Dies soll als Beispiel genügen, um vorzuführen, wie Beschwerdepraxis und Verwaltungsvorschriften gegenseitig aufeinander eingewirkt haben. Die sächsische Praxis ist allerdings nur vor dem Hintergrund einer gesamtgesellschaftlichen Diskussion über die neue Rolle und Funktion von Verwaltung zu verstehen. Sie soll daher in Grundrissen entwickelt werden.

Neue Vorstellungen von Verwaltung

Ein positiver kommunikativer Kontakt zwischen Verwaltung und Bürger war bis dato im deutschen Verwaltungsrecht keine Selbstverständlichkeit. Mit Distanz zur Verwaltung im „Dritten Reich“ und im Selbstverständnis als Verfechter einer modernen Verwaltung in einer bürgerlichen Gesellschaft schrieb Hans Peters, zu dieser Zeit Professor an der Humboldt-Universität Ostberlin und zugleich Honorarprofessor an der Technischen Universität in Westberlin, in seinem „Lehrbuch für Verwaltungstätigkeit“, das 1949 in Westberlin/Göttingen/Heidelberg erschien:

Fällen lediglich mit kurzer Begründung zu antworten, daß die Nachprüfung der Angelegenheit keinen Anlaß zu einer Abänderung der Maßnahme ergeben haben.); bei Querulanten d.h. Personen, die sich stets über irgendwelche angeblichen Mißstände beklagen und lediglich den Arbeitsbetrieb der Behörde aufhalten, kann natürlich von einer Antwort abgesehen werden.

2. Anstatt die die Maßnahme treffende Behörde selbst anzugehen, kann man sich auch an die nächsthöhere Behörde, die Aufsichtsbehörde, wenden und dort daselbe Anliegen wie bei der Gegenvorstellung formlos geltend machen. Die Rechtswirkung dieser sogenannten formlosen Beschwerde oder Beschwerde im Dienstaufsichtswege ist dieselbe wie bei der Gegenvorstellung. Ein Recht des Beschwerdeführers auf Prüfung und Bescheid besteht nicht. Die angegangene Behörde wird, es sei denn, daß sich die Beschwerde von vornherein als unbegründet herausstellt oder daß sie aus anderen Gründen (z.B. wegen Geringfügigkeit der bezeichneten Mangels) der Sache nicht nachgehen will, zunächst die Stellungnahme der Behörde herbeiführen, deren Maßnahme beanstandet wird, und danach ihre Entscheidung treffen. (...) Die formlose Beschwerde ist nicht an Fristen gebunden.¹⁸⁵

„Publikum“, das sich beschwert, ist aus der Perspektive der bürgerlichen Verwaltung eher lästig und stört den geregeltten Verwaltungsablauf. In den hier dargelegten Rechtsvorstellungen wird die Kommunikation zwischen Bürgern und Verwaltung nicht als nutzbringend erachtet. Der Bürger hat nach diesem Standpunkt keine Chance, sich mit seinen Beschwerden durchzusetzen oder auch nur wahrgenommen zu werden, solange er sich keiner förmlichen Rechtsmittel bedient. Der Verwaltung wird sogar nahegelegt, die Sache einfach zu den Akten zu legen.


Neuartig war daher der Versuch in der SBZ, zunächst mit Hilfe von Ver-

Die ersten Verwaltungsstrukturen nach 1945. Zur Vorgeschichte


Exkurs: „Querulanten und Quengler“

An dieser Stelle sei ein Exkurs über „Querulanten und Quengler“ eingefügt, weil an diesem Beispiel die neuen Vorstellungen von Verwaltung in besonderer Weise deutlich werden. Der „Querulant“ ist auch deshalb als Figur interessant, weil sie aus dem Sprachgebrauch der Verwaltung verschwunden ist.

Im Sprachgebrauch der Verwaltung wurden Beschwerdevielschreiber als „Querulanten“ bezeichnet, entweder weil sie das Beschwerderecht zur Erlangung individueller Vorteile „mißbrauchen“ oder, weil sie die Verwaltung mit irrelevanten Fragen „belästigen“. Der „Querulant“ gilt als ein ewiger Meckerer, der durch nichts zufrieden zu stellen ist. Damit durchbricht er einen nicht fixierten Verhaltenskodex darüber, welche Dimension des Anlasses eine Beschwerde rechtfertigt. Die Definitionsmacht hierüber liegt allerdings bei der Verwaltung. Sie kann sich der Pflicht, auf die Beschwerde einzugehen, dadurch entziehen, daß sie das Anliegen des Absenders als ungerechtfertigtes dreistes Begehren von sich weist. Möglicherweise hatte der Beschwerdeführer bereits andere Eingaben verfaßt, so das er als „Querulant“, der außerhalb der Regeln agiert, „entlarvt“ werden

Die Geschichte der Eingabengesetzgebung in der DDR

konnte. Aufgrund dieser Definitionsgewalt besteht die Gefahr, daß das Prinzip Beschwerde wertlos wird. Die Regeln des fest umrissenen Regelwerks würden übertreten, ohne daß der Absender eine Chance hätte, sich dagegen zu wehren.

Mit der Herausbildung und Entwicklung des bürgerlichen Rechtsstaates geht das Phänomen einher, daß sich Einzelne „in ihren bürgerlichen Rechten benachteilt glauben und deshalb unaufhörlich durch alle Instanzen ihr vermeintliches Recht in hartnäckiger und aggressiver Form verteidigen“187, was sogar als „Querulantenwahnsinn“ bezeichnet wurde. Der Begriff des „Querulanten“ zieht sich durch die deutsche Rechtspraxis und wurde im „Dritten Reich“ auf spezifische Weise gebraucht. Die faschistischen Staatsrechtler Dietrich und Vesper versuchten, die §§ 30 und 31 der preußischen Allgemeinen Gerichtsordnung von 1795 zu reaktivieren und eine „Querulantenliste“ einzuführen.

„Die Aufnahme in diese Liste sollte zur Folge haben, daß der Quengler des Anspruchs auf den vom Staat sonst allgemein gewährten Rechtsschutz insoweit verlustig gehe, daß er von keinem Gericht, keiner Staatsanwaltschaft und keiner Verwaltungsbehörde mehr ein Eingehen auf seine Eingaben verlangen könne.“ „Denn“, so meinte er, „wenn sich einer auf einem Gebiete als Quengler erwiesen hat, ist für den Staat bereits der Anlaß gegeben, ihn unschädlich zu machen und weitere Verwaltungsarbeit zu ersparen.“ Daß dabei „der Quengler eben auch einmal Unrecht dulden“ müsse, sei „noch das kleinere Übel gegenüber einer mißbräuchlichen Inanspruchnahme des für die Allgemeinheit und nicht für den Einzelnen unterhaltenen Beamtenapparates.“188


187 Meyers Konversationslexikon (1890), Bd. 13, S. 515.
188 Hoffmann, Diether H., 1959, S. 52.
1949 publizierte Hans Peters in Westberlin ein Lehrbuch für die Verwaltung. Er plädiert für eine moderne und liberale Verwaltung und grenzt sich von der faschistischen Verwaltungspraxis ab. Dennoch empfiehlt er im Abschnitt zur Beantwortung von Beschwerden:

„...bei Querulanten d.h. Personen, die sich stets über irgendwelche angeblichen Mißstände beklagen und lediglich den Arbeitsbetrieb der Behörde aufhalten, kann natürlich von einer Antwort (bei einer „erhobenen Gegenvorstellung“. FM) abgesehen werden.“


„Im bürgerlichen Deutschland wurden demgegenüber die aus dem Feudalstaat stammenden Vorschriften, die das Querulieren überhaupt unter Strafe stellten, noch lange angewendet. (...) Sie betraten allerdings nicht nur Querulanten, sondern waren vor allem ein wirksames Mittel der herrschenden Klassen, um den Volksmassen Furcht vor einer Beschwerdeführung bei den staatlichen Behörden einzuflößen. Bezeichnend ist, daß die Faschisten, denen die aus dem Feudalstaat stammenden Vorschriften zu 'eng' waren, eine 'weite Fassung' in Kraft treten lassen wollten und als Strafen empfahlen: 'Geld, Haft und Gefängnis, letzteres bis zu 6 Monaten wahlweise Freiheitsentzug und Geldstrafen nebeneinander' (...). Aber auch ohne 'Rechtsgrundlage' haben sie es fertiggebracht, unbequeme Kritiker 'unschädlich' zu machen.“

Den weltanschaulichen Ausführungen zum Problem des „Quenglers“ ist sicherlich zu folgen. Problematisch für eine Verwaltung ist jedoch der tatsächliche Umgang mit diesen Eingabenaunitoren. Doch auch hierfür hat Menzel ein Rezept:

„Das zweite Problem, mit dem sich die für die Sichtung von Vorschlägen und Beschwerden Verantwortlichen beschäftigen müssen, läßt sich in folgender Frage zusammenfassen: Sind Beschwerden von Querulanten einer Prüfung zu unterziehen? Viele Mitarbeiter des

190 Menzel, Wolfgang, 1956, S. 83-84.
Die Geschichte der Eingabengesetzgebung in der DDR

Staatsapparate sind in der Lage, auf Befragen ohne zu Zögern die Namen von zwei oder drei Bürgern zu nennen, die in ein und derselben Sache trotz mehrfacher Zurückweisung und überzeugender Belehrung immer wieder von neuem Beschwerde führen (eigentliche Querulanten), oder von solchen, die sich fortlaufend über belanglose Kleinigkeiten, meist in umfangreichen Schriftsätzen, beschweren (Vielschreiber). Betrachtet man eine derartige 'Beschwerdeführung', dann muß man feststellen, daß sie nicht in einem einzigen Fall dem Bestreben entsprungen ist, die Verletzung von Rechten und Interessen zu rügen, wirkliche Mißstände aufzudecken oder dem Staatsapparat andere negative Erscheinungen zu signalisieren. Allerdings darf man bei dieser Feststellung nicht stehenbleiben. Vielmehr muß versucht werden, den Ursachen des Querulierens in jedem Einzelfall nachzugehen. Dabei wird die Mitwirkung der Haus- und Straßenvertrauensleute eine unerläßliche wie auch nicht zu unterschätzende Unterstützung für die Mitarbeiter des Staatsapparates sein. Die Haus- und Straßenvertrauensleute, die den Querulanten aus seiner häuslichen Umgebung kennen, die sein Verhalten in der Hausgemeinschaft am besten beurteilen können, sind in der Lage, Hinweise darüber zu geben, aus welchen Motiven das Verhalten eines bestimmten Querulanten entspringt.\textsuperscript{191}


„Im allgemeinen wird man es, wenn wir von krankhaften Erscheinungen absehen, mit zwei Gruppen von Querulanten zu tun haben. Die erste setzt sich aus rückständigen Menschen, meist kleinbürgerlicher Herkunft, zusammen, denen der tiefgehende Unterschied zwischen einem Staat der Arbeiter und Bauern und einem Staat der Monopolbourgeoisie und Junker noch gar nicht ins Bewußtsein gedrungen ist oder nur so wenig, daß sie hieraus für ihr eigenes Verhalten noch keine richtigen Schlußfolgerungen gezogen haben. Ihr Querulieren beruht auf der Einstellung, daß man „aus dem Staat herausholen solle, was man nur kann und ihn täuschen, wann immer es möglich ist“. Sie sind in der Regel der Belanglosigkeit oder Nutzlosigkeit ihres Vorbringens bewußt und „kritisieren“, um – wie sie meinen – „den“ Staat zu ärgeren, während ihnen gar nicht klar ist, daß sie damit Hemmnis schaffen, das ihnen selbst, der Verbesserung ihrer Lebenslage, der Stärkung ihrer Rechte und Interessen schädlich ist. Daraus folgt, daß die Mitarbeiter des Staatsapparates auf diese Men-

\textsuperscript{191} Ebenda, S. 82.
schen mit der ganzen Kraft ihrer Überzeugung einwirken müssen, um die zweifellos vorhandene Kritikfreudigkeit in bewußte, der persönlichen Entwicklung nutzende Bahnen zu lenken. Handelt es sich dagegen um die zweite – zahlenmäßig weit geringere – Gruppe von Querulanten, die aus versteckten Feinden der Arbeiter-und-Bauern-Macht besteht, die das Recht zur Vorschlags- und Beschwerdetaetigkeit bewußt zur Schädigung unseres Staates mißbrauchen wollen und durch Querulieren die schöpferische Arbeit der staatlichen Organe zu hemmen, sie in falsche Richtung zu lenken oder in anderer Weise zu sabotieren versuchen, so müssen die Mitarbeiter des Staatsapparates diese Elemente entlarven. Ihnen gegenüber greift nicht die Methode der Überzeugung platz, sondern die Methode des Zwangs."192


Daß es Eingabenauteoren gab, die gegen die Regeln verstießen und sich tatsächlich mit Hilfe von überzogenen und permanenten Forderungen Vorteile verschafften, dokumentiert eindrücklich Sieglinde Peters Buch „Meine Hand für mein Produkt“. In diesem Buch wird detailliert vorgeführt, wie „Rainer B. aus Brandenburg“ die DDR-Eingabenkultur für sich mißbrauchte. Die Bild-Zeitung nannte ihn in ihrer Ausgabe vom 7.5.1996 „Deutschlands größten Nörgler“. 1.000 Eingaben soll er verfaßt und damit Waren im Wert von ca. 25.000 M per Reklamation erhalten haben. Das Buch belegt eindrucksvoll, wie kulturell determinierte Verhaltensregeln zu

192 Ebenda, S. 82-83.
Lasten der Sozialität übertreten werden können. Herr B. erhielt täglich bis zu vier Pakete mit „reklamierten“ Ersatzprodukten, von Waren, die er vorher nicht gekauft hatte.

Da Herr B. auch nach 1989 nicht von seiner Manie lassen konnte, wurden ihm die gesellschaftlichen Unterschiede beider deutscher Staaten im Umgang mit Eingaben deutlich gemacht. Frau Peters meint dazu:

„Heute wird meist überhaupt nicht reagiert. Insofern sind diese Schreiben auch Indiz dafür, wie ernst der Einzelne in der DDR zumindest als Eingabenschreiber genommen wurde – und das hat durchaus auch etwas mit Demokratie zu tun, wenngleich sie auf anderen Feldern so jämmerlich gebeugt wurde.“


Verwaltung als „Diener des Volkes“

In den ersten Nachkriegsjahren belastete die Neugestaltung eines sozialistischen Wirtschafts- und Verwaltungssystems zusätzlich den Aufbau der Gesellschaft. Schwerpunkte dieses Abschnitts sollen daher die Probleme in der Verwaltungsorganisation und die Rolle der Eingabe als spezifische Form der Rückkoppelung von Verwaltungsarbeit bilden.

Rundschreiben der sächsischen Landesverwaltung an die Räte der sächsischen Städte belegen, daß man von einer gut funktionierenden Verwaltung noch meilenweit entfernt war und jede Instanz für sich Vorstellungen entwickelte, welche Rolle sie in dem System einnehmen solle. So wurden in einem Rundschreiben vom 12. Juni 1946 die Bürgermeister zurechtgewiesen:

Die ersten Verwaltungsstrukturen nach 1945. Zur Vorgeschichte

„So geht es nicht! Nachstehend werden Ihnen Auszüge aus Antworten von zwei Bürgermeistern an die Landesverwaltung bekanntgegeben mit der Bitte, die ihnen unterstellten Verwaltungsorgane darauf hinzuweisen, daß mit einer solchen Einstellung eine reibungslose Verwaltungsarbeit auf demokratischer Grundlage nicht erreicht wird.“ 194

In verschiedenen Streitfällen zwischen Bürgermeistern und dem Polizeichef des Bundeslandes Sachsen antworteten die Bürgermeister nach dem Dafürhalten der Landesverwaltung zu autonom. Anhand zweier Textbeispiele aus Briefen an die Landesverwaltung wird deutlich, was sich ein Bürgermeister nicht leisten dürfte:

„Sollten Sie immer noch nicht unsere Auffassung teilen, so sehen wir uns gezwungen, den Fall der Presse zu übergeben.“ oder: „Sollten hier vom juristischen Standpunkt aus irgendwelche anderen Maßregeln ergriffen werden, so sind wir genötigt, eine Einwohnerversammlung abzuhalten, wo dann die städtische Bevölkerung..... ihr Gutachten aussprechen wird. (…) Dieses Aufbäumen der unteren Verwaltungsbehörden gegen eine von ihnen als ‘unberechtigt’ empfundene ‘Einmischung’ der Landesverwaltung in Dinge, die sie ‘eigentlich gar nichts angehe’, wird von diesen damit erklärt, man wolle dadurch einen Riegel der Reaktion vorschieben, die sich auch in der Landesverwaltung wieder breitmache. Unter Reaktion werden dabei die Handlungen angesehen, die der Willkür, die notgedrungen nach dem Zusammenbruch 1945 an vielen Stellen herrschte, ein eindeutiges ‘Halt!’ gebieten und dazu dienen sollen, uns wieder in die Reihe der Rechtsstaaten einzudrehern. Diesen Verwaltungsstellen ist noch nicht klar geworden, daß Demokratie nicht bedeutet: ‘Jeder Bürgermeister in der Gemeinde ist ein unabhängiger Regent.’ 195

Diese Zeilen dokumentieren, daß die verschiedenen Verwaltungseinheiten noch nicht in einen fest gegliederten Gesamtmechanismus integriert waren und einzelne Institutionen versuchten, sich Entscheidungsgewalt anzueignen. Zurückzuführen ist das unter anderem darauf, daß der Umgang innerhalb der Exekutive sowie zwischen der Volksvertretung und der Exekutive keine Tradition besaß, auf die man sich beziehen konnte. Viele Ämter waren durch politisch integere, jedoch verwaltungstechnisch Unerfahrene besetzt worden. Es hatte sich noch kein Regelwerk jenseits der schriftlichen Vorschriften und Gesetze aus der Tradierung der alltäglichen Praxis gebildet, das die jeweiligen Kompetenzen festschrieb. So kam

194 SAC, 5671, S. 70.
195 Ebenda, S. 70.
es immer wieder zu Konflikten zwischen den zentralen und kommunalen Behörden.

Im letzten Absatz des Rundschreibens wurden Handlungsmaximen verfügt, die für die weitere Untersuchung und Bewertung der Eingaben wichtig sind:

„Das Ansehen eines Bürgermeisters leidet nicht darunter, daß er einen Einspruch als berechtigt anerkennt, daß er daraufhin einen Verwaltungsakt aufhebt oder ihn abändert, das Ansehen leidet vielmehr darunter, wenn ein Bürgermeister glaubt, er müsse in seinen Entscheidungen nach außen hin als unfehlbar auftreten können und Sein oder Nichtsein der demokratischen Ordnung hinge davon ab, daß seine unrechtmäßige Handlung als unwiderruflich von der Aufsichtsbehörde anerkannt werde.“


Die Zentrale drohte mit Kündigung. Einem Beamten auf Lebenszeit in der bürgerlichen Verwaltung sind derartige Konsequenzen mangelhafter Tätigkeit unbekannt. Im Unterschied dazu hört sich die Anweisung der Landesregierung Sachsen vom 15. September 1937 zur „Neuordnung der Verwaltung“ und der Umstrukturierung der Beschwerdebearbeitung viel vorsichtiger und moderater an:

196 SAC, 5671, S. 70.
197 SAC, 5790, unpag.
Die ersten Verwaltungsstrukturen nach 1945. Zur Vorgeschichte

„Im übrigen darf ich erwarten, daß der Notlage der Gesuchsteller Verständnis entgegengebracht und geholfen wird, wo sich nur irgendeine Gelegenheit dazu bietet.“


Noch schlimmer wurde es bei den Nazis. Jede Beschwerde enthält nämlich immer ein Körnchen Kritik an irgendwelchen Mißständen, also unangenehme Wahrheiten. Die Nazis konnten aus begreiflichen

198 sHSAD, Ministerium d. Inneren Nr. 9305, Bl. 85 RS.
Gründen weder die geringste Kritik noch irgendwelche Wahrheiten vertragen. Die Nazibürokratie mit Hitler, Goebbels und Konsorten an der Spitze führte förmliche Feldzüge gegen Kritiker und Beschwerdeführer, die sie als bösertige Meckerer bezeichneten und am liebsten gleich der Gestapo überantwortet hätten. Im Zuge der Untersuchung landeten die Beschwerdeführer auch meist im KZ oder vor dem berüchtigten 'Volks'-Gerichtshof. Nicht selten wurden sie dann zu Tode gequält oder durch die fachistische Justiz dem Henker ausgeliefert.

Es ist also wirklich nicht verwunderlich, wenn auch heute noch Teile der Bevölkerung den neuen demokratischen Verwaltungen, aber auch den Betriebsleitungen in den volkseigenen Unternehmungen mißtrauisch abwartend gegenüberstehen und sich scheuen, berechtigte Beschwerden über tatsächliche Mißstände zu äußern, weil man den fundamentalen Unterschied von damals und heute noch nicht ganz begriffen hat.

Einmal ist man der Auffassung, daß man sich durch Beschwerden nur zusätzliche Unannehmlichkeiten einhandelt zum anderen glaubt man, daß das doch alles keinen Sinn hat; denn 'die da oben machen ja doch was sie wollen!'

Es soll hier auch nicht bestritten werden, daß auch noch in der jüngsten Vergangenheit und manchmal auch sogar in der Gegenwart solche Meinungen nicht immer ganz unberechtigt waren.

Die Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle hat in letzter Zeit einmal durch die Volkskontrollausschüsse überprüfen lassen, wie beispielsweise etliche Oberbürgermeister, Landräte und sonstige Verwaltungsfunktionäre auch Betriebsleiter und Betriebsgewerkschaftsleitungen Beschwerden aus den Kreisen der werktätigen Bevölkerung behandeln. Das Kontrollergebnis hat immerhin erwiesen, daß manche dieser 'Oberen' in Worten sehr 'volksverbunden' tun, in Wirklichkeit aber die Beschwerden, die vertrauensvoll an sie herangetragen wurden, in ihren Registraturen vermodern lassen und häufig nicht einmal den Empfang bestätigen.


(…) Diese Beschwerden, namentlich der werktätigen Bevölkerung aus Stadt und Land, sind ein wichtiger Bestandteil aktiver, demokratischer, staatsbürgerlicher Betätigung, auch wenn sie nicht immer so aussehen.  


201 Ebenda, S. 76 f.
202 Ebenda, S. 77.
203 Ebenda, S. 78-79.

„Wir sind der Meinung, daß die Unterhaltung solcher öffentlicher Beschwerdestellen nicht nur eine Angelegenheit der Kontrollkommission sein kann. Beschwerdeführende gibt es überall, besonders in der heutigen Zeit mit ihren immer noch schwierigen Arbeits- und Lebensbedingungen. Bürgermeister oder Betriebsleiter, ob Minister oder Betriebsgewerkschaftsleitung, jeder, der in der Deutschen Demokratischen Republik eine Verantwortung trägt, ist verpflichtet, sein Ohr bei den Massen zu haben und Beschwerden aus der Bevölkerung sorgfältig und aufmerksam zu behandeln. Nur so kann die Abneigung der Werkätigen gegen den Staats- und Verwaltungsapparat, gegen Betriebsleitungen usw. überwunden werden, und nur so wird unsere junge demokratische Verwaltung das werden, was sie sein soll: Volksverbunden im wahrsten Sinne des Wortes!“


204 Ebenda, S. 80.
Die ersten Verwaltungsstrukturen nach 1945. Zur Vorgeschichte


„In den Stadt- und Landkreisen ist je ein Angestellter hauptamtlich als Organisations-Instrukteur zu ernennen und dem Oberbürgermeister bzw. Landrat zu unterstellen.“206

Im August 1950 sandte der damalige Innenminister der DDR, Karl Steinhoff, ein Rundschreiben an die Innenminister der Länder, betreffs der Bearbeitung von Eingaben:

„Um ein festes vertrauensvolles Verhältnis zwischen unserer demokratischen Verwaltung und der Bevölkerung herzustellen, ist die Art und Weise der Bearbeitung von Eingaben von besonderer Wichtigkeit. Es sollte eigentlich selbstverständlich sein, daß jede Eingabe möglichst umgehend beantwortet wird. Es darf nicht vorkommen, daß Eingaben aus der Bevölkerung monatelang unbeantwortet liegen bleiben oder, wie aus an uns gerichteten Schreiben hervorgeht, überhaupt nicht beantwortet werden. Ein derartiges Verhalten muß eine Verärgerung der Bevölkerung nach sich ziehen. Ich bitte deshalb zu veranlassen, daß jede Eingabe aus der Bevölkerung innerhalb eines Monats abschließend beantwortet werden muß. Wird der Abschlußbericht über den Zeitraum eines Monats

205 SAC, 140, Bl. 70.
206 SAC, 5642, unpag.


„Zur Bearbeitung der Wähleraufträge sowie der in den Sprechstun-
Verantwortlich: Sekretariat des Ministerpräsidenten“

Dieser Beschuß wurde durch einen weiteren Beschuß „über öffentliche
Sprechstunden in den Stadt- und Landkreisen vom 12. April 1951 unter-
mauert:

207 SAC, 140180, Bl. 75.
208 In den späteren Jahren wurden die Termine vor den Wahlen zu beliebten Zeitpunkten, Eingaben zu schreiben. Bei anstehenden Wahlterminen war es möglich, einen besonderen Druck auf die positive Bearbeitung der Eingabe auszuüben. Der Druck wurde etwa mit einer Floskel wie: „Unter diesen Bedingungen sehe ich mich außer-
stande, am 12. September zur Wahl zu gehen.“ erzeugt. Doch dazu im dritten Teil
dieser Arbeit mehr.
Neben den klassischen Petitionsausschüssen der Volksvertretungen und den ersten Versuchen, Beschwerden gegenüber Verwaltung wirksamer zu machen, entwickelte sich allmählich ein umfangreiches Geflecht an Möglichkeiten, sich mittels Beschwerde Gehör zu verschaffen und vielleicht auch Unterstützung zu erhalten.

Auf einer Konferenz der Staatsfunktionäre in Forst Zinna am 24. und 25. Februar 1951 sprach Walter Ulbricht über die „Verbesserung der Arbeit des Staatsapparates im ersten Jahr des Fünfjahrrans“\textsuperscript{211} Dabei ging es auch um die Bearbeitung von Beschwerden:

„Wir sollten die Methode, die während der Oktoberwahlen ange- wandt wurde, weiterentwickeln, wo in Besprechungen der Gemeindevertreter und Abgeordneten mit der Bevölkerung die vorhandenen Beschwerden entgegengenommen und unmittelbar Maßnahmen zur Abstellung dieser Fehler und Mängel getroffen wurden. Wir sollten ferner dazu übergehen, der Bevölkerung nicht nur in Versammlungen und bei Berichterstattungen der Gemeindevertreter die Beschwerde ermöglichen, sondern wir sollten in den Gemeinden Beschwerdekästen aushängen. Soll die Bevölkerung ihre Beschwerden in diese Kästen stecken, dann soll man diese Beschwerden, wenn sie nicht unmittelbar durch den Gemeinderat erledigt werden können, auch in der Gemeindevertretung behandeln!

Wir sind daran interessiert, genau zu erfahren, welche Sorgen die Bevölkerung hat, was sie bewegt, wie man ihr sofort helfen kann, damit bestimmte Fehler oder Mißstände beseitigt werden. Die Bevölkerung soll in den Versammlungen nicht nur das Recht haben zu sprechen und öffentlich Fragen zu stellen, sondern auch wir sollten die Zettelmethode verwenden, das heißt, jedem Anwesenden wird die Möglichkeit gegeben, seine Meinung, seine Vorschläge oder Fragen auf einen Zettel zu schreiben und vorn zum Redner zu rei- chen. Jeder kann seinen Namen darunter setzen, wenn er will, sonst setzt er ihn eben nicht drunter. So erfahren die Gemeindevertreter oder Bürgermeister, der die Versammlung leitet, genau, welche Fragen, Vorschläge usw. es in der Bevölkerung gibt.\textsuperscript{212}

\textsuperscript{210} Gesetz und Verordnungsblatt Land Sachsen, Nr. 8, Dresden 28.1.1951, S. 184.
\textsuperscript{212} Ebenda, S. 45.
Das Büro des Präsidiums des Nationalrates der Nationalen Front gab 1951 einen „Leitfaden für die Bearbeitung von Anfragen, Wünschen und Beschwerden aus der Bevölkerung“ heraus. Auch hier wurde auf die Wahlen im Oktober 1950 Bezug genommen:


Die Kritik der Bevölkerung, ihre Beschwerden, Anfragen, Vorschläge, Wünsche und Anregungen für die Verbesserung der Arbeit der Verwaltungsorgane müssen in jedem Falle beachtet und bearbeitet werden, um die demokratische Mitarbeit der gesamten Bevölkerung zu fördern und zu entwickeln.

Die Bearbeitung solcher Äußerungen der Bevölkerung ist eine ständige Aufgabe der Stadtbezirks- und Ortsausschüsse, der Aufklärungsgruppen und Aufklärungslokale der Nationalen Front des demokratischen Deutschland.

(...) Deshalb ist es erforderlich, daß alle Ausschüsse der Nationalen Front des demokratischen Deutschland auf Kritik, Wünsche, Anfragen und Vorschläge der Bevölkerung eingehen, sie registrieren und deren Erledigung veranlassen. Es ist weiter notwendig, daß die Ausschüsse sofort überprüfen, wo Wähleraufträge nicht erfüllt und von der Bevölkerung geäußerte Wünsche und Beschwerden bisher ungenügend oder gar nicht bearbeitet wurden.


Auch in diesem Leitfaden wird davon ausgegangen, daß die Arbeit der Verwaltungsorgane verbessert werden würde, wenn sie die Beschwerden der Bevölkerung berücksichtigt. Die Ausschüsse der Volksvertretung sollten Beschwerden prüfen und die Beseitigung von Problemen veranlassen. Die Vorschriften am Ende der 40er- und Anfang der 50er Jahre die Eingabenbearbeitung gegenüber der Exekutive und der Volksvertretung zu regeln, waren erste Versuche, Beschwerden systematisch zu bearbeiten. Sie im Sinne des Beschwerdeführenden zu beantworten, war eine Aufgabe, sie als Kritik für die weitere Arbeit zu nutzen, eine weitere. Die zitierte Anweisung der Nationalen Front bezieht sich auf Beschwerden,

213 SAC, J 4930 (alt), S. 3-4.
Die ersten Verwaltungsstrukturen nach 1945. Zur Vorgeschichte

die an die Volksvertreter gerichtet waren. Eingaben an die Verwaltungen unterlagen wieder anderen Regelungen. Die Briefe an den Präsidenten der DDR war eine weitere Form der Beschwerdepraxis, die später genauer vorgestellt wird.

Wie sah nun die Praxis in der Bearbeitung von Beschwerden auf kommunaler Ebene aus? Um diese Frage nachzugehen, sollen nachfolgend die überlieferten Beschwerdeordnungen der Stadt Chemnitz vorgestellt werden.


„1. Mündliche Beschwerden und Verbesserungsvorschläge
sind auf einem DIN A 5-Blatt am gleichen Tage formlos aktenkundig zu machen.
Der bearbeitende Angestellte ist verpflichtet, dabei anzugeben:
a) Name und Anschrift des Antragstellers, gegebenenfalls auch Beruf und nähere Angaben zu seiner Person
b) Grund der Beschwerde bzw. Inhalt des Verbesserungsvorschlags
c) Was wurde von dem Angestellten selbst veranlaßt, dem Wunsche des Antragstellers zu entsprechen?
d) Nahm der Antragsteller gegen das Verhalten bzw. Benehmen eines Angestellten Stellung?
e) Kann gesagt werden, daß der Antragsteller zufrieden gestellt wurde oder ist zu vermuten, daß er übergeordnete Dienststellen oder die Presse anspricht?“

(…)

2. Schriftlich eingesandte Beschwerden und Verbesserungsvorschläge

Die Beantwortung der Beschwerde erfolgt zunächst durch die Abteilung.
Die Beantwortung eines Verbesserungsvorschlags erfolgt durch die Dezernatsleitung.

3. Normbeschwerden
sind solche Beschwerden, die zu einem Verwaltungs vorgang laufend wiederkehren. Zum Beispiel Einsprüche gegen Gemeindesteuerbescheide, Beschwerden über die Wohnraumlenkung, über periodisch auftretende Versorgungsvorgänge usw. Hier sind die ersten 4-6 Vorgänge wie unter 1 und 2 zu bearbeiten. Anschließend ist eine Strich-

214 SAC, 6574, unpag.
Die Geschichte der Eingabengesetzgebung in der DDR

listete zu führen, um die Anzahl der Beschwerden für einen Monat oder eine Beschwerdeperiode feststellen zu können.

4. Zentrale Erfassung
A. Die Dezernatsleitungen senden die Aktennotizen zu 1 und 2 und die Strichlisten zu 3 bis zum Ende eines jeden Monats mit einer Analyse und Schlußfolgerungen für die Verbesserung der Verwaltungsarbeit dem Sekretariat des Oberbürgermeisters ein.
B. Zu einem späteren Zeitpunkt ist die Einrichtung eines Verwaltungskabinets für die zentrale Auswertung geplant. Hierfür erhalten die Dezernate noch besondere Anleitungen.
C. Zur laufenden listenmäßigen Erfassung ist bei den Dezernatsleitungen eine Registrande zu führen. Für diese ist folgende Kopfleiste anzulegen:

<table>
<thead>
<tr>
<th>1</th>
<th>2</th>
<th>2a</th>
<th>3</th>
<th>3a</th>
<th>4</th>
<th>5</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Name, Vorname, Anschrift, Beruf des Antragstellers</td>
<td>Art der Beschwerde</td>
<td>Erfolgsaussicht, positiv oder negativ</td>
<td>Art d. Verbesse rungsvor schlages</td>
<td>Auswert ung, positiv oder negativ</td>
<td>Tag des Eingangs mündlich, schriftlich, direkt o. üb. Reg.-Stelle</td>
<td>Tag der Erledigung Name des Sachbearbeiters</td>
</tr>
</tbody>
</table>

(...) Die Vorgänge sollen vom Tag des Eingangs an gerechnet innerhalb einer Woche bearbeitet und bei der Dezernatsleitung registriert sein. Schriftliche Eingaben sollen möglichst bis zum 10. Tag, äußerst jedoch innerhalb von 14 Tagen ausführlich beantwortet sein.

(...) Um die Erfassung und Auswertung erfolgreich durchführen zu können, ist Gründlichkeit und Ehrlichkeit unerläßlich. Der Wille, durch Kritik und Selbstkritik die Arbeitsmethoden zu verbessern und noch mehr als bisher das Vertrauen der Bevölkerung zur Verwaltung zu festigen, muß bei allen Angestellten vorherrschend sein. Es ist eines Angestellten des Staatsapparates unwürdig, Beschwerden der Bevölkerung zu verschleiern oder schleppend zu bearbeiten. Alle Kraft für die Verbesserung der Arbeitsmethoden in der Verwaltung! 215

Mit dieser Ordnung entstand ein gewaltiger Verwaltungsaufwand. Alle eingehenden Beschwerden mußten nun nicht nur bearbeitet, sondern auch noch statistisch erfaßt werden. Es wurde ein Verfahren eingeführt, bei dem Verwaltung auch auf Beschwerden zu antworten hatte, die nicht mit Rechtsmitteln behaftet waren. Durch die ausführliche Beantwortung der einzelnen Fälle machte sich Verwaltung darüber hinaus angreifbar. Welche Folgen hätte eine nicht im Sinne des Beschwerdeschreibers bearbeitete Beschwerde haben können? Der Beschwerdeschreiber würde sich

215 SAC, 6574, unpag.
Die ersten Verwaltungsstrukturen nach 1945. Zur Vorgeschichte

Die ersten Verwaltungsstrukturen nach 1945. Zur Vorgeschichte


Zusammenfassend ist festzuhalten, daß sich innerhalb weniger Jahre und noch vor jeder gesetzlichen Verankerung eine Beschwerdebearbeitungspraxis durchgesetzt hatte, die bis dato unbekannt war. Sie entwickelte sich zu einer eigenständigen Form, die nur vor dem Hintergrund eines sozialistischen Ideals von Verwaltung und von Rechtsbegriffen, die sich an grundsätzlich anderen Eigentumsvorstellungen orientierten, zu verstehen ist. Die Eingabe entwickelte im Zusammenspiel von Bürgern und Staat als Form informeller Konfliktbewältigung eine Eigenlogik, die nicht mit bürgerlichen Rechtsbegriffen angemessen beschrieben werden kann. Sie als Ersatz für die abgeschafften Verwaltungsgerichte zu deuten, wird dieser Besonderheit nicht gerecht.

Die hier in den ersten Anfängen beschriebene Entwicklung führte allmählich dazu, daß sich die Bürger zunehmend an die oberste Regierungsspitze wandten. Hier hofften sie, tatsächlich Gehör und schnelle Hilfe zu finden. So reagierte z.B. die Beschwerdeordnung für die Stadt Chemnitz auf eine Praxis, die sowohl in der unmittelbaren Nachkriegszeit in Sachsen, aber auch mit der Einführung des Präsidialamtes kultiviert worden war.

Mahnungen der Regierung an die Verwaltung, Eingaben sorgfältig und schnell zu bearbeiten, ziehen sich durch alle Eingabendurchführungsverordnungen bis in die achtziger Jahre. Sie sind Belege für Konflikte zwi-
Die Geschichte der Eingabengesetzgebung in der DDR


3. 2. Die Präsidialkanzlei des Präsidenten der DDR


„Die Präsidialkanzlei und das Büro für öffentliche Sprechstunden beim Staatspräsidenten werden gegenwärtig mit mündlichen und schriftlichen Gesuchen aus allen Teilen der Republik überaus stark beansprucht.
Um aber trotzdem unter allen Umständen aufrechtzuerhalten, daß die Bevölkerung mit festem Vertrauen den Staatspräsidenten anspricht, wird vorübergehend eine schematische Bearbeitung der Gesuche nach folgender Form durchgeführt:
(...)
Es muß uns darauf ankommen, das Vertrauen unserer Bevölkerung zu unserem Staatspräsidenten und damit ihr Staatsbewußtsein und das allgemeine Vertrauen zur Verwaltung zu festigen. Alle Dienststellen werden deshalb angehalten,Präsidentensachen als vordringlich zu bearbeiten und alles daranzusetzen, im Sinne des Gesuchstellers zu verfahren.
Die Termine sind auf Biegen und Brechen einzuhalten. Nachlässigkeiten werden von Berlin aus disziplinarisch verfolgt."217

Der Beschluß lautete:

Der Rat nimmt Kenntnis. Die Dezernenten werden gebeten, in den Dienstbesprechungen auf diese Ordnung hinzuweisen."218

Hintergrund dieser Anweisung war die totale Überlastung der Präsidialkanzlei in Berlin, an die in großen Mengen Beschwerdebriefe gesandt wurden. Einen großen Teil machten Zweitschreiben aus, die darauf zurückzuführen waren, daß die zuständigen Institutionen nicht auf das
Erstschreiben reagiert hatten. Die Forderungen an die Verwaltung wurden damit gerechtfertigt, daß das Vertrauen der Bevölkerung in ihren Präsidenten nicht geschmälert werden dürfte. So werden für die Verwaltungsarbeit Prioritäten gesetzt, bei „Präsidentensachen“ Termine einzuhalten und „alles daran zu setzen, im Sinne des Gesuchstellers zu verfahren“.

Im Juni 1951 berichtete die Korrespondenzabteilung Piecks zu dessen Amtsantritt:

„Bericht über die Entwicklung der Korrespondenzabteilung vom 1.11.1949 – 30.6.1951
I. Allgemeines

Die Auswertung der Korrespondenz in Verbindung mit der Berichterstattung soll dem Präsidenten die Möglichkeit geben
1. einen Überblick über die Probleme zu erhalten, die die Bevölkerung bewegen
2. Lücken und Mängel in der Gesetzgebung zu erkennen
3. die typischen Mängel der Arbeit der Verwaltungsorgane bei der Handhabung und Durchführung der erlassenen Gesetze kennenzulernen
4. die falsche oder fehlerhafte Arbeit einiger Verwaltungsstellen abzustellen.
5. Beschwerdeschwerpunkte in den Ländern und Kreisen festzustellen auf Grund einer geografischen Auswertung der Korrespondenz
6. die Auswertungsergebnisse bei Dienstreisen in die Länder der Republik zu verwenden.

Der Schriftverkehr der Korrespondenzabteilung soll außerdem dazu beitragen, die Person des Präsidenten zu popularisieren.

Insgesamt waren bis zum 30.6.1951 83.980 Eingaben zu verzeichnen.
Z. Zt. beträgt der durchschnittliche Tageseingang 558 Schreiben.“

Die Einrichtung der Korrespondenzabteilung (später Präsidialkanzlei) war ein wesentlicher Grundstein für die Entwicklung der Eingabenkultur in der DDR. Wie bereits im vorigen Kapitel angedeutet, führte die generelle Entwicklung der Beschwerde- und Petitionspraxis dazu, daß sich die Bürger verstärkt an die oberste Führung wandten. Mit der Gründung der

219 BAP, DA 4 984, unpag.
Die Präsidialkanzlei des Präsidenten der DDR

DDR und der Ernennung eines Präsidenten war eine repräsentative Institution geschaffen worden, die sich geradezu anbot, sich an sie mit Sorgen und Problemen zu wenden, die die örtlichen Institutionen nicht klären konnten. Als Adressat war Pieck einerseits interessant, weil man hoffte, daß er als oberster Repräsentant genügend Autorität besitzen würde, sich im Sinne des Eingabenschreibers bei Auseinandersetzungen mit örtlichen Behörden durchzusetzen. Andererseits ist es auch einfacher, sich an eine Instanz zu wenden, die sich selbst als Adressat für Problemlösungen anbietet, als sich mit Behördenstrukturen und ihren Kompetenzen und Hierarchien auseinanderzusetzen. Als Normative schützende Autorität hatte Pieck ähnliche Bedeutung wie der Ombudsmann in skandinavischen Ländern.

In den Anfangsjahren wurde verstärkt Werbung gemacht, den Präsidenten als Landesvater mit seinen Problemen zu kontaktieren. So ist im NEUE DEUTSCHLAND vom 12. Oktober 1949 unter der Überschrift „Genosse Pieck, was macht meine Rente?“ zu lesen:

„Seit Jahrzehnten ist Wilhelm Pieck gewohnt, täglich viele Briefe von Menschen aus allen Schichten der Bevölkerung zu empfangen. Sie bitten ihn um Rat, wenden sich in ihrer materiellen Not an ihn und erwarten Auskunft in politischen Fragen, die ihnen nicht klar genug sind. Groß ist die Zahl, die ihn persönlich zu sprechen wünschen. Soweit es seine Zeit zuläßt, hat er ein offenes Ohr für jeden, spricht mit ihnen und gibt ihnen, gestützt auf den reichen Schatz seiner jahrzehntelangen Erfahrungen Rat, Auskunft und Hilfe.


Aber nicht nur die Alten wenden sich an Wilhelm.

(...) 
Nun hat ihn das Vertrauen der schaffenden Menschen, das Vertrauen aller, die Einheit und Frieden für unser Deutschland wollen auf den höchsten Vertrauensposten unseres Volkes gestellt. Wir sind überzeugt, daß Genosse Wilhelm Pieck auch in dieser Funktion bleibt was er ist: Vertrauensmann des Volkes.221


Die mediale Präsentation des Amtes und der Person machten Pieck noch vor jeder gesetzlichen Regelung über Eingaben nach kurzer Zeit zur wichtigsten Adresse für Eingabenschreiber. Im internen Zehnjahresbericht der Präsidialkanzlei von 1959 wird wie folgt über die Anfangszeit resümiert:

„Der Präsident empfing schon unmittelbar nach seiner Wahl aus allen Bevölkerungskreisen eine Fülle von Eingaben, in denen Einsender neben ihren Beschwerden und Vorschlägen den Wunsch äußerten, ihre Anliegen in persönlicher Rücksprache vorzutragen.”222


221 ND vom 12.10.1949, S. 5.
222 BAF, DA 4 1058, Bl. 143.
223 BAF, DA 4 1058, Bl. 143.
Die Präsidialkanzlei des Präsidenten der DDR


Die vielen Briefe an Pieck halfen ihm, sein Amt innerhalb des Staatsgefüges zu legitimieren und ihm eine tatsächliche politische Bedeutung zu geben. Er wurde angeschrieben, und er half. Eingabenhäufungen zu bestimmten Themen unterrichteten ihn über die tatsächlichen Verhältnisse und gaben seinen Vorschlägen den notwendigen Nachdruck. Das war ein entscheidender Vorteil gegenüber der Regierung, die kaum Rückkoppelungsmechanismen besaß.

Die Popularität Piecks als Adressat für Eingaben ist auch darauf zurückzuführen, daß die Eingabenschreiber tatsächlich das Gefühl hatten, hier würde ihnen von ganz oben geholfen. Im Bekanntenkreis werden Erfolge schnell die Runde gemacht haben.

Statistiken über den Erfolg der Eingabenschreiber sind in den Unterlagen der Präsidialkanzlei nicht zu finden. Unzufriedene Menschen bergen Konfliktpotential, von zufriedenen Menschen ist hingegen ein gewisser Grad an Loyalität zu erwarten. Um diese Loyalität wurde mit der Eingabenbear-

---


„Daraus folgt, daß es politisch falsch ist, wenn – wie es vereinzelt in Gemeinden geschehen ist – die Bevölkerung mündlich oder sogar durch Hinweisschilder aufgefordert wurde, sich mit ihren Anliegen gleich an den Präsidenten der Republik zu wenden.“[^226]


Die Präsidialkanzlei des Präsidenten der DDR

schen Republik ist grundsätzlich eine Einrichtung, die jeder in Anspruch nehmen kann und die vor allem die enge Verbindung der Werktätigen mit unserer demokratischen Verwaltung und den demokratischen Gesetzen herstellen und festigen will. Sie kann jedoch nur dann ihre wichtige gesellschaftliche Aufgabe voll erfüllen, wenn alle Einsender und Ratsuchenden erst die örtlichen Möglichkeiten und Hilfsquellen herangezogen haben.

Damit die Beschwerdestelle sinngemäß und wirkungsvoll arbeiten kann, werden in Zukunft nur solche Anträge und Beschwerden behandelt, wo vorher die zuständige Behörde bzw. Organisation nachweisbar in Anspruch genommen wurden und wo offensichtliche Härten vorliegen oder gesetzliche Vorschriften unbeachtet blieben bzw. verletzt wurden. An die Bevölkerung ergeht die Bitte, diese Hinweise zu beachten.227


„Es kann nicht Aufgabe des Präsidenten oder seiner Mitarbeiter sein, an Stelle der unteren Verwaltungsorgane Anordnungen zu treffen und Wünsche zu erfüllen. Der Präsident wacht in erster Linie darüber, daß die öffentlichen Organe ihre Pflichten im Interesse der gesamten Bevölkerung erfüllen und greift dort ein, wo Gesetze u. Verordnungen unbeachtet blieben oder verletzt wurden. Dazu ist es aber notwendig, daß sich alle Bürger der Republik mit ihren Anliegen und Gesuchen zuerst an die für ihre Angelegenheit zuständige Stelle wenden.

Der Präsident bittet daher die Bevölkerung hierdurch nochmals, in ihrem eigenen Interesse diesen erneuten Hinweis genauestens zu beachten.

In Zukunft können deshalb nur diejenigen Schreiben an den Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik beantwortet werden, aus denen unzweideutig hervorgeht, daß bereits die zuständigen Gemeinde-, Kreis- oder Landesverwaltungen (Ministerien) in Anspruch genommen worden sind.228

227 BAP, DA 4 986, Bl. 2.
Der Präsident der DDR hatte die Funktion eines Ordnungshüters sowohl für die rechtlich fixierte als auch für die moralisch-ethische Ordnung übernommen. Er wachte darüber, daß die Gesetze und Verordnungen durch die „öffentlichen Organe“ eingehalten wurden. Sein Amt war auf Repräsentation beschränkt. Doch durch die massenhaften Anschriften aus der Bevölkerung bekam sein Amt eine praktische Funktion. Sein Wort gewann an Gewicht, so daß die Hinweise seiner Präsidialkanzlei an staatliche Einrichtungen auch berücksichtigt wurden.

Die Resonanz auf Pieck war in dem Maße nicht kalkuliert und die Versuche der Präsidialkanzlei, der Briefflut Herr zu werden, erinnert ein wenig an das Dilemma des Zauberlehrlings. Immer wieder verwies die Präsidialkanzlei auf den Dienstweg. Der in den ersten Presseveröffentlichungen der Präsidialkanzlei noch als Bitte an die Eingabenschreiber formulierte Hinweis, doch den Dienstweg einzuhalten, wurde mehr und mehr zur Drohung, die Eingaben nicht mehr zu bearbeiten, wenn nicht ersichtlich sei, daß man sich bereits an die dafür zuständigen staatlichen Organe gewandt hatte. Im Mai 1951 forderte die Präsidialkanzlei von der Presseabteilung die mehrfache Veröffentlichung der Pressemitteilungen. 229 Doch auch dies führte nicht zu dem gewünschten Erfolg. So schrieb der Chef der Präsidialkanzlei, Max Opitz 230, an Gerhart Eisler, dem damaligen Chef des Rundfunkkomitees, am 14. Juli 1951:

228 Ebenda, Bl. 4.
229 „Die einmalige Publizierung des Kommuniqués in Presse und Rundfunk hat nur vorübergehend zu einer Einschränkung des Posteinganges geführt. Diese Tatsache allein beweist die Notwendigkeit, das Kommuniqué nicht nur erneut zu veröffentlichen, sondern mindestens für die Dauer eines Vierteljahres in Abständen von 14 Tagen es immer wieder der Bevölkerung bekanntzugeben. Ich schlage jedoch vor, das Kommuniqué noch einmal zu ändern und einige konkrete Hinweise (z.B. Bitten und Wünsche der FDJ zur Beschaffung von irgendwelchen Materialien) aufzunehmen.“ (BAP, DA 4 986, Bl. 6.)
„Sehr geehrter Herr Professor!
Wir bitten die beiliegende Mitteilung des Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik an die Bevölkerung in allen Tageszeitungen an sichtbarer Stelle zu veröffentlichen und dafür zu sorgen, daß derselbe Text im Rundfunk, und zwar Deutschlandsender, Berliner Rundfunk und Landessendern dreimal an verschiedenen Tageszeiten (früh, mittags und abends) bekanntgegeben wird.
Damit die Gewähr besteht, daß die Bevölkerung genügend über diese Bekanntmachung unterrichtet wird, wollen Sie die Veröffentlichungen und Durchsagen von dort aus kontrollieren.
Mit vorzüglicher Hochachtung!
Der Chef der Präsidialkanzlei“


Die Bevölkerung wandte sich weiterhin, die kommunalen Instanzen umgehend, direkt an Pieck, in der Hoffnung, wie bei einem hochherrschaftlichen Gnadenakt, möglichst schnell und direkt das Problem gelöst zu bekommen. Dies als obrigkeitshörig zu deuten, liegt im Trend heutiger

231 BAP, DA 4 986, Bl. 10.
Bewertungen. Es spricht aber vieles dafür, die Eingabenflut an Pieck einerseits als Vertrauen in die Person Piecks und andererseits als zweckrationales Verhalten im Alltag zu deuten. Die Bevölkerung nutzte die Instanz, von der sie sich mit dem geringsten Aufwand den größten Erfolg versprach. Scheinbar ähnliche Verhaltensmuster oder Rituale haben durch unterschiedliche gesellschaftliche Voraussetzungen und Praxen eine andere Logik und einen anderen Sinn.


Die Eingabenpraxis in der DDR lief auch auf dieser Ebene rechtlichen Regelungen voraus. Die Entstehung der ersten Eingabenverordnung ist deshalb als Reaktion auf die massenhafte Eingabenpraxis zurückzuführen. Diese These soll im nächsten Abschnitt anhand der überlieferten Quellen belegt werden.

3. 2. 1. Die erste Eingabenverordnung von 1953


„Prüfung der Beschwerden der Werktätigen durch die staatlichen Organe und Institutionen:
Dem Politbüro wird vorgeschlagen zu beschließen:
1) Der beiliegenden Verordnung über die Prüfung der Beschwerden der Werktätigen wird zugestimmt.

Dieses Protokoll gibt einen Einblick in die typische Arbeitsweise der SED mit dem Staatsapparat in den 50er Jahren. ZK Abteilungsleiter der SED legen dem Politbüro die Gesetzesvorlagen vor, die diese dann wiederum dem Ministerrat zur Verabschiedung empfehlen, wobei allen Beteiligten klar ist, daß es sich hierbei nur noch um einen formalen Akt handelt. Deshalb ist es auch nicht weiter verwunderlich, daß schon vor der Bestätigung die Veröffentlichung in den Medien organisiert wurde.


§ 7 Absatz 2 und 3 regeln, daß selbst eine nicht zuständige Dienststelle, die eine Eingabe erhält, verantwortlich für deren Weiterleitung sowie

233 SAPMO, J IV 2/3-345, Bl. 2.
234 GBl., 19/1953, S. 265
235 Ebenda, S. 265.
Rückmeldung an den Eingabenabsender ist. In § 10 werden je nach Institution Fristen von 21, 15 und 10 Tagen zur Bearbeitung der Eingaben vorgeschrieben.\textsuperscript{236} § 14 regelt, daß Mitarbeiter, die gegen das Gesetz verstoßen, „zur Verantwortung zu ziehen“ sind. Örtliche Verwaltungsorgane konnten nun für ihre schlechte Eingabenbearbeitung zur Verantwortung gezogen werden.

Auch die Präsidialkanzlei sollte mit dieser Verordnung entlastet werden. Opitz schildert die Notwendigkeit und den Erfolg dieser Verordnung in einem internen Bericht anlässlich des zehnjährigen Bestehens der Präsidialkanzlei folgendermaßen:

„Der Erlaß der Verordnung vom 6.2.1953 über die Prüfung von Vorschlägen und Beschwerden der Werktätigen untermauert die von der Präsidialkanzlei gewonnenen Erfahrungen und die daraus entwickelte Arbeitsweise gesetzlich. Sie gab die Möglichkeit, jetzt auch noch mit Hilfe des Rechts gegen die Unterschätzung und Verschlepptung der Beschwerden durch eine Reihe örtlicher Organe anzukämpfen. Im Mittelpunkt der Arbeit des Staatsapparates stand zu dieser Zeit der Kampf um die Einhaltung der demokratischen Gesetzlichkeit, und viele Hinweise der Bevölkerung wiesen darauf hin, daß es in diesen Fragen teilweise noch grobe Verletzungen gab. Da die Verordnung nicht nur die Pflichten des Staatsapparates bei der Bearbeitung der Beschwerden, sondern auch das Recht der Bevölkerung auf die Eingaben festgelegt hatte, mehrten sich die Briefe, in denen die Bürger auf dieses Recht hinwiesen. Die Kritik über die formale, bürokratische und zum Teil herzlose Arbeitsweise einiger örtlicher Funktionäre nahm in den Eingaben zu. In dieser Periode zeigte sich im Gegensatz zur ersten Etappe deutlich der Beginn einer Veränderung des Charakters der Eingaben. Zwar ging es auch weiterhin um persönliche Belange, typisch war aber schon, daß die meisten Bürger, bevor sie sich an den Präsidenten wandten, meist schon ihre Sorgen bei den örtlichen Organen vorgetragen hatten, aber mit der Behandlung ihrer Anliegen nicht zufrieden waren.\textsuperscript{237}

Durch den gesellschaftlichen Umbau in der SBZ nach 1945 gab es keine erfahrene Verwaltung. Experimente mit neuen Verwaltungsformen, fachliche Inkompetenz, die durch das Prinzip, weltanschauliche Eignung vor die fachliche zu stellen forciert wurde, sowie fehlende Traditionen auf die Verwaltungshandeln aufbauen konnte, erschwerten die Verwaltungsarbeit in den Anfangsjahren enorm. Die Partei- und Staatsführung war – oft mit Recht – eher mißtrauisch, was die Verwaltung in den unteren Ebenen tat.

\textsuperscript{236} Wie bereits in der Chemnitzer Beschwerdeverordnung vom 2. Januar 1952 wurde auch hier eine „Universalklausel“ zur Beschwerdebearbeitung rechtlich fixiert.

\textsuperscript{237} BAB, NY 4036 / 772, Bl. 91.

Für die These, daß die Eingabenverordnung von 1953 ein Import aus der Sowjetunion sei, haben sich weder in der Eingabenpraxis der Bürger noch in den von mir untersuchten Dokumenten zur Entstehung der Eingangsgesetzgebung Hinweise finden lassen. In Frage steht dennoch, und dem soll im folgenden nachgegangen werden, ob das sowjetische Vorbild – überliefert durch Kommunisten, die aus der sowjetischen Emigration zurückkehrten, wo sie vielleicht Bekanntschaft mit der sowjetischen Eingabenpraxis gemacht haben – Einfluß auf das Beschwerderecht in der DDR hatte.\footnote{So behauptet beispielsweise Zatlin in seinem Aufsatz sogar, daß die Herkunft der Eingabenpraxis in der DDR im zaristischen Herrschaftsinstrumentarium zu suchen sei (siehe S. 30 f).}

Außer den gesammelten Werken von Stalin und einem Aufsatz von Gostew standen ihm keine weiteren Quellen zur Verfügung. So erscheinen seine Argumente einem ideologischen Ritual verpflichtet, nach dem alle Errungenschaften der Zivilisation letztlich aus dem großen Sowjetreich stammen mußten.242

Doch berichtet Menzel in seinem Werk auf acht Seiten über die europäische und deutsche Geschichte der Petition und lediglich ganze zwei Seiten über das Eingabenrecht in der Sowjetunion. Ein für die DDR ungewöhnlicher Proporz.243

Die von mir untersuchten Akten belegen, daß erste umfangreiche Erfahrungen über die Eingabenpraxis in der Sowjetunion erst 1968 auf einer Studienreise einer Delegation des Staatsrats in Moskau gesammelt wurden.244

Dokumente, die eindeutig auf einen Zusammenhang zwischen sowjetischem und DDR-deutschem Eingabenrecht hinweisen, liegen für die 40er und 50er Jahre nicht vor. Es ist also zu vermuten, daß der Gesetzestext wie auch die Durchführungsbestimmungen in der DDR weniger auf sowjetische Anregungen zurückzuführen sind, sondern vielmehr auf die konkrete Auseinandersetzung mit der deutschen Praxis. Ergänzt man diesen Befund mit der tatsächlichen Eingabenpraxis in den späten 40er- und frühen 50er Jahren, läßt sich die These aufstellen, daß das Eingabenrecht, wie es in dem ersten Eingabenverordnung fixiert wurde, ein originär DDR-deutsches Produkt gewesen ist.

Nachfolgend soll der Frage nachgegangen werden, welchen Einfluß die Eingabenverordnung auf die Verwaltungstätigkeit in den 50er hatte. Hierfür werden vor allem die Berichte der Präsidialkanzlei herangezogen.

Ein zentraler Punkt der Kritik an der Eingabenbearbeitungspraxis war für die Präsidialkanzlei, daß die Verwaltung trotz der Eingabenverordnung sich der Aufgabe entzog, Eingaben nach den Gesetzen der Verordnung zu bearbeiten. Opitz kam 1957 zu folgender Beurteilung:

„Obwohl mit der Verordnung vom 6.2.1953 bewußt ein Instrument geschaffen wurde, die Eingabenbearbeitung zu einem Mittel der Gewinnung der Bürger zur Mitarbeit und zur Durchsetzung unserer

241 Auch Wolfgang Seiffert meint in seinem Aufsatz „Gegen Legenden und Mythen der Babelsberger Konferenz“, daß die DDR-Rechtswissenschaftler sich vom sowjetischen Recht in den 50er Jahren schon deshalb kein Bild machen konnten, „weil die meisten die russische Sprache nicht beherrschten“, die Literatur jedoch nur in russischer Sprache zur Verfügung stand. (Seiffert, Wolfgang, 1993, S. 189.)
Die Präsidialkanzlei des Präsidenten der DDR

Politik beim schnellen Aufbau des Sozialismus zu machen, versuchten einige Bürokraten im Staatsapparat, bei der Anwendung der Verordnung der erhöhten Aufgabenstellung auszuweichen, indem sie von sich aus den Begriff der 'Beschwerde' nur juristisch auslegen wollten, und damit den größten Teil der Eingaben 'als nicht unter die Verordnung fallend' zu negieren. So wurde z.B. in einigen Bezirken (Suhl, Frankfurt, Dresden) noch im Jahre 1956/57 eine Diskussion

242 Zu den Wurzeln der DDR-Eingabengesetzgebung zählt Menzel zunächst die progressiven Bemühungen der Bourgeoisie:


248 Erst Mitte der 50er Jahre erschienen in der DDR die ersten Dokumente zur sowjetischen Rechtspraxis in deutscher Übersetzung.
Die Geschichte der Eingabengesetzgebung der DDR

entfacht um die Fragestellung 'Was ist eine Beschwerde?' Die Eingaben wurden von einzelnen Funktionären in 'echte' und 'unechte' Beschwerden getrennt, und nur 'echte' Beschwerden wurden entsprechen der Verordnung behandelt.  

1955 befaßte sich die Präsidialkanzlei mit der Frage, warum sich die Bevölkerung weiterhin häufig nicht an die Örtlichen Organe, sondern an den Präsidenten wandte. Sie machten zwei Schwerpunkte aus:

„Häufig sind Eingaben an den Präsidenten darauf zurückzuführen, daß die örtlichen Verwaltungsorgane zwar bereit sind, die Anliegen der Werkätigen zu erfüllen, es ihnen aber an der nötigen Initiative und Beweglichkeit fehlt."

Es folgen mehrere Beispiele, in denen nachgewiesen wird, daß Verwaltungsangestellte lieber gar nichts tun, als sich Probleme aufzubürden. Der zweite Schwerpunkt wird wie folgt beschrieben:

„Eine häufige Ursache der Beschwerden an den Präsidenten ist das seelen- und herzlose Verhalten mancher Staatsfunktionäre gegenüber den Werkätigen, die sich vertrauensvoll mit ihren Sorgen an sie wenden."

Es folgen Beispiele:

(...) Der Bürgermeister in Bodelwitz klärt z.B. seine Wohnungssuchenden mit folgenden Worten auf:
'...In Bodelwitz sterben dies Jahr zu wenig Leute, voriges Jahr sind mehr gestorben; wenn niemand stirbt, gibts auch keine Wohnungen...' oder auch
'... für eine Beschwerde an die Präsidialkanzlei ist es schade um die Briefmarke...'

244 In ihrem Bericht sind weitaus mehr Beschlüsse und Dekrete nachzulesen, die sich direkt auf Beschwerderegelungen beziehen:
8.11.1918, „Beschuß des 6. Sowjetkongreß „über das Recht der Bürger, sich über die Tätigkeit von Staatsorganen zu beschweren“
30.12.1919, „Dekret „über die Bekämpfung des Amtsschimmels“
23.4.1933, „Beschuß des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR über die Behandlung von Beschwerden“
12.4.1968, „Beschuß des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR über Grundsätze für die Bearbeitung der Eingaben“ (BAP, DA 5 7512, ohne. Pag.)
245 SAFMO, NY 4036 / 772, Bl. 95-96.
246 BAB, DA 4 1006, Bl. 404.
247 Ebenda, Bl. 406.
Die Präsidialkanzlei des Präsidenten der DDR

Weitere Beispiele:
Frau Erna B. aus M. schreibt:
'...Einmal bin ich sehr verärgert, daß die Angestellten des Wohnungs-
amtes schon acht Tage nach meines Mannes Beerdigung meine Woh-
nung besichtigten und mir zu meinem großen Schmerz gleich sagten, daß ich meine Wohnung aufgeben müßte...
Man müßte doch soviel Humanismus in unserer heutigen Zeit und in
unserem neuen Staat erwarten können, daß man nicht nach acht
Tagen sondern erst vier Wochen nach dem Tode eines Bürgers an die
Kläerung der Wohnungsverhältnisse geht...

Trotz Eingabenverordnung erhöhte sich die Zahl der Eingaben an den Prä-
sidenten bis 1956. Erstmalig ist ab 1957 ein starker Rückgang zu verzeich-
nen. Dies ist auf das Inkrafttreten des Gesetzes über die örtlichen Organe
der Staatsmacht vom 17. Januar 1957 und dem Gesetz über die Vereinfa-
chung und Vervollkommnung der Arbeitsweise der örtlichen Organe vom
12. Februar 1958 zurückzuführen. Mit diesen Gesetzen wurde kommu-
nale Kompetenz aufgewertet. Max Opitz kommentierte das wie folgt:

„Ein auffallender Wandel in der Eingabensituation trat im Zusam-
menhang mit der Vorbereitung und Inkraftsetzung des Gesetzes über
die örtlichen Organe der Staatsmacht ein. Die Zahl der Eingaben ging
im Jahr 1957 gegenüber 1956 um 19% zurück. Das machte sich auch im
Inhalt der Briefe bemerkbar. Dadurch, daß sich die örtlichen
Staatsorgane stärker einschalteten, wurden jetzt viele Dinge unmit-
telbar örtlich geregelt, die früher zu zentralen Beschwerden geführt
hätten. Auf einzelnen Gebieten trat allerdings vorübergehend das
Gegenteil ein. So z.B. im Wohnungswesen, wo sich die Räte der
Kreise zeitweise vollkommen ausschalteten, so daß die Wohnungs-
beschwerden in zunehmender Zahl an die zentralen Organe gerich-
tet wurden. So waren z.B. 1957 44% aller Eingaben
Wohnungsbeschwerden. Aus vielen Briefen von Räten der Gemein-
den bzw. von Bürgermeistern sprach damals eine erschreckende Hilf-
losigkeit, die von uns jeweils zum Anlaß genommen wurde, die Räte
der Kreise auf ihre Pflicht zur Anleitung aufmerksam zu machen."249

Opitz sah nun die Zeit gekommen, den kommunalen Institutionen mehr
Eigenverantwortung zu übertragen, obwohl hier immer wieder das Risiko
bestand, daß die weitergeleiteten Eingaben als „Zweitschreiben“ wieder in
der Präsidialkanzlei landen würden.

„Wir müssen in großen Zügen beginnen, die allzu große Zentralisa-
tion in der Behandlung der Eingaben zu lockern und die Aufgaben
noch mehr nach unten zu verlegen, denn im Verlaufe der Entwick-

248 BAB, DA 4 1006, Bl. 406.
249 SAFMO, NY 4036 / 772, Bl. 96.


3. 2. 2. Bearbeitung der Eingaben durch die Präsidialkanzlei
Die Eingaben in möglichst kurzer Zeit zu bearbeiten, war in der Anfangszeit ein wesentlicher Schwerpunkt der Präsidialkanzlei. Verschiedene Methoden wurden erprobt, die aber teilweise den Aufwand eher vergrößerten, da die an die Ministerien in Eigenverantwortung weitergeleiteten Eingaben nur unbefriedigend bearbeitet wurden. So kam es zu einer Vielzahl von „Zweitschreiben“ an den Präsidenten der DDR. Max Opitz schil-

Die Tabelle 1 zeigt, welche Angestellten im November 1952 zur Präsidialkanzlei gehörten, um jährlich mehr als 200.000 Briefe zu beantworten.

Opitz führte nicht nur ein effektives Regime zur Eingabenbearbeitung ein, sondern ließ schon früh die Eingaben statistisch analysieren. Mit den
Die Geschichte der Eingabengesetzgebung der DDR

gefertigten Statistiken wurde der Präsident in die Lage versetzt, noch lange vor der Entwicklung empirischer Sozialforschung oder von Meinungsforschungsinstitutionen im deutschen Sprachraum\textsuperscript{254} genaueste Kenntnis über die Nöte, Sorgen und Vorstellungen der DDR-Bürger zu erhalten. Daß eine direkte Beziehung zwischen den Eingabenschwerpunkten und der Politik der SED bestand, belegt ein Bericht von Opitz zur Lage in der DDR 1952-1953:


Die Stenotypistinnen bildeten Arbeitsbrigaden und entwickelten mit Unterstützung der BGL und der übrigen verantwortlichen Funktionäre der Dienststelle Leistungsnormen. (..)

Alle Arbeitsbrigaden stehen in ständigem Wettbewerb. Mit der Brigadenbildung und der Festsetzung der Arbeitsnormen und durch den Wettbewerb der Stenotypistinnen haben sich in unserer Dienststelle neue, fortschrittliche Arbeitsmethoden durchgesetzt, mit denen wir nicht nur Rückstände beseitigt, sondern Stellen einsparen konnten. (..)

Heute sind wir soweit, daß unsere Stenotypistinnen die alten Normen selbst korrigiert haben und ab 2. März 1953 ihre Leistungsfähigkeit um durchschnittlich 34% steigern. Für die nächste Zeit stellen sich die Kolleginnen Stenotypistinnen die Aufgabe, ihren Wettbewerb durch gegenseitige kameradschaftliche Unterstützung, durch Hilfeleistung der Fortgeschrittenen gegenüber den Schwächeren und durch Anwendung neuer Arbeitsmethoden, zu einem sozialistischen Wettbewerb zu entfalten." (BAP, DA 4 986, Bl. 29-34.)

\textsuperscript{253} BAP, DA 4 1083, Bl. 36.

\textsuperscript{254} Soziologen, die sich mit empirischer Sozialforschung, und hier speziell mit Massenerhebungen, beschäftigten, waren zum großen Teil bereits in den 20er und 30er Jahren in die USA emigriert. Dort fanden durch präzise Wahlprognosen in den 40er und 50er Jahren quantitative Untersuchungen starken Zuspruch und finanzielle Förderung.


Die von Opitz eingeführte Statistik war eine erste Voraussetzung dafür, einen Überblick über die quantitative Verbreitung der jeweils angesprochenen Probleme in der Gesellschaft zu gewinnen. Die einzelnen Eingaben hätten nicht eine solche Bedeutung erhalten, wenn sie nicht durch die statistische Erfassung zu einer aussagekräftigen Zahl zusammengeführt worden wären. Durch die Statistiken wurden aus den einzelnen Anschreiben eine Art Massenprotest. Noch einmal Opitz in seinem Zehnjahresbericht der Präsidialkanzlei:

255 BAB, NY 4036 / 772, Bl. 92.
„Die Statistik spielt sowohl für die Bearbeitung als auch für die Auswertung der an unseren Präsidenten gerichteten Eingaben aus der Bevölkerung eine wichtige Rolle. Die von der Statistik ermittelten Zahlen geben den politischen Mitarbeitern wichtige Signale und Hinweise, die dann zusammen mit den Eingabeninhalten eine weitgehende Auswertung der Eingaben ermöglichen. Der Posteingang wurde rein zahlenmäßig gleich von Anfang an statistisch erfaßt. Zu einem systematischen Hilfsmittel für die Eingabenbearbeitung und Auswertung wurde die Statistik jedoch erst nach 1952 ausgebaut. Das war nötig, weil zu diesem Zeitpunkt die Auswertung immer mehr an Bedeutung gewann, weil sich das Prinzip, das die Eingaben eine Form der Mitarbeit der Werktätigen an der Leitung eines Staates und ihrer Wirtschaft sind, durchsetzte. Für diese Auswertung waren weitgehendere Zahlenunterlagen nötig als bisher. Seit dieser Zeit beantwortet die Statistik zusammenfassend die Fragen:
Wer schreibt (Soziale Zusammensetzung der Einsender)
Aus welchen Kreisen und Bezirken stammen die Eingaben?
Um welche Anliegen handelt es sich in den Eingaben?
Um welche Anliegen handelt es sich in den Eingaben?

Ging es anfangs in der Präsidialkanzlei lediglich darum, nur die generellen Zahlen der Briefe und Eingaben zu erfassen, wurde das System ab 1952 ausgeklügelter. Durch die statistische Erfassung der Eingaben und deren Auswertung in Quartalsberichten wurde es möglich, den „politischen Mitarbeitern“ Signale und Hinweise für deren Arbeit zu geben. Die Eingabe

256 BAP, DA 4 1086/1, Bl. 23-24.
erhielt durch die statistische Auswertung eine plebiszitäre Funktion, ohne daß sich die einzelnen Eingabenauteuren dessen bewußt waren. Aufgrund der eingeschränkten Möglichkeiten der Medien, Forum für differierende Meinungen und Interessen zu sein, wurde die Eingabe ein wesentliches Medium, Druck auf Regierungsentscheidungen auszuüben.

Zu den Eingaben an die Präsidialkanzlei


<table>
<thead>
<tr>
<th>Jahr</th>
<th>gesamt der Tabelle</th>
<th>Sozialversicherung</th>
<th>Gesundheitswesen</th>
<th>Arbeit</th>
<th>Wirtschaft</th>
<th>Finanzen</th>
<th>Landwirtschaft</th>
<th>Wohnung</th>
<th>Innerer Verwaltung</th>
<th>Innerdeutsche Angelegenheiten</th>
<th>Volksbildung</th>
<th>Auslandsangelegenheiten</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>1952</td>
<td>80358</td>
<td>5408</td>
<td>5598</td>
<td>1829</td>
<td>6607</td>
<td>4594</td>
<td>7918</td>
<td>4588</td>
<td>20490</td>
<td>5711</td>
<td>8593</td>
<td>10799</td>
</tr>
<tr>
<td>1953</td>
<td>77653</td>
<td>5627</td>
<td>6084</td>
<td>1475</td>
<td>7272</td>
<td>3768</td>
<td>6776</td>
<td>4719</td>
<td>19788</td>
<td>8593</td>
<td>10799</td>
<td>2752</td>
</tr>
<tr>
<td>1954</td>
<td>86358</td>
<td>6405</td>
<td>5417</td>
<td>1647</td>
<td>6288</td>
<td>4923</td>
<td>6605</td>
<td>6708</td>
<td>32326</td>
<td>6698</td>
<td>4899</td>
<td>1668</td>
</tr>
<tr>
<td>1955</td>
<td>14048</td>
<td>4264</td>
<td>4049</td>
<td>1363</td>
<td>5832</td>
<td>4578</td>
<td>5973</td>
<td>6259</td>
<td>34145</td>
<td>5894</td>
<td>5062</td>
<td>2874</td>
</tr>
<tr>
<td>1956</td>
<td>102331</td>
<td>5990</td>
<td>6525</td>
<td>1485</td>
<td>7032</td>
<td>4881</td>
<td>7039</td>
<td>7815</td>
<td>40311</td>
<td>7701</td>
<td>7353</td>
<td>3478</td>
</tr>
<tr>
<td>1957</td>
<td>75950</td>
<td>4965</td>
<td>5399</td>
<td>1260</td>
<td>3915</td>
<td>5678</td>
<td>5196</td>
<td>5103</td>
<td>32731</td>
<td>3397</td>
<td>6703</td>
<td>1654</td>
</tr>
<tr>
<td>1958</td>
<td>38101</td>
<td>2703</td>
<td>2096</td>
<td>556</td>
<td>2599</td>
<td>2646</td>
<td>2887</td>
<td>3491</td>
<td>21889</td>
<td>3243</td>
<td>13851</td>
<td>1347</td>
</tr>
<tr>
<td>1959</td>
<td>51333</td>
<td>2991</td>
<td>1687</td>
<td>429</td>
<td>1638</td>
<td>1668</td>
<td>2785</td>
<td>3190</td>
<td>18969</td>
<td>2175</td>
<td>12837</td>
<td>1401</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Tabelle 1: Eingabenzahlen der Eingaben an den Präsidenten der DDR nach Schwerpunkten.


257 BAB, NY 4036 / 772, Bl. 124-127.
Die Geschichte der Eingabengesetzgebung der DDR

Die Präsidialkanzlei begann erst 1954 mit der statistischen Erfassung sozialer Gruppen. Dies wurde auch nicht einheitlich fortgesetzt. (SAPMO, NY 4036 / 772 unpag.)

Die Tabelle 2\textsuperscript{259} zeigt die Verteilung der sozialen Zugehörigkeit in Prozent. Die Zahlen sind kritisch zu betrachten, da beispielsweise die Angehörigen der bewaffneten Organe als Arbeiter gezählt wurden. Die Daten ergeben ein erstaunlich konstantes Bild. Diese Zahlen in Relation zum Bevölkerungsanteil der einzelnen sozialen Schichten zu setzen, ist schwierig.

Die Tabelle 3\textsuperscript{260} stellt die prozentuale Verteilung der sozialen Schichten der DDR nach Angaben des Statistischen Jahrbuchs dar.

In den Statistischen Jahrbüchern wurde nur grob unterteilt in: Arbeiter und Angestellte (einschließlich Lehrlinge), Mitglieder der Produktionsgenossenschaften und übrige Berufstätige (Einzelbauern und private Gärtner, private Handwerker, private Groß- und Einzelhändler, freiberuflich Tätige). Die Tabelle 3 stellt die prozentuale Verteilung der sozialen Gruppen in der DDR nach Angaben des Statistischen Jahrbuchs dar.\textsuperscript{261}

Die Tabelle 4\textsuperscript{261} zeigt die Verteilung der Eingaben nach Bezirken. Leipzig, Halle und Neubrandenburg liegen im Zeitraum an der Spitze. Die Schlußlichter sind Berlin, Suhl und Cottbus. Deutlich wird ein hoher Anstieg im Jahre 1956. Ein Blick zurück auf Tabelle 1 zeigt, daß es

\begin{table}[h]
\centering
\begin{tabular}{|c|c|c|c|c|c|c|}
\hline
\hline
Arbeiter & 60 & 65 & 64 & 64 & 64 & 63 \\
Bauern & 11 & 10 & 10 & 9 & 9 & 11 \\
Angestellte & 19 & 18 & 18 & 19 & 19 & 18 \\
Mittelschichten & 10 & 9 & 8 & 8 & 8 & 8 \\
\hline
\end{tabular}
\caption{Tabelle 2: Prozentuale Verteilung der Eingaben nach sozialer Zugehörigkeit.}
\end{table}

\begin{table}[h]
\centering
\begin{tabular}{|c|c|c|}
\hline
Jahr & 1955 & 1960 \\
\hline
Arbeiter und Angestellte & 78,4 & 81 \\
Mitgl. d. Produktionsgenossens. & 2,4 & 13,8 \\
übrige Berufstätige & 19,3 & 4,8 \\
\hline
\end{tabular}
\caption{Tabelle 3: Prozentualer Anteil bestimmter Berufsgruppen}
\end{table}

\begin{table}[h]
\centering
\begin{tabular}{|c|c|c|c|c|c|c|c|c|c|}
\hline
\hline
Berlin & 236 & 2798 & 2660 & 3365 & 2515 & 2376 & 1699 \\
Cottbus & 386 & 3362 & 3349 & 4448 & 3474 & 3029 & 2421 \\
Dresden & 477 & 10011 & 9561 & 11377 & 9864 & 7751 & 6100 \\
Erfurt & 141 & 6985 & 5966 & 7111 & 5752 & 5172 & 4212 \\
Frankfurt Oder & 452 & 2856 & 3314 & 3562 & 2826 & 2651 & 2167 \\
Gera & 437 & 3502 & 3258 & 4216 & 3463 & 2910 & 2128 \\
Halle & 548 & 12345 & 10982 & 12949 & 10175 & 9156 & 7113 \\
Karl-Marx-Stadt & 453 & 10556 & 10479 & 11962 & 9276 & 7774 & 5902 \\
Leipzig & 544 & 8545 & 8540 & 10526 & 8734 & 7329 & 5246 \\
Magdeburg & 484 & 6586 & 6586 & 8093 & 6451 & 6205 & 4593 \\
Neubrandenburg & 523 & 4106 & 3429 & 3835 & 2723 & 2418 & 1851 \\
Potsdam & 397 & 4255 & 4585 & 5942 & 4673 & 4286 & 3522 \\
Rostock & 464 & 4998 & 4564 & 5232 & 3641 & 3065 & 2486 \\
Schwerin & 508 & 3495 & 3178 & 4056 & 2928 & 2558 & 2041 \\
Suhl & 366 & 1874 & 1805 & 2357 & 2162 & 2136 & 1590 \\
Wismar & 236 & 336 & 833 & 788 & 683 & 356 \\
BRD & 736 & 1258 & 1807 & 1555 & 3271 & 2568 \\
Australien & 144 & 394 & 480 & 352 & 365 & 209 \\
\hline
\end{tabular}
\caption{Tabelle 4: Verteilung des Eingabenaufkommens nach Bezirken}
\end{table}

\textsuperscript{259} Die Präsidialkanzlei begann erst 1954 mit der statistischen Erfassung sozialer Gruppen. Dies wurde auch nicht einheitlich fortgesetzt. (SAPMO, NY 4036 / 772 unpag.)

\textsuperscript{260} Nach Bezirken konnte erst nach der 1953 erfolgten Verwaltungsreform erfaßt werden (BAB, NY 4036 / 772, Bl. 120-121; Statistisches Jahrbuch, 1968, S. 4-9.)
besonders Wohnungsfragen, Probleme in der Landwirtschaft und mit der Sozialfürsorge sind, die hier die Statistik nach oben schnell ließen. In diesem Zeitraum wurden zahlreiche neue Gesetze erlassen. Möglicherweise ist die Steigerung der Kritikfreudigkeit der Bevölkerung aber auch als Reaktion auf die nach dem XX. Parteitag einsetzende Tauwetterperiode zu deuten.


Bei den Analysen wurden auch anonyme Anschläge berücksichtigt. Sie spielen jedoch im Verhältnis zur Gesamtstatistik eine marginale Rolle. Ein Bericht der Präsidialkanzlei aus dem Jahr 1958 geht speziell auf diese Schreiben ein:

„Der Gesamteingang derartiger Schreiben betrug 361. Diese teilen sich auf die einzelnen Bezirke wie folgt auf:

<table>
<thead>
<tr>
<th>Stadt</th>
<th>Anzahl</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Rostock</td>
<td>4</td>
</tr>
<tr>
<td>Schwerin</td>
<td>10</td>
</tr>
<tr>
<td>Neubrandenburg</td>
<td>10</td>
</tr>
<tr>
<td>Magdeburg</td>
<td>25</td>
</tr>
<tr>
<td>Halle</td>
<td>49</td>
</tr>
<tr>
<td>Gera</td>
<td>11</td>
</tr>
<tr>
<td>Suhl</td>
<td>6</td>
</tr>
<tr>
<td>Berlin</td>
<td>41</td>
</tr>
<tr>
<td>Erfurt</td>
<td>22</td>
</tr>
<tr>
<td>Potsdam</td>
<td>7</td>
</tr>
<tr>
<td>Frankfurt</td>
<td>12</td>
</tr>
<tr>
<td>Cottbus</td>
<td>8</td>
</tr>
<tr>
<td>Karl-Marx-Stadt</td>
<td>40</td>
</tr>
<tr>
<td>Dresden</td>
<td>26</td>
</tr>
<tr>
<td>Leipzig</td>
<td>44</td>
</tr>
<tr>
<td>Westdeutschland</td>
<td>33</td>
</tr>
</tbody>
</table>


In diesem Zusammenhang wurden auch Maßnahmen der Regierung, die zu Verbesserungen der Lebenslage bestimmter Personenkreise und Berufsschichten führten, gerade von Rentnern zum Anlaß genommen, um auf ihre Lage hinzuweisen.
In einem weiteren erheblichen Teil wurde eine Änderung der bestehenden Bestimmungen über den Reiseverkehr nach Westdeutschland gefordert.
Anlaß zu anonymen Schreiben gab die Unzufriedenheit über die Regelung des Haushaltstages.
Ebenfalls wurden bestimmte Forderungen von ehemaligen Umsiedlern erhoben, wie z.B. Zahlung eines Lastenausgleichs wie in Westdeutschland.
Weitere Anliegen, die in den anonymen Schreiben zum Ausdruck gekommen sind, waren folgende:
- Hinweise auf Versorgungsschwierigkeiten
- Bitten von Rentnern um verbilligten Verkauf von Bohnenkaffee
- Bitten um eine Amnestie
- sowie persönliche Differenzen mit Nachbarn etc.\textsuperscript{262}

Es geht in den anonymen Anschreiben nicht um eine grundsätzliche Kritik an der Politik der Regierung, sondern um soziale Fragen. Vor allem ältere Bürger befürchteten offenbar negative Konsequenzen bei Angabe der Adresse.\textsuperscript{263}

Die Form des anonymen Schreibens könnte auch den Hintergrund haben, daß hier nicht persönliche Interessen, sondern übergreifende, größere Gruppen betreffende Fragen angesprochen wurden, für die man keine individuellen Lösungen erwartete.

**Eingaben als Korrektiv politischer und verwaltungstechnischer Entscheidungen**

Im Folgenden wird untersucht, inwiefern die ausgewerteten Eingaben eine tatsächliche Rolle bei Entscheidungen oder deren Korrektur gespielt haben. Inwieweit wurde die Bevölkerung durch Eingaben an den Präsidenten in die Lage versetzt, die gesellschaftliche Gestaltung mitzubestimmen? Verfügte die DDR-Gesellschaft mit der Eingabe über ein Instrument, mit dem die Minister oder das Politbüro zu Korrekturen und Revidierungen von politischen und verwaltungstechnischen Entscheidungen gebracht werden konnten?

Am 23. April 1956 machte ein Mitarbeiter der Präsidialkanzlei an Opitz die folgende Mitteilung:

> „Durch die beigefügte Eingabe (Wolfgang K. ...) sind wir darauf aufmerksam geworden, daß Betriebe wegen Auftragsmangel Genehmigung zur Kurzarbeit erhalten. Im vorliegenden Falle wird wöchentlich einen Tag gearbeitet und Frau K. erhält dafür täglich -,16

\textsuperscript{262} DA 4 1094, unpag.
\textsuperscript{263} Siehe auch zum Exkurs über den Querulanten S. 83 f.
DM Kurzarbeiterunterstützung. (die Unterstützung wurde von 2,13 auf -,16 DM herabgesetzt, weil der Ehemann 300.—DM monatliches Bruttoeinkommen hat.)
Unserer Ansicht nach ist Kurzarbeit keine Lösung des Problems und Unterstützungssätze wie im vorliegenden Falle von -,16 DM täglich müssen unbedingt zu einer Verärgerung führen.
**Vorschlag:** Staatssekretär Kasten darüber zu informieren, zu welchen Auswirkungen die Nichtauslastung örtlicher Privatbetriebe führt.264


„Werter Genosse Ministerpräsident!
Ich erlaube mir zu diesen bürokratischen Auswüchsen in der Auszahlung von Unterstützungsgeldern folgende Vorschläge:
1. Der Minister für Arbeit und Berufsausbildung sollte den Sozialversicherungskassen untersagen, so geringe Unterstützungssätze auszuzahlen,
2. Der Minister sollte ermächtigt werden, trotz der bestehenden Verordnung die Sozialversicherungskassen anzuweisen, einen Mindestsatz auszuzahlen. Bei hohem Verdienst der Arbeiter kann es passieren, daß Frauen, die Kurzarbeiterunterstützung erhalten, nur 10 Pfennig täglich bekommen. (bei über 5 Pfennig wird auf 10 aufgerundet).
Wenn eine solche Regelung im Augenblick wegen der finanziellen Auswirkungen nicht möglich ist, sollte man den Angestellten der SVK untersagen, die Unterstützungssätze täglich, sondern monatlich oder höchstens wöchentlich auszuzahlen.
3. Die Verordnung über die Pflichtversicherung gegen Arbeitslosigkeit vom 28.1.1947 einer Prüfung zu unterziehen.”265

---
264 BAB, DA 4 1010, Bl. 82.
265 BAB, DA 4 1010, Bl. 77.
Opitz kritisierte, daß dieser Mann ein Opfer „bürokratischer Auswüchse“ wurde. Ihm ging es jedoch weniger um den einen Fall als vielmehr um die generelle Regelung des durch die Eingabe an ihn herangetragenen Problems. Beim Ministerpräsidenten, der obersten ministeriellen Instanz, meinte er die richtige Adresse für die Beseitigung des an ihn herangetragenen Problems gefunden zu haben. Besonders aufschlußreich sind seine Vorschläge, die zum Teil auf eine Aussetzung geltender Gesetze oder Anweisungen abzielen.


„Werter Genosse Opitz!
(...)
In diesem Zusammenhang darf ich Dich darauf hinweisen, daß die Auswertung der an den Präsidenten gerichteten Eingaben in einer anderen Form erfolgen sollte. Meines Erachtens können solche Anregungen und Empfehlungen, die sich in Auswertung der Briefe der Werktätigen ergeben, nur so durchgeführt werden, daß sie unmittelbar an das fachlich zuständige zentrale Organen bzw. dessen Leiter übermittelt werden. Dabei bedarf es nicht der Einschaltung des Büros des Präsidiums des Ministerrates oder des Ministerpräsidenten.“

Die Antwort des Präsidiums klingt brüsk. In der Zurückweisung drückt sich die unklare Stellung der Präsidialkanzlei im Gefüge des Staatssystems aus. Opitz kann als Beauftragter des Präsidenten zwar Vorschläge unterbreiten, ist aber nicht weisungsbefugt gegenüber dem Ministerrat. Andereseits kann sein Begehren nicht einfach nur zurückgewiesen werden, weil auch das Präsidium des Ministerrats der Forderung unterliegt, auf

266 BAB, DA 4 1010, Bl. 76.
Eingaben der Bürger einzugehen. Also wird Opitz an die Fachministerien verwiesen, mit denen er allerdings eigenständig verhandeln kann. In jedem Fall deutet die Antwort des Büros des Ministerpräsidenten darauf hin, daß sich Opitz möglicherweise bisher in einer solchen Angelegenheit nicht an sie gewandt hatte.


„Werter Genosse Sindermann!

Leider ist die Antwort aus dem Zentralkomitee nicht überliefert; vielleicht wurde auch nie geantwortet. Überliefert ist jedoch, daß sich plötzlich das Ministerium für Arbeit und Berufsausbildung zu bewegen begann. Das Ministerium schrieb am 9. Juli 1956 einen Brief an den Bundesvorstand des FDGB und übermittelte Opitz eine Kopie „zur Kenntnisnahme“.²⁶⁷

²⁶⁷ BAB, DA 4 1010, Bl. 73.
„Werter Genosse Lehmann!
Die Verordnung über die Pflichtversicherung gegen Arbeitslosigkeit vom 28.1.1947 hat in der Vergangenheit wiederholt Veranlassung zu ernsten Kritiken seitens der Bevölkerung gegeben. Ich habe mich davon überzeugt, daß diese Verordnung unseren heutigen Verhältnissen in der geltenden Fassung nicht mehr gerecht wird. Das trifft insbesondere in für die §§ 11 und 12 der Verordnung - die die Höhe der Arbeitslosenunterstützung und das anrechnungsfähige Einkommen der unterhaltsverpflichteten Familienangehörigen betreffen - zu. Ich bin der Meinung, daß es richtig ist, das Problem gemeinsam zu beraten und dann eine Änderung dieser Verordnung, zum wenigsten aber der beiden Paragraphen vorzunehmen.\textsuperscript{268}

Opitzens Hartnäckigkeit hatte sich gelohnt. Am 9. Oktober 1956 informierte endlich der Stellvertreter des Ministers für Arbeit und Berufsausbildung die Präsidialkanzlei über den Ausgang der Beratung mit dem FDGB:

„Sehr geehrter Herr Staatssekretär!


(...) Zu den von Ihnen seinerzeit gemachten Vorschlägen ist folgendes zu sagen:
Nach den zur Zeit geltenden gesetzlichen Bestimmungen besteht für jede Person ein Rechtsanspruch auf den Unterstützungssatz, so daß es mit der Einhaltung der demokratischen Gesetzlichkeit nicht zu vereinbaren ist, wenn seitens des Ministers für Arbeit und Berufsausbildung angeordnet wird, daß Beträge unter 1,-- DM nicht auszuzahlen sind.

(...)\textsuperscript{268} Ebenda, Bl. 71

Herr K. (der Eingabenschreiber, d. Vf.) wurde von einem Mitarbeiter der zuständigen Fachabteilung meines Hauses davon unterrichtet, daß in seinem konkreten Falle entsprechend den zur Zeit geltenden gesetzlichen Bestimmungen eine Ausnahmeregelung nicht getroffen werden kann, daß das gesamte Problem jedoch vom Ministerium für Arbeit und Berufsausbildung mit den zuständigen Stellen beraten wird, um eine befriedigende Lösung durch Erlaß neuer gesetzlicher Bestimmungen zu finden.\(^{269}\)


An diesem Fall läßt sich noch eine andere Ebene untersuchen. Das Hin und Her zwischen Präsidentkanzlei, Ministerrat, Ministerien usw. offen-\(^{269}\) Ebenda, Bl. 63.
Die Geschichte der Eingabengesetzgebung der DDR


Die Rolle und Stellung der Präsidialkanzlei wird im nächsten Abschnitt genauer anhand einiger Beispiele analysiert. Quelle sind die Antwortschreiben verschiedener staatlicher Einrichtungen. Untersucht werden die Möglichkeiten und Grenzen der Einflußnahme der Präsidialkanzlei auf die Veränderung bestehender Verhältnisse.

Die Präsidialkanzlei im Verhältnis zu anderen staatlichen Institutionen

Die hier vorgestellten Antwortschreiben sind Reaktionen auf Anschreiben der Korrespondenzzentrale. In ihnen wurden die Angeschriebenen aufgefordert, Stellung zu den aus den Eingaben gewonnenen Analysen und Änderungsvorschlägen zu nehmen. Die Untersuchung beschränkt sich größtenteils auf die Antwortschreiben, weil aus ihnen in der Regel die Thematik hervorgeht. Wichtig ist dabei zunächst die Frage, inwieweit tatsächlich die angeschriebenen Institutionen die Präsidialkanzlei akzeptierten. Außerdem sollen die Rechtfertigungsstrategien der angeschriebenen...
Einrichtungen beleuchtet werden, in welchen Kontext sich die Begründungen für oder gegen ein bestimmtes Verhalten einordnen lassen.

In einem sehr langen anonymen Brief beschwerte sich 1951 ein Insasse der Strafvollzugsanstalt Cottbus beim Präsidenten der DDR über die Haftbedingungen, mit massiven politischen Vorwürfen gegen die Wärter. Daraufhin wandte sich Opitz an die Hauptverwaltung der Volkspolizei. Diese antwortete am 9. November 1951 wie folgt:

„Betr.: Strafvollzugsanstalt Cottbus (...)

Von der Hauptverwaltung, Deutsche Volkspolizei wird das an den Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik gerichtete anonyme Schreiben vom Juli 1951 über angebliche Zustände in der Strafvollzugsanstalt Cottbus zurückgereicht.

Die in diesem Schreiben gemachten Angaben entsprechen nicht den Tatsachen.


Es trifft auch nicht zu, daß Strafgefangene zu Arbeiten für private Zwecke eingezogen wurden, ohne daß ein entsprechender Auftrag vorlag und eine Bezahlung erfolgt ist.

Auch die ärztliche Betreuung der Strafgefangenen ist jederzeit gewährleistet. Hinsichtlich der zahnärztlichen Betreuung wurde mit dem Ärztebund ein Übereinkommen erzielt, so daß für die Behandlung der Strafgefangenen alle 4 Wochen ein Zahnarzt zur Verfügung steht.


Gewisse, gegen einzelne VP-Angehörige erhobene Anschuldigungen – die auch der Hauptverwaltung Deutsche Volkspolizei bekannt geworden sind – wurden untersucht und für Abstellung der diesbezüglichen Mängel Sorge getragen.

Die Schreiber des anliegenden Briefes haben zweifellos beabsichtigt, die Deutsche Volkspolizei zu verleumden und die dem Ministerium des Inneren unterstehenden SV-Dienststellen zu diskreditieren.\textsuperscript{270}

Die Präsidialkanzlei wird von der Hauptverwaltung der VP als Instanz anerkannt, gegenüber der man rechenschaftspflichtig ist. Welche Konsequenzen die Anfrage der Präsidialkanzlei tatsächlich für die Haftbedingungen der Strafgefangenen hatte, läßt sich anhand dieses Antwortschreibens nicht rekonstruieren. Die Art und Weise, wie die Hauptverwaltung der VP reagierte, legt jedoch die Vermutung nahe, daß in der Strafvollzugsanstalt Cottbus zumindest umfangreiche Untersuchungen stattfanden.

Ein zweiter Fall: Überliefert ist das Antwortschreiben des Ministeriums für Justiz vom 15. Februar 1951 wegen einer Beschwerde über eine Gerichtsverhandlung gegen einen Bürgermeister:


Inzwischen hat am 8.2.1951 die erneute Verhandlung stattgefunden, die von dem neuen Vorsitzenden R. ruhig, sachlich und bestimmt durchgeführt wurde. Der Angeklagte F. ist im Urteil wegen Verbrechens gegen Befehl 160\textsuperscript{271} in Tateinheit mit Verbrechen gegen § 1 Abs. 1, Ziffer 2 und 3 der WStrVO zu 11 Jahren Zuchthaus, Vermögenseinziehung, Ehrverlust und Berufsverbot verurteilt worden.\textsuperscript{272}

\textsuperscript{270} BAB, DA 4 1182, unpag.
\textsuperscript{272} BAB, DA 4 1182, Bl. 55.

Erfolgreich ist hier die Präsidialkanzlei in der Beziehung, daß sie Formen, wie eine Verhandlung zu führen sei, gegenüber dem Ministerium einklagen kann. Dem dahinter liegenden eigentlichen Problem, dem hohen Urteil zu 11 Jahren Zuchthaus kann die Präsidialkanzlei nicht beikommen. Daß zumindest Opitz an milderem und entpolitisierten Urteilen interessiert war, belegen viele Quartalsberichte der Kanzlei, in denen immer wieder wörtlich aus Eingaben zitiert wurde, um zu demonstrieren, welch absurd hohe Strafen für politisierte Bagatellen verhängt wurden.


„Werter Genosse Opitz,

zu der mir übersandten Niederschrift vom 23.10.1956 über die Baumaßnahmen an Altbauwohnungen in der Stadt Halle möchte ich folgendes mitteilen:
(...)

Die Präsidialkanzlei des Präsidenten der DDR
Das Problem der Klosettbecken für die Stadt Halle läßt sich auch nicht restlos lösen, da im Bezirk Halle ein Bedarf von 12.000 Stück Klosettbecken für die Bevölkerung und Neubau und 7.000 Stck. für die Industrie vorliegt. Demgegenüber steht ein Kontingent für das IV./1956 von 6.894 Stck., von denen bisher 4.859 Stck. ausgeliefert worden, wovon die Stadt Halle mit zirka 2.000 Stck. berücksichtigt wurde.\footnote{BAB, DA 4 1010, Bl. 28.}

In diesem Fall konnte das Problem nicht durch das Aufzeigen eines Lösungsweges behoben werden. Der Konflikt wurde durch fehlende Ressourcen verursacht. Der Präsident verfügte zwar über diverse Sonderkontingente, das Defizit in der Versorgung eines ganzen Bezirkes mit Baustoffen bzw. Klosettbecken konnte er damit jedoch nicht ausgleichen. Hier zeigen sich die Grenzen der Präsidentikanzlei, an sie herangetragene Probleme zu lösen.

Anders dagegen bei Problemen, die durch Entscheidungen oder Regelungen entstanden waren und durch neue Entscheidungen gelöst werden konnten. Am 2. Oktober 1958 schrieb beispielsweise Opitz an den Minister der Finanzen:

„Werter Genosse Minister!
Die Analyse der an den Präsidenten gerichteten Beschwerden auf dem Gebiet des Sozialwesens weist darauf hin, daß die Notwendigkeit der Heranziehung zur Unterhaltspflicht bei Bürgern mit geringem Einkommen zu Härten führt und das Unverständnis der Betroffenen gegenüber diesen staatlichen Maßnahmen immer größer wird...(\ldots)\footnote{Ebenda, Bl. 93.}"

Auf diesen Hinweis reagiert der Minister zwei Wochen später am 17. Oktober 1958:

„Werter Genosse Staatssekretär!
Unter Bezugnahme auf Ihr Schreiben vom 2. Oktober 1958 möchte ich Ihnen hinsichtlich der Beseitigung von Härten bei der Heranziehung zur Unterhaltpflicht mitteilen, daß ich heute einem Vorschlag des Ministeriums für Gesundheitswesen zugestimmt habe, wonach die Pfändungsgrenzen (\ldots) erhöht werden. Ich habe vorgeschlagen, daß die Neuregelung mit Wirkung vom 1.11.1958 in Kraft treten soll. Nach meiner Meinung dürften damit die Schwierigkeiten, die auf diesem Gebiet bisher entstanden, beseitigt sein.\footnote{Ebenda, Bl. 92.}"

\footnote{273 BAB, DA 4 1010, Bl. 28.}
\footnote{274 Ebenda, Bl. 93.}
\footnote{275 Ebenda, Bl. 92.}
Die Präsidialkanzlei des Präsidenten der DDR

Ähnlich unkompliziert reagierte das Staatssekretariat für Erfassung und Aufkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse am 7.2.1956 auf einen Brief der Präsidialkanzlei.

„Werter Genosse Opitz!
Als Anlage übermittele ich die Durchschrift meiner Anweisung an die Betriebsleiter der VEAB, betreffend die Zahlung der alten Aufkaufpreise für Bauern, LPG usw., die Schlachtvieh vor dem 31.12.55 frei verkauften, aber erst nach dem 1.1.56 ablieferten.
Ich nehme an, dass damit Ihren Vorschlägen, wie sie in Ihrem Schreiben an den Genossen Mückenberger gemacht wurden, entsprochen wurde.“


276 Ebenda, Bl. 172.
277 Dafür wurden auf Veranlassung des Präsidialbüros bei den Räten der Kreise Kommissionen gebildet.

Der Chef der Deutschen Volkspolizei, Generalinspekteur Maron, dessen Stellungnahme wir eingeholt haben, unterstützt unsere Anregung. Er hat von sich aus keine Möglichkeit, eine Durchbrechung der Bestimmung anzuordnen.”


Die vorgestellten Korrespondenzen geben einen Eindruck über die Bandbreite der Kommunikation. Es wird aber auch der Handlungsrahmen deutlich, in dessen Grenzen Opitz agierte. Dieser bestimmte sich hauptsächlich durch die ministerielle Akzeptanz der Präsidialkanzlei, inwieweit sie bereit waren, mit ihm zu kooperieren. Zwar fand in der Regel ein sachlicher Austausch von Argumenten statt, und die Ministerien griffen die Vorschläge dankbar auf. Opitz mußte sich allerdings mit der Antwort der angeschriebenen Institution zufrieden geben. Die Autorität des Ministeriums mußte ihm genügen. Im Falle, daß seine Schreiben nicht beantwortet wurden, besaß er kaum Druckmittel. Wie das ausführliche Beispiel der Eingabe des Herrn K. zeigt, blieb Opitz in einem solchen Fall als letzte Möglichkeit, das ZK der SED anzurufen. Opitz konnte zwar operativ arbeiten, war jedoch nicht befugt, eine Untersuchung der jeweiligen Fälle zu veranlassen. Insofern spielte die Präsidialkanzlei in den 50er Jahren eine wichtige Vermittlerrolle zwischen den Problemen der Bevölke-

279 BAP, DA 41105, unpag.
Die Präsidialkanzlei des Präsidenten der DDR

...ung und den staatlichen Institutionen. Sie konnte auf Probleme aufmerksam machen, hatte aber nur sehr begrenzte Möglichkeiten, diese auch selbst zu lösen.

Anläßlich des zehnjährigen Bestehens seiner Kanzlei geht Opitz auf die Zusammenarbeit mit staatlichen Organen ein:


Außer diesen planmäßigen Auswertungen des Eingabeninhaltes erfolgen laufend besondere Hinweise zu neu auftretenden Problemen an die zentralen Stellen. Oftmals wurden Veränderungen durch das persönliche Eingreifen des Staatssekretärs erreicht, wie das beispielsweise in Fragen der Sozialversicherung auf dem Rechtsgebiet, in Landwirtschaftsangelegenheiten u. a. der Fall war."

Die Schilderungen über die Zusammenarbeit mit den Ministerien aus dem Zehnjahresbericht der Präsidialkanzlei waren sicherlich auch vom Wunschdenken beeinflußt, wie die Arbeit optimal funktionieren sollte. Welche Gratwanderung die Präsidialkanzlei dabei vollführte, schildert Opitz in einem Beschuß der Dienststellenleitung im Oktober 1958 wie folgt:

„Die eigene Meinung der Dienstelle des Präsidenten zu den Eingaben ist ein bedeutender Grundsatz und darf keine Verletzung erfahren. Wenn wir von einer eigenen Meinung sprechen, dann heißt das natürlich nicht, daß wir eine eigene Politik haben, sondern daß wir im Rahmen der Politik der Partei uns eine eigene Meinung zu dieser Sache bilden, unabhängig von der Meinung anderer Stellen."

Die Präsidialkanzlei des Präsidenten der DDR

---

280 „Es ging am Anfang darum, das Sozialversicherungsrecht in unserer Republik einheitlich auszulegen und anzuwenden. In den einzelnen Ländern wurden die gesetzlichen Bestimmungen verschieden ausgelegt und angewandt sowie durch Sonderbestimmungen die Leistungen unterschiedlich gewährt. Dieser Länderegoismus, hervorgerufen durch die Übertragung der Tätigkeit und Kontrolle der Sozialversicherung auf die Länder, spiegelte sich in den Eingaben wieder. Durch Briefe aus verschiedenen Kreisen der Republik wurden wir beispielsweise darauf aufmerksam, daß die Gewährung der Invalidenrente in den Ländern nach verschiedenen Gesichtspunkten erfolgte. Unsere Hinweise an Zentrale Stellen führten damals zu einem Erfahrungsaustausch auf einer zentralen Arbeitstagung, wo eine einheitliche Grundlage für alle Länder geschaffen wurde.“ (SAPMO, NY 4036 / 772, Bl. 183-184.)

281 SAPMO, NY 4036 / 772, Bl. 105.

Die Eingaben erlangten ihre Bedeutung als ein Medium politischer Mitbestimmung durch die Statistiken und Analysen. In ihrer massenhaften Verwendung stellten sie ein unbewußt permanent angewandtes Plebiszit dar, daß politische Entscheidungen beeinflußte und diese auch korrigieren konnte.

Auch in der Bundesrepublik Deutschland wurde Ende der 50er Jahre darüber diskutiert, ob die Petition ein geeignetes Mittel sei, Bürger direkt an der Willensbildung zu beteiligen:


Die Eingaben an Opitz unterschieden sich von den Petitionen an den Bundestag dadurch, daß sie an einen Repräsentanten der Regierung gerichtet waren. Opitz bearbeitete praktisch als Verwaltungseinheit die eingehenden

282 Ebenda, Bl. 101.
Beschwerden und signalisierte den Instanzen der Exekutive Handlungsbedarf. Wie das eingangs vorgestellte Beispiel zeigt, konsultierte Opitz das ZK der SED als politische Führung bei Problemen mit unwilligen Instanzen der Exekutive. Es gab also auch für Opitz noch eine Instanz, die ihn, so hoffte er jedenfalls, gegenüber der Verwaltung unterstützen würde. Die Präsidialkanzlei wäre machtlos gewesen, wenn sie weder von der Verwaltung noch von der Parteiführung unterstützt worden wäre.


284 Am 6. Februar fand im ZK der SED eine Sitzung zum Thema statt. Teilnehmer waren: Abteilung staatliche Verwaltung im ZK, Abteilung Staatliche Verwaltung der Bezirksleitungen der Partei, Mitarbeiter der Koordinierungs- und Kontrollstelle für die Arbeit der Verwaltungsorgane, ND, Präsidialkanzlei. (BAP, DA 4 1220d, unpag.)
3. Eingaben an die Volksvertretungen. Die Volkskammer

Im Unterschied zur Präsidialkanzlei, die sich aus der Eingabenpraxis der Bürger zur wichtigsten Eingabenadresse entwickelte, waren laut Verfassung eigentlich die Volksvertretungen als Adressaten vorgesehen. Daher soll der Frage nachgegangen werden, welche Rolle die Eingaben an die Volkskammer in den 50er Jahren gespielt haben.

Für die unmittelbare Nachkriegszeit wurde bereits der Petitionsausschuß des Sächsischen Landtages vorgestellt. Die Landtage in den Ländern der DDR wurden mit der Verwaltungsreform 1952 aufgehoben und durch eine Bezirksstruktur ersetzt, in denen Bezirkstage eingeführt wurden. Das höchste legislative Organ war die Volkskammer, deren Petitionsausschuß für die Bearbeitung der an sie gerichteten Beschwerden zuständig war.285


In der 2. Sitzung des Petitionsausschusses aus dem Jahre 1949 wurden in Punkt drei der Tagesordnung die Aufgaben des Ausschusses hervorgehoben:

> „Der Petitionsausschuß hat die Aufgabe, alle ihm zur Bearbeitung überwiesenen Eingaben, Gesuche und Beschwerden zu prüfen und zu beraten. Der Ausschuß faßt zu jeder ihm zur Bearbeitung überge-

285 Auf die Beschwerdeausschüsse bei den örtlichen Volksvertretungen wird auf S. 195 f. eingegangen.
286 BAP DA 1 460, Bl. 8.
Beschuß: Die 3 Vorsitzenden werden ermächtigt, die Petitionen vorzuberaten und die Verteilung an die Ausschußmitglieder vorzunehmen. Die Ausschußmitglieder bekommen die Petitionen zugestellt. Sie bearbeiten sie und erstatten darüber im Ausschuß Bericht. 

Der Wortlaut unterscheidet sich nicht wesentlich von Geschäftsordnungen bundesdeutscher Petitionsausschüsse. Die Beschwerdethemen, die nach der Konstituierung des Ausschusses an die Volkskammer geschickt wurden, sind vielfältig. Das vorhandene Material ist jedoch zu gering, um statistische Angaben machen zu können. Daher werden nachfolgend die Beschwerdethemen, die auf der 2. Sitzung verhandelt wurden, aufgelistet. Die Petitionen stammen alle vom Oktober 1949:


Der Petitionsausschuß wurde von der Bevölkerung kaum in Anspruch

287 BAP DA 4 983, Bl. 19.
289 Ebenda, Bl. 17.
Eingaben an die Volksvertretungen. Die Volkskammer
genommen. In den monatlichen Sitzungen wurden 10 bis 50 Eingaben an
den Ausschuß verhandelt.\textsuperscript{290} Mengenmäßig spielten die Eingaben an die
Volkskammer in Relation zu den Eingaben an andere Institutionen kaum
eine Rolle. Es ist davon auszugehen, daß die Eingabenzahlen in direkter
Proportion zur zugetrauten Potenz standen, tatsächlich die Probleme der
Bevölkerung lösen zu helfen. Die Volkskammer war daher aus der Sicht
der Bürger eher unbedeutend.

Die relativ wenigen Eingaben an die Volkskammer waren möglicherweise
auch ein Grund, warum der Ausschuß Probleme hatte, sich gegenüber der
Exekutive durchzusetzen. Wäre die Volkskammer mit ähnlichen Mengen
an Eingaben wie der Präsident der DDR bedacht worden, hätte sie als
Institution vermutlich mehr Gewicht gehabt.

So schrieb beispielsweise Johannes Dieckmann, Präsident der Volkskammer,
am 6.1.1954 einen Brief an den Chef der Regierungskanzlei, in dem er sich
über die Zusammenarbeit zwischen Legislative und Exekutive beschwerte:

„Sehr geehrter Herr Staatssekretär!
(...)
Die Abgeordneten werden von Sachbearbeitern der Ministerien in
keineswegs vereinzelten Fällen wie beliebige Besucher behandelt, die
mit irgendwelchen Anliegen an die Regierung herantreten.
Meine Bitte geht dahin, sämtliche Regierungsstellen anzuweisen,
jedem Anliegen eines Abgeordneten besondere Aufmerksamkeit zu
widmen und bei der gesamten Behandlung einer solchen Eingabe
dem Umstand Rechnung zu tragen, daß es sich hierbei um das Ansu-
chen eines Mitgliedes der Obersten Volksvertretung handelt."\textsuperscript{291}

Ein Antwortschreiben ist leider nicht überliefert. Daß der Volkskammer
lange nicht so viel Respekt gezollt wurde wie der Präsidialkanzlei, bestäti-
gen auch andere Quellen. So resümierte beispielsweise die Vorsitzende
des Ausschusses für Eingaben der Bürger, Frau Dr. Heinze, auf der 52. Sit-
zung des Ausschusses über die Arbeit der letzten vier Jahre am 13. Sep-
tember 1954:

„Wenn wir jetzt zusammenfassen, wie wir in den vier Jahren gear-
beitet haben, so möchte ich von mir aus die Einschätzung geben, daß
wir in den ersten zwei Jahren noch experimentiert haben, da wir
keine Erfahrungen in der Arbeit besaßen. Wir haben in der ersten
Zeit in vielen Fällen die Sachen zu formal behandelt und zunächst
den größten Teil der Eingaben über die Regierungskanzlei den einzel-

\textsuperscript{290} BAP, DA 1 1254, unpag.
\textsuperscript{291} BAB, DA 1 1264, Bl. 50 VS+RS.
nen Ministerien und Verwaltungsstellen zur Abgabe einer Stellungnahme übergeben. Dabei sind wir nach und nach zu dem Ergebnis gekommen, daß wir diese Stellungnahme auch kritisch betrachteten und dazu übergehen mußten, die Sachen an Ort und Stelle zu bearbeiten, mit den Bürgern zu sprechen und mit den staatlichen Organen zu verhandeln.


Und nun eine Anregung an die Regierungskanzlei: Wenn der neue Ausschuß seine Arbeit aufnimmt, so werden nicht alle Abgeordneten einen Überblick haben, für welche Angelegenheiten die einzelnen Ministerien, Verwaltungsstellen usw. zuständig sind. Es wäre daher zu empfehlen, daß der Vertreter der Regierungskanzlei in der ersten Sitzung einen Überblick gibt, wohin sich die Abgeordneten mit ihren Anfragen wenden können. Eine große Hilfe wird den Abgeordneten in Zukunft das Abgeordnetenkabinett sein. (…)


Die „Anregung an die Regierungskanzlei“ ist Beleg für die Unwissenheit der Abgeordneten, welche Institution innerhalb der Verwaltung überhaupt für welche Aufgaben und Probleme zuständig ist. Doch diese Schwierigkeiten hatte auch die Präsidialkanzlei. Möglicherweise handelt sich dabei um ein generelles Phänomen der Legislative im Umgang mit komplexen Verwaltungssystemen.

Der letzte Absatz belegt, daß der Ausschuß selbst zu diesem Zeitpunkt über keinerlei statistische Informationen über die an sie geschriebenen Eingaben verfügte. Hier hatte die Präsidialkanzlei bedeutende Vorteile. Zum

292 BAP DA 1 460, Bl. 11-13.
Eingaben an die Volksvertretungen. Die Volkskammer

einen erhielt sie hochgerechnet täglich mehr Eingaben als die Volkskammer in einem ganzen Monat, somit war die Legitimation ihrer Vorschläge ungleich mächtiger, und zum anderen war Opitz schon sehr früh bemüht, Statistiken anzufertigen und sie als schlagkräftige Argumentation in seine Politik einzubinden. Mit seinen Statistiken war er tatsächlich flächendeckend über Probleme aus allen Lebensbereichen der Bevölkerung informiert. Neben dem Eindruck, daß die Volkskammer an einer gewissen „Zahnlosigkeit“ litt, ist auch das Fehlen von Initiativen des Eingabenausschusses gegenüber anderen staatlichen Institutionen in den Quellen zu bemerken. Hier war es eher die Präsidialkanzlei, die mit Anregungen und Hinweisen versuchte, Einfluß zu nehmen.

In Interviews, die der Autor mit ehemaligen Mitgliedern des Staatsrates und der Volkskammer führte, wurde berichtet, daß die „Arbeit vor Ort“ eine wesentliche Rolle für die Erledigung der Eingaben gespielt hat. Ausschüsse und Arbeitsgruppen der Volkskammer und des Staatsrates fuhren zu den jeweiligen Institutionen, um sich vor Ort ein Bild zu machen und beratend zu regulieren. Hier, so die Berichte, war die Arbeit konstruktiv und erfolgreich. Demgegenüber war die Zusammenarbeit zwischen Volkskammer und Ministerien nicht besonders eng. In diese Richtung deutet auch die Empfehlung von Dr. Heinze, die Zusammenarbeit mit den Ministerien nur dann anzustreben, „wenn es um die Erledigung grundsätzlicher Fragen geht."

Ein weiteres Dokument belegt ebenfalls das eher kritisch zu bezeichnende Verhältnis zwischen Volkskammer, Ministerrat und Ministerien. In einem Rundschreiben des Stellvertreters des Ministerpräsidenten, Dr. Loch, über die „Einführung einer neuen Arbeitsweise bei Petitionen und Beschwerden“ an „alle Hauptabteilungen, selbständigen Abteilungen, Abg. Ver-

298 So meint beispielsweise Elke Löffler in ihrem Aufsatz: „Die Diskussion über Führung und Management in der öffentlichen Verwaltung als zentrales Anliegen der Verwaltungswissenschaft“: „Die äußerst anspruchsvolle Ausarbeitung und Kontrolle von Leistungskontrakten zwischen Politik und Verwaltung setzt Kenntnisse voraus, die beim durchschnittlich gebildeten Feierabend-Politiker bzw. beim juristisch geschulten Bundes- oder Landtagsparlamentarier Schulungs- und Fortbildungsmaßnahmen in größerem Umfang erfordern. Nicht zuletzt stellt sich angesichts der Auslöschung der deutschen kommunalen Selbstverwaltung die Frage, ‚was deutscher Lokalpolitik noch an finanzierbaren strategischen Zielen verbleibt.‘“ (Laux, Teppe Hg., 1998, S. 346)

294 Daß es Volksvertretern generell an fachlicher Kompetenz in bezug auf Verwaltungsstrukturen und Verwaltungsabläufen fehlt, ist ein großes Manko des Systems selbst. Das Thema wird später noch ausführlicher behandelt.

295 BAP, DA 1 1269, Bl. 21.
waltung, Deutsches Aufsichtsamt und Sekretariate der Staatssekretäre", wird auf das Verhältnis zwischen dem Ministerium für Finanzen und der Volkskammer eingegangen:

„Bei der Genehmigung dieses Vorschlags (zur Arbeitsweise mit Petitionen, d. Vf.) durch den Chef der Regierungskanzlei, Herrn Staatssekretär Geyer, hat er gleichzeitig darauf aufmerksam gemacht, daß die Volkskammer des öfteren mit der Bearbeitung von Petitionen durch das Ministerium der Finanzen nicht einverstanden war, weil die Art der Stellungnahme einem Gutachten gleich und die betroffene Entscheidung vermissen läßt.


296 Ebenda, Bl. 23.
Universelles Beschwerderecht oder Verlust von Rechtsbewußtsein?


Nun würde Leissner DDR nicht in Anführungszeichen schreiben, wenn er diesen Eindruck nicht schon im nächsten Satz mit einer Petito principii relativieren würde. Er führt die Gegenpolemik mit einer scheinbar bekannten Realität ein und baut darauf sein Orwellsches Horrorszenario auf:

„Woran liegt es nun aber, daß man so selten positive Entscheidungen zugunsten eines Beschwerdeführers hört, ununterbrochen aber von Hoffnungslosigkeit der Zonenbevölkerung, die nirgends auf die Fülle...“

298 Ebenda, S. 70.
299 Ebenda, S. 239.


300 Ebenda, S. 239-240.
301 Siehe S. S. 25 f.
Eingaben an die Volksvertretungen. Die Volkskammer

schreiben, sondern daß sie regelrecht dazu aufgefordert wurden, Kritik an der Arbeitsweise des Staates zu üben.

Wolfgang Bernet bewertete 1990 die Entwicklung der Eingabenpraxis in den 50er Jahren hingegen als systematischen Verlust von Rechtsbewußtsein:


in der Eingabenpraxis aufgegangen. Diese Praxis ausschließlich negativ zu bewerten, ist daher fraglich.

So ist es unwahrscheinlich, daß sich jährlich in großen Massen Bürger an Verwaltungsgerichte gewandt hätten, um ihre Interessen durchzusetzen. Daß die Masse der Eingaben aus Mangel an Verwaltungsgerichten geschrieben wurden, muß bezweifelt werden, denn hier wurden Dinge verhandelt, die selbst mit der Institution Verwaltungsgericht nicht einklagbar gewesen wären. Und auch die Forderungen nach Korrektur von Gesetzen hätten Verwaltungsgerichte nicht durchsetzen können.

Ob die Eingabenpraxis auch eine angeblich verfehlte Entwicklung war, weil sie den Bürgern bürgerfreundliches Verhalten nur vorgaukelte, wird im zweiten Abschnitt dieser Arbeit untersucht.

3. 4. Eingabenregelung in der Ulbricht-Ära


Mit dem Staatsrat wollte Ulbricht einerseits das Image des Präsidenten auf sich übertragen. Andererseits wurde er als ein kollektives Organ (kollektiver Staatspräsident) in der Vorstellung gegründet, Kontrolle über sämtliche Staatsangelegenheiten auszuüben. Um diese Funktion wahrnehmen zu können, galt es auch, ihn zur wichtigsten Eingabenadresse zu machen.

Diese Überlegungen schienen aufzugehen. So berichtete das Neue Deutschland in einer Retrospektive am 9. Dezember 1966 auf Seite drei:

„Man kann sich diese Zahl kaum vorstellen. Der Staatsrat erhielt seit seiner Bildung vor nunmehr sechs Jahren eine Million Briefe.

(...)
Von der Million Briefe sind rund 550 000 Eingaben von Bürgern; der größte Teil des Rests sind Stellungnahmen zu Eingaben.

Für geübte Leser305 wird die feine Ironie zwischen den Zeilen deutlich. Tatsächlich hatte der Staatsrat die Funktion als wichtigste Eingabenadresse vom Präsidenten auf sich übertragen können. Selbst andere – bisher stärker frequentierte – Institutionen wurden nun weniger angeschrieben.


305 Für ungeübte Leser hier die Auflösung: Die Einheit der Bevölkerung mit der staatlichen Führung ist zweifelsohne positiv zu bewerten. Auch könnte angenommen werden, daß die vielen Briefe an die staatliche Führung positiv zu bewerten seien. Aber es sind eben keine Liebesbriefe, die so zahlreich nach Berlin geschickt werden, sondern Beschwerden über die nicht so recht funktionierende Einheit zwischen Bevölkerung und staatlicher Führung. Und insofern ist „zweifelsohne“ diese wohl etwas mangelhafte Einheit gemeint, die die vielen Briefe nach Berlin lenkte.

In diesem Zitat wird die Konkurrenz zwischen Ministerrat und Staatsrat deutlich. Ulbricht war bis zur Bildung des Staatsrates Stellvertretender Ministerpräsident. Mit der Bekleidung des Amtes des Staatsratsvorsitzenden wollte er nun mehr Einfluß auf die Regierung ausüben. So war es für ihn günstig, daß mit der Einführung des Staatsrats die Eingabenzahlen an den Ministerrat stark abnahmen und die Eingaben an den Staatsrat schlagartig in die Höhe schnellten.

Daß es im Staatsgefüge schon länger Kompetenzgerangel gab, belegt unter anderem eine Dienstanweisung des Stellvertretenden Ministerpräsidenten Otto Grotewohls vom 27. März 1954 an alle „Minister, Staatssekretäre und Leiter zentraler staatlicher Organe“:

307 SAFMO-BArch, ZPA, J IV 2/3 A-767, unpag.

2. Weisungen an die Vorsitzenden der Räte (der Bezirke, Stadt- und Landkreise werden grundsätzlich nur vom Ministerpräsidenten erteilt.

Der Leiter der HA Örtliche Organe des Staates beim Ministerpräsidenten ist berechtigt, im Auftrage des Ministerpräsidenten Weisungen an die Vorsitzenden der Räte der Bezirke, Stadt- und Landkreise zu erteilen.

3. Anweisungen an die ihnen unterstellten Fachabteilungen der Räte der Bezirke, Stadt- und Landkreise können im Rahmen ihres Geschäftsbereiches erteilen:
   a) die Minister, Staatssekretäre oder Leiter zentraler staatlicher Organe und deren Stellvertreter,
   b) die Leiter der Hauptverwaltungen bzw. Hauptabteilungen.

Die Weisungen dürfen nur von diesem Personenkreis unterzeichnet werden. Die Vorsitzenden der Räte der Bezirke, Stadt- und Landkreise sind angewiesen, die Einhaltung dieser Bestimmungen zu kontrollieren.³⁰⁸


In einem Interview berichtete Brunhilde Hanke, die seit 1964 Mitglied des Staatsrates war, welchen Eindruck sie von der Rolle des Staatsrates im Machtgefüge der Staats- und Parteigremien hatte:


Frage: Das war doch sicherlich auch Ulbrichts Idee gewesen?
Na ja, das hing mit irgendwelchen Querelen zusammen. Das habe ich selbst erst viel später bemerkt. Walter Ulbricht hatte in meiner ersten Legislaturperiode den Staatsrat noch geleitet. Da haben wir Mammutsitzungen gemacht über Dinge, die eigentlich gar nicht in den Zuständigkeitsbereich des Staatsrats fielen. Der Staatsrat hat

³⁰⁸ SAPMO-BArch, ZPA, NY 4090/409, Bl. 6-7.


„Durch die erhebliche Verringerung der Zahl der Eingaben, die von der Zentralen Beschwerdeabteilung beim Ministerrat bearbeitet werden, sind in dieser Abteilung eine Anzahl qualifizierter Mitarbeiter frei geworden. Dagegen reichen die in der Hauptabteilung Fragen der Bevölkerung der Kanzlei des Staatsrates tätigen Mitarbeiter weder qualitativ noch zahlenmäßig aus, um den steigenden Anforderungen gerecht zu werden. Es wird beschlossen:

Dem Büro des Präsidiums des Ministerrates wird empfohlen, folgende Mitarbeiter der Zentralen Beschwerdeabteilung der Hauptabteilung Fragen der Bevölkerung der Kanzlei des Staatsrates zur Verfügung zu stellen."311 (Es folgt eine Liste mit 4 politischen Mitarbeitern und 2 Schreibkräften).

„Vergleicht man z.B. die Anzahl der beim Staatsrat und beim Ministerrat für die Bearbeitung von Eingaben der Bürger tätigen Mitarbeiter, so ergibt sich, daß der Staatsrat zwar 29 mal soviel Eingaben erhält, aber nur 8 Mitarbeiter mehr hat. Noch krasser wird dieses Verhältnis, wenn man die zuvor genannten ca. 20.000 Zustimmungsverklärungen und Verpflichtungen hinzuzählt, mit denen sich die Werktätigen an den Staatsrat wandten.“

Weiterhin wurde festgestellt, daß sich die Bürger nicht an die Ministerien wenden würden, sondern an die zentralen Organe wie Volkskammer, Staatsrat, Ministerrat, die Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle und die Oberste Staatsanwaltschaft. „Nach bisherigen Erfahrungen konzentrieren sich die Eingaben jedoch zum überwiegenden Teil beim Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik. Dieser Zustand wird auch auf lange Zeit bestehen bleiben.“ Der letzte Satz, eher eine Prophezeiung, sollte sich tatsächlich bewahrheiten. Auf der Sitzung wurde vorgerechnet, was z.B. die Bearbeitung einer Eingabe beim Ministerium für Kultur kostete (50,- DM reine Gehaltskosten), um anschließend die Frage zu stellen: „...ob es überhaupt bzw. in diesem Umfang notwendig ist, die zentrale Beschwerdeabteilung beim Ministerrat aufrechtzuerhalten."

Es wird deutlich, wie wichtig die Eingabenbearbeitung für das Selbstverständnis des Staatsrats war. Ulbricht hatte erkannt, welche Bedeutung die am meisten frequentierte Eingabenadresse innerhalb des Staatsgefüges hatte. Zum ersten Jahresbericht 1961 über die Bearbeitung der Eingaben nahm Ulbricht selbst Stellung. Die Rede soll hier ausführlich zitiert werden, um seine Vorstellungen von der Funktion der Eingabe deutlich zu machen:

„Schon im letzten Bericht wurde darauf hingewiesen, daß sich der Inhalt der Eingaben verändert hat. Immer mehr nehmen die Einga-
ausgearbeitet werden mit den Fachleuten der Regierung und das, was in der Zeitung steht, gilt dann generell. (…) Jetzt gibt es eine Reihe ökonomische Probleme. Wenn es nicht genug Fleisch gibt, schimpft man auf den Handel, obwohl bekanntlich das Schweinefleisch nicht auf dem Ladentisch produziert wird. Hier bin ich auch für eine Änderung. Man muß erreichen, daß von den betreffenden Organen des Staatsapparates, unter der Kontrolle des Presseamtes der Regierung, auf solche Fragen rechtzeitig geantwortet wird. Wieviel Futtermittel wir zum Beispiel im vorigen Jahr verloren haben, weiß zum Beispiel ein großer Teil der Bevölkerung nicht, wieviel Vieh abgeschlachtet werden mußte, weiß auch niemand. Es muß deshalb ein Weg gefunden werden, wie das Presseamt, das Ministerium für Handel und Versorgung und das Landwirtschaftsministerium die in der Bevölkerung stehenden Fragen offen in der Presse beantworten. (…) Es gibt auch eine Gruppe von Fragen, die überhaupt nicht erfüllt werden können. In Leipzig zum Beispiel habe ich in dem Gespräch mit der Leitung der VVB Textil festgestellt, daß wir aus Westdeutschland synthetische Faser importieren für die Produktion von Kleiderstoffen und zwar handelt es sich um Goldbrokat. Auf die Frage, ob wir das unbedingt produzieren müssen, wurde geantwortet, es wird von der Bevölkerung gewünscht. Nun wenn wir es unbedingt brauchen, können wir solche Stoffe aus der CSR einführen, aber wieso müssen wir ein paar Quadratmeter Goldbrokat selbst produzieren. Einige glauben, im Sozialismus muß es alles geben, was man sich wünscht, das ist ein Irrtum. Im Staatsapparat muß man deshalb von unten bis oben Klarheit schaffen, daß man nur das produzieren und verkaufen kann, was möglich ist und nicht das, was man sich wünscht. Wenn Klarheit darüber besteht, dann fällt auch weg, daß die Beantwortung vieler Fragen von einem auf den anderen abgeschoben wird. Vielleicht kann uns dabei auch die (Zeitschrift, d. Vf.) 'Sozialistische Demokratie' helfen.”

Dieser Bericht dokumentiert die Vorstellungen Ulbrichts, wie sich der Staatsapparat zu organisieren habe und wie mit Eingaben umzugehen sei. Anträge auf Reisen nach Westdeutschland und die Nachfrage nach Mangelwaren wurden von ihm als gesellschaftlich unbedeutend abqualifiziert, obwohl sich die Bürger hierzu massenhaft äußerten. Wie noch gezeigt wird, kulti-vierte Honecker diese Form der Verdrängung bestehender Probleme weiter. Die Eingabe war ein integraler Bestandteil der herrschaftspolitischen Über-legungen Ulbrichts. Sie wurde von ihm als ein Forum der Bevölkerung ver-

314 BAB, DA 5 /167, Bl. 221-224.
315 In einem Bericht wird das besonders deutlich. Während in allen Ressorts sachlich die Themen in den Eingaben geschildert werden, kommt man bei Eingaben zum inner-deutschen Reiseverkehr zu dem Schluß: „…daß verschiedenen Bürgern die Grundfragen unserer Friedenspolitik, der grundlegende unterschiedliche Charakter der beiden deutschen Staaten und die Perspektiven unserer Entwicklung noch nicht genügend klar sind.” (BAB, DA 5 /55, Bl. 50.)
Die Geschichte der Eingabengesetzgebung in der DDR


Den Staatsrat sah Ulbricht als eine Art Supervisor an, der mit Hilfe der Eingaben zwischen den Problemen der Bevölkerung, der Lösungsfindung durch Fachspezialisten und der verwaltungstechnischen Bearbeitung vermitteln sollte. So lange die angesprochenen Probleme nicht grundsätzliche politische Themen betraten (Goldbrokat, Westreisen etc.), war also ein pragmatisches Herangehen an die Beseitigung von Problemen möglich.


3. 4. 1. Der Eingabenerlaß von 1961

Die Neufassung des Erlasses – diesmal vom Staatsrat erlassen und nicht vom Ministerrat verabschiedet – stand im Kontext einer umfassenden Justizdiskussion. In dieser öffentlich geführten Diskussion, die weite Teile der Bevölkerung einbezog, ging es unter anderem um die Modernisierung


„Betrifft: Zwei Vorschläge zur bevorstehenden Justiz-Diskussion
1. Wenn wir fragen, worauf es zurückzuführen ist, daß manche durchaus fähige Genossen des Partei- und Staatsapparates davor zurückscheuen, bei der Entscheidung etwas komplizierterer Fälle das Vernünftige und politisch Notwendige zu tun, so stoßen wir oftmals darauf, daß sich bei diesen Genossen echte Konflikte ergeben haben. Es gibt auf der einen Seite Beschlüsse oder Gesetze oder Verordnungen, die sie dem Wortlaut nach zu beachten erzogen wurden. Aber es gibt weder Beschlüsse, noch Gesetze noch Verordnungen, die alle
Für den Genossen, der in einer solchen schwierigen Frage zu entscheiden hat, eröffnen sich folgende Möglichkeiten:

b) Fällt er aber eine Entscheidung, die den Wortlaut verletzt, so hat er dafür möglicherweise entweder eine Partei- oder eine Disziplinarstrafe oder sogar eine gerichtliche Strafe zu gewärtigen.

Bei einem solchen echten Konflikt zwischen Gesetzeswortlaut und politischer oder wirtschaftlicher Notwendigkeit wie Vernunft sehen viele Genossen, durch schlechte Erfahrungen anderer gewitzigt, vor allem ihr eigenes Interesse. Zeigen sie Mut und politische Verantwortung, so ist das für sie riskant.
    Haben sie sehr großes Glück, so werden sie gelobt, haben sie Pech, erhalten sie eine Partei- oder landen sogar im Gefängnis. Halten sie sich aber genau an den Wortlaut des Beschlusses des Gesetzes oder der Verordnung, so kann ihnen niemand an den Wagen fahren, wenn sie damit auch Schaden stiften.


Die Formulierung ist so gefaßt, daß sie wohl kaum als Aufforderung aufgefaßt werden kann, in der Wachsamkeit nachzulassen und die Feinde des sozialistischen Staates straflos zu lassen. Vielleicht könnte man es noch etwas zurückhaltender formulieren. Auf alle Fälle erschien es mir aber gut, wenn der Vorsitzende des Staatsrates einen solchen oder ähnlichen Grundsatz verkündete, der die hohe Achtung vor dem Anspruch jedes Bürgers unseres sozialistischen Staates auf Recht und Gerechtigkeit zum Ausdruck bringt. \[318\]


In Punkt zwei fordert er eine mildere Verfahrensweise der Gerichte: d.h. im Zweifelsfalle für den Angeklagten zu entscheiden. Dies war, bedenkt man die radikale Strafrechtspraxis der 50er Jahre in der DDR, mehr als notwendig. Ein großer Teil der Eingaben an Wilhelm Pieck betraf beispielsweise die harten Urteile für politisierte Bagatelldelikte.319

Wie bereits in der Diskussion um die Einführung von Verwaltungsgerichten hatte die Partei- und Staatsführung auch in dieser Situation das Problem, ein positives Verhältnis zur Justiz zu finden. Wie Bönninger im Interview ausführte, hätte sich die politische Führung fast ausschließlich des Strafrechts als Instrument bedient und sei nicht in der Lage gewesen, die ganze Breite der Rechtspflege – bis hin zur Verwaltungsgerichtsbarkeit – für die Gestaltung der Gesellschaft einzusetzen.


Neben den universellen Problemen moderner Verwaltungsstaaten, Verwaltung planmäßig aufzubauen und regelmäßig zu reformieren, kam in der DDR die zunehmende Kompetenzüberschreitung der SED-Kreis- und Bezirkssekretäre gegenüber der Verwaltung hinzu. Für die Volksvertretungen, die Ministerien und die kommunalen Verwaltungsorgane wurde es zunehmend schwieriger, mit Gesetzen zu arbeiten, klare Zuständigkeiten und Handlungsspielräume zu definieren und sie in der Verwaltungsarbeit durchzusetzen.320

Wie auch das Beispiel der Eingabenregelung von 1953 zeigt, waren die Initiatoren des neuen Erlasses weniger in der Volkskammer als vielmehr in

---

319 Siehe hierzu die Versuche Piecks, wegen Spionage verurteilte Jugendliche zu amnestieren (S. 139 f).

„Die Bearbeitung der Eingaben und Beschwerden war bisher in einer aus dem Jahre 1953 stammenden Verordnung des Ministerrates gere-


321 Im Prinzip hätte ein großer Teil der Verwaltung aufgelöst werden können. An ihre Stelle wären die Strukturen der SED-Bezirks- oder Kreisleitungen getreten. Das hätte viele Arbeitskräfte eingespart und tatsächliche Weisungsstrukturen transparent gemacht.
Die Geschichte der Eingabengesetzgebung in der DDR


(...) Im vorliegenden Entwurf des Erlasses wurde deshalb u.a. aufgenommen, daß bei der Entscheidung über Eingaben grundsätzlichen Charakters auch die Vertreter gesellschaftlicher Organisationen, Mitglieder der Brigaden, Hausgemeinschaft und usw. einzubeziehen sind. Auch der Rolle der gewählten Abgeordneten der Volksvertretungen wurde im Zusammenhang mit der Erledigung von Eingaben die Ihnen zukommende Bedeutung beimesse."322

Soweit zum Vorhaben. Aus den überlieferten Dokumenten lassen sich anhand der Streichungen und Änderungen die verschiedenen Vorstellungen zur Eingabe rekonstruieren. Zunächst wird in der Präambel einer der letzten Vorlagen des Staatsrates ein Absatz gestrichen:

„Die neuen Beziehungen, die sich zwischen der Bevölkerung und dem volksdemokratischen Staat entwickelt haben, machen es notwendig, das Beschwerdewesen neu zu regeln, damit die kritischen Hinweise der Bürger und (bei der?, d. Vf.) Arbeit der staatlichen Organe berücksichtigt werden und die Mitarbeit der Werktätigen an der weiteren Qualifizierung der staatlichen Arbeit gefördert wird."323

Dieser Absatz wurde offenbar deshalb verändert, da die Formulierungen ungewollt den Eindruck erwecken könnten, daß erst durch Eingaben die Mitarbeiter der staatlichen Organe für ihre Arbeit qualifiziert werden würden. Das hieße überdies, daß die Mitarbeiter einer Qualifizierung bedürften.

Die neuen Fassung wurde die Eingabe als ein Instrument legitimiert, das notwendig sei, um die Schwierigkeiten der Übergangsperiode zu bewältigen.

„Die Leiter und Mitarbeiter der Staatsorgane müssen in ihrer gesamten Tätigkeit beachten, daß die Probleme des sozialistischen Aufbaus, aber auch zeitweilige Schwierigkeiten, die sich aus den

322 BAP, DA 5/53, Bl. 36-37.
323 Ebenda, Bl. 1-2.
komplizierten Bedingungen der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus ergeben, ständig Einfluß auf das Denken und Handeln der Bürger haben und häufig Anlaß zu Eingaben der Bürger sind."\textsuperscript{324}

Eine schwerwiegende Korrektur unternahm Ulbricht persönlich in Vorlage Nummer fünf ("Geheime Staatsratsangelegenheit"). Der § 13 wurde von ihm zunächst kommentarlos gestrichen:

"Der Staatsrat verpflichtet den Generalstaatsanwalt der Deutschen Demokratischen Republik, die strenge Einhaltung dieses Erlasses durch die Staatsorgane hinsichtlich der Wahrung der Rechte der Bürger und der strikten Einhaltung der sozialistischen Gesetzlichkeit zu überwachen."\textsuperscript{325}


"Die Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle und die anderen staatlichen Organe haben
a) die Durchführung dieses Erlasses in den Staatsorganen zu kontrollieren;
b) bürokratische Erscheinungen bei der Bearbeitung der Eingaben aufzudecken und für ihre Beseitigung Sorge zu tragen;
c) die Wahrung der Rechte der Bürger und die strikte Einhaltung der sozialistischen Gesetzlichkeit zu überwachen."\textsuperscript{326}

Was änderte sich gegenüber der ersten Eingabenverordnung? Zunächst wurde das in § 1 fixierte Recht auf Eingabe in Abs. 2 mit folgendem Passus erweitert: "Keinem Bürger darf auf Grund seiner Eingabe ein Nachteil entstehen." Diese Formulierung läßt vermuten, daß es seitens der Verwaltung

\textsuperscript{325} BAP, DA 5 /53, Bl. 47.
\textsuperscript{326} Mit dem Erlaß von 1969 übernimmt die Gewährleistung und Überwachung des Erlasses der Staatsrat selbst.
Die Geschichte der Eingabengesetzgebung in der DDR

möglicherweise zu Mißbrauch gekommen war, worüber sich die Bürger dann allerdings erneut beschwert haben mußten, denn sonst wäre es der Regierung nicht zu Ohren gekommen.


In der Stellungnahme der Zentralen Kommission für Staatliche Kontrolle zu den Änderungsvorschlägen des neuen Eingabenerlasses heißt es:

„11. Besonders freuen wir uns über den Paragraphen 12, der die Förderung enthält, Bürger an der Bearbeitung der Eingaben der sie interessierenden Fragen zu beteiligen.

Das ist eine alte Praxis der Staatlichen Kontrolle, den Beschwerdeführer in die Lösung seiner Angelegenheit oder in die Angelegenheit, die er als schlecht empfunden und geändert haben will, unmittelbar einzubeziehen.

Das hat zwei Seiten, einmal tritt die Autorität als gleichberechtigter Bürger voll in Erscheinung und zum anderen lernt er auch, objektive Schwierigkeiten zu begreifen; es entwickelt sich das höhere Bewußtsein, daß es sich um seinen Staat handelt.“ 330


329 Staatsrat jährlich, Ministerrat halbjährlich, Kollegien, Räte der Bezirke, Kreise, Städte, Stadtbezirke, Gemeinden usw. vierteljährlich (§ 11)


Doch zurück zum Erlaß. Was von der Zentralen Kommission für Staatliche Kontrolle als § 12 gelobt wurde, ist in der verabschiedeten Verordnung in § 5 festgehalten. Dort steht unter anderem:

„(1) Bei Entscheidungen über Eingaben, die allgemeine Bedeutung haben, sollen die betreffenden Bürger sowie Abgeordnete (...) Mitglieder der Brigaden bzw. Hausgemeinschaften, denen der Einsender angehört oder die besonders an der Lösung dieser Fragen interessiert sind, hinzugezogen werden.

(2) Entscheidungen über Eingaben, die für sozialistische Brigaden und Gemeinschaften (...) und andere Institutionen von besonderem Interesse sind, sollen in der Regel vor dem jeweiligen Kollektiv behandelt werden."

§ 12 ging also über die Informationspflicht der Verwaltung hinaus. In ihm wurde das „Hinzuziehen“ aller Betroffenen bei der Entscheidungsfindung gefordert. Von der Gesetzesgrundlage her bedeutet das einen sehr weitreichenden Eingriff in die Autonomie von Verwaltung.332

3. 4. 2. Die Renaissance der Eingabe in den 60er Jahren

Gesetze und Verordnungen zu verabschieden, ist die eine Sache, sie tatsächlich auch in der Praxis umzusetzen, eine andere. Daher soll der Frage nachgegangen werden, wie der Eingabenerlaß auf den einzelnen Verwaltungsebenen in tatsächliche Handlungsanweisungen umgesetzt wurde.

Die Geschichte der Eingabengesetzgebung in der DDR

Soweit die Quellen es ermöglichen, soll dabei an ausgewählten Beispielen die Hierarchie vom Minister bis zur Gemeindeverwaltung in einzelnen Schritten zurückverfolgt werden.


„Obwohl der Erlaß selbst genaue und konkrete Festlegungen über die Verantwortlichkeit der Leiter und über die Durchführung der erforderlichen Maßnahmen enthält, haben Überprüfungen ergeben, daß sich mißverständliche Auffassungen zeigten, so insbesondere bezüglich der Verantwortlichkeit des Staatsapparates für die Wahrnehmung der Interessen und Belange der werktätigen Menschen. Dazu gehören auch Diskussionen über eine angeblich notwendige Verlängerung der Arbeitszeit.333

(…)

Es muß jedoch festgestellt werden, daß einige zentrale und örtliche Organe nicht genügend Initiative entwickelten, um auf der Grundlage des Erlasses ihre Arbeit zu organisieren; sie warten vielmehr auf zentrale Weisungen. Die Fragen sind so klar und umfassend geregelt, daß es keiner zentralen Weisung bedarf. (…)

2. Die bisherige Organisation der Bearbeitung der Eingaben der Bürger ist so zu verbessern, daß eine unbürokratische und gewissenhafte Bearbeitung der Eingaben gewährleistet ist und jedes herzlose Verhalten ausgeschaltet wird. Dazu gehören auch Maßnahmen, die dem Leiter bzw. dem Vorsitzenden jederzeit einen vollen Überblick über die eingehenden Eingaben der Bürger gestatten, ihn in den Stand versetzen, seine persönliche Verantwortung und Kontrolle über die Bearbeitung der Eingaben wahrzunehmen und ihre Auswertung für die Verbesserung der staatlichen Arbeit zu sichern.334

Die Verwaltung schien jedoch nicht recht mitziehen zu wollen:

„Vor allem besteht keine genügende Klarheit darüber, daß die richtige Durchführung des Erlasses keine Ressort- oder Kampagnearbeit ist, sondern als integrierender Bestandteil sozialistischer Leistungstätigkeit der Verbesserung der Arbeit dient.335

333 334 BAB, DA 5 /55, Bl. 8-9.
Den größten Widerstand brachte die Verwaltung gegen die Regelungen zur öffentlichen Sprechstunde entgegen. So beschwerten sich viele Verwaltungsangestellte über die Sprechstundenzeiten im Eingabenerlass. Besonders massiv protestierte man gegen die Festlegung der Sprechzeiten der örtlichen Organe auf freitags 9.00 bis 18.00 Uhr. In einer vertraulichen Mitteilung der Zentralen Kommission für Staatliche Kontrolle des Bezirkes Dresden vom März 1961 wurde berichtet:

„In den Staatsorganen, vor allem der Räte der Kreise und der Stadt Dresden, gibt es heftige Diskussionen unter den Frauen über die Sprechstundenregelung freitags bis 18.00 Uhr. Es gibt solche Diskussionen, die Sprechstunden nicht freitags, sondern dienstags bis 18.00 Uhr durchzuführen, oder, 'wer hat das bloß gemacht, da war keine Frau dabei'.

Im Rat des Stadtbezirkes Nord trat eine solche feindliche Diskussion auf: 'Die Arbeitszeit am Freitag hat Walter Ulbricht mit seinem Sekretär allein gemacht' oder 'im Betrieb haben wir die 45-Stundenwoche und auch dadurch eine Entlastung der Frau, im Staatsapparat wird gerade der Tag, welcher von den Frauen am dringendsten gebraucht wird, ein längerer Arbeitstag festgelegt.'

„Im Kreis Wernigerode wurde durch den Pförtner die Nichtanwesenheit von leitenden Staatsfunktionären am Sprechtag damit begründet, daß alle in den Rüben seien‘.

Verwaltungsangestellte richteten auch Eingaben direkt an Walter Ulbricht: „Wir unterzeichneten Kolleginnen des Rates der Gemeinde Niederoderwitz lasen am 8. März, dem Internationalen Frauentag, den Erlaß des Staatsrates... (...) Wir Kolleginnen können es nicht verstehen, wie eine Sprechzeit am Freitag bis 18.00 Uhr festgelegt werden kann.

Es ist doch so, daß gerade am Wochenende die meiste Hausarbeit für die werktätige Frau anfällt, zumal in unserem Ort noch keine Wäscherei, Flick- und Bügelstube, Heinzelmännchenbrigade oder dergleichen zur Entlastung der Hausfrau bestehen.

Einige Abende der Woche sind durch Sitzungen der Kommissionen und Aktivs, in denen wir als Protokollanten und Mitglieder verankert sind, ausgelastet und es bleibt dann nur der Freitag und Sonnabend, um die anfallenden Arbeiten im Haushalt zu erledigen.

Einige Kolleginnen betrifft es noch insofern schwer, daß sie laut Gesetz keinen Haushaltstag erhalten und dadurch mit auf Freitag/Sonnabend angewiesen sind, ihre Wäsche zu waschen, um wenigstens am Sonnabend wieder für die kommende Woche Erholung und Entspannung zu finden.

Von welchen Voraussetzungen ließ sich der Staatsrat leiten, als er diese Sprechzeit für Freitag bis 18.00 Uhr gesetzlich festlegte? Es wird sich bestimmt negativ auf die Arbeitsfähigkeiten der Kolleginnen auswirken, zumal bei uns noch gegenüber der Industrie die 48-Stundenwoche besteht und schon jetzt im Kreisgebiet zu verzeichnen ist, daß die Stellenpläne infolge Arbeitskräftemangel nicht voll ausgelastet werden können.“

335 Ebenda, Bl. 41.
336 BAB, DA 5 /5451, unpag.

Verwaltungsangestellte richteten auch Eingaben direkt an Walter Ulbricht: „Wir unterzeichneten Kolleginnen des Rates der Gemeinde Niederoderwitz lasen am 8. März, dem Internationalen Frauentag, den Erlaß des Staatsrates... (...) Wir Kolleginnen können es nicht verstehen, wie eine Sprechzeit am Freitag bis 18.00 Uhr festgelegt werden kann.

Es ist doch so, daß gerade am Wochenende die meiste Hausarbeit für die werktätige Frau anfällt, zumal in unserem Ort noch keine Wäscherei, Flick- und Bügelstube, Heinzelmännchenbrigade oder dergleichen zur Entlastung der Hausfrau bestehen.

Einige Abende der Woche sind durch Sitzungen der Kommissionen und Aktivs, in denen wir als Protokollanten und Mitglieder verankert sind, ausgelastet und es bleibt dann nur der Freitag und Sonnabend, um die anfallenden Arbeiten im Haushalt zu erledigen.

Einige Kolleginnen betrifft es noch insofern schwer, daß sie laut Gesetz keinen Haushaltstag erhalten und dadurch mit auf Freitag/Sonnabend angewiesen sind, ihre Wäsche zu waschen, um wenigstens am Sonnabend wieder für die kommende Woche Erholung und Entspannung zu finden.

Von welchen Voraussetzungen ließ sich der Staatsrat leiten, als er diese Sprechzeit für Freitag bis 18.00 Uhr gesetzlich festlegte? Es wird sich bestimmt negativ auf die Arbeitsfähigkeiten der Kolleginnen auswirken, zumal bei uns noch gegenüber der Industrie die 48-Stundenwoche besteht und schon jetzt im Kreisgebiet zu verzeichnen ist, daß die Stellenpläne infolge Arbeitskräftemangel nicht voll ausgelastet werden können.“

337 BAB, DA 5 /55, Bl. 32. Hier wird auf die Regelung Bezug genommen, daß Verwaltung einmal im Monat einen Tag in der Produktion tätig sein müssen.

„1. Unter Mitwirkung eines Mitarbeiters des „Referates zur Koordinierung der Bearbeitung von Eingaben der Bürger“ (Weiter mit Referat, FM) werden Eingaben, die auf dem Postweg in das Ministerium gelangen, sofort an das Referat weitergeleitet.


(...)


8. Die in anonymen oder pseudonymen Briefen aufgezeigten Mißstände werden ebenfalls überprüft. Die Ergebnisse derartiger Untersuchungen sind dem „Referat (...)“ zuzuleiten

(...)" Bei Verstößen gegen diese vorläufige Regelung werden die dafür Verantwortlichen gemäß der Disziplinarordnung zur Rechenschaft gezogen.\(^{338}\)

Es ist erstaunlich, mit welchem Aufwand allen Eingaben nachgegangen werden sollte. Zum Glück erhielt das Ministerium nur wenig Eingaben, so daß das Arbeitspensum relativ begrenzt blieb. Jedoch zeigt die Anweisung des Ministers, mit welcher Akribie die Eingaben bearbeitet werden sollten. Aber auch den kommunalen Institutionen und der Legislative wurde die neue Verordnung nahe gebracht. So berichtete Otto Gotsche auf einer

\(^{338}\) BAB, DY 30 IV2/610/115, Bl. 54-60.
Eingabenregelung in der Ulbricht-Ära

Stadtverordnetenversammlung im Juni 1962 darüber, wie wichtig für Ulbricht die Arbeit mit den Eingaben sei:

„Die Tausende Eingaben, die monatlich bei uns eingehen, bekommt er (Ulbricht, d. Vf.) in einer hieb- und stichfesten Analyse mit einer konkreten Einschätzung des Inhalts und ihrer Bedeutung auf den Tisch. Aus der Summe dieser Eingaben ergibt sich für ihn ein tiefer Einblick in das Leben der Werktätigen, in ihre Erfahrungen und Probleme im Kampf um die Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik, besonders um die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes. Diese Analyse ist für ihn oft der Anlaß, die sich aus den Eingaben ergebenden Fragen an Ort und Stelle zu untersuchen, die erforderlichen Schlußfolgerungen zu ziehen und häufig gesetzgeberische und andere Maßnahmen einzuleiten. Das sollte Anlaß sein, auf örtlicher Ebene ähnlich zu verfahren. Wenn sich die Volksvertretungen und die Räte mit Hilfe der Eingaben nicht über die Vorschläge und Probleme der Bevölkerung informieren, können sie keine richtigen Beschlüsse fassen.”


„Werter Kollege Bürgermeister!
Aus der Analyse des Staatsrates über den Stand der Durchsetzung des Erlasses (über die Eingaben der Bürger, d. Vf.) ergeben sich folgende Schlußfolgerungen für die weitere Arbeit:
Es ist nicht allseitig die Erkenntnis durchgedrungen, daß der Erlass des Staatsrates ein bedeutsames Mittel ist, die Ordnung durchzusetzen und den Bürgern zu helfen, den Weg zum sozialistischen Denken und Handeln zu zeigen und sie für die gemeinsame Lösung der aufgeworfenen Probleme zu gewinnen.
Insbesondere sind folgende Mängel zu überwinden:

Die Geschichte der Eingabengesetzgebung in der DDR

176

1. Die Methode der persönlichen Aussprachen mit den Bürgern in Haus – und Hofgemeinschaften, Brigaden und Kollektiven ist zu verstärken. (§ 5)

2. Es zeigt sich besonders, daß die mündlichen Eingaben sehr mangelhaft registriert werden, daß viele Hinweise, Vorschläge und Kritiken aus den Versammlungen ungenügend ausgewertet werden und vor allen Dingen es dabei versäumt wird, der Bevölkerung Antwort auf die von ihr aufgeworfenen Probleme zu erteilen.

3. Die vom Staatsrat festgelegten Sprechstunden müssen konsequent eingehalten werden.

Die sorgfältige Bearbeitung der Eingaben hilft mit, die schöpferische Mitarbeit der Bevölkerung stärker wie bisher zu wecken. Die Ergebnisse mit den Eingaben sind ein fester Bestandteil zur Einschätzung der Leitungstätigkeit. (...)


Es ist eine aufschlußreiche Entwicklung, wie zunächst nach dem Krieg mit der Idee, eine bürgernahe und demokratische Verwaltung aufzubauen, versucht wurde, sich von einem verklausuliertem Beamtendeutsch zu verabschieden. Das zunächst erfolgreich eingeführte Umgangsdeutsch verwandelte sich im Laufe der 50er Jahre langsam in ein Funktionärsdeutsch. Aus den vielen ideologischen Auseinandersetzungen entwickelte sich eine Sprache, die mit tausendfach abgewogenen Floskeln durchsetzt war und das Ziel hatte, möglichst unverfänglich zu sein. Dies macht es für heutige Untersuchungen schwer, aus den überlieferten Dokumenten den eigentli-

---

340 SAC, Euba 9, Bl. 125.
Eingabenregelung in der Ulbricht-Ära

... Subtext zu extrahieren und nicht die scheinbar offensichtlichen Aussagen als die eigentliche Information anzusehen. Auf dieses Problem wird im zweiten Teil der Arbeit, bei der linguistisch-hermeneutischen Analyse der Eingaben eingegangen.

Mit dem Eingabenerlaß erhielten die Bürger weitreichende Rechte, sich mit ihren Problemen an die staatlichen Institutionen zu wenden. Das Problem der „örtlichen Organe“ war jedoch weniger die mangelnde Bereitschaft, sich um die Probleme der Bürger zu kümmern, als vielmehr die fehlenden Informationen über die tatsächliche wirtschaftliche Situation und die geringen Ressourcen, über die sie tatsächlich verfügen konnten.341 Im Unterschied zur Staatsführung wußte man auf den unteren Ebenen meist auch ohne Eingaben über die Sorgen und Nöte der Bevölkerung Bescheid. Die Verwaltung war tagtäglich mit den Ansprüchen der Bevölkerung konfrontiert, und mußte im direkten Kontakt Lösungen, möglichst in Form von Kompromissen, finden. Ulbricht, Staatsrat oder Ministerrat benötigten die Eingaben hingegen, um wertvolle Hinweise über die tatsächliche Situation im Lande zu erhalten.

Der neue Eingabenerlaß spielte für die weitere Entwicklung der Eingabenkultur auf zwei Ebenen eine besondere Rolle:

- Mit dem neuen Eingabenerlaß wurde das Prinzip Eingabe innerhalb der Gesellschaft erneut bekannt gemacht und positiv bewertet.342 Darüber hinaus wurden beispielsweise mehrere Bücher zum Thema publiziert, die den staatlichen Organen als Arbeitshilfe und Anleitung im Umgang mit den Eingaben dienen sollten.343 Zunehmende Eingabenzahlen belegen, daß das Prinzip Eingabe nicht in Vergessenheit geriet, sondern verstärkt benutzt wurde.
- Mit der erneut verankerten strikten Forderung, Eingaben sorgfältig und gewissenhaft zu behandeln, schaffte es Ulbricht auf allen staatlichen Ebenen, Verwaltung besser zu kontrollieren. Der Staatsrat war ihm...
dabei ein hilfreiches Instrument. Es war ihm gelungen, das, was Opitz mit der Präsidialkanzlei vorgemacht hatte, auf den viel mächtigeren Staatsrat zu übertragen.

Das positive Verhältnis Ulbrichts zu der Eingabe ermöglichte ihre „Renaissance“. Zwischen 1961 und 1967 wurden Eingaben in einer Menge an die oberste Staatsführung geschrieben, wie sie erst am Ende der 80er Jahre wieder erreicht wurde.


„Sehr häufig wenden sich Bürger mit Eingaben an Volkskammer und Staatsrat, ohne von den ihnen gesetzlich garantiertem Recht der Einlegung von Rechtssmitteln Gebrauch gemacht zu haben. Dafür sind im wesentlichen folgende Hauptgründe maßgebend:


2. Verschiedentlich bezweifeln Bürger aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen selbst die Erfolgsaussichten der Geltendmachung eines Rechtssmittels und versuchen statt dessen unter Hinweis auf vorliegende besondere persönliche Gründe eine Änderung der rechtskräftigen Gerichtsentscheidung bzw. eine Ausnahmeregelung durch eine Eingabe zu erreichen.


344 BAP, DA 5 701, Bl. 102-103.

3. 4. 3. Der Eingabenerlaß 1969 — Räte versus Exekutive


In den „Schlußfolgerungen aus dem Erfahrungsstudium in der Sowjet-

345 94,5% der Bürger entschieden sich in einem Volksentscheid für die neue Verfassung. Jeder Bürger konnte über die Annahme der neuen Verfassung per Stimmzettel mit „ja“ oder „nein“ abstimmen.
347 BAC, DA 5 7312, unpag.
348 Julius Leymann habe wurde in einem Interview befragt. Informationen aus dem Interview sind im nachfolgenden Text als „Interview Leymann“ gekennzeichnet.
union“ Manfred Gerlachs sind die Erkenntnisse der Studienreise für die Eingabenbearbeitung in der DDR fixiert.

Wichtigstes Vorzeigeobjekt der sowjetischen Genossen war die Sprechstunde des Präsidiums des Obersten Sowjets, in der die Bürger ihre Beschwerden vortragen konnten. Im Bericht der Kommission des Staatsrats lesen sich die Impressionen über diese Sprechstunde wie folgt:

„In unmittelbarer Nähe des Kreml befinden sich in einem besonde-
ren, öffentlich seit Beginn der Sowjetmacht bekannten Gebäudes die
Sprechzimmer des Präsidien des Obersten Sowjets der UdSSR und
der RSFSR. Diese Besucherräume können ohne besondere Kontrolle
aufgesucht werden, so daß die Bürger jederzeit die Möglichkeit
haben, ohne Beschwerde – wie es Genosse Lenin verlangte – zur
Aussprache zu erscheinen. In einem großen Warteraum mit langen
Bänken halten sich Besucher auf und melden sich an zwei Schaltern
(jeweils für das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR und
RSFSR) zur Sprechstunde an. Sie tragen den beiden Beraterinnen
( erfahrene Genossinnen ) ihr Anliegen vor. In vielen Fällen können die
Beraterinnen die gewünschte Auskunft erteilen und die Bürger an die
für die Klärung ihres Anliegens zuständigen Organe verweisen. In
anderen Fällen vermitteln sie Gespräche mit den für die Sprech-
stunde eingesetzten 7 Mitarbeitern. Außerdem werden die Bürger
auch von Abteilungsleitern und stellvertretenden Abteilungsleitern
empfangen, wenn es um komplizierte Fragen geht. Um zu sichern,
daß die Wartezeit der Bürger auf ein Minimum beschränkt wird ( ein
bis max. 1 ½ Stunde ) werden darüber hinaus bei größerem Andrang
auch andere Mitarbeiter der Abteilung Eingaben herangezogen. In
den Aussprachen mit den Leitern und Mitarbeitern des Präsidiums
wird das Sachprinzip zugrunde gelegt, das heißt die 7 Mitarbeiter
verfügen über spezielle fachliche Kenntnisse.

Der Mitarbeiter kann sich bei der Aussprache sofort telefonisch mit
ejeder beliebigen Stadt der UdSSR in Verbindung setzen und im Bei-
sein des Bürgers eine Klärung herbeiführen bzw. veranlassen, falls
das im konkreten Fall möglich und notwendig ist. 80 bis 90% der
Besucher tragen nur örtlich zu klärende Probleme vor.

Bei Hinweisen auf die Verletzung der Gesetzlichkeit durch andere
Staats- oder durch Wirtschaftsorgane kann der Mitarbeiter einen
Empfang des Bürgers beim Stellvertreter des Vorsitzenden des Präsi-
diums oder bei den zuständigen Zentralen Organen veranlassen. Die
Wünsche der Bürger auf Aussprache mit leitenden Persönlichkeiten
des Staates werden berücksichtigt, wenn das vorgebrachten Anliegen
eine solche Aussprache rechtfertigt. In diesen Fällen führen die Mit-
arbeiter vorher ein sehr ausführliches Gespräch und fertigen danach
eine kurze Aktennotiz, die die Aussprache und Entscheidungsfin-
dung des stellvertretenden Vorsitzenden bzw. des Sekretärs erleicht-
tern helfen. ( ... )

Alle bedeutenden Stellungnahmen und alarmierenden Briefe werden
täglich oder sofort in die Leitung der Präsidien gegeben. Dort wird
der weiteren Verfahrensweg entschieden.
Auffällig in allen Aussprachen war es, daß die sowjetischen Genossen stark die unbürokratische Arbeitsweise (ohne viel Papier) betonten. Sie wenden vielfach die Methode der telefonischen Rücksprache mit dem sachlich oder örtlich zuständigen Organ an. Die Erfahrungen zeigen, daß die örtlichen Organe auf solche telefonischen Hinweise sehr schnell reagieren."349

Von der Arbeitsweise der Sprechstunde waren die Mitglieder der Kommission jedoch wenig beeindruckt. So berichtete Julius Leymann, einem Teilnehmer dieser Kommission, 1998 in einem Interview dem Verfasser, daß die Sprechstunde beim Staatsrat in vielen Dingen moderner gewesen sei:


Frage: Das hatte einen großen Eindruck auf sie gemacht?
Was heißt großen Eindruck? Darauf kam es nicht an. Wenn Gäste, Freunde in der damaligen Sowjetunion sich für den Umgang mit Eingaben und Beschwerden der Bürger interessierten, wurde ihnen das möglichst an Ort und Stelle gezeigt und erläutert, wie das praktisch vor sich ging. Das interessierte uns schon. So wurde für uns das Wesen des Umgangs mit Bürgeranliegen anschaulich, d.h. empirisch besser erkennbar. Wir hatten ja im Staatsrat damals auch eine 'öffentliche Sprechstunde' für Bürger und da war es für uns schon von Nutzen zu erfahren und zu sehen, wie seinerzeit eine gleichartige Einrichtung dort in Moskau beim Präsidium des Obersten Sowjets beschaffen ist und funktioniert.

Das Ergebnis? Im Grunde genommen trafen wir auf gleichartige Erfahrungen, wie sie bei uns in der DDR vorzufinden waren, eine in etwa analoge Arbeitsweise auf diesem Gebiet. Allerdings gab es doch einen erkennbaren Unterschied und dieser war schon beeindruckend. Das war die räumliche Ausdehnung dieses 'Sprechbüros' und die erheblich größere Anzahl der darin tätigen Mitarbeiter. Einer von ihnen erzählte uns z.B., was er unternimmt, wenn etwa ein Bürger aus dem fernen Rußland oder Kasachstan bei ihm eine Beschwerde vorträgt. Er zeigte auf zwei Telefonapparate und erklärte, daß er mit einem Knopfdruk jeden Ort in der Sowjetunion und den dortigen Vorsitzenden des Republik-, Gebiets- oder sonstigen Sowjets erreichen und auffordern könne, sich der betreffenden Sache anzunehmen und über das Resultat dann auch informieren. 349

349 BAC, DA 5 7312, unpag.
müsse. Das nahmen wir doch etwas ungläubig auf. Interessiert waren wir auch daran zu erfahren, inwieweit oder wie oft der Vorsitzende oder Mitglieder des Präsidiums des Obersten Sowjets nach dem Vorbild Lenins selbst Sprechstunden für Bürger durchführten. Die Antwort blieb hier etwas allgemein, aber uns wurde versichert, daß es solche Sprechstunden gibt, wenn auch nicht regelmäßig.350

Während die Form, wie diese öffentlichen Sprechstunden abliefen, auf die deutschen Delegationsmitglieder antiquiert wirkten, waren sie davon beeindruckt, daß die öffentlichen Sprechstunden der Sowjets auf allen Ebenen eine viel größere Bedeutung als in der DDR hatten, wo die schriftliche Form der Beschwerde bevorzugt wurde. Die Sprechstunden waren durch die Anwesenheit hoher politischer Funktionäre aufgewertet, und es wurde an Ort und Stelle nach Lösungen gesucht. Dies wollten die deutschen Delegationsmitglieder auch auf die DDR anwenden. Sie empfohlen daher, daß zukünftig in den öffentlichen Sprechstunden des Staatsrates auch Stellvertreter des Staatsrates, Mitglieder und Sekretäre des Staatsrates anwesend sein sollten. Dies würde das Ansehen der Sprechstunden heben.


Neben solchen eher nebensächlichen Verbesserung der Arbeit mit den Eingaben ging es der Kommission, so Leymann, vor allem darum, Anregungen und Argumente für die Installation von Beschwerdeausschüssen bei den örtlichen Volksvertretungen zu beschaffen:


350 Interview mit Julius Leymann.
351 BAC, DA 5 7312, unpag.

Es war jedoch möglich, in ernstgemeinten demokratischen Debatten neue Wege zu gehen. Das wurde damals auch akzeptiert. Schließlich hat die Verfassungskommission den entsprechenden Textvorschlag dann bestätigt.


Die Geschichte der Eingabengesetzgebung in der DDR
der v. 20. 11. 1969, Abschn. V, §( 20 bis 26 WB1. I, S. 235 f.)

Die Beschwerdeausschüsse waren mit vielen Vorbehalten bedacht. Die Studienkommission des Staatsrats, die eigentlich Unterstützung für die neuen Beschwerdeausschüsse erhofft hatten, wurden von den sowjetischen Genossen ob ihrer Pläne eher kritisch betrachtet. Im Bericht der Studienkommission des Staatsrates heißt es dazu:

„Die sowjetischen Genossen, insbesondere der Leiter und die Mitarbeiter der Abteilung Recht beim Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR, brachten der bei uns vorgesehenen Bildung besonderer Beschwerdeausschüsse bei den örtlichen Volksvertretern großes Interesse entgegen. Sie brachten zum Ausdruck, daß in der Sowjetunion die Bildung solcher besonderen Ausschüsse bei den örtlichen Sowjets nicht beabsichtigt ist. Sie gehen davon aus, daß es ein verfassungsmäßiges Eingabenrecht gibt und jeder Bürger sich mit seinen Fragen an jedes staatliche Organ wenden kann. Die Sowjets als die höchsten Machtorgane können jederzeit beliebige Kommissionen oder Ausschüsse bilden, wenn sie es für erforderlich halten. Das trifft auch für die Lösung bestimmter Probleme auf dem Gebiet der Eingabenbearbeitung zu. Davon und auch von der Rolle des Staatsanwaltes und der Organe der Volkskontrolle ausgehend, halten sie eine gesetzlich vorgeschriebene Bildung besondere Beschwerdeausschüsse bei den örtlichen Sowjets unter ihren Bedingungen für nicht angebracht, weil damit das Recht der Sowjets, die Prüfung von Eingaben und die Kontrolle über ihre Bearbeitung zu organisieren, eingeschränkt werden würde. Solche Beschwerdeausschüsse würden die Rechte und Pflichten der Ständigen Kommissionen sowie der Exekutivkomitees der örtlichen Sowjets wie auch die Aufsichtspflicht des Staatsanwaltes zumindest in Frage stellen. Um die Rechtssicherheit für die Bürger zu erhöhen, werden allerdings von den sowjetischen Genossen gegenwärtig Überlegungen über die Ausarbeitung einer Verwaltungsverfahrensordnung angestellt, in der die verwaltungsrechtliche Verantwortlichkeit im einzelnen exakt geregelt werden soll.353

352 Interview mit Julius Leymann.
353 BAC, DA 5 7312, unpag.
Aus einem Bericht Gerlachs vor der Kommission zur Neufassung des Eingabenerlasses beim Staatsrat wird deutlich, was unter dem „großen Interesse“ der sowjetischen Genossen eigentlich zu verstehen war. Gerlach befand sich im engeren Kreis, so daß er offener sprach als in den öffentlichen Verlautbarungen. Im Protokoll ist folgende Aussage überliefert:

„Dr. Gerlach informiert auch über die erheblichen politischen Bedenken, die Leiter zentraler Staatsorgane der Sowjetunion gegenüber der von uns vorgesehenen Bildung besonderer Beschwerdeausschüsse bei den örtlichen Volksvertretungen äußerten. Er hebt in diesem Zusammenhang die Aushöhlung der Aufsichtspflicht des Staatsanwaltes und die Gefahr einer besonderen Stellung des Beschwerdeausschusses mit erhöhten Rechten gegenüber anderen Ständigen Kommissionen der örtlichen Volksvertretungen hervor.“

Trotz dieser Vorbehalte wurde im neuen Eingabenerlaß von 1969 Beschwerdeausschüsse in die Eingabenbearbeitung integriert. In den nächsten Abschnitten soll auf die Arbeit und Bedeutung der probeweise installierten Beschwerdeausschüsse eingegangen werden.

**Beschwerdeausschüsse: Vermittler zwischen Legislative und Exekutive?**

Im Verlaufe der 60er Jahre hatten sich im Wesentlichen drei Eingabenadressen herausgebildet: der Staatsrat, die kommunalen Verwaltungen und die Volksvertretungen, wobei letztere fast zu vernachlässigen waren. Die Beschwerdeausschüsse sollten den marginalisierten Einfluß der örtlichen Volksvertretungen stärken. Ihre Funktion bestand daher einerseits darin, auf die korrekte Bearbeitung der Vorgänge gegenüber der Verwaltung zu achten und andererseits darin, Einfluß auf die politischen Entscheidungen der Abgeordneten zu nehmen, wenn es ihnen durch die Häufung bestimmter Eingabenthemen geboten schien. Da die Beschwerdeausschüsse aus den Reihen der Legislative gebildet werden sollten, hätte diese Institution die Macht der Legislative gegenüber Verwaltung und auch gegenüber dem Verwaltungsapparat der SED stärken können. Insofern hätten die Beschwerdeausschüsse ein Instrument der Kontrolle bei den Volksvertretungen über die Bearbeitung und Auswertung der Eingaben werden können.

Es ist nicht verwunderlich, daß dieser neue Ausschuß von Staatsrechtlern am Ende der 60er Jahre erdacht wurde, ähnelte er doch in seiner Funktion

354 BAC, DA5 7309, unpag.

Worum es den Staatsrechtlern im Hinblick auf die gesellschaftliche Situation in der DDR ging, schilderte mir ein Gewährsmann in einem nicht autorisierten Interview wie folgt:


„Beschwerdeausschüsse, die als gesellschaftliche Organe ihrer Volksvertretungen tätig werden, sind hervorragend prädestiniert, bei der Behandlung von Beschwerden die wichtigste Triebkraft der sozialistischen Gesellschaft, die Übereinstimmung der Interessen der Wirtschaftlichen Gesellschaft und ihrer Kollektive mit den gesellschaftlichen Erfordernissen, wirksam zu machen. Als Mitglieder des Kollektivs der gewählten Volksvertretung vertreten sie sowohl die Interessen der ganzen sozialistischen Gesellschaft und die des einzelnen Bürgers und sind daher in der Lage, die Interessensübereinstimmung in Zusammenhang mit der Bearbeitung von Beschwerden herzustellen bzw. den Bürgern bewußt zu machen."

356 Bernet resümiert in einem Aufsatz in der **KRITISCHEN JUSTIZ** über die Chancen der Beschwerdeausschüsse. Auf der Seite 159 kommt er zu dem Schluß, daß Beschwerdeausschüsse „ohne vorherige theoretische Vorbereitung“ eingeführt worden seien. (Bernet, 1990, S. 159). Dies ist, auch was das vorliegende Gutachten der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften angeht, so nicht nachvollziehbar.

**Beschwerdeausschüsse bei den Räten**


4. Der Beschwerdeausschuß erhält alle Vollmacht, um im Interesse des Bürgers tätig zu werden, doch nicht soweit, daß er Entscheidungen trifft, die in die Kompetenz anderer Organe hinein reichen. Die weiteste Vollmacht ist in Punkt 8 b geregelt, wobei die Entscheidung der Rat oder der Ratsvorsitzende zu treffen hat.


---

357 BAC, DA 5 7306, unpag.
358 BAC, DA 5 7310, unpag.


„Ich denke, daß die staatlichen und gesellschaftlichen Leiter die ehrenamtliche Tätigkeit unserer Abgeordneten doch mehr erleichtern sollten. Ich will auch dafür ein Beispiel bringen. Wir als Mitglieder des Beschwerdeausschusses sind eigentlich stolz darauf, daß unserem Ausschuß eine Frau vorsteht, unsere Abgeordnete Genossin König vom Wohnungsbaukombinat. Der Direktor des Wohnungsbaukombinats scheint aber ganz anderer Meinung zu sein. Es war ja für die Genossin König auch nicht leicht, mit uns gemeinsam etwas ganz Neues aufzubauen in einem Arbeitsrhythmus, der sich zwangsläufig, weil uns ja immer die Zeit im Nacken sitzt, der sich von der Tätigkeit anderer ständiger Kommission vielleicht doch noch ein bißchen unterscheidet. Die Genossin König selbst hat viel um die Ohren. Trotzdem war sie heute morgen schon wieder kurz da. Aber im Wohnungsbaukombinat, so hat sie uns geschildert, wird eine Strichliste geführt von einem Mitarbeiter, der beauftragt ist, festzuhalten, was sie für gesellschaftliche Arbeit leistet. Nicht um sie zu prämieren, sondern um sie zu kritisieren, daß sie zuviel gesellschaftliche Arbeit leistet, und wie sie mir geschildert hat, sagt der Direktor, aus ihrer Arbeit kommt für das Wohnungsbaukombinat sowieso nichts dabei heraus. Ich finde das eigentlich doch eine Schande. Wir müßten doch alle erst im Wohnungsbaukombinat stolz sein, daß eine Frau aus ihrem Kollektiv Abgeordnete des Bezirkstages ist und daß sie einen solchen ehrenvollen Auftrag hat, einen von den 9 Beschwerdeausschüssen, die es zur Zeit überhaupt in unserer Republik gibt, zu leiten, was auch große Anerkennung für sie darstellt. Ich bin mit dieser Haltung des Direktors des Wohnungsbaukombinates nicht einverstanden. Als die Genossin König in anderen Umständen war, haben wir uns alle bemüht, mit ihr so zu arbeiten und ihr so beizustehen, daß sie nicht den Mut verliert usw., daß sie auch die Kraft findet, die Arbeit durchzuführen, und dort im eigenen Betrieb haut man richtig oben drauf und versucht, eine solche Frau mutlos zu

359 SAC, 10885, Bl. 60 f.


In seinem Vortrag schilderte der Abgeordnete auch die Funktion und Arbeitsweise des Ausschusses:


360 BAB, DA 5 7306, unpag.

(...)

So hat sich zum Beispiel der Rat der Gemeinde Vollrathsruhe beschwerdeführend an uns gewandt, weil er mehr Investitionen haben wollte und sich praktisch gegen die Festlegungen im Plan des Bezirkes wandte. Dabei war unseres Erachtens die sanft lenkende Hand des Rates des Kreises Waren unverkennbar, noch dazu, wo uns die ganze Eingabe per Fernschreiben auf den Tisch kam. Aber wir können doch nicht die Streitigkeiten zwischen den staatlichen Organen schlichten.

(...)

Dem Ganzen setzt dann eigentlich noch die Zivilkammer des Kreisgerichts Teterow die Krone auf, die in einem solchen Fall, wo ein Teterower Rechtsanwalt uns praktisch hier beauftragt hat, uns ein Einschreiben schickt:

‘Kreisgericht, Zivilkammer Teterow, 18. Februar 1969
Rat des Bezirks Neubrandenburg, Beschwerdekommission.’

Nun muß man sagen: beim Rat des Bezirks besteht gar keine Beschwerdekommission, sondern nur beim Bezirkstag, aber das hat sich bis zu den Teterower Juristen noch nicht herumgesprochen. Anrede nichts, Gruß nichts, nur betr. Rechtsstreit Hartung gegen LPG ‘Rote Fahne’ Hohenmistorf.

‘In oben genanntem Rechtsstreit fragen wir nach dem Stand des Beschwerdeverfahrens an.’ Punkt, Schluß, eine unleserliche Unterchrift Justizangestellter.

Eigentlich ist das ja ein starkes Stück, wenn man sich überlegt, daß wir auch noch vor dem Kreisgericht Teterow Rechenschaft darüber ablegen müssen, ob wir nun die Arbeit der Teterower Rechtsanwälte richtig durchführen. Ich hätte doch die Bitte an unseren lieben Genossen Direktor des Bezirksgerichts, daß er zumindest, ich will das nicht verallgemeinern, aber doch einmal im Teterower Kreisgericht eine kleine Schulung durchführen läßt über die Rolle von Volksvertretungen, über die Rolle ihrer Ausschüsse, über Abgeordnete, wie schreibt man überhaupt an Bürger usw. Ich möchte gar nicht wissen, was für Briefe dort die Bürger kriegen, wenn wir schon solche Dinge auf den Tisch erhalten.361

Ohne die Besonderheit der Sprache des Referenten überzubewerten, signalisiert sie doch, im Unterschied zu anderen ausgewerteten Quellen, daß es sich hier um einen Akteur aus einer anderen als sonst von mir untersuchten gesellschaftlichen Gruppe handelt. Er nimmt kein Blatt vor den Mund und legt sich mit der regionalen Justiz, der Verwaltung und Industrie an. Das scheinbar naive Vorpreschen, ohne eigentlich eine Forde-

361 BAB, DA 5 7306, unpag.
Die Geschichte der Eingabengesetzgebung in der DDR


„Der Beschwerdeausschuß ist nicht der Weihnachtsmann, der beliebig über Wohnungen, Handwerkerkapazitäten oder Straßenbaumaschinen verfügt. Wir können nicht allein von den persönlichen Interessen der Bürger ausgehen, wir müssen in unseren Entscheidungen die gesamtgesellschaftlichen Belange, die objektiven Bedingungen und Erfordernisse berücksichtigen, aber es kommt oft darauf an, wie man das den Bürgern nahebringt und ihr Verständnis weckt."

Nichtzuständigkeit, die nebenberufliche Tätigkeit der Mitglieder und die fehlende Verfügungs-gewalt über Ressourcen, so könnte man die Grenzen der Beschwerdeausschüsse zusammenfassen, die wesentlich dazu beitrugen, daß sie keine Bedeutung im Rahmen der Eingabenbearbeitung erlangten. Trotz der Kritik der provisorisch eingerichteten Beschwerdeausschüsse wurden diese mit der Verabschiedung des Eingabenerlasses im November 1969 auf der Ebene der Bezirkstage, der Kreistage, der Stadtverordnetenversammlungen und Stadtbezirksversammlungen der Stadtkreise gebildet. Der § 23, Abs. 1 des Erlasses regelte, daß Entscheidungen staatlicher Organe durch die Beschwerdeausschüsse nicht aufgehoben werden können.

§ 24 regelt die Kompetenzen der Beschwerdeausschüsse bei der Überprüfung von Entscheidungen:

a) auf Verfassung und Gesetzlichkeit

b) ob „die Entscheidung unter Ausnutzung aller Möglichkeiten zur Herstellung der Übereinstimmung zwischen persönlichen Interessen und gesellschaftlichen Erfordernissen erfolgt ist“

c) ob „die berechtigten Interessen der Bürger gewahrt werden“

---

362 SAC, 10885, unpag.
d) ob „die Prinzipien der sozialistischen Leitungstätigkeit eingehalten werden“
e) ob „die Gründe der Entscheidung ordnungsgemäß erläutert wurden“

Prinzipiell, und das wurde auch zum Dilemma der Institution, waren die Beschwerdeausschüsse also nur befugt, zu prüfen und die Befunde an die zuständigen Organe mit einer „Empfehlung“ weiterzuleiten. Im Prinzip litten sie unter derselben Zahnlosigkeit wie die heutigen Petitionsausschüsse.

**Beschwerdeausschüsse und Eingaben**


**Veränderungen im Eingabenerlaß von 1969**


Nachdem sich soviel Kompetenz – Studienreise in die Sowjetunion, Gutachten von Akademikern, Erfahrungsaustausch mit den probelhalber

---

364 Die kommunalpolitische Bedeutung der örtlichen Volksvertretungen wird häufig unterschätzt. Eine tatsächliche Einschätzung, welchen tatsächlichen Einfluß die Räte auf kommunale Entscheidungen hatten, kann nach dem derzeitigen Forschungsstand nicht erschöpfend geliefert werden.


<table>
<thead>
<tr>
<th>Stadtkreis (4)</th>
<th>Landkreis (5)</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>1970</td>
<td>922</td>
</tr>
<tr>
<td>1971</td>
<td>924</td>
</tr>
<tr>
<td>1972</td>
<td>918</td>
</tr>
<tr>
<td>1973</td>
<td>92</td>
</tr>
</tbody>
</table>


365 Wolfgang Bernet meinte 1990 zum Scheitern der Beschwerdeausschüsse in der Kritischen Justiz:

366 BAF, DA 5 709, Bl. 24.
allen anderen Vorarbeiten zu Eingabenerlassen, als der umfassendste, innovativste und vielschichtigste dar. Hier wurde der Versuch unternommen, in der DDR mit Hilfe von neuen Gesetzen die Autorität der Legislative zu erhöhen.

3. 5. Eingabenregelung in der Honecker-Ära


3. 5. 1. Das Eingabengesetz von 1975


Neu an diesem Eingabengesetz ist, daß es erstmals für bestimmte Themen das Instrument der Eingabe ausschließt. In §1, Abs. 3 heißt es:

„Dieses Gesetz gilt nicht für Rechtsmittel, Neurervorschläge und andere Anträge, deren Bearbeitung durch besondere Rechtsvorschriften geregelt ist.“369

Mit dieser Regelung sollte das oben beschriebene Gesetz über Rechtsmittel auch von der anderen Seite her gestärkt werden. In den nachfolgenden Jahren wurde versucht, auch für andere Verwaltungsvorgänge, wie beispielsweise Wohnungsanträge, Eingaben für unzulässig zu erklären. Dies gelang jedoch gerade auf dem Gebiet der Wohnungseingaben nur marginal.

Dem verabschiedeten Eingabengesetz ist kaum anzumerken, daß ihm umfangreiche Studien über Staats- und Verwaltungsrecht vorausgingen.

367 Die vorher verabschiedeten Eingabenverordnungen und -erlasse waren ausschließlich nur für die Staatsorgane bindend.
368 BAF, DC 20 1252, Bl. 135.
369 Gesetz über die bearbeitung von Eingaben der Bürger, GBl. I/26, S. 461.
Die Diskussion drehte sich generell um Fragen der Rechtsstaatlichkeit in der DDR im Vergleich zu anderen sozialistischen Ländern und internationalen Rechtsnormen.

1973 erstellte die Rechtsabteilung des Sektors Staatsrecht beim Ministerrat eine Information über „die Organisation der Kontrolle der Durchführung staatlicher Entscheidungen in den sozialistischen Staaten und die Aufgaben und Arbeitsweise der verschiedenen Kontrollorgane“. Im Inhalt wurden die Organisation, die Aufgaben und Befugnisse der „Volkskontrolle“ in der UdSSR, in Bulgarien, in Polen und in Rumänien miteinander verglichen. Von den Aufgaben und Strukturen ähnelten die Kontrollorgane in diesen Ländern der Arbeiter- und Bauern-Inspektion in der DDR.


„Es wird vorgeschlagen, darüberhinaus für bestimmte Beschwerden, für die bisher auch die Beschwerdeausschüsse zuständig waren, eine Nachprüfung durch die Gerichte zuzulassen. Das würde solche Fragen betreffen, in denen durch die Entscheidung unmittelbar in wichtige individuelle Rechte der Bürger eingegriffen wird, wie beim Zwangswohningstausch, beim Entzug des Nutzungsrechts für ein volkseigenes Grundstück, auf dem ein Eigenheim errichtet ist, bei der zwangsweisen Rücknahme von Bodenreformgrundstücken in den Bodenfonds, beim Entzug von Gewerbegenehmigungen. Eingriffe dieser Art werden relativ selten vorgenommen. Soweit sie aber vorgenommen werden, wenden sich die Bürger, weil die Entscheidung für sie mit großen persönlichen Konsequenzen verbunden ist, in der Regel neben der formellen Beschwerde im Instanzenweg mit Eingaben an zentrale Staatsorgane oder das ZK. Das Vertrauensverhältnis dieser Bürger zum Staat ist längeren Belastungen ausgesetzt. Fehler-

370 BAP, DC 20 10233/9, unpag.
Die Geschichte der Eingabengesetzgebung in der DDR

hafte Entscheidungen werden nur mit großem Aufwand, in bestimmten Fällen auch gar nicht, korrigiert. Die Nachprüfung durch das Gericht als einem Organ,
• das im Territorium Autorität besitzt,
• das besonders zur individuellen Prüfung eines Einzelfalles unter dem Gesichtspunkt der im Gesetzlichkeitskontrolle geeignet ist,
• das selbständig das Recht zur Aufhebung ungesetzlicher Verwaltungsentscheidungen hat bzw. erhalten könnte (anders als der Beschwerdeausschuß, der von sich aus keine Entscheidung aufheben konnte),
wäre deshalb ein wirksamer Schritt, um den Schutz der Rechte der Bürger vor einzelnen Ungesetzlichkeiten in der Tätigkeit der staatlichen Verwaltungsorgane zu erhöhen."371


In dem zitierten Text bezog sich der Autor zur weiteren Begründung seiner Empfehlung auf die Praxis in der Sowjetunion, in Rumänien und Bulgarien. Dort sei die „Zulassung einer gerichtlichen Klage auf Nachprüfung von Verwaltungsentscheidungen in begrenztem Umfange“ Praxis. Relativierend wird in dem oben erwähnten Vermerk das Enumerationsprinzip, d.h. ein Kompetenzenkatalog für die Zuständigkeiten der Gerichte empfohlen und damit zahlreiche typische Eingabenthemen aus der gerichtlichen Zuständigkeit wieder ausgeklammert:


In den meisten dieser Fragen gibt es neben der Kontrolle durch die

371 BAP DC 20 10233/9, unpag.
Eingabenregelung in der Honecker-Ära

Volksvertretungen andere Formen der demokratischen Beratung und Kontrolle, die eine im Interesse der Werktätigen liegende Entscheidung entsprechend den konkreten Bedingungen im Territorium gewährleistet. Die gerichtliche Nachprüfung von Verwaltungsentscheidungen umfaßt also nur einen relativ kleinen Kreis von Fragen, in denen weder die konkreten politischen und ökonomischen Bedingungen im Territorium noch die staatlichen in Sicherheitsinteressen, sondern nur die Rechtslage und die Umstände des Einzelfalles die Entscheidung bestimmen.\textsuperscript{372}

Im Unterschied zu den Überlegungen des Zentralsekretariats zur Einrichtung von Verwaltungsgerichten von 1947\textsuperscript{373} sind die Ausführungen hier klarer auf bestimmte Fälle bezogen. Das Zitat liest sich wie ein Katalog von Situationen, in denen weder eine Eingabe noch juristische Schritte den Betroffenen vor Entscheidungen der Verwaltung schützen konnten. In diesen Fällen war der Bürger tatsächlich verwaltungsherrlicher Willkür ausgesetzt. Der Vorstoß zur Kontrolle von Verwaltung durch unabhängige Gerichte wird durch den Ausschluß wesentlicher Probleme wieder weitgehend zurückgenommen. Sein Formulierungsvorschlag für einen entsprechenden Paragraphen zählt die verbleibenden Bereiche auf:

\begin{quote}
(2) Die Bürger haben das Recht, in den gesetzlich festgelegten Fällen die gerichtliche Nachprüfung der Gesetzlichkeit von Entscheidungen staatlicher Organe zu fordern. Die gerichtliche Klage auf Aufhebung einer Verwaltungsentscheidung ist zulässig bei folgenden Entscheidungen:
- der Streichung eines Bürgers aus der Wählerliste oder Ablehnung der Aufnahme in die Wählerliste
- der Anordnung eines Wohnungstausches oder Wohnungswechsels
dem Entzug des Nutzungsrechts an volkseigenen Grundstücken, auf denen ein Eigenheim errichtet ist, wegen nichtbestimmungmäßiger Nutzung
der Rücknahme von Bodenreformgebäuden oder Kleinstflächen aus der Bodenreform in den staatlichen Bodenfonds
dem Widerruf einer Gewerbegenehmigung
der Anordnung der Heimerziehung, der Familienziehung in einer anderen Familie oder der Erziehungsaufsicht für Minderjährige.\textsuperscript{374}
\end{quote}

Im Grunde genommen – und das macht die Lektüre so interessant – wurden hier diffizile Probleme aufgelistet, die mit Hilfe von Eingaben aus ökonomischen bzw. politischen Gründen, wie der Verfasser selbst schreibt,

\textsuperscript{372} BAP DC 20 10233/9, unpag., Hervorhebungen in Fett von mir, FM.
\textsuperscript{373} Siehe S. 70 f.
\textsuperscript{374} BAP DC 20 10233/9, unpag.
nicht lösbar waren.

Eine Stellungnahme vom 8. Mai 1975 kritisiert diese Vorschläge. Auf der ersten Seite wird zunächst gegen das absonderliche Ansinnen polemisiert:

„Die Entwicklung der sozialistischen Staatsmacht in der DDR ist durch die ständige Stärkung und Erhöhung der Rolle der örtlichen Volksvertretungen als der obersten Machtorgane im Territorium gekennzeichnet, deren Tätigkeit im Gegensatz zur bürgerlichen Staats- und Rechtspraxis keiner gerichtlichen Kontrolle unterliegt. Damit wurden in der DDR auch die der marxistisch-leninistischen Staatslehre fremden Vorstellungen der sogenannten bürgerlichen Rechtstaatlichkeit überwunden, nach der die Beziehungen zwischen den Bürgern und den Staatsorganen der Überprüfung durch eine angeblich neutrale Institution, d. h. das Gericht, unterliegen. Im Prozeß der ständigen Vervollkommnung der sozialistischen Staatsmacht haben sich die örtlichen Staatsorgane in der DDR festigst und zugleich hat sich auch eine Umwandlung der Stellung der Gerichte vollzogen."

Reich an ideologischen Vorbehalten wird in dem Text zunächst „falsches Denken“ entlarvt. Einige Seiten später relativiert sich jedoch das Urteil, und der Autor begrüßt überraschenderweise die Einführung von Gerichten für die Kontrolle der Verwaltung:


375 Ebenda.


3. 5. 2. Verwaltungskontrolle in anderen sozialistischen Ländern in den 70er Jahren


376 BAP DC 20 10233/9, unpag.
„Im Gegensatz zur DDR wird in den anderen sozialistischen Ländern – auch in der Sowjetunion – gegenwärtig ausdrücklich bejaht, daß die gerichtliche Kontrolle der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung mit dem sozialistischen System durchaus vereinbar sei.\textsuperscript{377}

Es ist schon kurios, wie sich Staatsrechtler beim ZK der SED über die Geschichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit in Polen, der Tschechoslowakei, in der Sowjetunion, in Ungarn, in Jugoslawien oder in Rumänien aus den Periodika westdeutscher Rechtswissenschaft informierten; und das mit großem Interesse, wie die Anmerkungen und Unterstreichungen belegen.

In Vorbereitung auf das neue Eingabengesetz, das 1975 in Kraft trat, wurde die Rechtsabteilung Sektor Staatsrecht beim ZK der SED mit verschiedenen Studien beauftragt. In der nachfolgenden Tabelle\textsuperscript{378} sollen die

<table>
<thead>
<tr>
<th>Land</th>
<th>Gesetzliche Grundlage</th>
<th>Bearbeitungsfrist Ortlich/zentral</th>
<th>Endgültige Bearbeitung</th>
<th>Mißbrauch des Eingabenrechts</th>
<th>Sonstiges</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>DDR</td>
<td>Erlaß des Staatsrates über die Bearbeitung der Eingaben der Bürger vom 28.11.1969</td>
<td>15/20 Tage</td>
<td>Kann sich an übergeordnete Organe wenden. Entscheidungen der Leiter zentraler Staatsorgane sind endgültig</td>
<td>„Keinem Bürger darf aus der Wahrnehmung seines Eingabenrechts ein Nachteil entstehen.“</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>UdSSR</td>
<td>Erlaß des Präs. d. Obersten Sowjets über das Verfahren der Behandlung von Vorwürfen, Eingaben und Beschwerden der Bürger vom 12.4.1968</td>
<td>15/30 Tage</td>
<td>Kann sich an übergeordnete Organe wenden.</td>
<td>„Reicht ein Bürger eine Beschwerde oder Eingabe in verleumderischer Absicht ein, so ist er entsprechend der geltenden Gesetzgebung strafrechtlich verantwortlich.“</td>
<td>Staatsanwaltschaft und Volkskontrollorgane kontrollieren Eingabenarbeit</td>
</tr>
<tr>
<td>CSSR</td>
<td>Erlaß d. Staatsrates über Beschwerden, Hinweise und Vorschläge vom 30.8.1960</td>
<td>20/30 Tage</td>
<td>Entscheidung endgültig</td>
<td>„Personen, die mit dem Recht auf Beschwerden und Hinweise Mißbrauch getrieben haben, um eine Amtsperson oder einen Bürger zu verleumden, sind nach dem StGB zu bestrafen.“</td>
<td>Städte über 20.000 Einwohner müssen mindestens eine Amtsperson speziell mit der Bearbeitung von Eingaben einsetzen</td>
</tr>
</tbody>
</table>


\textsuperscript{378} Die Angaben sind aus den verschiedenen Untersuchungen, die unter BAP, DC 20 10233/10, unpag. archiviert sind zusammengetragen worden.

Diese Untersuchung ist meines Wissens die erste, in der die Eingabenge setzgebung der DDR mit denen der anderen sozialistischen Ländern verglichen wurde. Informationen über die CSSR und über Ungarn waren der Rechtsabteilung nicht verfügbar, obwohl die einzelnen Botschaften angeschrieben wurden. Schlußfolgerungen für die Gestaltung des DDR-Eingabengesetzes sind jedoch nicht erkennbar. Wertungen zu den Regelungen der anderen Länder kommen selten vor und spielen im Kontext der Analysen keine wesentliche Rolle.


Ein wichtiges Motiv für solche Studien und Vergleiche war das Interesse an der Anpassung des DDR-deutschen Staatsrechts an internationale oder zumindest osteuropäische Standards und die Selbstdarstellung als ein weltoffener Staat. Bereits im Februar 1966 hatte Walter Ulbricht als Staatsratsvorsitzender die Aufnahme der DDR in die UNO beantragt. Doch erst

Beispielsweise bezieht sich ein in den Akten des Ministerrats überlieferter Entwurf über die „Einschätzung der Auswirkungen und Konsequenzen des Beitritts zu Konventionen auf die Entwicklung der Rechtsordnung“ vom Dezember 1974 auf den Beitritt der DDR zur UNO. Im „Überblick“ heißt es: „Damit (mit der Mitgliedschaft der DDR in der UNO, FM.) setzt die DDR ihre erklärte Bereitschaft zur aktiven Teilnahme an der gleichberechtigten internationalen Zusammenarbeit durch die Übernahme entsprechender rechtlicher Verpflichtungen in die Tat um.“379 Es würde zu weit führen, die umfangreiche Studie vorzustellen. Statt dessen soll aus den „Schlußfolgerungen“ der Absatz 2 zitiert werden:

„Vorbereitung eines bei Einreichung der Vertragsrichtlinie gleichzeitig vorzulegenden Beschuß-Entwurfs für den Ministerrat (VA.: MfAA) über das innerstaatliche Verfahren bei der Transformierung von Konventionen in das innerstaatliche Recht (soweit dies nicht Bestandteil der VRL werden kann.). Dieser Beschuß ist mit einer Analyse über die Wahrnehmung der Verantwortung der zentralen Staatsorgane für eine umfassende politische und rechtliche Prüfung aller multilateralen internationalen Konventionen im Hinblick auf die innerstaatliche Rechtsordnung und über die Wahrnehmung der koordinierenden Funktion durch das MfAA (VA.: MfAA, Büro des Ministerrates) zu verbinden.“380


379 BAP, DC 20 10233/11, unpag.
380 Ebenda.
3. 5. 3. Die Rezession der Eingabe als politisches Korrektiv


Seit 1976 war Günter Mittag Sekretär des ZK für Wirtschaftsfragen und Honeckers wichtigster Mitarbeiter. Hanke berichtete beschrieb, welche Rolle Mittag bei den immer seltener werdenden Auseinandersetzungen mit den Mitgliedern des Staatsrates, spielte:

„Es gab eine Zeit, vor allen Dingen die letzten fünf bis acht Jahre habe ich das so empfunden, wo das alles sehr formal ablief. Wo ich manchmal dachte, es ist schade um die Stunden und den Aufwand. Ich fahre nach Berlin und mich drückte eigentlich die Arbeit in Potsdam. Im Staatsrat kam nichts Produktives heraus. Und das kam besonders daher, daß in den 80er Jahren das halbe Politbüro im Staatsrat saß. Und wenn du irgend etwas gesagt hast, hat sofort Günter Mittag das Gegenteil dargelegt, mit seinen Argumenten und mit dem, was ihm an Unterlagen zur Verfügung stand. So daß du dann gedacht hast, der hatte eine ganz andere Übersicht als du. Dadurch entstanden auch so eine Art Hemmungen, daß du dir dann überlegst hast, sagt du denn jetzt etwas oder bist du lieber still. Also das war für meine Begriffe nicht besonders glücklich, daß der Staatsrat dann so stark dominiert wurde vom Politbüro. Und die versuchten natür-

lich, ihre politische Dominanz hineinzudrücken nach dem Motto: 
Daß nicht sein darf, was nicht sein soll. So war das dann am Schluß.

*Frage: Und in welchen Jahren fing das an?*

Es ging eigentlich Anfang der achtziger Jahre los. Das war ja so eine 
Sache, wo auch über unsere Medien, die Wirklichkeit, und das was 
berichtet wurde, alles nicht mehr übereinstimmte. Wo du immer grö-
ßere, eigene Komplikationen bekommen hast. Wenn ich dann ver-
sucht hatte, aus meiner Erfahrung etwas zu sagen – ich nehme mal 
das Beispiel, die Werterhaltung der Bausubstanz, der Verfall der 
historischen Innenstadt und so weiter – dann hat eben Günter Mittag 
gleich losgelegt und hat dich mit Zahlen bombardiert. Und im 
Grunde haben sie immer nur bewiesen, daß es an dir selber liegt. 
Daß es an der Dummheit und Unfähigkeit der örtlichen Organe liegt, 
daß es z.B. nicht vorwärts geht mit der Werterhaltung alter Bausub-
stanz in den Städten. Daß die zentrale Bilanzierung fast des letzten 
Nagels uns in ein Korsett zwang, wollte keiner hören. Erst recht 
recht, daß politische Entscheidungen falsch waren. Mit Richard Müll-
er, der bei der Plankommission für Territorialplanung verantwortlich 
war, konnte man offen darüber sprechen, so unter vier Augen.
Wir haben ja alle drei bis vier Jahre den Kurs geändert. Wir haben 
gesagt: heute wird der Neubau vorgezogen. Nach vier Jahren: Jetzt 
geht alles in die Werterhaltung. Und du brauchst immer zwei bis drei 
Jahre, um die Wirtschaft umzustellen. Wir haben keine Bauleute 
mehr gehabt, die aufs Dach stiegen oder eine Stuckdecke im Altbau 
weniger herstellen konnten. Es fehlte an entsprechendem Baumaterial 
(z.B. Dachziegel, Mauersteine u.a.). Das konnte ja keiner mehr. Also 
brauchte es erst einmal Zeit. Und jetzt hattest du es gerade umge-
stellt und willtest los legen... Einmal hü und einmal hett. Wenn du 
dann über so etwas sprechen willtest beim Staatsrat, haben die, die 
vom Politbüro da drinnen waren beim Staatsrat, sofort eine Gegenlin-
nie aufgemacht.

*Frage: Und da hat ihnen niemand Paroli geboten?*

Ach, ich kann mich erinnern, daß Manfred Gerlach einmal einen Ver-
such unternahm. Es ging um einen Beschuß zur Papiereinsparung. 
Presseerzeugnisse wurden rigoros reduziert. Da wurde er harsch 
zurückgewiesen. Selbst Hager wurde abgebürstet von so einem wie 
Mittag. Der hatte die Dominanz, das war die rechte Hand von Erich 
Honecker. Auf den hatte er sich stark gestützt. Und was Mittagsagte, 
das war geheiligt. Mittag war von sich sehr überzeugt und dominant.

*Frage: Und das hatten sich immer alle gefallen lassen?*

Was heißt gefallen lassen? Paß mal auf, du kannst mit der Statistik 
alles begründen und wenn er seine Karten zieht, wie viele Millionen 
usw... Wie das im einzelnen funktioniert, wenn es herunter rieselt, 
das wollte er gar nicht wissen. Davon wollte ja gar nichts hören. Das 
wollten sie nicht. Das hätte sie ja in ihrem Glauben erschüttern kön-
nen, das wollten sie nicht. 382

382 Interview mit Brunhilde Hanke am 17.4.1998.


In einer Eingabenanalyse aus dem Jahr 1973 deutet sich ein verändertes Verhältnis Honeckers zu den Eingaben an. Die Eingaben werden nun nicht mehr als Indikator für gesellschaftliche Mißstände gedeutet, sondern als Ausdruck der richtigen Politik bewertet. In der Einleitung der genannten Analyse ist folgendes zu lesen:

„Aus Vergleichen der Eingabenentwicklung im Jahr 1973 mit früheren Jahren wird deutlich, daß sich die Verwirklichung der Beschlüsse, insbesondere der planmäßigen Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen, auch im zahlenmäßigen Rückgang von Eingaben auf verschiedenen Gebieten, so z.B. zu Versorgungsfragen, aus der Landwirtschaft und zu Fragen des Gesundheitswesens, widerspiegelt"383

Sicherlich führten Beschlüsse, die die tatsächlichen Lebensbedingungen der Menschen verbesserten zu sinkenden Eingabenzahlen. Aus dem späten Anstieg der Eingaben hätte demnach aber auch geschlußfolgert werden müssen, daß die Politik bei neuen Problemen oder Bedürfnissen zu wenig auf die Interessen der Bevölkerung eingehen würde. In der Konsequenz hätte das auch bedeutet, Fehler einzustehen.

Kritische Eingaben, die in den Jahren zuvor als wertvolle Hinweise auf mögliche Problemfelder verstanden wurden, erhielten jetzt einen anderen Sinn. Ein Zitat aus der Textanalyse der Eingaben an den Staatsrat von 1986 bringt das auf den Punkt:

„Der Anstieg von Mehrfacheingaben ist auch darauf zurückzuführen, daß ein bestimmter Personenkreis überspitzte, ungerechtfertigte Forderungen erhebt, egoistische Verhaltensweisen zeigt und trotz inten-

383 BAP, DA 5 11380, unpag.
siver Gespräche uneinsichtig bleibt. Diese Bürger versuchen, über Eingaben an zentrale Organe ihre unberechtigten Ansprüche durchzusetzen. Auf diese Art von Beschwerden wurde in der Regel mit Hinweis auf die Rechtslage und die bisher unternommenen Bemühungen der örtlichen Staatsorgane geantwortet.384


Die einführenden Worte in den Eingabenanalysen der 80er Jahre geben ebenfalls die Veränderung des Umgangs mit den Eingaben wider. So ist in der Analyse aus dem Jahr 1985 zu lesen:

„In der Mehrzahl der Eingaben und Vorsprachen widerspiegelte sich das tiefe Vertrauen und die Zustimmung der Bürger zu den Beschlüssen der Partei- und Staatsführung, insbesondere zur programmatischen Feststellung der 10. Tagung des ZK der SED, daß die Politik der Hauptaufgabe in ihrer Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik uneingeschränkt und konsequent fortgesetzt wird. Als Antwort darauf brachten viele Arbeitskollektive und Hausgemeinschaften im Zusammenhang mit ihren Anliegen ihre Bereitschaft für weitere persönliche Initiativen in der Produktion zur Erfüllung der Planaufgaben, zur Erhöhung der Leistungskraft der Volkswirtschaft und zur aktiven Mitarbeit im Wohngebiet zum Ausdruck.“385

In der Einführung wird, fast beschwichtigend, die grundsolide Fürsprache der Eingabenschreiber zur Gesellschaft bekräftigt. Obwohl sie kritisieren, sind sie keine Feinde. Es werden Begriffe verwendet, die sich in allen öffentlichen Statements wiederfinden: „tiefes Vertrauen“, „die Politik der Hauptaufgabe“, „uneingeschränkt und konsequent“, „zum Ausdruck bringen“ oder „aktive Mitarbeit“. Beim Lesen der Dokumente entsteht der Ein-

384 BAP, DC 20 MR 12.3.86 01-140/3/86 (alte Signatur), Bl. 119.
385 BAP DC 20 MR 12.3.86 01-140/3/86 (alte Sig.), Bl. 83.
druck, daß sich die Kommunikation zunehmend auf formalisierte Symbolismen reduzierte und tatsächliches Interesse an Aufklärung und Information fehlt.


In den 80er Jahren fand ein Wandel im Selbstbewußtsein der Bevölkerung statt, die in den Analysen der Eingaben an den Staatsrat hervorgehoben wurden. So ist in der Analyse der „Vorspracheanliegen“ und Argumentationen der Eingabenschreiber des Jahres 1985 zu lesen:


(…)

Bei Anliegen zum Reiseverkehr forderten Bürger Begründungen für erfolgte Ablehnungen, damit sie die Gründe in ihrem Verhalten und Auftreten beachten konnten. Die Nichtbegründung der Ablehnungen durch die VP-Organe und die oftmals kritisierten Verhaltensweise dort tätiger Mitarbeiter stößt auf Unverständnis der Bürger, die diese Begründungen dann in der Öffentlichen Sprechstunde erwarten.  


386 BAP, DC 20 MR 12.3.86 01-140/3/86 (alte Signatur), Bl. 121.


Die ökonomischen Hintergründe dieser Rezession der Eingabe als politisches Korrektiv können hier nur angedeutet werden. In den 70er Jahren waren die letzten privaten und halbstaatlichen Betriebe verstaatlicht worden. Dies hatte zur Folge, daß deren Arbeitsproduktivität sank oder die Betriebe schlossen. Die Konsumgüterproduktion der „1.000 kleinen Dinge“ mußte durch Betriebe übernommen werden, die Anfang der 80er Jahre in Industriekombinatsstrukturen eingegangen waren. Das führte dazu, daß beispielsweise Betriebe, die Starkstromkeramikisolatoren herstellten, nun auch Gebrauchskeramik für den Bevölkerungsbedarf produzierten, oder daß ein Schwermaschinenkombinat nun auch Campingrills herstellte.

Auch die Weltwirtschaftskrise der 70er Jahre war an der DDR nicht spurlos vorübergezogen. Nachdem die gesamte Industrie in den 70er Jahren auf sowjetisches Erdöl eingerichtet worden war, mußte Anfang der 80er Jahre in Folge der Erdölkrise auf einheimische Braunkohle umgerüstet werden. Dies führte im Staatshaushalt zu einem immensen Defizit. Außerdem versiegten die Devisenströme, die durch den Weiterverkauf des Erdöls eingenommen wurden.

---

387 Vgl. dazu ausführlich u.a. André Steiner,...
Vor einer solchen prekären wirtschaftlichen Situation stand die DDR das letzte Mal 1953, als von der Sowjetunion die Anweisung kam, daß die DDR eine eigene Armee aufzubauen habe, und dies aus dem eigenen Staatshaushalt finanziert werden sollte. Um das Haushaltsloch auszugleichen verkündete der Ministerrat am 28. Mai 1953, die Arbeitsnormen zu erhöhen. Dies führte zu massiven Unruhen, die in den Ereignissen um den 17. Juni kulminierten.


3. 5. 4. Verwaltungsgerichte in der DDR - Ausblick


<table>
<thead>
<tr>
<th>BRD</th>
<th>DDR</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>§ 1 Anwendungsbereich</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>(2) Dieses Gesetz gilt auch für die öffentlich-rechtliche Verwaltungstätigkeit der in Absatz 1 Nr. 2 bezeichneten Behörden, wenn die Länder Bundesrecht, das Gegenstück der ausschließlichen oder konkurrierenden Gesetzgebung des Bundes betrifft, als eigene Angelegenheit ausführen, soweit nicht Rechtsvorschriften des Bundes inhaltsgleiche oder entgegenstehende Bestimmungen enthalten. Für die Ausführung von Bundesgesetzen, die nach Inkrafttreten dieses Gesetzes erlassen werden, gilt dies nur, soweit die Bundesgesetze mit Zustimmung des Bundesrates dieses Gesetz für anwendbar erklären.</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>(3) Für die Ausführung von Bundesrecht durch die Länder gilt dieses Gesetz nicht, soweit die öffentlich-rechtliche Verwaltungstätigkeit der Behörden landesrechtlich durch ein Verwaltungsverfahrensgesetz geregelt ist.</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>(4) Behörde im Sinne dieses Gesetzes ist jede Stelle, die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung wahnimmt.</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>§ 2 Ausnahmen vom Anwendungsbereich</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>(1) Dieses Gesetz gilt nicht für die Tätigkeit der Kirchen, der Religionsgesellschaften und Weltanschauungsgemeinschaften sowie ihrer Verbände und Einrichtungen.</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>§1 Geltungsbereich</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>(1) Dieses Gesetz regelt die Zuständigkeit und das Verfahren der Gerichte zur Nachprüfung von Entscheidungen, die von Organen der staatlichen Verwaltung gegenüber Bürgern (nachfolgend Verwaltungsentscheidungen genannt) getroffen worden sind.</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>(2) Verwaltungsorgane im Sinne dieses Gesetzes sind staatliche Organe sowie staatliche Einrichtungen. Kombiniertheit und Betriebe, soweit ihnen die Befugnis übertragen wurde, Verwaltungsentscheidungen zu treffen</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>§2 Zulässigkeit des Gerichtsweges</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>(1) Der Gerichtsweg zur Nachprüfung von Verwaltungsentscheidungen ist zulässig, soweit das in Gesetzen oder anderen Rechtsvorschriften bestimmt ist.</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>(2) In Angelegenheiten, die Interessen der nationalen Sicherheit oder der Landesverteidigung berühren, ist der Gerichtsweg unzulässig.</td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

Aus der Sicht von Rechtswissenschaftlern war das Gesetz ein halbherziger Versuch, tatsächlich Verwaltungsgerichte in das Rechtspflegesystem der DDR zu reintegrieren. Karl Bönninger, der in der Gesetzgebungskommission mitarbeitete, berichtete in einem Interview dem Verfasser:
Eingaben nach 1989


Gysi und ich, wir waren die Einzigen in der Kommission, die für eine umfassende Zuständigkeit der Verwaltungsgerichte plädierten. Gysi hatte wahrscheinlich viele Gewerbetreibende in solchen Sachen verteidigt und wollte dort vom Gewerbe- und vom Steuerrecht her, daß der Bürger klagend vor Gericht ziehen konnte.”

Die Antwort darauf, wie dieses Gesetz tatsächlich gehandhabt worden wäre, muß die Geschichte schuldig bleiben. Auf jeden Fall wurde mit der Verabschiedung des Gesetzes begonnen, eine Rechtslücke zu schließen, die 1952 mit der Umwandlung der Länder in Bezirke aufgebrochen worden war. Das Zusammenspiel zwischen der Eingabe, als universellem Beschwerderecht, verbunden mit dem Druck auf die Verwaltung, innerhalb einer bestimmten Frist reagieren zu müssen, und der Institution Verwaltungsgerichtsbarkeit hätte die Rechtssicherheit der Bürger gegenüber der Verwaltung gestärkt. Das Grundproblem der Verwaltung, nur über geringe Ressourcen zu verfügen, hätte dieses neue Gesetz jedoch auch nicht lösen können. Wie die Überlegungen zur Anwendung des Verwaltungsrechts zur Eindämmung von Ausreiseanträgen zeigen, hätte die Einführung für die Bürger auch gegenteilige Folgen zeitigen können.

3. 6. Eingaben nach 1989


Auch die Tabelle auf der nächsten Seite zeigt, daß in den neuen Bundesländern von der Möglichkeit zu petitionieren deutlich häufiger Gebrauch gemacht wurde.

In den Berichten des Petitionsausschusses wird zwischen Einzel- und Massenpetitionen unterschieden. Bei Massenpetitionen handelt es sich im Grunde um Unterschriftensammlungen. Mit 1,19 Mio. Unterschriften


\(^{390}\) Ebenda, S. 6.
stand 1996 die „Forderung nach einer Verschärfung der Strafmaßnahmen bei Sexualverbrechen, nach Verbesserung bei der Sicherungsverwahrung, nach Therapie neben Strafvollzug, nach Maßnahmen zur chemischen Behandlung und nach Einrichtung eines Opferanwalts“ an vorderster Stelle. Zweithäufigster Petitionsgrund war mit 108.005 Sammelpetitionen die „Forderung nach Sicherstellung des Schutzes persönlicher Daten im Gesundheitswesen“. 73.265 Sammelpetitionen protestierten „gegen die Einschränkungen bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall“ und 63.918 „gegen die Anhebung des Renteneintrittsalters für Frauen von 60 auf 65 Jahre“.


In der Tabelle auf der nächsten Seite ist die Art der Erledigung der Petitionen aufgelistet. Auch hier läßt sich der Erfolg nicht mit Sicherheit feststellen. In den 70er Jahren lag die Quote der erfolgreichen Petitionen an den Petitionsausschuß des Bundestag bei ca. 7\%. 1996 wurde bei 9\% der bearbeiteten Petitionen „dem Anliegen entsprochen“, während ganze 35 Prozent durch „Rat, Auskunft, Verweisung, Materialübersendung usw.“ erledigt wurden. Da der Petitionsausschuß selbst nur Petitionen an die zuständige Einrichtung weiterleiten kann, entzieht sich ihm weitgehend

\[\text{Gesamtzahl} \quad \text{in v. H.} \quad \text{auf 1 Million der Bevölkerung des Landes} \quad \text{Gesamtzahl} \quad \text{in v. H.} \quad \text{auf 1 Million der Bevölkerung des Landes} \quad \text{Veränderungen}\]

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>neue Bundesländer*)</td>
<td>4.692</td>
<td>26,19</td>
<td>331</td>
<td>5.829</td>
<td>27,38</td>
<td>410</td>
<td>– 1.137</td>
</tr>
<tr>
<td>alte Bundesländer*)</td>
<td>12.756</td>
<td>71,21</td>
<td>489</td>
<td>14.873</td>
<td>69,85</td>
<td>221</td>
<td>– 2.117</td>
</tr>
<tr>
<td>Ausland</td>
<td>466</td>
<td>2,60</td>
<td>589</td>
<td>2.77</td>
<td>–</td>
<td>123</td>
<td>– 3.377</td>
</tr>
<tr>
<td>insgesamt</td>
<td>17.914</td>
<td>100,00</td>
<td>21.291</td>
<td>100,00</td>
<td>–</td>
<td>–</td>
<td>–</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Bevölkerungsstand: 31.03.1996

Die Geschichte der Eingabengesetzgebung in der DDR

218


„Das Petitionsrecht ist oft sehr kritisch betrachtet worden. Es wurde sogar als ‘Betriebsluxus‘ oder ‘unrentables Grundrecht‘ bezeichnet. (...) Sicher wird es immer wieder Querulanten unter den Petenten geben, jedoch muß dabei auch berücksichtigt werden, daß manche Petition zu positiven Änderungen führten.\n
---

In einer Telefonumfrage mit den Petitionsausschüssen der Landtage in den Neuen Bundesländern im Oktober/November 1998 erhielt der Verfasser in der Regel als Antwort auf die Frage nach dem Erfolg der eingegangenen Petitionen, daß die Erfolgsquote zwischen 5 und 20% liegen würde. Die Schwankungsbreite hing davon ab, was überhaupt als erfolgreich bezeichnet werden würde. Es gibt aber auch Ausschüsse, die über Erfolgsquoten keine Statistik führen. 393


Als neuer Adressat für Eingaben eignet sich offenbar auch das Amt eines Bürgerbeauftragten. Dieses Amt wurde in den Neuen Bundesländern nur in Mecklenburg-Vorpommern eingerichtet.

Noch bedeutsamer sind hingegen die Medien.395 So spielen beispielsweise Ombudsmänner in diversen Zeitungen eine Rolle.396 Aber auch die ostdeutschen Rundfunkanstalten erleben einen Run auf ihre Ratgebersemdungen zum Recht im Alltag. Hier kommen sie jedoch den Rechtsanwäl-

393 Ausführlicher dazu die Anlage 2.
395 Zu Eingaben und Medien in der DDR ausführlich ab S. 308 f.
Die Geschichte der Eingabengesetzgebung in der DDR


397 Aus dem § 3 wurde nach 1945 die Sonderregelung für die NSDAP und ihre Organisationen, Rechtsberatungen durchzuführen, gestrichen. Es ist dem Präsidenten des Landgerichts vorbehalten, diese Erlaubnis zu erteilen.
„In der Praxis des Petitionsausschusses, heißt es in einem Gesetzentwurf (15/3571), habe sich herausgestellt, daß die 'Bitten', vor allem wenn sie in Form sogenannter Massenpetitionen an den Bundestag herangetragen werden, ebenso behandelt werden müßten wie die Beschwerden. Die Zunahme aktiver Bürgerbeteiligung am politischen Willensbildungsprozeß über Petitionen solle nicht weiter behindert werden.“\(^{398}\)


Insofern ist der Vorschlag der Grünen, der darauf hinausläuft, überhaupt Informationen über die Arbeit der Verwaltung beschaffen zu können, zwar eine notwendige aber nicht hinreichende Voraussetzung, die Rolle von Petitionsausschüssen wirkungsvoll zu stärken.

### 3. 7. Statistik

Die historische Entwicklung der Eingabe, die im ersten Teil der Arbeit vor allem anhand der rechtswissenschaftlichen Diskussion und dem politischen Handlungswillen der Staats- und Parteiführung nachvollzogen wurde, soll im Folgenden anhand von statistischem Material noch auf einer anderen Ebene diskutiert werden. Hierbei geht es vor allem um die

---


\(^{399}\) Ausführlich über die Petitionsausschüsse in Anlage 1, S. 387 f.
Die Geschichte der Eingabengesetzgebung in der DDR


Die weiter oben beschriebene Methode, nach der die Präsidialkanzlei und später die Kanzlei des Staatsrates die Eingaben nach verschiedenen Kriterien zählten, läßt die aggregierten Zahlen glaubhaft erscheinen. Abweichungen können durchaus aus der Differenz zwischen den von den Eingabenschreibern intendierten Themen und den dann von den Kanzleien zugeordneten Eingabenkategorien entstanden sein. Auf die Aussage über eine generelle Tendenz, d.h. wie häufig Eingaben zu welchen Themen geschrieben wurden, hat dies jedoch eher marginalen Einfluß.


400 In §11 Abs. 1 des Erlasses des Staatsrats regelte, daß der Staatsrat jährlich einen Bericht über den Inhalt der Eingaben der Bürger entgegen nimmt.


Alle diese Einschränkungen sollen darauf verweisen, daß die Statistiken nicht absolute Werte angeben, sondern vielmehr den Versuch darstellen, näherungsweise die tatsächlichen historischen Verläufe von Eingabemengen in Relation zu den häufigsten Themen zu dokumentieren.

**Versuch einer Schätzung DDR-weiter Eingabenzahlen**


401 BAB, DC 20 Film 775-31, unpag.


Spätestens für die 80er Jahre ist zu vermuten, daß das Eingabenaufkommen in der DDR die Millionengrenze überschritten hat. Vorsichtig

---

403 Für 1974 liegen mir keine Zahlen über den Anteil der Eingaben aus den Bezirken vor.


Was lassen sich aus den vorgestellten Zahlen für Schlüsse ziehen? Sollte sich die Hochrechnung bestätigen, so hat sie für ein Urteil über die gesellschaftliche Bedeutung der Eingabe in der DDR Konsequenzen:

Der relativ geringe Anteil an Staatsratseingaben von 4 bis 13% am

Die Geschichte der Eingabengesetzgebung in der DDR


Es bietet sich daher an, sich der Geschichte der Eingaben nicht vom politi-

schen Ereignis her zu nähern, das bereits am Tag seiner Entstehung seinen Platz im Geschichtsbuch gefunden hat, als vielmehr von der Masse der Eingaben auf tatsächlich relevante erfahrungsgeschichtliche Ereignisse oder Bedingungen zu schließen.


Markant ist auch, daß beim Wechsel der Ämter, 1960 wegen Piecks Tod und 1972 nach Ulbrichts Entmachtung, die Statistiken unterbrochen sind. Es wurden jedenfalls keine auswertbaren Zahlen gefunden.


Das Diagramm 3 zeigt die absoluten Zahlen ausgesuchter Eingabenthemen.\footnote{Um eine Übersicht zu ermöglichen, wurde bei fehlenden Zahlen auf das gesamte Jahr hochgerechnet (1959). In den 50er Jahren sind keine Eingaben speziell unter der Rubrik Thema Handel und Versorgung festgehalten. Für die Tabelle wurden daher aus der Rubrik „Wirtschaft“ die Zahlen von „Versorgung mit Industriewaren“ und „Versorgung mit Kraftfahrzeugen“ herangezogen. Als Quelle dienten die Daten, die bereits im vorigen Diagramm benannt wurden.} Die Verläufe lassen sich in drei wesentliche Tendenzen gliedern, die ich nachfolgend näher erläutern möchte:
Die Geschichte der Eingabengesetzgebung in der DDR


---

408 In den 50er Jahren sind die Eingaben unter dem Begriff „Innerdeutsche Angelegenheiten“ subsumiert.
409 Siehe hierzu auch Merkel, Ina, 1996.
Die Geschichte der Eingabengesetzgebung in der DDR


Der Machtwechsel im Herbst 1989 wurde dann durch die empfundene Perspektivlosigkeit, gerade bei jüngeren Menschen, und deren Entschwenden über Ungarn oder Prag eingeläutet. Insgesamt steht die Ära Honecker für eine steigende Unzufriedenheit in der Bevölkerung, die gemessen an den Eingabenzahlen, den Stand der frühen 60er wieder erreichte und Ende der 80er Jahre eskalierte.

Unter den Voraussetzungen, daß die Zahlen zu den einzelnen Eingabenrubriken immer wieder dieselben Themen abbildeten, und daß die Eingabenzahlen in einem gewissen Maß die tatsächlichen Probleme der Bevölkerung in einer gewichteten Relation verdeutlichen, lassen sich aus den Verläufen wertvolle Informationen über die Geschichte der DDR zusammentragen.


411 Gorbatschow spielt in diesem Zusammenhang eine wesentliche Rolle. Er repräsentierte die Positivmaske für Modernität und Veränderungswillen, dem die Greise des Politbüros nur mit dummen Sprüchen (z.B. Tapezieren) und haarstreubenden Sanktionen (z.B. Sputnikverbot) begegnen konnten.
Größtes Problem im Alltag der Ostdeutschen war und blieb die Verfügbarkeit über angemessenen Wohnraum. Dabei ist erstaunlich, daß bereits in den 50er Jahren die Wohnraumerhaltung als zentrales Problem benannt wurde. Reiseeinschränkungen waren Anfang der 60er Jahre ein wichtiges Thema.


Im Eingabenverhalten der Bevölkerung gab es signifikante regionale Unterschiede. Das Diagramm 412 stellt den Verlauf der Anzahl der Eingaben pro 100.000 Einwohner einiger ausgewählten Bezirken der DDR und Berlins an den Präsidenten und den Staatsrat der DDR dar. Die Häufigkeit der Eingaben der nicht aufgeführten Bezirke liegt in etwa zwischen der

Die Geschichte der Eingabengesetzgebung in der DDR


Für 1976 sind die prozentualen Anteile einzelner Eingabenthemen der Gesamteingaben nach Bezirken überliefert; für 1988 und 1989 ohne Reise- und Übersiedlungsfragen. Schlaglichtartig lassen sich regionalspezi-fische Schwerpunkte rekonstruieren. In der Tabelle 14\textsuperscript{13} ist die regionale Vertei-

\textsuperscript{13} Quelle: BAB, DA 5 11383, unpag., BAB DA 5 11445, unpag.
Beitragung bestimmter Themen der an den Staatsrat gesandten Eingaben aufgelistet.


<table>
<thead>
<tr>
<th>1976</th>
<th>1988</th>
<th>1989</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td><strong>Handel und Versorgung hoch</strong></td>
<td>K.-M.-Stadt 1,5</td>
<td>Dresden 9,4, Frankfurt 7,8</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>Conti 2,5</td>
<td>Frankfurt 11,2, Conti 11,1</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Handel und Versorgung tief</strong></td>
<td>Rostock, Neubrandenburg, Berlin 1,5</td>
<td>Erfurt 3,8, Berlin 4, Magdeburg 4,1</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>Rostock 4,4, Neubrandenburg 4,8, Berlin 4,9</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Wohnungsfragen hoch</strong></td>
<td>Rostock 61, Neubrandenburg 55, Halle 52</td>
<td>Rostock 59,6, Neubrandenburg 54,7, Magdeburg 54,5</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>Rostock 58,4, Neubrandenburg 52,7, Schwerin 49,3</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Wohnungsfragen tief</strong></td>
<td>Conti 44, Potsdam 46, Leipzig 47</td>
<td>Dresden 41, Frankfurt 42,7, Conti 44,3</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>Suhl 40,6, Frankfurt 41, K.-M.-Stadt 41,6</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Reise- und Besuchverkehr hoch</strong></td>
<td>Magdeburg 7,5, Dresden 6,5</td>
<td>Magdeburg 7,5, Dresden 6,5</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>Suhl, Neubrandenburg, Rostock 5</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Reise- und Besuchverkehr tief</strong></td>
<td>Dresden 11,5, Leipzig 11</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>Dresden 11,5, Leipzig 11</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Aus- und Einsiedlung hoch</strong></td>
<td>Neubrandenburg, Frankfurt 2,5</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>Neubrandenburg, Frankfurt 2,5</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Aus- und Einsiedlung tief</strong></td>
<td>Neubrandenburg, Frankfurt 2,5</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>Neubrandenburg, Frankfurt 2,5</td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

Tabelle 1: Prozentualer Anteil der Eingaben aus den jeweiligen Bezirken an den Staatsrat (nur Extreme).

414 Die Signaturen der den Dokumenten zugrunde liegenden Zahlen entsprechen den Signaturen zum Diagramm 1 und dem Diagramm auf der S. 226.

Der enorme prozentuale Anstieg von Eingaben zu Wohnungsfragen an den Rat der Stadt Karl-Marx-Stadt seit Anfang der 80er Jahre wird nicht, wie beim Staatsrat, durch Eingaben zu Reisefragen verzerrt. Tatsächlich nahmen die absoluten Zahlen zu Wohnungsfragen kontinuierlich zu. Bei
Wohnungsfragen war die Kommune für die Eingabenschreiber Karl-Marx-Stadts der kompetenteste Adressat. Auch die soziale\textsuperscript{415} Zugehörigkeit wurde in Korrelation zu den in den Eingaben angesprochenen Themen für die 80er Jahre in den Eingabenstatistiken an den Staatsrat dokumentiert. Das vom Verfasser erstellte Diagramm \textsuperscript{6416} auf S. 234 zeigt die prozentuale Verteilung einiger ausgewählter Eingabenthemen an den Staatsrat, differenziert nach sozialer Zugehörigkeit. 65\% bis 75\% der Eingaben an den Staatsrat konnten gruppenspezifisch identifiziert werden. Diese Zuordnung war möglich, weil im Unterschied zu den Eingaben an kommunale Institutionen in den Eingaben an den Staatsrat umfangreich die soziale Situation und das gesellschaftliche Engagement beschrieben wurde. In den von mir untersuchten Eingaben im Chemnitzer Stadtarchiv waren auch etwa 57\% der Eingaben an den Staatsrat nach der sozialen Herkunft identifizierbar.\textsuperscript{417} Dennoch müssen die Zahlen sehr kritisch begutachtet werden. So wurde, wie bereits für die 50er Jahre erwähnt, unter die große Gruppe der Arbeiter und Angestellten eigentlich alles subsumiert, was nicht Intelligenz, Bauer, Handwerker oder Gewerbetreibender gewesen ist, so zum Beispiel auch Staats- und Partei-funktionäre sowie Angehörige der bewaffneten Organe. Zu berücksichtigen ist außerdem, daß man sich nur mit bestimmten Themen tatsächlich an den Staatsrat wendete.


Während für „Arbeiter und Angestellte“ die Wohnungsfrage um die 50\% Marke pendelte, sank bei den „Handwerkern und Gewerbetreibenden“ der Anteil der Wohnungseingaben unter die der Eingaben zu Reisefragen.

\textsuperscript{415} Sowohl die sozialen Gruppen als auch die Zuordnung der einzelnen Eingaben erfolgte durch den Staatsrat. Sozial meint hier alle Differenzierungsmöglichkeiten innerhalb einer Sozietät wie Geschlecht, Alter, Form der Erwerbstätigkeit usw.

\textsuperscript{416} Eigene Zusammenstellung aus folgenden Quellen: BAB: J/94, ohne Pag; DC 20 MR 14.3.85 01-108/3/85 Anl. 3. neu DC 20 I/3-2140; DC 20 (MR 01-25/4/84), neu: DC 20 I/3-2451, Bl. 127; DC 20 (MR 01-91/4/89), Bl. 184.

\textsuperscript{417} Die Staatsratseingaben wurden an die zuständigen Institutionen weitergeleitet, so daß sich in den Eingabenbeständen an einzelne städtische Institutionen auch Staatsratseingaben befinden.

Für „Intelligenz“, und „Handwerker und Gewerbetreibenden“ schien Wohnungnot als Problem am Ende der 80er Jahre nicht mehr zu dominieren. Bei „Handwerkern und Gewerbetreibenden“ sank die Eingabenzahl 1988 auf etwa 10% (Zum Vergleich: Der Eingabenanteil Wohnungen betrug beim Staatsrat 48%). Die Eingaben zu Reisefragen stiegen bei dieser Gruppe dagegen auf über 25%. Für sie schienen sich die empfundenen Defizite auf die fehlenden Reisemöglichkeiten ins westliche Ausland konzentriert zu haben. Das Verlangen nach „Reisefreiheit“ erreichte in den Forderungen eine neue Quantität. Wenn Reisefreiheit zum ersten Forde-


Laut Diagramm 5 überstiegen Eingaben zu Wohnungsfragen bei jungen DDR-Bürgern mit knapp 75% den Gesamtdurchschnitt in Wohnungsfragen um etwa 25%. Der Exodus junger DDR-Bürger 1989 über Ungarn und die CSSR könnte dann teilweise auch auf unerfüllte Wohnraumwünsche zurückzuführen sein. Verblüffend ist die geringe Zahl von Eingaben (nicht einmal 1%) zu Versorgungsproblemen. Die gerne zitierte Metapher des „bananengeilen“ Ostdeutschen als Synonym für unerfüllte Konsumwünsche scheint zumindest für diese Generation nicht zuzutreffen. Möglicherweise waren in dieser sozialen Gruppe andere Strategien erfolgversprechender, um an begehrte Konsumgüter zu kommen, so z.B. Naturaltausch, Schwarzmarkt, Beziehungen etc.

Zusammengefaßt läßt sich festhalten: Die sozialen Probleme und Lebensbedingungen der verschiedenen sozialen Schichten und Generationen in der DDR gingen teilweise weit auseinander. Das widerspricht dem verbreiteten Bild einer homogenen, entdifferenzierten und kollektivierten Gesellschaft. Die Differenzierungen verweisen auf unterschiedliche lebensweltliche Kontexte, die einerseits in den materiellen Voraussetzungen, andererseits aber auch in unterschiedlichen

418 Freiheit meint hier den Umfang des tatsächlichen individuellen Handlungsspielraums.

„Im Sinne der Bürger entschieden“


Die Zahlen in der Tabelle 1 in den Spalten „Im Sinne der Bürger entschieden..“ und „Anteil der weitergeleiteten Eingaben, die im Sinne der Bürger entschieden wurden in %“ sind aus dem vom Staatsrat erstellten Dokument. Die beiden letzten Spalten enthalten den Anteil der tatsächlich an die zuständigen Organe weitergeleiteten Eingaben und den tatsächlichen Prozentsatz der „im Sinne der Bürger“ entschiedenen Eingaben aus den insgesamt zu den jeweiligen

<table>
<thead>
<tr>
<th>Thema</th>
<th>Im Sinne der Bürger entschieden</th>
<th>Anteil weitergeleiteter Eingaben, die im Sinne der Bürger entschieden wurden in %</th>
<th>Anteil der tatsächlich an Organe weitergeleiteten Eingaben in %</th>
<th>Anteil der eingegangenen Eingaben, die tatsächlich im Sinne der Bürger entschieden wurden in %</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Summe</td>
<td>23,248</td>
<td>61,5</td>
<td>28,29</td>
<td>17,41</td>
</tr>
<tr>
<td>davon</td>
<td>614</td>
<td>61,9</td>
<td>33,98</td>
<td>21,04</td>
</tr>
<tr>
<td>Industrie, Finanzen</td>
<td>564</td>
<td>69,6</td>
<td>47,68</td>
<td>33,16</td>
</tr>
<tr>
<td>Bauwesen, Baureparaturen</td>
<td>3,308</td>
<td>79,2</td>
<td>57,61</td>
<td>45,65</td>
</tr>
<tr>
<td>Wasserwirtschaft, Verkehrs- und Umweltschutz, ÖVW</td>
<td>85</td>
<td>51,2</td>
<td>33,06</td>
<td>16,92</td>
</tr>
<tr>
<td>Land-, Forst- und Nahrungs- güterwirtschaft</td>
<td>722</td>
<td>69,6</td>
<td>47,68</td>
<td>33,16</td>
</tr>
<tr>
<td>Handel- und Versorgung</td>
<td>1.345</td>
<td>60,0</td>
<td>47,02</td>
<td>28,23</td>
</tr>
<tr>
<td>Wohnraumversorgung</td>
<td>13.046</td>
<td>61,4</td>
<td>65,25</td>
<td>40,10</td>
</tr>
<tr>
<td>Renten, Sozialfragen</td>
<td>277</td>
<td>42,9</td>
<td>50,27</td>
<td>25,02</td>
</tr>
<tr>
<td>Gesundheitswesen</td>
<td>398</td>
<td>67,0</td>
<td>48,24</td>
<td>32,34</td>
</tr>
<tr>
<td>Bildung, Kultur, Touristik</td>
<td>580</td>
<td>51,7</td>
<td>46,10</td>
<td>23,03</td>
</tr>
<tr>
<td>Lohnpol. u. Arbeitsrechtsfragen</td>
<td>640</td>
<td>54,8</td>
<td>58,11</td>
<td>31,84</td>
</tr>
<tr>
<td>Rechts- und Justizfragen</td>
<td>772</td>
<td>52,7</td>
<td>33,97</td>
<td>17,89</td>
</tr>
<tr>
<td>Innere Angelegenheiten</td>
<td>444</td>
<td>45,0</td>
<td>36,62</td>
<td>16,47</td>
</tr>
<tr>
<td>Reiseverkehr</td>
<td>53</td>
<td>34,6</td>
<td>0,78</td>
<td>0,27</td>
</tr>
<tr>
<td>Sonstige Anliegen</td>
<td>81</td>
<td>59,3</td>
<td>8,22</td>
<td>8,22</td>
</tr>
</tbody>
</table>


420 BAB, DC 20 MR 23.3.89 01-91/4/89 Anl. 4. neu: DC 20 I/3-2788, Bl. 182.


Bis auf „Renten und Sozialfragen“ rangieren die Bereiche, die man grob unter „Soziales“ zusammenfassen könnte, über dem bereinigten Durchschnitt.


Wichtige Faktoren, die den Erfolgsgrad beeinflussen konnten, waren neben dem Anliegen das Territorium (Verteilungsunterschiede von Ressourcen), der historische Zeitpunkt (50er oder 70er Jahre, vor oder nach einer Wahl usw.) und der Adressat selbst (soziale Zugehörigkeit, Selbstdarstellung usw.). Darauf soll im zweiten Teil dieser Arbeit, in dem die individuellen Handlungsstrategien untersucht werden, noch ausführlich eingegangen werden.

Die statistische Auswertung der Eingabe gestattete einen Eindruck darüber, in welcher Quantität die Bevölkerung die Eingabe nutzte und welchen historischen Verlauf die Entwicklung von thematischen Schwerpunkten nahm. Es ließen sich hinsichtlich der Eingabeninhalte außerdem soziale und regionale Unterschiede zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen nachweisen.

Die Statistik erlaubt jedoch noch keine Aussagen über die tatsächliche Bedeutung der Eingabe als Instrument der Konfliktbewältigung. Offen geblieben ist auch, mit welchen individuellen Handlungsstrategien, welchen Zielen und Vorstellungen Eingaben geschrieben wurden. Um also die Rolle und Funktion von Eingaben in der Gesellschaft angemessen bewerten zu können, soll im Folgenden die Perspektive der Eingabenschreiber untersucht werden.
4. Die Eingabenkultur


1. Durch eine linguistisch-hermeneutische Untersuchung der rhetorischen Strategien der Individuen zur Durchsetzung ihrer Interessen.

Diese Analysen verstehen sich als methodologische Versuche, die in Ansätzen vorführen sollen, welche Potenzen die Quelle für historische Darstellungen der DDR haben kann. Hier werden mehr Fragen für zukünftige Forschung aufgeworfen als fertige Ergebnisse präsentiert.


Im Unterschied zu heutigen Befragungen von Zeitzeugen stellen Eingaben eine der wenigen zeitgenössischen Quellen dar, die nicht durch spätere Erfahrungen und gesellschaftliche Umbrüche überlagert wurden oder in neue Kontexte eingebunden eine retrospektive Umdeutung erfahren haben.
4. 1. Die Eingabe als Quelle

Wie jede Quelle hat auch die Eingabe ihre Besonderheiten, die es bei der Analyse zu beachten gilt. Diese Besonderheiten sollen zunächst vorge stellt, und Schlußfolgerungen für das methodische Vorgehen gezogen werden.


Zur Überlieferung der Eingaben in den Archiven


(...)"

422 Siehe auch: Merkel, Ina (Hg.), 1998.

Bereits 1967 war man sich also offenbar über den historischen und wissenschaftlichen Wert von Eingaben im Klaren. Da die Kassation von Eingaben nicht nach einem vereinfachten Verfahren erfolgen sollte, hätte sich – folgte man der Empfehlung – ein hoher Archivierungsaufwand ergeben:

„Das Eintragen der einzelnen Eingaben (-betreffen) in die Kassationsanträge ist für den Verwaltungsarchivar äußerst zeitraubend und daher arbeitsökonomisch wohl kaum vertretbar, und zum anderen hätte beim summarischen Aufführen ganzer Akteninheiten von Eingaben der über die Kassationsanträge entscheidende Mitarbeiter kaum Anhaltspunkte über historisch besonders wertvolle Einzelvorgänge."424

Deshalb schlug der Autor vor, einen Schriftgutkatalog für Eingaben zu erarbeiten, d.h. Sachgebieten zusammenzustellen, auf die sich Eingaben beziehen könnten. Folgende Struktur erachtete er als geeignet, die Themen der Eingaben abzubilden:

424 Ebenda, S. 142.

Mit einer Periodisierung der Geschichte der DDR und einer Modifizierung der Aufbewahrungsquoten sollte dem Wandel der Eingabenprobleme Rechnung getragen werden. Mit dieser Vorgehensweise sollte ein repräsentativer Querschnitt erzeugt werden. 425


425 Ebenda, S. 143.
Die Eingabe als Quelle

genaue Archivierungsvorschrift für Eingaben gab, ist die Eingabenüberlieferung in den Archiven sehr unterschiedlich.


Für die vorliegende Arbeit hat das Stadtarchiv

Tabelle 1. Übersicht über die Bestände an Eingaben ausgewählter Stadtarchive.

Diagramm 1. Eingabenbestände ausgesuchter Stadtarchive nach Provenienz.
Die Eingabenkultur

archiv Chemnitz beträchtliche Anstrengungen unternommen, bestimmte Eingabenbestände zügig einzuarbeiten.\textsuperscript{426}

Die Tabelle 1 gibt einen Überblick über den Bestand der Eingaben in den Stadtarchiven einiger ausgewählter Bezirksstädte der DDR.\textsuperscript{427}


**Quellenauswahl**


<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Bürgermeister</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>I. Stellv. Bürgermeister</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Handel und Versorgung</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Inneres</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Rat der Stadt</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Volkshilfe</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Wirtschaft</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Gesundheit</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Stadtbauminister</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Körpersport und Sport</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Verkehr, Straßen, Wasser</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

Diagramm 2. Überblick über die Eingabenbestände des Chemnitzer Stadtarchivs nach Provenienz.

\textsuperscript{426} Besonders Birgit Schubert ist zu danken, die mit großem Einsatz oft auch „außer der Reihe“ immer wieder Eingaben für die Untersuchung zugänglich machte.

\textsuperscript{427} Die Angaben geben einen groben Überblick und erheben nicht den Anspruch auf Vollständigkeit.

„Einen dritten Schwerpunkt stellen Eingaben solcher Bürger dar, die mit dem Verhalten anderer Bürger, die sich nicht oder wenig in die sozialistische Gesellschaft einfügen, nicht einverstanden sind. Darunter sind in erster Linie solche Bürger zu verstehen, die nicht regelmäßig der Arbeit nachgehen, bzw. die Arbeit bummeln. Bei der Bearbeitung dieser Eingaben wird eng mit den Betrieben zusammengearbeitet und gegebenenfalls entsprechende Erziehungsmaßnahmen eingeleitet."

In den Eingaben ging es dabei hauptsächlich um Beschwerden über asoziales Verhalten, das als Zumutung für ganze Hausgemeinschaften emp-

---

428 SAC, 11280, Bl. 136-137.
429 SAC, 11283, Bl. 2.

Die Tabelle 2 zeigt die einzelnen Jahrgänge und Signaturen der verwendeten Eingaben aus dem Chemnitzer Stadtarchiv. Sie macht deutlich, daß die Eingabenüberlieferung – ähnlich wie in der gesamten DDR – sich ab den 60er Jahren stark verbesserte. Gerade die Eingaben an den Bürgermeister sind besonders reichhaltig überliefert.

Methodisches Vorgehen

Die überlieferten Eingabenmengen machten es notwendig, zu selektieren. Neben der Überlieferung gibt es eine Reihe weiterer Besonderheiten, die die Eingabe als Quelle auszeichnen. Diese Charakteristika sollen in Stichpunkten vorgestellt werden, da sie für die Selektion und Analyse der Eingaben Bedeutung haben:


Die Eingaben werden mit ähnlichen Methoden wie sie die Oral History praktiziert untersucht, weil sich beide Quellen – Briefe und lebensgeschichtliche Erzählungen – in vielerlei Hinsicht ähneln. Auch hier werden
Die Eingabe als Quelle


Somit steht der Wert einzelner Eingaben im engen Zusammenhang zu den erzählerischen Fähigkeiten der Autoren. Originalität, der Umfang der Erzählung sowie die typische oder untypische Bearbeitungsform der Eingaben waren daher wesentliche Kriterien, nach denen die einzelnen Eingaben für die qualitative Auswertung extrahiert wurden.

Die computergestützte Erfassung der Eingaben

Die untersuchten Eingaben wurden computergestützt erfaßt. Für die qualitative Eingabenanalyse wurde der komplette Eingabentext und – so vorhanden – das Antwortschreiben aufgenommen. Außerdem wurden folgende Daten erfaßt:
- der Eingabengrund in Stichworten
- das Alter
- das Geschlecht und die Tätigkeit des Eingabenschreibers
- der Erfolg der Eingabe
- an wen die Eingabe gerichtet und von wem sie beantwortet wurde
- die Anzahl der Tage bis zur Beantwortung der Eingabe (Zwischenbescheid wurde auch gewertet)
- ob handschriftlich oder mit Schreibmaschine geschrieben und eine Klassifizierung der Eingabe in:
  - Drohung
  - Denunziation
  - gesellschaftliches Anliegen
  - privates Anliegen
  - Ventil oder kommunales Anliegen (Mehrfachbelegungen möglich)

Die Durchsicht der Eingaben ergab, daß sich bestimmte formale Elemente wiederholen. In diesem Sinne wurden 15 Textelemente aus den ausgewer-
Die Eingabenkultur
teten Eingaben extrahiert, die auf die besondere Struktur der Eingabe verweisen. Das sind im Einzelnen:
the Anrede, der Betreff, die Selbstdarstellung, die Forderung/das Anliegen, die Drohung, die Alltagsschilderung, der Hinweis auf ein Ereignis, die Anfrage, die Einsicht in die Notwendigkeit, der Bezug auf eine dritte Autorität (auf eine gesellschaftliche Norm oder Moral), der Beschwerdegrund, das Gerücht, das Forum für das Gerücht, wer hat Schuld, was wäre normal und die Schlußformel. Tex
elemente aus den Eingaben wurden einer Kategorie zugeordnet, um so eine übersichtliche Struktur zu erhalten, die mit den oben beschriebenen Kategorien korreliert werden kann.


Abbildung 1. Oberfläche der Archivdatenbank

Abbildung 2. Patent-Datenbank

**Vorüberlegungen zur Auswertung**


---

430 Hierbei handelt es sich um die Stichworte: Eingabe, Statistik, Bericht, Briefwechsel, Protokoll, Beschuß, Anweisung, Gesetz, sonstiges und wichtig.
4. 2. Die rhetorische Dimension in den Eingaben

In den Eingaben finden sich – mehr oder weniger ausgeprägt – bestimmte wiederkehrende Textmuster.\textsuperscript{431} Es sind rhetorische Kompositionen, die alle darauf abzielen, die Eingabe erfolgreich zu gestalten. Sie korrespondieren miteinander und unterstützen in der Semantik der Eingabe die Darstellung des Problems und ordnen es in einen gesellschaftlichen Kontext ein. Unter rhetorischen Kompositionen sollen daher individuelle Strategien beim Schreiben einer Eingabe verstanden werden, die darauf gerichtet sind, den Adressaten von der Richtigkeit der eigenen Auffassung, Wahrnehmung usw. zu überzeugen und sogar zum Handeln im Sinne des Absenders zu motivieren.


Zweitens können rhetorische Kompositionen hermeneutisch untersucht werden. Dabei geht es im weitesten Sinne darum, welche gesellschaftli-

\textsuperscript{431} Siehe S. 249 ff.
Die Eingabenkultur

254


Einige dieser rhetorischen Kompositionen sollen im nun folgenden Abschnitt exemplarisch untersucht werden: Es sind die Rollenzuweisung, die Selbstdarstellung, der Bezug auf Normen und Werte, die Einsicht in die Notwendigkeit und die Drohung.


432 Metapher: Schein-Synonym, es wird ein Wort mit einer übertragenen Bedeutung eingesetzt; Hyperbel: Übertreibung des Ausdrucks, Pointieren, Schockeffekt herbeiführen; Rhetorische Frage: Frage, auf die keine Antwort erwartet wird und meist als Frage verkleidete Behauptung eingesetzt wird; Ironie: das Gegenteil dessen zu sagen, was man meint; Vorgriff: In der Chronologie einer Ereignisabfolge wird ein Ereignis vorweg angedeutet, um Spannungen zu erhöhen; Rückgriff: Form der erinnernden Wiederholung, Zusammenfassen; Exkurs: hier als abschweifende Abhandlung, mit dem Ziel, das Anliegen in einem neuen Kontext zu betrachten; Beispiel: Darstellung einer Tatsache, die die eigene Feststellung/Behauptung untermauern soll; Zugeständnis: dem Adressaten psychologisch entgegenzukommen, ohne tatsächlich eigene Interessen aufzugeben; Vergleich: Veranschaulichen eines Sachverhaltes, um gesagtes stärker zu verdeutlichen; Sentenz: Verwendung eines Ausspruchs (Sprichwort, Autorität etc.), um die eigene Behauptung zu stärken. (siehe auch Schlüter, Herrmann, 1997, S. 22-47.)

433 Hier wird von ca. 20 bis 30 Eingaben pro Signatur ausgegangen. Insgesamt wurden über 500 Eingabenakten gesichtet.
werden. Dadurch entwickelte sich mit der Zeit ein bestimmter Eindruck. Dieser Eindruck ist zwar nicht statistisch repräsentativ, er erlaubt aber ein gewisses Maß – wenn auch ein sehr subjektives – an quantitativen Erfahrungen in die Analyse einfließen zu lassen.

Der Untersuchungsansatz besteht darin, zu versuchen, mögliche Extreme aufzuspüren und einander gegenüberzustellen. Im Idealfall würde es so möglich werden, die Bandbreite der in den Eingaben verfassten Inhalte und rhetorischen Elemente herauszuarbeiten. Innerhalb dieser Grenzen bewegen sich die Eingaben.


Ich hätte volles Verständnis dafür gehabt, wenn keine Apfelsinen oder Nüsse, sowie Importäpfel im Angebot gewesen wären, alle diese Dinge können wir noch nicht in dem Maße importieren, als oft der Bedarf vorhanden ist, sie kosten uns wertvolle Devisen, die zum Aufbau unserer Volkswirtschaft dringend benötigt werden. Aber daß Kartoffeln fehlen? Wir haben doch nicht mehr 1945. [Exkurs, Zuständnis, Rückgriff, Einsicht in die Notwendigkeit]


Ich bitte darum, diese Angelegenheit zu überprüfen und dafür zu sorgen, daß künftig solche Pannen ausgeschlossen werden. [Forderung] Auch interessiert es mich, was die Abt. Handel und Versorgung vor dem Fest unternommen hat, um die Festversorgung abzusichern. [rhetorische Frage, Selbstdarstellung, Drohung]
Mein Schreiben bitte ich als Eingabe zu registrieren und auch entsprechend zu bearbeiten, da mir daran gelegen ist, daß unnötige Unzufriedenheit vermieden wird. [Drohung]434

In dieser Eingabe versammeln sich fast schon idealtypisch sämtliche rhetorische Kompositionen, die überhaupt vorstellbar sind. In der folgenden Untersuchung werden die rhetorischen Kompositionen im einzelnen behandelt.

4. 2. 1. Rollenzuweisung, die persönliche Anrede

In ersten Abschnitt sollen einige der in den Eingaben zugewiesenen Rollen untersucht werden. So ist es beispielsweise möglich, bereits mit der Anrede den Angeschriebenen zu umschmeicheln, sich anzubiedern, sich zu einer verschworenen Gemeinschaft zu stilisieren, ihn für einen Mißstand verantwortlich zu machen oder den Adressaten in seiner Position zu erhöhen. Allein durch die Anrede kann bereits eine gewisse Vertrautheit oder auch Distanz hergestellt werden. Mit der Anrede wird durch den Absender der erste Versuch unternommen, dem Adressaten eine bestimmte Rolle zuzuweisen. Für die Rollenzuweisung ist sie daher ein erster Indikator. Die Rollenzuweisungen kehren meist wieder und werden in zielgerichteter Form eingesetzt, um für die Interaktion zwischen Absender und Adressaten bestimmte Verhaltensvorgaben zu definieren, also bestimmte Interaktionsregeln festzulegen.


„Werter Genosse Präsident
Wilhelm Pieck

434 SAC, 10684, Bl. 23-26.
435 BAF, DA 4 1105, unpag.


Für das mit dem Brief übersandte Deckchen wird sich bedankt und ihr wird geholfen:

> „Wegen der Reparatur Ihres Selbstfahrers haben wir uns mit der Kreisgeschäftsstelle der Sozialversicherung in Verbindung gesetzt. Wir hoffen, daß ein gangbarer Weg gefunden wird. Weitere Nachricht in dieser Angelegenheit erhalten Sie dann von dieser Stelle.“

In dieser Eingabe wurde eine familiäre Vertrautheit erzeugt, der sich der Angeschriebene kaum entziehen konnte. Da Pieck selbst diesen Brief wahrscheinlich nie zu Gesicht bekam, ist es auch fragwürdig, ob die Briefgestaltung Einfluß auf das Ergebnis hatte.

Dieses Beispiel stellt einen extremen Pol der Rollenzuweisung dar. Die Art und Weise, wie die Frau an Pieck schrieb, eignet sich hervorragend, die Eingabe als ein unterwürfiges Bittgesuch an einen allmächtigen Potentaten zu interpretieren. Es sind die klassischen Rollen: hilflose Frau aus dem Volk und großer allmächtiger und gütiger Herrscher. Pieck hat dieses Ver-

---

436 BAP, DA 4 1105, unpag.
hältnis noch am ehesten bedient, obwohl er selbst immer wieder seine Hilfe als Hilfe zur Selbsthilfe beschrieb. Mit dem Ergebnis konnten beide zufrieden sein. Ihr wurde in einer äußerst schwierigen Situation geholfen, und Piecks Ansehen in der Bevölkerung wuchs. Denn sie wird bestimmt allen, die es wissen wollten, erzählt haben, daß Pieck ihr half.


„Herzlichen Dank für den Glückwunsch zu meiner Auszeichnung als Verdienter Techniker des Volkes.
Ich versichere Dir, daß ich auch weiterhin meine ganze Kraft für die Durchsetzung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus einsetzen werde. Als Beweis, daß ich als Angehöriger der neuen sozialistischen Intelligenz immer da war, möchte ich Dir zur Verständigung meines gleichzeitigen Anliegens meine Kurzbiographie mitteilen."

Es folgt ein tabellarischer Lebenslauf.


437 SAC, 3118, Bl. 98-101.
Die rhetorische Dimension in den Eingaben


Diese Selbstdarstellung ist ein weiterer Versuch, sich gegenüber dem Oberbürgermeister als gleichgesinnten Kämpfer für die gute Sache zu präsentieren. Dies spielt insofern eine Rolle, als er den Adressaten als einen an der gleichen Seite der Front kämpfenden um Hilfe gegen die Fallstricke drehenden Feinde bittet. Die gesamte erste Seite der Eingabe dient zunächst als Einstimmung. Vom tatsächlichen Gegenstand, warum Herr Z. schreibt, ist nichts zu lesen. Doch auch die zweite Seite beginnt zunächst mit einem philosophischen Exkurs:

Hier besteht in meiner Angelegenheit ein echter Widerspruch zwischen Theorie und Praxis der marxistischen Philosophie bzw. zu unserer neuen sozialistischen Verfassung.


Die privaten Geschäftsleute wurden rechtzeitig und noch dazu in größere Geschäfte mit besserer Lage umgesetzt bzw. fürstlich entschädigt.

438 SAC, 3118, Bl. 98-101.
Für die Errichter der Diktatur des Proletariats gibt es nicht einmal 10 m² Boden zur Umsetzung einer Garage (bis heute ist die Platzfrage noch nicht 100%ig geklärt).\textsuperscript{439}


Die Zuweisung einer gemeinsamen Rolle als Mitglieder einer verschworenen Gemeinschaft im Kampf gegen die bösartige Bürokratie rundet Z. am Ende seiner Eingabe ab:

„Nun bin ich der Meinung, daß der Oberbürgermeister einer so großen Stadt nicht alles wissen kann und viel wichtigere Dinge zu erledigen hat, als sich um ein paar Garagen zu kümmern. Aber an wen soll ich mich sonst noch wenden. Die ganze Sache ist jetzt schon mehr eine Vertrauensfrage von Genosse zu Genosse geworden und eine Sache, die in ein paar Wochen Dank bisher praktizierten Verzögerungspolitik abgeschlossen sein möchte.”\textsuperscript{440}


\textsuperscript{439} SAC, 3118, Bl. 98-101.
\textsuperscript{440} SAC, 3118, Bl. 98-101.
Eine direkte Bezugnahme auf allzu offensichtliche Rhetorik findet sich in den seltensten Fällen in den Antwortschreiben. Eine Ausnahme sind die Antwortschreiben des Chemnitzer Oberbürgermeisters in der unmittelbaren Nachkriegszeit, auf die später genauer eingegangen wird.

Für die inhaltliche Analyse bieten Rollenzuweisungen allein nur schwer deutbare Informationen. Sie erteilen zwar Auskunft, inwiefern der Eingabenaautor sich selbst und den Adressaten Rollen zuweisen möchte, ob es aber auch die Rollen sind, die sich die Adressaten anzueignen bereit sind, steht noch in Frage. Darüberhinaus bleibt offen, inwiefern die Rollenkonstruktionen reine Erfindungen der Eingabenschreiber waren, oder inwiefern sie aus realen Erfahrungen geronnen sind. Aus der Position des Absenders muß die vorgenommene Rollenzuweisung einen wenigstens annähernd realistischen Bezug haben. Sonst würde er sie ja nicht einsetzen.

In einer dritten Variante der Rollenzuweisung werden nicht Rollen konstruiert, sondern real existierende Rollen eingesetzt. Der Absender der Eingabe vertraut darauf, mit seinem Namen und/oder seiner Position den nötigen Eindruck und Einfluß beim Adressaten zu hinterlassen. Um seine Wünsche durchsetzen zu können, wird die gehobene gesellschaftliche Position für die eigenen Interessen eingesetzt. Der Absender geht davon aus, daß er dem Adressaten bekannt ist.


„Lieber Genosse Erhard Krack!


„Liebe Genossin Thea Hauschild!
Deinen Brief vom April 1978 habe ich erhalten. Ich kann Dir mitteilen, daß wir bis zum 1.9.1978 für die Familie Deines Sohnes eine 3-Raum-Wohnung zur Verfügung stellen.“

441 LAB, 101-2026, unpag.
442 LAB, 101-2026, unpag.
Die rhetorische Dimension in den Eingaben


Im nächsten Abschnitt wird ein weiteres Element aus dem Reservoir der rhetorischen Kompositionen vorgestellt, „die Selbstdarstellung“.


, belegt, wie sehr DDR-Bürger mit egalitären Idealen sozialisiert wurden.
4. 2. 2. Die Selbstdarstellung


Anhand der Selbstdarstellung, läßt sich untersuchen, was der Absender meint, wie er aus der Sicht des Adressaten beschaffen sein müßte, um seine Eingabe positiv bearbeitet zu bekommen. Die Selbstdarstellung läßt Rückschlüsse über die Vorstellung des Absenders von der Verwaltung zu, damit diese ihn als „Gutbürger“ und somit als Anspruchsberechtigten identifiziert.

Die in der Selbstdarstellung präsentierten Eigenschaften lassen sich in materielle und ideelle Referenzen einordnen. Materielle Referenzen sind die im weitesten Sinne nachprüfaren Eigenschaften, wie die Teilnahme an bestimmten gesellschaftlichen Aktivitäten, das Bekleiden von ehrenamtlichen Funktionen usw. Ideelle Referenzen sind die ausschließlich ver-
Die rhetorische Dimension in den Eingaben


Die Selbstdarstellung ist der Extrakt eines mehrfach gebrochenen Diskurses, dem in den folgenden Fragen nachgegangen werden kann: Was glaubt der Absender, welches Bild von ihm aus der Perspektive der Verwaltung vorteilhaft wäre? Wie präsentiert er sich? Läßt sich aus der Selbstdarstellung etwas über die tatsächliche Selbstwahrnehmung herauslesen? Was sind die Werte, auf die sich der Absender bei der Selbstdarstellung bezieht? Und, wie geht der Adressat darauf ein?

Nachfolgend soll mit einer Auswahl verschiedener Varianten die Vielzahl der möglichen Selbstdarstellungen vorgestellt werden.

Kommen wir zunächst auf die Garageneingabe zurück. Die Selbstdarstellung wird in dieser Eingabe zunächst im Stil eines tabellarischen Lebenslaufes präsentiert:

„40 Jahre alt
21 Jahre Wismut
Maschinenschlosser 1946
Maschinenmeister 1950
Maschineningenieur 1963
Plastanwendungsingenieur 1964
fünf x Aktivisten (2-, 5- und 7-Jahrplan)
zwei x Brigade der sozialistischen Arbeit
Meister der Arbeit
Verdienstmedaille der AKG
Bestenzeichen der AKG
Aufbaunadel in Bronze, Silber und Gold und noch einige andere Auszeichnung“


444 SAC, 3118, Bl. 98.
Die Eingabenkultur

Bezirksparteischule machen ihn zum „sozialistischen Supermann“, dem man eigentlich keine Bitte mehr abschlagen kann.


Das Problem an dieser ideologieorientierten Konstruktion besteht darin, daß der eigentliche Erbauer der Zukunft natürlich die Arbeiterklasse ist. Die Bündnisse, die diese Klasse eingeht, sind aber eher von den Stimmungen und aktuellen Trends der politischen Orientierung abhängig und können sich schnell ins Gegenteil verkehren. Als Angehöriger der technischen Intelligenz kann er unter Umständen eben nicht mehr als Arbeiter anerkannt werden.

Der Absender setzt sich mit der Selbstdarstellung ins rechte Licht, um die Institution davon zu überzeugen, daß er anspruchsberechtigt sei. In diesem Fall korrespondiert die Selbstdarstellung mit Fragen zur Ressourcenverteilung. Dazu werden in der Regel zwei aufeinander bezogene rhetorische Figuren aufgebaut. In der ersten stellt er sich als wertvolles Mitglied der Gesellschaft dar und leitet daraus bestimmte Ansprüche ab. In der zweiten wird gezeigt, daß man ungerechtfertigterweise benachteiligt wurde, in diesem Fall geschieht dies durch den Verweis auf die bevorzugten Handwerker.

445 Wenn man von der hämischen Deutung absieht, daß die Artikulationsprobleme vielleicht gerade ein Merkmal der „neuen sozialistischen Intelligenz“ seien.

Die rhetorische Dimension in den Eingaben

Die nachfolgenden Zitate aus verschiedenen Eingaben geben einen kleinen Einblick in die vielfältigen Varianten der Selbstdarstellung, die das Ziel haben, sich als wertvolles Mitglied der Gesellschaft zu präsentieren. Das Jahr, das Geschlecht, der Adressat, der Eingabegrund und der Erfolg sind, soweit ersichtlich, in Klammern vermerkt:


Diese Selbstdarstellung agiert auf zwei Ebenen: Zum ersten stellt er heraus, daß er sich mit den Zielen der sozialistischen Gesellschaft in Übereinstimmung befinden würde. Zum zweiten listet er den klassischen deutschen Tugendkatalog auf, der bis in die Kaiserzeit zurückreicht: Fleiß, Ordnung, Pünktlichkeit und Gewissenhaftigkeit. Er hofft darauf, daß diese Tugenden von der Verwaltung nach wie vor als solche anerkannt würden und ihm also bei der Genehmigung eines Gewerbescheins zuträglich wären. Ein weiteres Beispiel:

„Erwähnen möchte ich noch, daß mein Sohn seit dem Jahre 1956 als VP-Helfer tätig ist und sich dort aktiv bei allen Veranstaltungen betei-
Die Eingabenkultur

ligt. Ich selbst bin seit 1948 als Hausvertrauensmann und stellv. Straßenvertrauensmann tätig und habe auch sonst bei allen öffentlichen Arbeiten, wie Volkszählung, Wohnraum-Aufnahmen etc. mitgeholfen.

Als letzten und Hauptgrund für die Berücksichtigung meines Gesuches möchte ich anführen, daß ich nach dem Kriege mein total zerstörtes Haus mit Hilfe von Staatsmitteln und körperlichen Einsatz meiner ganzen Familie wieder aufgebaut und somit dem Staate fünf Wohnungen zur Verfügung gestellt habe, was wohl in ganz Erfenschlag als Einzelfall anzusehen ist. Meine körperlichen Anstrengungen haben mit dazu geführt, daß ich später als Schwerbeschädigter anerkannt worden bin.  

(1961, männlich, an Rat der Stadt Wohnraumlenkung, Beschaffung einer Wohnung für den Sohn, nicht erfolgreich)

In dieser Eingabe hofft der Autor durch die Aufzählung seines gesellschaftlichen Engagements, ähnlich wie in der Garageneingabe, sich als anspruchsberechtigt darzustellen. Sogar seine Invalidität, die anerkanntermaßen auf sein gesellschaftliches Engagement zurückzuführen sei, wird in die Darstellung einbezogen.

„Ich bin schon in der 2. Wahlperiode Abgeordneter im Stadtbezirk West (vordem Stadtbezirk III). Durch Verringerung der Stadtbezirke sind die Aufgaben eines Abgeordneten gewachsen, zumal sich auch das Territorium vergrößert hat (längere Anmarschwege usw).

Ferner bin ich Mitglied des Bezirksausschusses 43 der Nationalen Front. Dieser Wohnbezirk ist mein Wirkungsbereich als Abgeordneter.

Z.Zt. bin ich Vorsitzender der Ständigen Kommission Jugendfragen der Stadtbezirksversammlung West.

Als Jugendhelfer bin ich Vorsitzender des Jugendhelferkollektivs für den Ortsteil Stelzendorf und außerdem Mitarbeiter des Jugendhilfebeirates beim Rat des Stadtbezirkes West.


(1963, männlich, an Rat der Stadt, Handel und Versorgung, Verzögerung Auslieferung Trabant, erfolgreich)

448 SAC, 10722, Bl. 48-49.
449 SAC, 10684, Bl. 73, 319-328.
Auch hier werden die freiwilligen Ämter herangezogen, um den Anspruch auf eine knappe Ressource zu legitimieren. Die Aufzählung der Mitglied- und Mitarbeiterschaften ist so endlos, daß man sich fragt, wie er das alles ganz ohne Auto schafft und was er noch alles schaffen würde, wenn er erst ein Auto besäße.


(1963, männlich, an Rat der Stadt, Handel und Versorgung, Auslieferung Trabant durch HO-Industriewaren, erfolgreich)


(1974, männlich, an Chemnitzer Oberbürgermeister, altersgerechte Wohnung, erfolgreich)

„Als einer der 17 Millionen Bürger unseres stolzen sozialistischen Staates wende ich mich an Euch, weil mir einiges zu denken gibt. Vor allem aber weil ich Genosse bin und mithelfen möchte, daß es in

Ich hoffe, daß Ihr mich versteht, was ich mit dem eben ausgeführten sagen will.\footnote{SAC, 11280, Bl. 108-113.}

(1974, männlich, an Zentralkomitee der SED, Straßennamenumbenennen, nicht erfolgreich)


„Dieser unmögliche Lärm ähnelt dem eines Rummelplatzes und ist nicht nur für die älteren Bürger, die in ihren Hausgärten Ruhe und Erholung suchen unzumutbar, sondern auch für uns jüngere, die wir unsere Nervenkraft noch für Fernstudium und Weiterbildung brauchen."\footnote{SAC, 10864, unpag.}

(1969, weiblich, an Oberbürgermeister, Lärmbelästigung durch ungarische Arbeiter, erfolgreich)

Ein weiteres Beispiel für eine solche knappe Selbstdarstellung:

„Als Geistesarbeiter lege ich aber gerade auf Lezithin ein grosses Gewicht und tätige meine Einkäufe in dieser Verkaufsstelle und nicht in einer beliebigen meines Wohnbezirkes, wo ich naturgemäss nicht immer mit frischer Ware rechnen kann.

(1977, männlich, an Stadtrat für Handel und Versorgung, frische Eier, keine Angaben zum Erfolg)


An diesen sehr knappen Darstellungen wird noch einmal besonders deutlich, daß die Funktion der Selbstdarstellung im wesentlichen darin besteht, das in der Eingabe vorgetragene Anliegen zu legitimieren, um den Adressaten zu motivieren, in der Sache tätig zu werden.

454 SAC, 10667, Bl. 214-215.
Die besondere Bedürftigkeit wird mit der rhetorischen Figur des Rückgriffs in die Vergangenheit verlegt. Dadurch ist es möglich, die heutigen gesellschaftlichen Ideale gegen eine Realität auszuspielen, die eigentlich der Vergangenheit angehören sollte. Außerdem wird beim Adressaten ein Schuldbewußtsein als Deutscher geweckt, daß man natürlich heutzutage nicht mehr mit jemanden auf diese Weise umgehen dürfe, noch dazu, wenn er wegen seines bewußten politischen Engagements und wegen seiner ethnischen Zugehörigkeit verfolgt wurde. Der Absender fordert political correctness ein. Eine Forderung, der man sich nur schwer entziehen kann. In diesem Fall bedurfte die Selbstdarstellung einer besonderen Finesse, um zum eigentlich Bedürftigen überzuleiten. Die Aura der in der Selbstdar-

455 SAC, 101-2026, unpag.
Die rhetorische Dimension in den Eingaben

...daß der kranke Sohn dieses Mannes in die gleiche Wohnungssituation gerät, aus der sein Vater (...) befreit wurde" auf den Sohn übertragen. Dies stellt auch den eigentlichen Schwachpunkt in der ganzen Konstruktion dar.

Im Unterschied zu den sozialistischen Superhelden, die für ihre Leistung Anerkennung fordern und auch zu den Bedürftigen, die soziale Gerechtigkeit einklagen, soll mit dieser Selbstdarstellung massiv moralischer Druck auf den Adressaten ausgeübt werden.

In einigen Eingaben wird die Unsicherheit der Autoren deutlich, was eigentlich dazu gehört, sich erfolgreich zu präsentieren, um seine Interessen durchzusetzen. Andere haben den Bogen raus und beherrschen die Selbstdarstellung perfekt. Doch es ist schwierig, zwischen kühler Berechnung und naiver Selbstdarstellung zu trennen. Oft sind die Grenzen fließend. Wenn ein Genosse all seine gesellschaftlichen Funktionen und ehrenamtlichen Tätigkeiten aufzählt, liest sich das wie eine ungeheuerliche Inszenierung. Andererseits zeigt sich in der Präsentation auch die Selbstwahrnehmung: Er schuftet sich für diese Gesellschaft ab, ohne auch nur ein kleines Privileg dafür zu erhalten. Nun möchte er endlich einmal die Früchte dieser Plackerei ernten. Außerdem sei beispielsweise ein Auto ja nicht nur für Spaß und Freizeit da, sondern erhöhe wiederum die Leistungsfähigkeit.

Die hier vorgestellten Formen der Selbstdarstellung laufen, bei allen individuellen Unterschieden, meistens darauf hinaus, sich als nützliches und loyales oder als bedürftiges Mitglied der Gesellschaft zu präsentieren. Die Loyalität muß sich nicht in Form der direkten politischen Zustimmung äußern, sondern kann auch durch den Verweis auf fachliche Kompetenz und Tüchtigkeit ausgedrückt werden. Mit der Selbstdarstellung als leistungsfähiger oder bedürftiger Bürger wird eine Gegenleistung von der angeschriebenen Institution abverlangt. Bezogen wird sich dabei auf einen gesellschaftlichen Konsens darüber, welche Eigenschaften und Leistungen zu honorieren seien.

Die Autoren meinen, daß insbesondere die Präsentation einer besonders aktiven gesellschaftlichen Tätigkeit auf positive Resonanz in der Verwaltung stoßen müsse. Dem Adressaten könnten die Subbotnicks, Abendstudien, Sonderlehrgänge, Solidaritätsaktionen usw. eigentlich egal sein. Er ist aber erstens selbst in dieses System gesellschaftlicher Anforderungen eingebunden, und zweitens steht er als Staatsfunktionär unter öffentlichem
Die Eingabenkultur


4. 2. 3. Der Bezug auf Normen und Werte


Eine Form dieser rhetorischen Komposition besteht im Beschreiben der

Eine zweite Form besteht darin, sich auf gesellschaftlich anerkannte Autoritäten, Gesetze oder andere öffentliche Verlautbarungen zu beziehen, und sie als Leitbild für eine anzustrebende Normalität einzusetzen. Den proklamierten Idealen werden die wahrgenommenen Defizite gegenübergestellt. Vorstellungen von Normalität unterliegen einem ständigen kulturellen Wandel. Die Untersuchung dieser rhetorischen Komposition ermöglicht Erkenntnisse darüber, wie sich der Diskurs über Normen und gesellschaftliche Ziele historisch entwickelte. Es wäre auch danach zu fragen, inwieweit hierbei generations-, schicht- und milieubedingte Unterschiede deutlich werden, was hier nur andeutungsweise geleistet werden kann.


**Bezug auf kulturell-moralische Grundwerte**


Die von den Eingabenschreibern angeführten Normen und Werte scheinen für die Gesellschaft selbstverständlich zu sein und müssen daher nicht
Die Eingabenkultur

durch Autoritäten zusätzlich legitimiert werden. Als offensichtlich verinnerlichte Normen werden sie zum Hintergrund, vor dem das individuelle Fehlverhalten anderer kritisiert wird. Dazu sollen einige Textbeispiele aus der unmittelbaren Nachkriegszeit vorgestellt werden:

„Glaubt Ihr Bonzen, daß ein Angestellter nicht genau so einen Appetit auf eine Zigarette hat wie Ihr? Von Euch hat bestimmt keiner die Gruppe IV!!“

(1947, anonym, an Amt für Handel und Versorgung, Rauchwarenmenge für Kartengruppe IV.)


Da die Eingabe anonym ist, konnte es nicht darum gehen, eine höhere Ration zu erhalten. Vielmehr wurde der eigene Standpunkt öffentlich gemacht und gefordert, gesellschaftliche Normen einzuhalten. Diese Eingabe ist insofern typisch, als in der Nachkriegszeit die unmittelbare Bedürfnisbefriedigung als Normalität eingeklagt wurde. Die Ansprüche stehen auf einem sehr niedrigen Niveau, so daß deren Befriedigung eigentlich nicht gerechtfertigt werden muß.

Die in der folgenden Eingabe bemühten Vorstellungen von Normalität sind außerordentlich komplex:

„Da mein Antrag immer wieder abgelehnt wurde, wende ich mich heute im Vertrauen auf Ihre Gerechtigkeit und Ihr menschliches Mitgefühl an Sie persönlich mit der Bitte um Befürwortung meines Antrages. (...) Diesen Wunsch (Rückkehrgenehmigung in die Heimatstadt, d.Vf.) hat jeder Mensch und es ist mir unbegreiflich, und eine Ablehnung widerspricht jedem Volksempfinden und jedem natürlichen Rechtsgefühl, wenn man mir und meiner Schwester den Wunsch, nach

456 SAC, 5591, unpag.
(1947, weiblich, an Oberbürgermeister Chemnitz, Zuzug der Schwester nach Chemnitz, nicht erfolgreich)


Ein weiterer Bezug auf Normalitätsvorstellungen leitet sich aus der Vergangenheit ab. Es gäbe eine familiäre Tradition, auf die man sich, unter Hinweis auf die Steuereinnahmen der Stadt, beziehen könne. Schließlich wird noch auf die Diskrepanz zwischen Wort und Tat der SED hingewiesen. Der Bürgermeister antwortete zwölf Tage später ausführlich:

„Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß die Wohnmöglichkeiten erst denen zur Verfügung gestellt werden, die gegenwärtig noch in Gartenlauben, ausgebauten Kellern und ähnlichen unzulänglichen Räumen leben."458

Um sich zu rechtfertigen bezieht sich auch der Oberbürgermeister auf moralische Grundsätze. Prioritäten würden ausschließlich nach dem Grad

457 SAC, 7966, ohne Pag.
458 Ebenda.
Die Eingabenkultur

Die Eingabenkultur

278

der Bedürftigkeit gesetzt. Die Bedürftigkeit leitet er aus seiner Vorstellung von normalen Wohnverhältnissen ab. Gartenlauben und ausgebaute Keller gehörten demnach nicht in die Kategorie normaler Wohnraum. Mit seiner Gegenargumentation widerlegt er nicht die Aussage der Eingabenautorin, sondern relativiert ihre Bedürftigkeit im Rahmen der von ihr verwendeten Logik. Nachdem er somit die Ansprüche zurückgewiesen hat, holt er zu weiteren Schlägen aus:

„Wenn Sie davon sprechen, daß die Ablehnung einer Zuzugsgenehmigung jedem Volksempfinden und jedem natürlichen Rechtsgefühl widerspricht, so kann ich nur annehmen, daß Sie der Auffassung sind, daß sich in Chemnitz um den Aufbau der Stadt niemand bemüht. Inwieweit die Ablehnung den Grundsätzen der SED widerspricht, daß sie den Mittelstand fördern und beschützen will, ist mir unerklärlich. Die ganze Art Ihrer Schreibweise zeigt mir aber sehr deutlich, daß Sie nicht zu denjenigen gehören, die die Politik der SED anerkennen, sondern daß Sie diese Grundsätze nur zur Argumentierung benutzen, um Ihre Wünsche durchzusetzen. Denn aus dem Satz geht Ihre Auffassung hervor, daß die SED praktisch die kleineren Existenzen rücksichtslos vernichtet. Ich wäre immerhin interessiert, zu erfahren, ob Sie ebenso aggressiv gegen die Verantwortlichen der gegenwärtigen Not, gegen die Naziverbrecher, vorgegangen sind.‘‘


An diesem Beispiel wird deutlich, daß es sich bei dem gegenseitigen Verweis auf Normen und Werte um eine bestimmte Kommunikationskultur handelt. Auf einer Metaebene können sich Eingabenschreiber und Verwaltungsangestellte über gemeinsam akzeptierte Normen, wie den Gleich-

459 Ebenda.
Die rhetorische Dimension in den Eingaben


Der Eingabenautor verweist in einem solchen Fall auf eine Vergabepraxis, die quer zu den Regeln steht. Beispielsweise wenn außer der Reihe ein anderer Antragsteller vorgezogen wurde. Mit diesem Wissen wird ein vorderer Platz in der Warteliste eingeklagt. Oder man erpresst die Behörde mit angeblichem Geheimwissen über ihre nonkomformen Verhaltensweisen. Ähnliche Strategien finden sich auch bei Ausreiseanträgen. Auch hier wird das Regelwerk, auf das sich die Behörde bezieht, durch den Nachweis einer anderen Praxis in Frage gestellt. Dabei werden häufig die Privilegien Prominenter aufgeführt:

„In der heutigen Aussprache legte Frau B. dar, daß sie die Ablehnung ihres Antrages nie begreifen würde, da sie genau wisse, daß Ausnahmen gemacht würden. Dabei führte sie die Tochter des Landesbischofs der ev.-luth. Kirche in Sachsen, Herrn Dr. Noth, die Vikarin Küchler und ein gewisses Fräulein F., beide Mitglieder der Herrnhuter Brüdergemeinde an, welche bedeutend jünger wären als sie und denen man die Übersiedlung nach Westdeutschland genehmigt hätte."460

(1964, weiblich, an Staatsrat, Ulbricht, Übersiedlung zu Mann in BRD, nicht erfolgreich)


(1974, weiblich, an Staatsrat der DDR, Wohnungszuweisung, teilweise erfolgreich)

Alle diese Gegenargumentationen zielen darauf ab, der Behörde nachzuweisen, daß sie die Normen und Werte verletzen würde. Der Absender verlangt, daß in seinem Fall nicht die Ordnung, sondern die Ausnahme

460 SAC 1431, Bl 295-296.
461 SAC, 1671, Bl. 255.
Die Eingabenkultur
durchgesetzt wird. Es wird deutlich, daß in der Eingabe, unter Bezug auf angeblich gemeinsame Normen und Werte, die Handlungsspielräume der Verwaltung ausgelotet werden.

Während in den vorangegangenen Fällen von einer grundsätzlichen Übereinstimmung in bestimmten Grundwerten ausgegangen wurde, verweist die nächste Eingabe auf enorme Konfliktpotentiale, die aus unterschiedlichen Normvorstellungen zwischen Bürgern und Staat resultieren. Hintergrund ist die Zumutung für ein junges Ehepaar, in einer Schule getraut zu werden. Hier tut sich ein Konflikt auf zwischen bürgerlichen Vorstellungen davon, wie Eheschließungszeremonien zu zelebrieren sind und einer staatlicherseits angestrebten proletarisch-sozialistischen Eheschließung:

„Die Verantwortlichen für die Auswahl des Objektes haben sicher mit zuwenig Engagement bedacht, daß eine Hochzeit in der Regel eine einmalige Angelegenheit ist, die Trauungszерemonie dabei der Höhepunkt sein sollte und sich auch im Standesamt die besondere Förderung und Fürsorge des Staates für die junge Generation repräsentieren muß. Beispielhaft dafür sind die Hochzeitspaläste in der UdSSR.“462


462 SAC, 11508, Bl. 15.
Der Versuch, dem eine proletarische Hochzeitskultur entgegenzusetzen scheitert genau an diesem Punkt. Es gibt keine Alternative, in einem Fest besonders beeindruckend das Besondere des Ereignisses herauszukehren, als sich mit einer sonst nie erreichbaren Symbolik zu umgeben, deren kultureller Kontext jedoch trotzdem bekannt ist.

Zum gleichen Problem gingen an den Oberbürgermeister weitere Eingaben ein. Sie bezogen sich ebenfalls auf Traditionen und auf die Einmaligkeit des Anlasses:

„Deshalb wenden wir uns mit diesem Schreiben an Sie, da wir auch der Meinung sind, eine Schule bringt niemals die gehobene Atmosphäre dieses einmalig festlichen Tages hervor, wie eine durch solche Tradition verbundene Stätte.“

(1981, männlich, an den Karl-Marx-Städtener Oberbürgermeister, Hochzeitszeremonie im Schulgebäude, erfolgreich)

Oder in einer bedachtsameren Variante:

„Wir empfinden die Eheschließung in einem Schulgebäude nicht dem Anlaß angemessen. Gibt es nicht in Karl-Marx-Stadt eine andere würdige Ausweichmöglichkeit?“

(1981, weiblich, an den Karl-Marx-Städtener Oberbürgermeister, Hochzeitszeremonie im Schulgebäude, erfolgreich)


Diskrepanzen in Moralvorstellungen zwischen Bürgern und Staat waren auch der Auslöser für die folgende anonyme Eingabe. Sie wurde aus Verär-

463 Es gibt freilich immer wieder witzige Ausnahmen, Hochzeit unter Wasser, beim Fallschirmsprung etc. Diese können als tatsächlich alternativer Versuch angesehen werden, relativ unabhängig von sozialen Hierarchien etwas Besonderes zu machen. Doch auch hier spielt bei der Ereignisauswahl die relative Unerreichbarkeit des Ereignisses für das eigene Milieu eine Rolle.

464 SAC, 11508, Bl. 7.

465 Ebenda, Bl. 6.
gerung über die Publikation des Buches „Clochemerle“ als Fortsetzungsroman in der Tagespresse im Jahre 1951 an Wilhelm Pieck geschrieben. Diese Eingabe bezieht sich dezidiert auf moralische Normen:

„Das Erscheinen dieses Buches hat in der Öffentlichkeit, sowie in vielen Teilen der Bevölkerungsschichten mit vollem Recht helle Empörung hervorgerufen. Wir wundern uns, wie unserer Regierung entweder solche Fehler unterlaufen können, oder aber unsere Regierung gibt wissentlich Schmutz- und Schundliteratur für ihre Bevölkerung frei, obwohl sie uns erst von solchem Dreck befreite.

Bei einer Buchbesprechung fragten wir uns, was denn der Autor dieses infamen Geschreibsel eigentlich beabsichtigte. Wir stellten jedenfalls fest, dass es ein Buch ist, welches nicht nur unsere heranreifende Jugend zutiefst verseucht, sondern unsere Frauen reifere Alters sind auf das empfindlichste beleidigt.

Es ist unvorstellbar, wie unser Jugend auf diesen ‚Sau-Roman‘ reagiert, der, und das ist einfach skandalös, im Sächsischen Tageblatt als Zeitungsroman zur Zeit erscheint!!!

Wir Werktätigen wollen fortschrittliche Literatur, die uns in den Stand einer politischen Zielklarheit versetzt. Ein Buch muss uns kämpfen helfen, muss uns in unserem Kampf stark machen, dieses Geschmier, dieses unsittliche, ist jedoch dazu geeignet, viel, ja alles zu verderben.


Die Wortwahl und Radikalität dieser Eingabe ermöglichen Rückschlüsse auf die Sozialisation ihres Autoren. Die imperative Formulierung, was ein Buch zu vermitteln habe und was nicht, die Polarisierung der Forderungen, Bücher hätten die Leser für den Kampf zu stählen und dürften nicht Unsittlichkeit und Verderbtheit verbreiten, verweisen auf die mentale Verankerung einer deutschen Zensurtradition. Die heranreifende Jugend und die reiferen Frauen müßten vor Schmutz und Schund geschützt werden, während er selber natürlich in der Lage sei, sich mit dem Werk kritisch auseinanderzusetzen ohne dabei ernsthafte psychische Schäden davonzu tragen. Die eigene Moral wird zur universellen Größe und als Maß der

466 BAB, DA 4 1113, Bl. 85-86.
Zensur erhoben. Die geistige Nähe zwischen der Auffassung von Schmutz und Schund und der Tradition, Anderes und Fremdes als Abartiges und Gefährliches zu deklarieren, zieht hier seine kontinuierliche Bahn. 467

Leider ist zu dieser Eingabe keine Reaktion des Adressaten überliefert. Aufschlußreich wäre es, zu erfahren, wie sich die Staatsführung gegenüber Moralstandards rechtfertigte, die noch radikaler als die eigenen waren.

Auch in der folgenden Eingabe werden staatliche Institutionen aufgefordert, die öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten:

„In der letzten Zeit beobachte ich zunehmend die 'Unsitte', daß Radfahrer ausgesprochene Fußgängerbereiche (Fußwege, Fußgängerzone, w.z.B. Brühl-Boulevard) mit bedenkenloser Selbstverständlichkeit benutzen.“ 468

(1986, männlich, an Abteilung Inneres beim Rat der Stadt Karl-Marx-Stadt, Radfahren im Fußgängerbereich, erfolgreich)

Der Begriff „Unsitte“ soll die Mißbilligung des Autors darüber ausdrücken, daß neue Sitten in ihrer alltäglichen Anwendung mit der akzeptierten Ordnung verwachsen. Die „bedenkenlose Selbstverständlichkeit“ ist eine weitere Anspielung darauf, daß sich hier etwas einbürgert, was aus der Sicht des Eingabenautors unsittlich ist. Der Eingabenaautor wird durch seine Eingabe zum Historiographen kulturellen Wandels von Normalität.


468 SAC, 11507, Bl. 169.


(1987, weiblich, an Abteilung Inneres beim Rat der Stadt Karl-Marx-Stadt, assoziales Verhalten von Mitbewohnern, nicht erfolgreich)


In der folgenden Eingabe beschwert sich ein Hausbewohner über einen alkoholkranken Nachbarn, der sich regelmäßig des nachts mit seiner Frau prügelt.

„Von den Hausbewohnern wurden mehrfach Eingaben an die Kriminalstelle des VP-Revisers im Stadtbezirk und bei der AWG gemacht.

469 SAC, 11507, Bl. 217-218.

Das Problem mit Herrn B. kann meines Erachtens nur dadurch gelöst werden, dass Herr B. in einer geschlossenen Anstalt für Alkoholkranke entwoehnt und eine Arbeit zugewiesen wird. Mit den Personen, die vor Herrn B. in der Wohnung lebten sind wir gut ausgekommen und in anderen Häusern wird es mit Herrn B. die selben Probleme geben.470

(1988, männlich, an Staatsratsvorsitzenden, Alkoholiker im Haus, keine Angaben zum Erfolg)

Die Toleranzschwelle dieses Eingabenautes ist überschritten. In der Eingabe wird die Schlüsselfrage einer Gemeinschaft gestellt. Wie lange kann und muß die Hausgemeinschaft die Belästigungen anderer ertragen? Damit wird die Normalität der Mehrheit in Gegensatz zur tyrannisieren- den Lebensweise eines Einzelnen gestellt. In anderen Eingaben zu ähnlichen Situationen wird dieser Kontrast noch verstärkt:

„Doch als berufstätige Bürger der DDR, die bisher ihre ganze Kraft zur Erfüllung staatlicher Aufgaben einsetzen, fragen wir an:

Steht uns zum Schutz unserer Gesundheit nicht auch Nachtschlaf und frische Luft zu? Wir bitten Sie, schnellste Maßnahmen zur Abhilfe dieser unerträglichen Verhältnisse zu ergreifen.

Sollten Sie aber auch nicht in der Lage sein, uns das Lebensnotwen- digste (Schlaf und Luft) zu verschaffen, bitten wir um Mitteilung. Dann werden wir als letzte Instanz den Staatsrat der DDR um Hilfe ersuchen.471


Auch hier bezieht sich die Autorin auf eine Normalität, die im Sinne einer anthropologischen Grundkonstante – Ruhe und Luft – eingeführt wird. Die Grenzen zwischen der Hilflosigkeit, mit der Situation selbst fertig zu

470 SAC, 11507, Bl. 315.
471 SAC, 11508, Bl. 21-22.
Die Eingabenkultur


Bezug auf Autoritäten

Während in den vorangegangenen Beispielen die Vorstellungen von Normalität nicht weiter legitimiert, sondern als selbstverständlich gesetzt wurden, beziehen sich die folgenden Eingabenschreiber auf gesellschaftlich anerkannte politische und juristische Autoritäten.

Es ist anzunehmen, daß es sich beim Zitieren ideologischer Verlautbarungen, von Gesetzesstexten usw. um eine bewußt eingesetzte rhetorische Komposition handelt.

„Hunger tut weh! Das ist ein wahres Wort und ich kenne das Wort auch. In einer der letzten Aufsätze vom Herrn Präsidenten Dr. Friedrich, Dresden wurde gesagt, daß jeder Einwohner mindestens 2 Ctr. Kartoffeln bekommen haben muß.“

(1946, männlich, an Chemnitzer Oberbürgermeister, Zuteilung Kartoffeln, nicht erfolgreich)

472 SAC, 7966, unpag.
Der schmerzende Hunger dient als Ausgangspunkt, um darauf hinzuzweisen, daß die gegenwärtige Zuteilung von Kartoffeln kein normaler Zustand sein könne. In einem zweiten Schritt untermauert der Autor seine Aussage mit dem Bezug auf eine präsidiale und doktorale Autorität, die dies bestätigt. Es sei also kein absurder Wunsch, zwei Zentner Kartoffeln zu erhalten, sondern normal und das Anliegen somit gerechtfertigt.

Im folgenden Fall geht es um Widersprüche, die sich zwischen postulierter Moral und der entsprechenden Praxis auftun. Ein Mann beschwert sich bei Ulbricht darüber, daß er als Leiter eines Altersheims fristlos gekündigt wurde. Dem Eingabenschreiber wurde, nachdem er seine Haftstrafe verbüßt hatte, eine Arbeit zugewiesen, die ihm jedoch nicht gefiel. So bewarb er sich um eine Stelle als Leiter eines Altersheims, ohne seine Haftstrafe zu erwähnen. Nach acht Wochen, in denen er als Heimleiter tätig war, kündigte ihm der Rat der Stadt mit der Begründung, daß er sich zunächst für diese Stelle qualifizieren müßte, und daß er seine Vorstrafe bei der Bewerbung verschwiegen hätte.

„Doch im neuen Rechtspflegeerlaß heißt es, daß keinem Bürger der Deutschen Demokratischen Republik ein Vorwurf seiner Vergangenheit wegen gemacht werden darf, geschweige denn Steine auf seinen Zukunftsweg zu werfen. Dasselbe kommt ja auch im Jugendkommunique zum Ausdruck.“

(1966, männlich, Staatsratsvorsitzenden, Kündigung der Arbeit, nicht erfolgreich)

Der Eingabenautor bezieht sich auf den Rechtspflegeerlaß, in dem es unter anderem um die Wiedereingliederung von Haftentlassenen geht. Er besitzt zwar Anspruch auf einen Arbeitsplatz, der wird jedoch von den örtlichen Organen vorgegeben. Durch die Einstellung als Heimleiter umgeht er die Arbeitsplatzzuweisung und beansprucht für sich, nachdem der Schwindel aufgefllogen ist, die moralischen Grundsätze, die im Rechtspflegeerlaß niedergelegt sind.

Das an sich sinnvolle Konzept, Strafentlassenen durch die Zuweisung eines Arbeitsplatzes die Wiedereingliederung in die Gesellschaft zu erleichtern, bricht sich mit den schlecht bezahlten und unangenehmen Arbeitsplätzen, die den Entlassenen zugewiesen werden. Sie werden als billige „zwangsverpflichtete“ Arbeitskräfte eingesetzt.

In der Eingabe wird diese scheinheilige Doppelmoral vorgeführt. Der

Nachfolgend werden einige typische Formen der Bezugnahme auf Statements der Partei und Regierung vorgestellt. Zunächst ein Beispiel, in dem sich ein Bürger darüber beschwert, daß andere die von Ulbricht definieren Normen nicht annehmen:

„Ich bin zu der Überzeugung gekommen, daß es noch sehr viele dickfellige Leute gibt, bei denen all die Reden unseres Gen. W. Ulbricht abprallen. Wie soll man da mit unseren Menschen diskutieren wenn man selbst innerlich aufgewühlt und verärgert ist?“

(1960, männlich, an Karl-Marx-Städter Oberbürgermeister, Einkelleitungskartoffeln, erfolgreich)


In anderen Eingaben beziehen sich die Autoren direkt auf richtungsweisende Leitsätze:


474 SAC, 1006, unpag.
(1962, weiblich, an Karl-Marx-Städtler Oberbürgermeister, Sortimentsbereinigung, nicht erfolgreich)

„In einer Ihrer Reden brachten Sie zum Ausdruck, daß jeder Bürger die DDR mit ordnungsgemäßen Papieren verlassen kann. Ich bitte Sie hiermit, zu Ihrem Wort zu stehen und zu veranlassen, daß uns die Möglichkeit zur Übersiedlung nach Hamburg geboten wird.“

(1963, weiblich, 50 Jahre alt, an Staatsrat, Ulbricht, Antwortschreiben durch die Abteilung Inneres beim Rat der Stadt Karl-Marx-Stadt, Eheschließung mit Mann aus Hamburg und Übersiedlung, nicht erfolgreich)


(1963, männlich, an Rat der Stadt, Abteilung Handel und Versorgung, Wiedereröffnung einer Fleischerei, nicht erfolgreich)


(1971, männlich, an Rat der Stadt Abteilung Handel und Versorgung Berlin, häufige und über mehrere Tage dauernde Inventuren der Geschäfte, erfolgreich)

„In der Direktive des VIII. Parteitages der SED zum Fünfjahrrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR 1971 bis 1975 wird gefordert, daß die materielle und hygienische Ausstattung der Kindergärten und Schulhorte weiter zu verbessern ist."

(1973, männlich, an Karl-Marx-Städtler Oberbürgermeister, Kindergarten spielplatz, erfolgreich)

„Mit einem von diesem Kollegen praktizierten Arbeitsstil werden täglich sehr viele Bürger verärgert und nicht jeder wird das nur als ein

475 SAC, 10659, unpag.
476 SAC, 1431, Bl. 36.
477 SAC, 10659, unpag.
478 LAB, 113-363, unpag.
479 SAC, 1671, Bl. 370-372.

(1976, männlich, an Oberbürgermeister von Berlin, verzögerte Auslieferung Pkw Moskwitsch und unfreundliche Bedienung im Autosalon, erfolgreich)

„’Die SED widmet der Förderung der Familie, der Fürsorge für Mutter und Kind, sowie der Unterstützung kinderreicher Familien und junger Ehen große Aufmerksamkeit.’

Programm der SED

Bedeutet diese Aufmerksamkeit, daß junge Menschen von den staatlichen Organen zum Narren gehalten werden.”

(1981, weiblich, an Karl-Marx-Städter Oberbürgermeister, Wohnungszuweisung, erfolgreich)


Die Zitate belegen darüber hinaus, daß sich in den Eingaben nicht nur auf allgemeine Grundsätze bezogen wurde, sondern Statements herausge-
sucht wurden, die exakt auf das Problem des Eingabenschreibers zugeschnitten waren. Solchen Argumentationen konnte kaum etwas entgegengesetzt werden.

4. 2. 4. Einsicht in die Notwendigkeit

Bei der „Einsicht in die Notwendigkeit“ handelt es sich auf der linguistischen Ebene um die rhetorische Figur des Zugeständnisses. Sie zielt auf eine psychologische Konditionierung der Gegenseite ab. Dies wird durch Zustimmung oder Entgegenkommen zu erreichen versucht. Wichtig dabei ist, daß für den Autor die Zustimmung oder das Entgegenkommen für die Durchsetzung der eigenen Interessen nicht weiter bedeutsam ist.


Hier einige Beispiele:

„Ich hätte volles Verständnis dafür gehabt, wenn keine Apfelsinen oder Nüsse, sowie Importäpfel im Angebot gewesen wären, alle diese Dinge können wir noch nicht in dem Maße importieren, als oft der Bedarf vorhanden ist, sie kosten uns wertvolle Devisen, die zum Aufbau unserer Volkswirtschaft dringend benötigt werden. Aber daß Kartoffeln fehlen? Wir haben doch nicht mehr 1945.“482

4. 2. 5. Die Drohung
Wenn Rhetorik im engeren Sinne als ein Überreden für die eigene Sache verstanden wird, läßt sich die Drohung auf der linguistischen Ebene keiner rhetorischen Figur zuordnen. Alle rhetorischen Figuren zielen in der Regel darauf ab, den Adressaten positiv für die eigene Sache einzustellen. Wenn Rhetorik im weiteren Sinne als eine auf Wirkung bedachte Form der Kommunikation verstanden wird, ist die Drohung die massivste Form der „Vereinnahmung“, der Willen des Adressaten soll gebrochen werden. Die Drohung kann hier als rhetorische Figur des Vorgriffs verstanden werden. Es wird eine wenn-dann-Beziehung hergestellt, die bestimmte Konsequenzen für ein bestimmtes Verhalten ausmalt. In der Literatur wird diese rhetorische Figur auch Dilemma-Technik genannt, als gebe es keine Zwischenlösung.

Auf der hermeneutischen Ebene setzt die Drohung voraus, daß der Drohende in den Augen des Bedrohten tatsächlich eine Bedrohung darstellt. Der Drohende muß also einen scheinbaren oder tatsächlichen Einfluß auf die Sphäre des Bedrohten haben. So kann mit der Drohung einer Forderrung Nachdruck verliehen werden, indem die Konsequenzen für eine etwaige Ablehnung ausgemalt werden.

Prinziell lassen sich dabei zwei grundsätzliche Formen der Drohung in den Eingaben unterscheiden: Zum einen wird mit einem bestimmten Verhalten oder Nichtverhalten des Autoren selbst gedroht, zum anderen damit, eine andere Institution oder Person in das Problem einzubeziehen. Aus den Eingaben läßt sich daher ermitteln, was in der Vorstellung des Eingabeschreibers als wirksames, beängstigendes Druckmittel gegenüber der angeschriebenen Instanz wirken könnte. Zu berücksichtigen ist, daß die Eingabe eine spezifische Form der Konfliktregulierung ist. Sie hat ihre Regeln und Tabus. Eine Drohung auszusprechen bedeutet in den Eingaben meistens, sich über ein bestimmtes Regelwerk hinwegzusetzen, es bewußt zu brechen. Dies ist insofern riskant, als die Eingabe auf gegensei-
Die Eingabenkultur

294


Die Drohung mit einem Ausreiseantrag


„Im Januar 1988 stellte ich die Ausreise in die BRD. Als Grund gab ich das Wohnungsproblem mit an. Ich bin jedoch bereit davon abzusehen, wenn man mir endlich einmal Unterstützung gibt und die Probleme wie angeführt, nicht so einfach und unreal löst! Kann ich mich auch an die Genossen der Staatssicherheit wenden, wenn man mich diesesmal wieder ablaufen läßt? Dann bitte ich mal um eine Überprüfung durch die Genossen des MFS.  
(1988, weiblich, an Staatsrat, Wohnungszuweisung, erfolgreich)

In dieser Eingabe wird die Drohung im zweiten Satz relativiert. Damit deutet die Autorin darauf hin, daß sie eigentlich nicht die Absicht hat, auszureisen. Diese entscheidende Wendung mußte in der Eingabe vollzogen

486 SAC, 11507, Bl. 271.

Das nächste Zitat stammt aus einer Eingabe, die von einem schwulen Pärchen verfaßt wurde, das aus der gemeinsamen Wohnung ausziehen sollte. Die Wohnung war zuvor an die Großmutter des einen Partners vermietet. Er zog als Untermieter bei seiner Großmutter ein. Als diese verstarb, beantragte er einen „Eintritt in das Mietrecht“, was ihm jedoch abschlägig beschieden wurde. Gleichzeitig zog sein Freund ein. Die Wohnungswirtschaft des Rates des Bezirkes kündigte die Zweiraumwohnung und wies eine Einraumwohnung zu.

„Nachdem wir vergeblich, also mein Freund und ich, Gespräche mit unserem Stadtrat für Wohnungspolitik, der FA Innere Angelegenheiten, dem Oberbürgermeister der Stadt Halle-Neustadt, dem Stellv. für Wohnpolitik und Wohnungswirtschaft des Rates des Bezirkes und dem Staatsrat geführt haben, oder in Eingaben unser Problem geschildert haben, mußten wir feststellen, daß wir überall gegen Mauern gelaufen sind. Letztendlich sind wir der Meinung, daß die Öffentlichkeit von unserem Problem erfahren soll und wie die Bürger unseres Landes dazustehen. (…) Aus unserer Verzweiflung heraus stellten wir einen Antrag auf ständige Ausreise. Im Gespräch mit dem Oberbürgermeister wurde zwar gesagt daß damit keine Probleme gelöst werden, man sich aber auch nicht unter Druck setzen läßt. (…) Wir stehen unserem Wohnungsproblem hilflos gegenüber, ich möchte sogar eine Abhängigkeit von den Vertretern des Rates der Stadt zum Ausdruck bringen, welche ja eigentlich von uns gewählt werden. Vielleicht müssen wir doch erst in die Gesellschaft ausreisen, wo wir uns die Wohnung nehmen können, die wir uns leisten können und nicht die, die uns vorgeschrieben wird. (…) Sollte es dennoch zur Zwangsräumung kommen, werden wir diese dokumentarisch festhalten und was wir dann damit tun werden, kann sich eigentlich jeder denken.

Für einen sozialistischen Gruß reicht unsere derzeitige Überzeugung nicht mehr aus.488
(1989, männlich, an Redaktion PRISMA, Kündigung der Zweiraumwohnung, nicht erfolgreich)

Der Eingabenautor vermutete, daß die ablehnende Haltung der Verwaltung auf die Diskriminierung homosexueller Beziehungen zurückzuführen sei: keine Ehe, kein Recht auf eine Zweiraumwohnung! Das Antwortschreiben des Bürgermeisters an PRISMA, das der Eingabenschreiber nie zu Gesicht bekam, bestätigt seine Vermutung. Darin rechtfertigte sich der Bürgermeister, warum er eine solche herzlose bürokratische Praxis aufrecht hält: Er ließe sich nicht erpressen.

„Beide Bürger versuchen jetzt die staatlichen Organe mit allen Mitteln zu erpressen, damit sie die staatliche Zuweisung für die 2-RWE erhalten. So stellten sie am 27.12.88 einen Antrag auf Ausreise in die BRD, gehen beide keinem Arbeitsrechtsverhältnis nach und H. wurde fristlos wegen krimineller Eigentumsdelikte von seinem Betrieb entlassen."489

Im Unterschied zur vorigen Eingabe gelang es in diesem Fall nicht, den Ausreiseantrag als Druckmittel einzusetzen. Im Gegenteil, der Ausreiseantrag fiel dem Eingabenautor auf die Füße.


Nachdem sie merkten, daß es ihr mit der Drohung „ernst“ war, fingen sie ihrerseits an, zu drohen. Sie rechneten ihr vor, was ihre Ausbildung zur Zeit kosten würde und daß sie, wenn sie ihre Drohung weiter aufrecht erhalten würde, ihren Ausbildungsplatz aufgeben müßte und eine Stelle als Nachtpförtner zugewiesen bekäme. Sie blieb jedoch hart, konnte weiter ihrer Ausbildung nachgehen und die Mutter bekam ein halbes Jahr spä-

488 DRA, Zeitgeist-Sammlung Brief vom 17.3.1989.
489 DRA, Zeitgeist-Sammlung, Brief des Bürgermeisters Lang.
Die rhetorische Dimension in den Eingaben

ter einen Telefonanschluß.

Eingaben, in denen mit einem Ausreiseantrag gedroht wurde, sind m. E. auch die einzigen, für die sich die Staatssicherheit interessierte. Auf Anfrage in der „Gauck-Behörde“ in Chemnitz wurde jedenfalls erklärt, daß bisher keine Akten gefunden wurden, die auf einen Zusammenhang zwischen Eingabenadressaten und dem Ministerium für Staatssicherheit hinweisen.

Die Drohung mit der höheren Instanz


Hier nun einige Zitate aus Eingaben an Handel und Versorgung beim Rat der Stadt Karl-Marx-Stadt, in denen mit einer höheren Instanz gedroht wurde:

„Da ich mich in dieser letztgenannten Angelegenheit auch an den Staatsrat wenden möchte will ich jedoch noch einen endgültigen Bescheid von den maßgebenden Stellen abwarten.“490
(1961, männlich, an Oberbürgermeister von Karl-Marx-Stadt, Öffnungszeiten Buchhandlung, erfolgreich)

„Teilen Sie mir bitte weiterhin mit, wann ich mit einer Auslieferung meines bestellten Kühlschranks rechnen kann. Sollte mich Ihre Antwort nicht befriedigen, sehe ich mich gezwungen weitere staatliche Stellen in die Angelegenheit einzubeziehen.“491

490 SAC, 1006, unpag.
(1963, männlich, an Abteilung Handel und Versorgung beim Rat der Stadt Karl-Marx-Stadt, Kühlschrank, erfolgreich)

„Sie können versichert sein, daß ich mich an das ZK der Sozialistischen Einheitspartei wenden werde, wenn in dieser Frage und auch in der Belieferung der Diabetiker keine Änderung eintritt.”
(1963, weiblich, an FREIE PRESSE, Diabetikerquark, keine Angaben zum Erfolg)

„Sollte wider Erwarten diese Angelegenheit in den Wind geblasen werden, so wenden wir uns an den Bezirksstaatsanwalt, und an unseren Staatsratsvorsitzenden.”
(1963, Kollektiv, Lager des HO-Warenhaus, an Handel und Versorgung beim Rat der Stadt Karl-Marx-Stadt, Erschwerniszulage, zusätzlicher Urlaub, erfolgreich)

In den untersuchten Eingaben ist auch ein Fall überliefert, in dem mit einer noch eindrucksvoller Instanz gedroht wurde. Ein Mann wandte sich mit einer Eingabe an den Staatsratsvorsitzenden, um in die Bundesrepublik reisen zu dürfen:

„Sollte allerdings auch von Ihrer Seite nichts positives geschehen und es nicht einmal zur Aussprache kommt, werde ich auf Raten meiner Eltern und den Genossen die mich damals bestärkt haben in die DDR zu gehen, im Januar meine Arbeit nieder legen. Da ich bei einer Ablehnung sowieso nervlich nicht mehr in der Lage bin zu arbeiten. Gleichzeitig werde ich mich an das ZK der KPdSU wenden und an führende kommunistische Parteien des westlichen Auslandes. Das gleiche werden auch meine Eltern machen. Ich will und kann Ihnen damit nicht drohen es ist auch überhaupt nicht meine Absicht aber man darf bei aller Politik auch das Menschliche nicht vergessen, es wurde ja hier so schön gesagt der Mensch steht im Vordergrund was auch ganz den kommunistischen Prinzipien entspricht.”
(1969, männlich, an Walter Ulbricht, Rückübersiedlung in die BRD, nicht erfolgreich)

Diese Drohung ist als eine hilflose Geste zu werten. Mit der Eingabe an Ulbricht hatte sich der Eingabenautor bereits an die höchstmögliche Instanz gewandt. Die Drohung, sich an die KPdSU zu wenden, veranschaulicht das Dilemma des Eingabenschreibers. Wurde die Eingabe von der höchsten Instanz abschlägig beschieden, konnte man entweder aufgeben, oder wieder von vorne anfangen.

491 SAC, 10684, Bl 391.
492 Ebenda, Bl 377.
493 SAC, 10659, unpag.
494 SAC, 10864, unpag.
Im Unterschied zu der endgültigen Entscheidung eines Verwaltungsge-
richts konnte man sich mit einer Eingabe immer wieder an eine beliebige
Institution wenden. Es gibt Eingabenvorgänge, die sich über Jahre hinzu-
gen. Die Autoren dieser Eingaben blieben mit Penetranz bei ihren Forde-
rungen. So war es möglich, mit neuen Selbstdarstellungen, Forderungen
und Drohungen erneut sein Glück mit einer Eingabe zu versuchen. In dem
Fall der Ausreisegenehmigung hätte das jedoch keinen Sinn gemacht.
Es gab jedoch noch einen zweiten Adressaten, an den sich Eingabenschrei-
ber wandten, wenn sie von den Reaktionen auf die Eingaben an Ulbricht
oder Honecker enttäuscht waren, das Ministerium für Staatssicherheit:

„Betreff: Wohnungsangelegenheit.
2 mal habe ich schon an unseren Staatsratsvorsitzenden Walter
Ulbricht geschrieben. Walter Ulbricht teilte allen die daran verant-
wortlichen Stellen mit. Der Herr Werkdirektor in dem ich arbeite, er
heißt X. Er bekam den Auftrag sich zu kümmern um die Angelegen-
heiten der Wohnungen, aber jeder Erfolg ungültig.
(…) Ich bitte Sie höflichst mir dieses Problem zu klären."495
(1971, männlich, an Staatssicherheit Karl-Marx-Stadt, erfolgreich)

Entgegen den gängigen Vorstellungen über die Statssicherheit versuchte
sie in diesem Fall den Eingabadresssaten zu helfen. Eingaben an diese
Institution unterscheiden sich von der Klientel und den Inhalten stärker als
Eingaben an andere staatliche Institutionen. Immer wieder wurde die
Staatssicherheit von Leuten angeschrieben, die unter Verfolgungswahn lit-
ten. Eine weitere Gruppe waren Haftentlassene, die sich entweder bei der
Staatssicherheit bewarben oder darauf hofften, bei der Wiedereingliede-
runng unterstützt zu werden. Eine dritte Gruppe schrieb aus Verzweißung
derüber, daß ihnen niemand half.

**Die Drohung mit der Verweigerung staatsbürgerlicher Pflichten
und Rituale**

Eine dritte Form zu drohen, war die Ankündigung, sich den allgemein
üblichen staatsbürgerlichen Ritualen zu entziehen. Hier gibt es die klassi-
sche Variante wie: „Unter diesen Umständen kann ich nicht am Soundso-
vielen zur Wahl gehen …“ oder die Drohung, sich anderen
gesellschaftlichen, kollektiven oder beruflichen Tätigkeiten zu verwei-
gern. Auch hierzu einige Beispiele:

495 BStU-C, BstU-Eingaben71, Bl. 27/71.
„Wenn nicht endlich etwas für unseren Schutz unternommen wird, lehnt ein Teil der Hausbewohner die Wahlbeteiligung ab. Sollten auch Sie, werter Gen. Oberbürgermeister, nicht in der Lage sein, dieses Problem zu klären, müßten wir uns in dann an den Vorsitzenden des Staatsrates wenden. 496
(1989, Hausgemeinschaft, an Abt. Inneres beim Rat der Stadt Karl-Marx-Stadt, asoziales Verhalten eines Mieters, keine Angaben zum Erfolg)

„Nach reiflicher Überlegung möchte ich lieber auf die Zuteilung eines anderen Verkaufsstandes an einer anderen Stelle verzichten. Wenn ich gezwungen werde, meinen jetzigen Verkaufsstand aufzugeben, werde ich auch meine Tätigkeit aufgeben. 497
(1960, weiblich, an Stadtrat, Verkaufsstand soll aus der Markthalle, nicht erfolgreich)

„Seit einiger Zeit nehmen die Geräusche wieder überhand. Ich muß mich deshalb unmittelbar an Sie wenden, weil der Gesundheitszustand meiner Frau und auch meine Arbeitsfähigkeit außerordentlich unter diesem Zustand leiden. Ich persönlich bin in Zukunft nicht mehr in der Lage, mein Fernstudium und meine umfangreichen gesellschaftlichen Verpflichtungen als Direktor der Stadt- und Bezirksbibliothek gewissenhaft auszuführen, wenn der von mir geschilderte Zustand noch länger anhält. 498
(1963, männlich, an Oberbürgermeister der Stadt Karl-Marx-Stadt, Lärm in der Wohnung, nicht erfolgreich)"

„Unter diesen Umständen werde ich mir sehr überlegen ob ich zur Wahl gehe. 499
(1963, Butter-, Kartoffelqualität, keine Angaben zum Erfolg)"

„Die Schließung des Bades in der Harthauer Schule bringt ungute Diskussionen unter der Bevölkerung mit sich. So unter anderem, daß, wenn man die Bevölkerung einfach vor nackte Tatsachen stellt, man sich überlegt, ob man zur Wahl geht? 500
(1971, Schwimmbadschließung, erfolgreich)"

Nach meiner Meinung sollte die gute Politik unseres Staates in den

496 SAC, 11507, Bl. 371-373.
497 SAC, 1006, unpag.
498 SAC, 10659, unpag.
499 SAC, 10684, Bl. 248.
500 SAC, 10885, Bl. 183.
sogenannten kleinen Dingen des täglichen Lebens spürbar werden. Wenn man aber wutgeladen zur Maidemonstration und zur Wahlurne geht, soll man beides wohl lieber unterlassen - oder wissen Sie Hilfe?501

Die unterschiedlichen Drohungen zeigen, daß es für die Eingabenschreiber eine Vielzahl verschiedener Möglichkeiten gab, mit einer Leistungsverweigerung die angeschriebene Behörde unter Druck zu setzen. Besonders die Drohung, sich der Wahl zu verweigern, läßt sich in den Eingaben seit Ende der 50er Jahre verstärkt beobachten. Die nächsten vier Eingaben belegen, daß im Zusammenhang mit Wohnungsfragen diese Form zu drohen, eine serielle Reife erreicht hatte. Jedenmal sind es Frauen, die wegen ihrer miserablen Wohnungsbedingungen Eingaben an den Oberbürgermeister schrieben und damit drohen, sich im Juni 1981 anstehenden Wahl zu verweigern:

(1981, weiblich, an Oberbürgermeister von Karl-Marx-Stadt, Wohnungszuweisung, erfolgreich)

(1981, weiblich, an Oberbürgermeister von Karl-Marx-Stadt, Wohnungszuweisung, erfolgreich)

"Am 14.6. ist Wahltag, wir sehen keine Veranlassung ein Wahllokal zu betreten und unsere Stimme für die Volksvertreter abzugeben."504

501 SAC, 11508, Bl. 3.
502 SAC, 3630, unpag.
503 SAC, 3636, unpag.
504 SAC, 3634, unpag.
(1981, weiblich, an Oberbürgermeister von Karl-Marx-Stadt, Wohnungszuweisung, erfolgreich)


(1981, weiblich, an Oberbürgermeister von Karl-Marx-Stadt, Wohnungszuweisung, erfolgreich)

Alle vier Eingaben wurden im Sinne der Eingabenautorinnen entschieden. Für die letzte Eingabe ist eine Notiz überliefert. Aus ihr geht hervor, wie mit diese Eingabe seitens der Verwaltung umgegangen wurde:


Die Zahlen bestätigen auch den Eindruck des Verfassers, daß diese Form zu drohen, bei den Eingabenauforen immer beliebter wurde.

Eine der Grundsäulen der DDR wurde mit der Drohung, sich der Wahl zu verweigern, in Frage gestellt. Die Partei- und Staatsführung war immer, spätestens jedoch seit 1953, darum bemüht, einen Konsens zwischen sich und der Bevölkerung herzustellen. Peter Hübner beschreibt dieses Bemühen exemplarisch für das Verhältnis der SED zur „Arbeiterschaft“ in

505 SAC, 3632, unpag.
506 SAC, 3632, unpag.
507 BAB, DA 5 11425, unpag.
seinem Buch „Konsens, Konflikt und Kompromiß“.\textsuperscript{509} Politische Entscheidungen der SED mußten immer wieder neu ausgehandelt werden, oder liefen häufig der von der „Arbeiterschaft“ bereits gesetzten Realität hinterher.\textsuperscript{510}


Die Drohung mit Öffentlichkeit

Die Drohung mit Öffentlichkeit oder der Veröffentlichung eines Mißständes ist eine vierte Form, Institutionen unter Druck zu setzen. Es ist erstaunlich, wie offen und direkt diese Form der Drohung in den Eingaben ausgesprochen, und wie Öffentlichkeit als Institution und Druckmittel zur Interessendurchsetzung erfolgreich eingesetzt wurde. Als Öffentlichkeit werden hier zwei Bereiche unterschieden. Das sind die mediale Öffentlichkeit und die Öffentlichkeit in Versammlungen.\textsuperscript{511}

Zunächst einige Zitate aus Eingaben, in denen sich auf eine mediale Öffentlichkeit bezogen wird:

\textsuperscript{509} Hübner, Peter, 1995.
\textsuperscript{510} Die Aktionsspielräume der „Arbeiterschaft“ gingen weit über den „Dienst nach Vorschrift“ hinaus. Um ihre Interessen durchzusetzen wurde auch die Arbeit verweigert oder niedergelegt, Arbeiterkomitees oder Brigadebeiräte gebildet, die Arbeitstätigkeit willkürlich festgelegt oder die Beitragszahlung im FDGB verweigert usw.
\textsuperscript{511} Die Eingabe ist generell eine Form von Veröffentlichung, da ein individuelles Problem an eine öffentliche Einrichtung übergeben, und diese für die Lösung verantwortlich gemacht wird.
„Wir bitten darum, dass die Abteilung Handel und Versorgung sich einmal mit dem Problem beschäftigt und eine mögliche Realisierung überprüft, bevor die Sache in der Presse erst zur öffentlichen Diskussion kommt.”

(1960, männlich, Rat der Stadt Karl-Marx-Stadt Abteilung Handel und Versorgung, Versorgung Backwaren, erfolgreich)

„Ich bitte Sie, mir dies innerhalb der nächsten 10 Tage mitzuteilen, andererseits sehe ich mich leider dazu gezwungen, mich an die Sendung Prisma des Deutschen Fernsehfuns zu wenden, um mir dort eine Antwort einzuholen.”

(1969, männlich, an Oberbürgermeister von Karl-Marx-Stadt, Auszeichnung als Lebensretter, erfolgreich)

Im ersten Zitat ist es die Presse, in der „die Sache“ öffentlich zur Diskussion kommen könnte und im anderen die Sendung PRISMA beim Fernsehen der DDR, mit der gedroht wird. Die Eingabenauteuren gehen davon aus, daß die angeschriebene Behörde kein Interesse daran hat, daß ein Problem aus ihrem Kompetenzbereich veröffentlicht wird. Sie fühlen sich im Recht und gehen selbstsicher davon aus, daß sich eine Öffentlichkeit ebenso für ihre Probleme interessieren würde. Die Medien werden als Forum verstanden, in dem Normüberschreitungen geahndet werden können. Der Verstoß des Eingabenadressaten gegen die Normen würde auf Entrüstung in der Öffentlichkeit stoßen. Dieser Druck müßte die angeprangerte Behörde zum Einlenken zwingen und das möglicherweise gegen die eigenen Vorschriften.

Für den Eingabenauteuren, der sich an die Medien wandte, war es unsicher, ob das beschriebene Problem auch tatsächlich verbreitet werden würde. Dies spielte jedoch eine untergeordnete Rolle. Die Drohung, die Medien zu informieren, oder es bereits getan zu haben, gab der Eingabe ein größeres Gewicht:

„Ihnen zur Kenntnis, daß wir Winter haben und dringendst eine warme Wohnung brauchen. Auf Grund meines geschilderten Notstandes geht ein Durchschlag dieses Schreibens an Dr. Gerstner, Berlin – Fernsehen der DDR Berlin.”

512 SAC, 1006, unpag.
513 SAC, 10864, unpag.
Die rhetorische Dimension in den Eingaben

(1980, männlich, an wen ist nicht bekannt, schädhafter Ofen, keine Angaben zum Erfolg)

„Durchschlag dieser Eingabe sende ich an das Ministerium für Verkehrswesen der DDR und einen Durchschlag an die Redaktion der Sendereihe 'Prisma' des DDR-Fernsehens."515

(1981, weiblich, an VEB Nahverkehr Karl-Marx-Stadt, Busfrequenz im Berufsverkehr, erfolgreich)

„Von diesem Schreiben setze ich die Sendung 'Prisma' in Kenntnis."516

(1981, weiblich, an VEB Nahverkehr Karl-Marx-Stadt, Busfrequenz im Berufsverkehr, erfolgreich)

Die Medien in der DDR waren eine wichtige Instanz, sowohl als Institution, mit der man drohen konnte, als auch als Eingabenadressat. An die Medien wandte man sich in der Hoffnung, daß sie durch die Veröffentlichung von Mißständen die Staatsfunktionäre unter Druck setzen würden. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, inwiefern die DDR-Medien ein Forum für die Veröffentlichung von Problemen geboten haben, so daß die Eingabenschreiber davon ausgehen konnten, daß die Drohung mit der Presse überhaupt wirkungsvoll war.

Neben der Sendung PRISMA beim DDR-Fernsehen517 und dem Rundfunk waren auch die regionalen Zeitungen beliebte Adressaten. Alle Tageszei-
tungen und auch der Rundfunk hatten spezielle Rubriken, die regionalspezifisch unter verschiedenen Namen liefen, jedoch nach dem selben Muster konstruiert waren.518 Es wurde eine Eingabe vorgestellt, dem Problem nachgegangen und die Verantwortlichen öffentlich zur Rede gestellt, was sie zu tun gedenken, den Mißstand abzustellen. Darüber hinaus veranstalteten die Lokalzeitungen aber auch Aktionen, in denen explizit die Leser aufgerufen wurden, sich mit Eingaben an sie zu wenden.519


514 DRA, Zeitgeist-Sammlung, Brief vom 8.1.1980.
518 Für die BERLINER ZEITUNG war es das „Bärchen“, für die Karl-Marx-Städtler FREIE PResse die Rubrik „Liebe Freie Presse“, in der LEIPZIGER VOLKSGEZTUNG „Antwort auf Leserfragen“, in der HALLENSICHEN FREIHEIT „Leserfragen – Ratsmitglieder Antworten, in der SOZIALISTISCHEN DEMokratIE „Frage Meinung, Rat Antwort“ oder im NEuEN DEUTSCHLAND „Unser Recht im Alltag“.
Möglichkeit, sich über Normalität, ihre Vorstellungen davon und ihre Differenzen mit der Realität, auszutauschen.

Eingabenautoren und Medien ergänzten sich. Selbst wenn die Eingabe nicht in der Zeitung abgedruckt wurde, konnte bereits ein Brief von der Tageszeitung ausreichen, um auf die kritisierte Institution Druck auszuüben.

„Ich nehme Bezug auf mein Schreiben vom August 1974, wo ich Sie bat, einem betagten Rentnerehepaar aus unserer Gemeinde zu helfen, welches der Betrieb sozusagen ‘vergessen’ hatte. Dank Ihrer Hilfe ist nun doch etwas Derartiges erfolgt und ich habe Ihnen auch den Dank der betagten Bürger übermittelt. Leider zwingt mich ein Vorfall dazu, mich erneut an Sie zu wenden ...“

(1975, Eschenthal ü. Sonneberg, an die Wochenpost, keine Angaben zum Erfolg)

In den Medien wurde sogar die Eingabenarbeit verschiedener Institutionen kritisiert. So behandelte beispielsweise die FREIE PRESSE in einem Artikel vom 15. Juni 1967 die „Eingabenarbeit beim Oberbürgermeister“:

„Wir wollen aber auch nicht verhehlen, warum wir uns veranlaßt sahen, die Parteileitung beim Rat der Stadt zu signalisieren. Immerhin hatten ehrenamtliche Mitarbeiter der Korrespondenzabteilung, so Genosse Hans Friedrich, bei der Bearbeitung von vier Leserbriefen Verstöße gegen die im Eingabenerlasse festgelegten Bearbeitungsfristen feststellen müssen. (...) Außerdem deckten wir Verstöße gegen Weisungen des Oberbürgermeisters auf und registrierten Fehlentscheidungen u. a. bei der Eingabe Herrn Enkels.

Oberbürgermeister Müller schätzte ein, daß in 17 Prozent Fällen der Eingabenbearbeitung noch Fehlentscheidungen getroffen werden, die Ursachen für Verärgерung der Bürger darstellen.“

Über die Eingaben wurden den Medien in einem bestimmten Maße Kontrollfunktionen über öffentliche Belange von den Bürgern zugewiesen. Mit ihrer Kritik an bestimmten Sachverhalten trugen sie dazu bei, Konsense

521 SAC. 3094, unpag.
Die rhetorische Dimension in den Eingaben


„Wir wünschen, daß zu unserer nächsten Haus- und Hofversamm lung am 22. November 1972, 19.00 Uhr, im Gasthof 'Wachtel' ein Vertreter vom Rat des Kreises oder vom Rat des Bezirkes uns eine zufriedenstellende Antwort zu diesem Problem geben kann."522
(1972, Anwohner der Haus- und Hofversammlung, an Rat der Gemeinde Euba, Wasserversorgung, nicht erfolgreich)

„Wir fordern als Hausgemeinschaft, daß die staatlichen Organe in Zusammenarbeit mit dem Konsulat der SU eine Lösung des Problems herbeiführen und die Ruhe, Ordnung und Sicherheit für unsere Bewohner dauerhaft gewährleistet wird. In einer Hausversammlung erwarten wir die Berichterstattung von kompetenten Vertretern der staatlichen Organe und eine schriftliche Mitteilung der festgelegten Maßnahmen.523
(1989, Hausgemeinschaft, an Abt. Inneres beim Rat der Stadt Karl-Marx-Stadt, asoziales Verhalten eines Mieters, keine Angaben zum Erfolg)


522 SAC, Euba 12, Bl. 30
523 SAC, 11507, Bl. 373.
4. 2. 6. Eine Eingabenschriftstellerin


Die These von der kulturellen Tradierung bestimmter rhetorischer Kompositionen soll im folgenden noch durch eine andere Quelle untermauert werden. Die Anwendung tradiertes Grundmuster wurde durch das Interview mit einer Frau bestätigt, die jahrelang für andere Eingaben verfaßt hat und dabei quasi professionelle Qualitäten des Eingabenschreibens entwickelte. Das nachfolgend in Auszügen vorgestellte Interview, das der Verfasser im Februar 1999 mit Frau Liebold führte, soll einen kleinen Einblick in eine Praxis bieten, die in keinem Archiv überliefert ist.

Frau Liebold ist Jahrgang 1942, ihre Eltern sind „Arbeiter und Bauern“, die als Umsiedler 1945 in die SBZ kamen. Sie studierte Journalistik an der Karl-Marx-Universität in Leipzig. Ihr Mann, mit dem sie zunächst nach Schwedt zog, war ebenfalls Journalist. Beide haben eine typische Aufstiegsbiographie in der DDR vollzogen, die sie wie folgt beschreibt:


Das Studium der Journalistik, das sie als widersprüchliche Erfahrung mit politischen Auseinandersetzungen beschreibt, brachte sie dazu, sich „bestimmte moralische Grundsätze und Maßstäbe“ zu setzen. „Das Wort Genosse war für uns damit verbunden, daß man einen bestimmten
Die rhetorische Dimension in den Eingaben

Gerechtigkeitssinn hatte. “Das hieß für sie immer auch, daß sie gegenüber Ungerechtigkeiten aufbegehrt und nicht „die Gusche halten konnte“.

„Herr Mühlberg, ich möchte aber nicht, daß wir dann als eine Art Mutter Theresa dargestellt werden. Das wäre Quatsch.“

Über die Motivation, für andere Eingaben zu schreiben, erzählt sie wie folgt:

„Das war eigentlich eine eheliche Gemeinschaftsarbeit. (lacht) Der Generaldirektor des PCKs hatte, wie in vielen anderen Großbetrieben auch, jedes Jahr ein Kontingent von sieben oder acht Trabant und zwei Wartburg, die er ohne Voranmeldung an gute Werktätige vergeben konnte. Man mußte das Auto zwar selbst bezahlen, aber man hatte nicht die lange Wartezeit. Auf ein solches Auto hatten sich natürlich alle möglichen Leute beworben. Mein Mann hatte dann einmal für eine Köchin aus der Betriebskantine, die auch einen Trabant haben wollte, eine Bewerbung geschrieben. Und die hatte dann auch wirklich einen bekommen. Das hatte wunderbar geklappt. Ja, und das sprach sich dann herum. Dann kamen die Leute und haben sich von uns etwas formulieren oder aufsetzen lassen. Das hing sicherlich auch damit zusammen, daß mein Mann offen und kritisch war, obwohl er die Funktion des Pressesprechers beim Generaldirektor hatte...

Die eigentliche Blütezeit für das Eingabenschreiben war dann aber in Berlin. Das war nach 1981. In Schwedt haben wir nur ab und zu mal jemanden eine Eingabe geschrieben. Schwedt wurde als neues Industriezentrum bevorzugt. Die Versorgungslage war dort sehr gut, mit Lebensmitteln aber auch mit Kleidung usw. Dadurch waren viele Mängel dort gar nicht so spürbar. Die richtige Eingabenschreiberei ging dann erst richtig in Berlin los. Da hat es sich dann richtig gehäuft...

einer Woche hatten die ihren Kindergartenplatz bekommen. Das muß sich dann herumgesprochen haben, denn dann kamen immer wieder welche und haben sich an uns gewandt."

Der Erfolg der Liebolds spricht sich herum, und so werden sie immer wieder gebeten, bei der Formulierung von Eingaben zu helfen. Monatlich waren das anfangs zwei bis drei Anfragen. Aufgrund der Position ihres Mannes als Pressesprecher beim Berliner Oberbürgermeister hatte er einen Einblick in viele Ressorts und so konnte er noch besser Ratschläge geben, wie man sich an wen mit welchem Problem wenden kann.

„Der wußte mit allen Stadträten Bescheid, in welchem Stadtbezirk die und die Lage nun war. Durch diese Position war das alles noch leichter zu überblicken. Dadurch hat sich die Zahl der Eingaben noch erhöht. Dann kamen Leute die Eingaben geschrieben haben wollten über Verkehrsprobleme und Wohnungsprobleme, aber auch Probleme mit der Versorgung, Schichtarbeiter die eine Einraumwohnung hatten und in einer belebten Straße wohnten und eine ruhigere Wohnung haben wollten, damit sie auch tagsüber auch schlafen konnten. Ganz oft waren es jedoch solche Dinge wie Kindergärten usw., damit die Frauen nicht solche weiten Anfahrtswege haben. Das war eigentlich der Schwerpunkt...
Die haben angerufen und gefragt: 'Können Sie uns dabei helfen?' Und dann haben wir zu ihnen gesagt, daß sie mal vorbeikommen sollen, denn man kann das nicht am Telefon machen. Dafür braucht man den ganzen Vorgang und die Unterlagen. Außerdem muß man sich die Leute auch angucken."

Ihre Strategien beschreibt Frau Liebold folgendermaßen:

„Bei einem Beschwerdeschreiben kommt es auch darauf an, daß bei der Beschreibung des Problems die Sache bei der Darlegung des Problems nicht ausufernt. Und viele kamen dann mit einem riesigen Aktenordner und wollten, daß wir denen das alles der Reihe nach auflisten. Und da haben wir gesagt: 'Wir müssen das Problem kurz benennen, müssen sagen, auf welchen gesetzlichen Regelungen man sich berufen kann und das möglichst auf einer Seite kurz fassen, damit die entsprechenden Stellen das auch lesen.' Schon das Zusammenfassen der Probleme, fällt vielen Menschen auch sehr schwer. Das ist ja auch nicht einfach. Dadurch haben wir vielen Menschen helfen können, daß wir einfach gesagt haben. 'Das und das müssen Sie schreiben, das und das müssen Sie benennen.' So ist das eigentlich gelaufen."

Im Prinzip konnte jeder mit jedem Problem zu den Liebolds kommen. Doch in ihrer Erzählung werden auch die moralischen Grundsätze deutlich, von denen sie eingangs gesprochen hat. Die Loyalität gegenüber dem
Die rhetorische Dimension in den Eingaben

Staat spielt dabei eine wichtige Rolle. Sie war nicht nur rhetorisches Mittel, sondern ein moralischer Wert.

Manchmal geht es ja auch darum, daß man bestimmte Dinge dann nennt, wo die Leute auch sehen, daß man sich mit dem Staat, wie soll ich sagen, daß man dem Staat ja nicht feindlich gegenübersteht. Da hat sie dann geschrieben, daß die und die Qualifizierung gemacht hat, und daß der Mann auch das und das gemacht hat, und die Kinder in den und den Berufen tätig sind und die Enkel auch... Und, daß die Mutter in Westberlin drüben sitzt und sie nie vor hat, drüben zu bleiben. Da hat es dann auch geklappt."

Den Adressaten für die jeweilige Eingabe wählten die Liebolds danach aus, von dem sie meinten, daß er die Eingabe am schnellsten behandeln würde.

„Also, an den Bürgermeister haben wir geschrieben, wenn es soziale Probleme waren. An die Magistratsabteilungen haben wir geschrie-
Die Eingabenkultur

ben, an die einzelnen Ressorts, Wohnungen und Soziales haben wir geschrieben, wenn es um Wohnungen ging. Also immer an die Ressorts, wo wir dachten, daß die auf der Entscheidungsstrecke das am schnellsten machen konnten. Das hat nichts genutzt, wenn man an den Staatsrat geschrieben hätte, hätte auch genutzt, vielleicht, aber der Weg wäre länger gewesen."

Die direkte Zuweisung von persönlicher Verantwortung gekoppelt mit dem Verweis auf gesetzliche Regelungen hebt sie dabei als besondere Strategie heraus.

„Wir haben festgestellt, wenn man die richtigen Formulierungengebrauchte, wenn man nicht zu frech aber bestimmt war, und auf gesetzliche Regelung verweisen konnte, dann hatte es eigentlich am schnellsten funktioniert. Wenn man die Leute konkret angesprochen hat. Also, nicht jetzt an die Bezirksverwaltung an sich, sondern direkt punktuell an den Bürgermeister oder an den Stadtrat für so und so... 'Sehr geehrter Herr X, Sie sind doch zuständig, das ist meine Situation... In dem Gesetz steht das und das und deswegen möchten wir uns darauf berufen.' ... Wir haben darauf geachtet, daß der Ton nicht zu frech war, daß der Ton sachlich war, daß das Problem kurz umrissen worden ist."

Die Selbstdarstellung als aktives Gesellschaftsmitglied soll den Antragsteller als berechtigt legitimieren:


Auch die Drohung findet sich in ihrem strategischen Repertoire.

„Manchmal haben wir auch mit der Presse gedroht. Da haben wir auch geschrieben: 'Wenn es keine Möglichkeit gibt, das zu regeln, dann werden wir uns an die sozialistische Presse wenden'. Dann haben wir es auch oft so gemacht, daß wir geschrieben haben, eine Kopie dieser Eingabe geht auch an den und den. Zum Beispiel an die Kreisleitung der Partei, das haben wir auch gemacht. 'Eine Kopie senden wir an den Kreissekretär.' Da haben viele doch auch Angst bekommen und haben sich besonders schnell entschieden."
Die rhetorische Dimension in den Eingaben


„Es war aber auch so, es waren wirklich Leute, die in großer Not waren und die auch wirklich nachweisen konnten, daß sie sich schon selber gekümmert hatten. Wenn jemand den ersten Versuch machen wollte, wenn er gleich gekommen wäre, da hätten wir bestimmt auch gesagt, ’da gehen Sie erst einmal zu dem und dem.. Versuchen Sie das erst mal in einem persönlichen Gespräch zu klären. Gehen Sie zur Eingabenstelle oder zu sonstwem.’ Aber die Leute kamen dann gleich mit Aktenordnern an und zeigten uns, wie viele Eingaben sie schon geschrieben hatten. Daß sie beispielsweise schon in der Kindergartenaufnahmestelle waren und dergleichen und ’die haben uns dann so und so abgefertigt’. Die meisten hatten sich schon vorher bemüht, es hatte aber aus irgendwelchen Gründen nicht geklappt.“

Ihr ausgefeiltes rhetorisches Instrumentarium hat sie in der journalistischen Praxis erworben. Die vielen Kontakte und Hintergrundinformationen seien dabei sehr hilfreich gewesen.

„Was wir in den Eingaben angewandt haben, das hatten wir durch unsere Arbeit als Journalistin mitbekommen. Wir hatten als Journalisten mit so vielen Leuten gesprochen, so viele Interviews gemacht. Als Journalist hat man auch immer sehr viele Sachen erfahren, die ich natürlich oft auch nicht schreiben konnte. Die hatte man aber im Hinterkopf immer gespeichert. Durch die Interviews wußte man, was die Leute bewegts. Zum Beispiel im Gesundheitswesen, da haben wir auch etliches erreicht. Angefangen mit Gips und Spritzen bis hin zu Zuständen in Altersheimen, da haben wir auch manchem Stationsärzten oder mancher Schwester gesagt: ’Ihr müßt euch jetzt an den und den wenden.‘, oder: ’Schreibt mal gleich an Mecklinger\textsuperscript{524}, der hat für solche Sachen ein Ohr. Schreibt nicht an das ZK an die Abteilung Gesundheitspolitik im Zentralkomitee. Schreibt an den Minister persönlich und macht es auf dem und dem Wege...‘ Die Strategie war eigentlich immer, die eigene Erfahrungen zu nutzen...

Wir wußten, wer etwas machen kann und auch bereit ist etwas zu tun. Ich will dies aber nicht übertreiben. Das hat sich einfach so erge-

\textsuperscript{524} Ludwig Mecklinger war von 1971 bis zum Frühjahr 1989 Gesundheitsminister.
Die Eingabenkultur


Die schriftlichen Eingaben wurden immer unter dem Namen der tatsächlichen Absender verschickt. In einigen Fällen haben sich die Liebolds auch telefonisch für jemanden eingesetzt, und ihr Mann hat oftmals im persönlichen Gespräch mit Stadträten oder dem Oberbürgermeister das eine oder andere Problem angebracht.

„Es sind ja auch zu DDR-Zeiten auch ganz kleine Dinge gewesen, die nicht einmal systemimmanent gewesen sind, sondern die einfach damit zu tun haben, daß bestimmte Leute an einem bestimmten Punkt Macht hatten. Und diese Macht wollten sie dann immer aus spielen."


Über die geschickten Formulierungen mag sich der eine oder andere Bearbeiter gewundert haben, doch nachgegangen wurde dem nicht.

„Die hatten sich vielleicht gewundert, daß das so formuliert war. Wie kann denn eine Raumpflegerinnen oder eine Köchin mit einer Schreibmaschine das so ordentlich machen? Daraufhin hat man
Die rhetorische Dimension in den Eingaben
diese Leute nie angesprochen. Damit hat sich keiner beschäftigt. Vor allen Dingen, wenn auch noch dabei stand: ‘Wir reichen die Kopie noch an die und die Institution weiter’.

Die Grenzen der Eingabe in der DDR sieht Frau Liebold im beschränkten Entscheidungsrahmen der staatlichen Institutionen. Der wäre damals nicht so gewesen, daß man alle Probleme hätte regeln können.

„Viele Dinge hatten, so glaube ich, wirklich mit dem System zu tun. Man hätte vielleicht die untergeordneten Stellen bei ihrer Bearbeitung der Eingaben auch immer ihre Machtposition gesehen haben, die hätte man schärfer kontrollieren müssen.“

Nach der Wende setzt sich ihre Tätigkeit fort, obwohl es die Institution Eingabe nicht mehr gibt. Sie schreibt jetzt für andere Menschen Dienstaufsichtsbeschwerden. Aber bezahlen läßt sie sich immer noch nicht.


Die heutigen Adressaten sind vor allem das Arbeitsamt und das Sozialwesen.

Manchmal rät sie den Leuten auch, sich mit ihrer Beschwerde direkt an den Vorgesetzten zu wenden.


Ihre Hilfe wird vor allem von Menschen in Anspruch genommen, die keine höhere Ausbildung genossen haben und die Strukturen der Gesellschaft nicht durchschauen. Sie kennen sich nicht in den Behörden aus, können keinen Brief mit einer Schreibmaschine schreiben und sind zu arm für einen Anwalt.


Die rhetorischen Kompositionen, die Liebold in ihren Eingaben erfolgreich einsetzte, entsprechen weitgehend denen der analysierten Eingaben. So war es ihr beispielsweise wichtig, in einer Selbstdarstellung auf die geleistete gesellschaftliche Arbeit des Eingabenautors zu verweisen, um sich als loyales Mitglied der Gesellschaft zu präsentieren. Frau Liebold entwickelte ihre Strategien nach zwei Kriterien: daß sie erfolgreich ist und daß das Problem zügig gelöst wird. Die von ihr mit den Jahren entwickelten

525 Interview mit Frau Liebold im Februar 1999.
Die rhetorische Dimension in den Eingaben


Auch der Verweis auf gesetzlich garantierte Ansprüche ist in den untersuchten Eingaben eher selten zu finden. Hier bezog man sich mehr auf Erklärungen von Partei und Regierung oder auf allgemeine Wertgrundsätze. Ob Gesetz oder Partei, beide rhetorischen Konstruktionen zielten darauf ab, Ansprüche als legitim darzustellen. Selbstdarstellung, Legitimation und Drohung erscheinen als die grundsätzlichen rhetorischen Kompositionen, die mehr oder weniger unbewußt von den Millionen Eingabenschreibern immer wieder eingesetzt wurden, die sich aber auch in den semiprofessionellen Eingabenformulierungen Liebolds wiederfinden.

Besonders hervorzuheben ist das Motiv, warum Liebold für andere tatsächlich Eingaben schrieb, und das auch noch heute praktiziert. Sie wird von einem Gerechtigkeitssinn getrieben: Menschen, die sozial benachteiligt sind, mit schlechter Bildung und wenig Durchsetzungsfähigkeit, hätten dennoch ein (moralisches) Recht. So setzt sie ihre eigenen Kompetenzen: Bildung, Insiderwissen und Durchsetzungsvermögen für die Lösung der an sie herangetragenen Probleme ein.

Daß sie in Aktion treten mußte ist ein Beleg dafür, daß auch dieses, in Relation zur Klage, einfache Instrument der Konfliktregulierung von vielen Bürgern nicht erfolgreich eingesetzt werden konnte. Mit ihrer Tätigkeit füllte sie also eine Lücke. Ihre Hilfe verweigerte sie nur, wenn das Problem aus ihrer Sicht nicht gerechtfertigt war. Das Beispiel der Handwerker, die mit ihrer Hilfe in den Westen ausreisen wollen, belegt dies.


Zusammengefaßt ergab die Analyse rhetorischer Strukturen und Kompositionen und ihre hermeneutische Deutung eine Reihe von kulturellen
Besonderheiten. Es bestätigten sich Grundmustern einer Eingabenkultur, die über Generationen tradiert wurden.


Geht der Eingabenschreiber davon aus, daß seine Angelegenheit nichts Außergewöhnliches darstellt, enthält sein Schreiben mit großer Wahrscheinlichkeit in nur knapper Form den Sachverhalt, das Begehren und einen vorweggenommenen Dank, daß man sich der Sache annehme.

Schwieriger ist hingegen die Situation für den Eingabenschreiber, wenn er annehmen muß, daß seine Angelegenheit aus der Sicht des Adressaten eher abwegig und nicht gerechtfertigt sei, oder daß man, beispielsweise bei der Verteilung knapper Güter, andere vorzieht. Um dennoch seine Forderungen durchzusetzen, muß der Absender eine besondere Strategie entwickeln, um den Angeschriebenen für die Erfüllung der eigenen Interessen zu motivieren.


Es wurde deutlich, wie die einzelnen Ebenen, die in den rhetorischen Kompositionen verwendet werden, miteinander korrespondieren und sich ergänzen. So kann eine rhetorische Frage Teil der **Selbstdarstellung** sein, mit der der Eingabenautor Kompetenz und Insiderwissen demonstrieren möchte und damit eine **Drohung** einleitet, bei einer abschlägigen Entscheidung, die vorgesetzte Behörde über das Fehlverhalten zu informieren. Die **Einsicht in die Notwendigkeit** ist grundsätzlich der rhetorischen Figur des argumentatorischen Bereichs, dem Zugeständnis zuzuordnen. Im Kontext der Eingabe korrespondiert sie aber häufig mit der **Selbstdarstellung** und stellt, mit dem Eröffnen eines sachlich nicht zum eigentlichen Problem gehörenden Nebenschauplatzes, auch einen Exkurs dar.

4. 3. Eine mikrohistorische Analyse


Zum anderen wird untersucht, welche Informationen über das Verhältnis von Privatem und Gesellschaftlichem in den Eingaben zu finden sind. Dabei soll der Frage nachgegangen werden, welche Rolle in der Gemeinde die verschiedenen Eigentumsformen für die Bewältigung von Konflikten spielten.


Interessanterweise wurde schon 1952, also noch vor der ersten Eingaben-
Eine mikrohistorische Analyse


---

526 SAC, Euba 8, unpag.
527 SAC, Eingabenbuch der Gemeinde Euba, ohne Signatur, unpag.
528 SAC, Euba 9, Euba 10, Euba 11, Euba 12, Euba 13, Euba 14, zum Zeitpunkt alle unpag.
Auffällig ist zunächst die hohe Schwankungsbreite zwischen 1 und 60 Eingaben jährlich. Die jeweiligen Spitzen verweisen auf das Eskalieren bestimmter örtlicher Probleme: Wohnungsprobleme in den 60er Jahren, die damit zusammenhingen, daß die Kommune kein Geld hatte, um die Altbausubstanz zu sanieren und Straßenprobleme in den 70er und 80er Jahren, die ich als ein exemplarisches Beispiel für die Formen der Kommunikation zwischen Bürgern, Bürgermeister und Rat des Kreises im Folgenden genauer untersuchen werde. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch das enorme Absinken der Eingabentätigkeit nach der Wahl einer neuen Bürgermeisterin 1970.

Kommunikationsstrukturen: Einwohner – Bürgermeister – Kreis

In der letzten Eingabenanalyse des Staatsrates vom 20.2.1989 findet sich als Beispiel für den Eingabenkomplex „Eingaben mit Bezug auf die Kommunalwahlen 1989“ ein Auszug aus einer Eingabe aus Euba:

„Im kommenden Jahr ist wieder Wahl. Man wird uns wieder versprechen, die Straße zu bauen, Schotter liefern und diesen nach der Wahl auf eine andere Baustelle transportieren...“529


529 BAC, DA 5 11445, unpag.
Eine mikrohistorische Analyse


Zum zweiten ist die Form der Weiterleitung durch den Bürgermeister an den Rat des Kreises von Interesse. Dadurch wurde die Kritik offiziell, d.h. die übergeordneten staatlichen Organe mußten sich mit der Sache befassen. Aus dem Bericht des Bürgermeisters erfährt man, wie dem Problem nachgegangen wurde:


Im Ergebnis der Eingabe wurde der „Zustand abgestellt“. Die Sowjetarmee bekam eine Panzerstraße, die Straße wurde repariert und alle waren glücklich und zufrieden. Eine sozialistische Erfolgsgeschichte?


530 SAC, Euba 9, Bl. 96.
531 GBl. I/13, S. 239.
532 SAC, Euba 9, Bl. 96.
Es kommt nicht selten vor, daß Fahrzeuge vor allem PKW's aufsitzen. An besonders niederschlagreichen Tagen gleicht die Straße entlang des Objektes infolge der Unzulänglichkeiten der Nebenanlagen (Straßengräben und Durchlässe) einem See."

Und er forderte nun schon sehr energisch die Beseitigung der Mängel:


533 SAC, Euba 11, Bl. 92.  
534 SAC, Euba 11, Bl. 92.


Vom Kreis wurden offenbar keine Ressourcen freigegeben. Die Gemeinde mußte sich selber helfen und fand auch tatsächlich einen Ausweg. Daß

535 SAC, Euba 11, Bl. 121.

Daß nun sechs Rentner die Straße ausbesserten, klingt grotesk, zeigt aber die geringen Kapazitäten, die den Kommunen zur Verfügung standen. Für die Rentner war diese von der Gemeinde vergütete Arbeit sicherlich ein willkommener Zuverdienst, da Rentner in der DDR häufig am Rande des Existenzminimums lebten.


Im Endeffekt wurde die Straße ausgebessert. Doch schon im April 1970 schrieb die neue Bürgermeisterin erneut in ihrer Eingabenanalyse:

„Die Zugangsstraße nach Karl-Marx-Stadt ist gegenwärtig in einem solchen Zustand, daß täglich beim VEB Kraftverkehr Achsen- und Federnbrüche zu verzeichnen sind. Es ist ganz selten, daß mal ein Tag vergeht wo nicht ein Bus zwecks Reparatur auf der Strecke stehen bleiben muß. Von Seiten des Rates der Gemeinde und der Organisationen wurden diesbezüglich Aufrufe an die Bevölkerung unternommen, tatkräftig bei der Abstellung dieser Mängel mitzuwirken. (...) Es sind viele Stunden zur Säuberung der Straße an den Wochenenden (Subbotnik) geleistet worden. Dies ist als ein besonders positiver Beitrag von seiten unserer Einwohner zu bewähren, zumal die Verhältnisse hinsichtlich der Verkehrssituation in Euba nahezu als katastrophal anzusehen sind.“

536 SAC, Euba 11, Bl. 35.
Und sie resümiert:

„Nur dadurch wird es uns möglich, die bestehenden Probleme unter Mithilfe aller zur Zufriedenheit unserer Bürger zu klären (bis auf die Probleme, welche von höherer Ebene aus einer Erledigung zugeführt werden müssen).“ 537

Schon früh wurde in der DDR auf die Mithilfe der Bürger bei der Beseitigung von Problemen gebaut. Dies war häufig die einzige Möglichkeit, überhaupt Probleme zu lösen. Die vielen kleinen Subbotniks, die Straße wieder in Ordnung zu bringen, blieben jedoch Flickwerk. Die Armeefahrzeuge waren weiterhin ein übermächtiger Gegner der Straße. 1978 gab es wieder Eingaben, die darauf hinwiesen, daß das Problem selbst immer noch nicht geklärt war, obwohl nun schon richtige Reinigungsfahrzeuge und keine Rentnerbrigaden mehr aktiv wurden:

„Die Fahrzeuge der Sowjet-Armee verschmutzen die Straße durch Kettenfahrzeuge derart, daß sich Kraftfahrer vom Kraftverkehr geweigert haben, die Linie Euba – Karl-Marx-Stadt weiter zu befahren. Die eingesetzten Reinigungsfahrzeuge von der Stadttechnik haben da nur wenig verändert.“ 538

Die Straße wurde zwar Ende der 70er Jahren tatsächlich erneuert, doch die Panzer hinterließen weiterhin ihren Schmutz. Das eigentliche Problem, Panzer nicht auf öffentlichen Straßen fahren zu lassen, konnte erst mit dem Abzug der sowjetischen Streitkräfte gelöst werden. Hier genügten die Eingaben der Bürger ebensowenig wie die Warnungen der Bürgermeister vor „negativen Diskussionen“, grundsätzliche Veränderungen herbeizuführen.

In den Eingabenanalysen an den Rat des Kreises setzten sich die Eubaer Bürgermeister in der Regel für die Interessen der Eingabenschreiber ein. In den untersuchten 60er bis 80er Jahren waren die halbjährlich abzuliefernden Eingabenanalysen an den Rat des Kreises keinesfalls eine lästige Routine. Vielmehr wurden sie kommunalpolitisch als Druckmittel für die Interessen der Gemeinde benutzt. Die Gemeinde war abhängig von den Bilanzen, die im Bezirk und im Kreis entschieden wurden. Der kommunalpolitische Erfolg hing also davon ab, wie auf Kreis- und Bezirksebene über ein Problem entschieden wurde.

537 SAC, Euba 11, Bl. 35.
538 SAC, Euba 12, Bl. 352.
Im Unterschied dazu wurde auf Kreisebene viel stärker ideologisch formuliert, doch das Prinzip, die Eingaben der Bürger für die Rechtfertigung politischer Strategien zu benutzen, war dasselbe. Die folgende Gegenüberstellung zeigt exemplarisch, wie aus einer pragmatischen Eingabenanalyse auf kommunaler Ebene auf Kreisebene eine Huldigung der Partei- und Staatsführung wurde und wie dabei die Eingabenschwerpunkte umgewichtet wurden.

<table>
<thead>
<tr>
<th>Absender</th>
<th>Überleitung</th>
<th>Kürzel</th>
<th>Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates des Kreises</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Überleitung:</td>
<td>Eingabe</td>
<td>Eingabe</td>
<td>Eingabe</td>
</tr>
<tr>
<td>Dieses Kapitel kommt nicht vor. Es wird</td>
<td>Eingabe</td>
<td>Eingabe</td>
<td>Eingabe</td>
</tr>
<tr>
<td>gleich mit den Problemen begonnen (siehe</td>
<td>Eingabe</td>
<td>Eingabe</td>
<td>Eingabe</td>
</tr>
<tr>
<td>„hauptsächlichste Eingabenprobleme“)</td>
<td>Eingabe</td>
<td>Eingabe</td>
<td>Eingabe</td>
</tr>
<tr>
<td>„In den Eingaben wird das gewachsene Vertrauen der Bürger, besonders der Arbeiter, kinderreicher Familien, der Jugend, insbesondere junge Ehepaare, sowie der Genossenschaftsbauern zur Parteiführung mit dem Genossen Honecker an der Spitze bedeutend stärker als bisher sichtbar. Viele ältere Arbeiter aber auch junge Kollegen schreiben persönlich an den Genossen Honecker, bedanken sich für die Beschlüsse des VIII. Parteitages, der letzten Tagung des ZK der SED, besonders für das Sozialistische Programm, und unterstreichen, daß diese Beschlüsse voll und ganz ihren Interessen entsprechen und ihre Zustimmung finden. Dabei werden besonders die großen Anstrengungen der Parteiführung und des Genossen Honecker persönlich für die schnelle und spürbare Verwirklichung dieser Beschlüsse gewürdigt“ a (es folgen weitere drei Seiten Erfolgslyrik)</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Ouvertüre:</td>
<td>Eingabe</td>
<td>Eingabe</td>
<td>Eingabe</td>
</tr>
<tr>
<td>Hauptsächlichste Eingabenprobleme:</td>
<td>Eingabe</td>
<td>Eingabe</td>
<td>Eingabe</td>
</tr>
</tbody>
</table>


a. SAC, Euba 12, Bl. 21.
b. SAC, Euba 12, Bl. 26.
c. SAC, Euba 12, Bl. 25a.
Eine mikrohistorische Analyse


Andererseits stellt sich die Frage, inwiefern dies ein politischer Kotau vor der nächsthöheren Entscheidungsebene war, der notwendig war, um die eigenen Entscheidungskompetenzen zu erweitern. Abgesehen von der auffälligen politischen Rhetorik, um die sich die Kreisebene auf ganzen drei Seiten bemühte, wurden die eigentlichen Eingabenschwerpunkte auf einer halben Seite (von sieben) zusammengefaßt. Außerdem findet eine Schwerpunktverschiebung von Wohnungsfragen auf die Bereitstellung von Feierabendheimplätzen statt. Jenseits des Dauerthemas Wohnungsfragen wollte man im Kreis offenbar auch noch auf andere akute Probleme aufmerksam machen.


Interessant ist an diesem Beispiel darüber hinaus, daß die verschiedenen Bürgermeister der Gemeinde Euba in keiner der von ihnen geschriebenen Einga-

539 SAC, Euba 12, Bl. 23a.
benanalysen auf den Gedanken kamen, schön zu färben. Das könnte auf die physische Nähe und die Überschaubarkeit der Gemeinde und die damit verbundene Kontrolle durch die Bürger zurückzuführen sein. Dies drückt sich auch im informellen Charakter der Briefe an die Bürger aus. So schrieb beispielsweise die Bürgermeisterin als Antwort auf eine Kollektiveingabe zur Installation einer Trinkwasserleitung in der Gemeinde im September 1972:


„Herr H. wird gesellschaftlich in der Gemeinde Euba nie wirksam, er nimmt von seinem Wahlrecht nicht Gebrauch und übt sehr häufig in der Öffentlichkeit kritische Äußerungen. Wir bitten Sie, ihn darauf aufmerksam zu machen, daß er örtliche Probleme zumindest dem Rat der Gemeinde vortragen kann. Er hätte diese Eingabe auch an den Rat der Gemeinde zur Bearbeitung übergeben können. Wenn Bürger uns übergehen, dann schätzen sie im voraus ihre Fehlleistungen gesellschaftlich ein."\textsuperscript{541}

Hier wird die Anerkennung von Beschwerden davon abhängig gemacht, ob die Eingabenschreiber sich gesellschaftlich engagieren. Der letzte Satz

\textsuperscript{540} SAC, Euba 12, Bl. 30-31.
\textsuperscript{541} Ebenda, Bl. 282.
Eine mikrohistorische Analyse


Gesellschaftliches Engagement war also nicht nur eine Voraussetzung für eine positive Einstellung der angeschriebenen Instanz zum Anliegen der Bürger, sondern auch innerhalb der Apparate ein Mittel, Anspruchsablehnungen gegenüber Vorgesetzten zu rechtfertigen. Die allgemeinen gesellschaftlichen Bezüge hatten einen ihrer Ursprünge sicherlich in der Ideologie und Propaganda der SED. Diese deckte sich in vielen Bereichen mit den Gerechtigkeits- und Ordnungsvorstellungen der Bevölkerung, sind sie doch in vielen Punkten auf eine abendländisch-christliche Ethik zurückzuführen.542

Doch waren es vor allem die sich entwickelnden realen Verhältnisse, die diese Gesellschaftskonzeption wiederum förderten und fundierten. So ließ in einem Antwortbrief auf eine Eingabe über fehlende Bürgerbefragung bei der geplanten Eingemeindung eines Ortsteils von Euba in Karl-Marx-Stadt die Bürgermeisterin Dampf über den Eingabenautor ab. In diesem Brief wird gleich ein ganzer Katalog von Verhaltensmaximen aufgezählt. Der Bezug auf „Beschlüsse der Partei und Regierung” könnte auch durch Zitate aus dem Evangelium ersetzt werden:


(…)

(…)
Es tut mir leid, daß ich so zu Ihnen schreiben muß. Aber ich habe Sie in meiner ganzen Tätigkeit Bedenken äußern hören. Wo aber kommt bei Ihnen der Ansatz zum Handeln in der Mitverantwortung unseres Territoriums.

(…)
Unsere sozialistische Heimat ist das Werk aller Menschen mit Tatendrang ganz gleich auf welchem Gebiet sie wirksam werden. Mit sozialistischem Gruß


Im Unterschied zu den ersten Geschichten, wo Bürger und Bürgermeister eine Allianz gegenüber dem Kreis bildeten, fand in den letzten beiden Fällen keine Identifikation des Bürgermeisters mit den Interessen seiner Bürger statt. Unabhängig davon, ob für die Lösung der Probleme überhaupt Ressourcen bzw. Einflußmöglichkeiten vorhanden waren, wurde die Unterstützung vom gesellschaftlichen Engagement der Eingabenautoren abhängig gemacht.

Auf den ersten Blick scheint die Eingabenbearbeitung willkürlich von statten gegangen zu sein. Auf den zweiten Blick wird jedoch erkennbar, daß hier Normen und Werte des Zusammenlebens ausgehandelt wurden. Gerechtigkeitsvorstellungen und Vorstellungen von Normalität, das Geben und Nehmen in einer Gemeinschaft bildeten die Grundlage für diese Art von Kommunikation. Ideologisch wurde das als Ideal der Über-

Privates und Gesellschaftliches. Zum Zusammenhang von Moral und Eigentum

1973 beschwerte sich ein Anwohner, daß aufgrund einer verstopften Schleuse Wasser in sein Grundstück vordringe. In der Halbjahresanalyse des Bürgermeisters ist dann zu lesen:

„Die Feuerwehr wurde benachrichtigt die Schleuse durchzuspülen. Es wurde aber abgelehnt, da keine Möglichkeit der Schlauchführung gegeben ist. Es wird notwendig sein, mit dem Bürger ein privates Gespräch zu führen, daß er selbst zur Abhilfe greift, da er beruflich (Klempner) in der Lage dazu ist.“544

Da der Bürgermeister offenbar keine Möglichkeit hatte, die Feuerwehr zur Beseitigung des Problems zu verpflichten, mußte er den Klempner auffordern, selbst die Schleuse durchzuspülen. Er verwies das in seiner Zuständigkeit liegende Problem einfach an den Betroffenen zurück. Aus der Logik des Bürgermeisters schien diese Form der Abhilfe normal gewesen zu sein. In einem anderen Falle würden dem Klempner sicherlich auch die geringen Mittel der Kommune zur Verfügung gestellt werden.

Fünf Jahre später beschloß die Kommune, die unzureichende Stein- schleuse durch eine „ausreichende Berohrung“ auszutauschen und damit die ständige Hochwassergefährdung des privaten Grundstücks abzuwenden. Die Kosten dafür sollten die LPG, die Gemeinde und der Grundstückseigentümer gemeinsam tragen. Der Konflikt wurde im Konsens zwischen allen Beteiligten gelöst. Sogar die LPG, die eigentlich gar nicht davon betroffen war, stellte Mittel zur Verfügung.

Juristisch gesehen wäre der Grundstücksbesitzer im Recht gewesen, gegenüber der Gemeinde den Schutz seines privaten Eigentums einzuklagen. Der Kompromiß deutet auf eine spezifische Form der Konfliktlösung,

544 SAC, Euba 12, Bl. 97.
Die Eingabenkultur


Diese interessante Form der Konfliktlösung findet sich auch in dem folgenden Vorgang von 1977:

„In der Eingabe der Frau W. geht es um eine ständige Sauberhaltung des Dorfbaches und eine Vergütung von Arbeitsstunden, die infolge der Hochwassergefährdung entstanden sind. Der Rat der Gemeinde Euba ist nicht in der Lage, die gesamte Länge des Dorfbaches über 5 km zu kontrollieren und ständig sauberzuhalten. Entsprechend der gesetzlichen Verordnung liegt bei dem Grundstückseigentümer W. der Bachverlauf teilweise im Grundstück, so daß der Rechtsträger die Uferbefestigung zu schützen und zu pflegen hat."

Wieder verwies die Gemeinde die Zuständigkeit zunächst an den Eigentümer, und lehnte eine Bezahlung der geleisteten Arbeit ab. Doch die Verstrickungen zwischen Privatem und Gesellschaftlichem gingen in diesem Fall noch weiter. In dem Eingabenbericht wurden die Grundstückseigentümer für die Beräumung ihres Baches gelobt, obwohl dies entsprechend den „gesetzlichen Verordnungen“ sowieso ihre Aufgabe sei:

„Zur Beseitigung von Hochwasserschäden sind von den betroffenen Grundstückseigentümern große Anstrengungen unternommen worden, um in ihrem Wohnbereich den Dorfbach wieder zu beräumen. Wir haben an die jeweiligen Arbeitsstellen Bescheinigungen ausge stellt, die bestätigen, daß die Bürger an der Beseitigung dieser Arbeiten beteiligt waren."

Abgesehen von der wundervollen Konstruktion, „Arbeiten zu beseitigen“, stellt sich die Frage, warum die Gemeinde Bescheinigungen für die Betriebe schrieb. Die Antwort ist einfach:

„Nach unseren Informationen ist dieser Arbeitsausfall vergütet worden."

545 SAC, Euba 12, Bl. 296.
546 Ebenda, Bl. 296.
547 Ebenda, Bl. 296.
Eine mikrohistorische Analyse

Der Eigentümer des Flußlaufes war zu dessen Instandhaltung verpflichtet. Daß es dafür Zuschüsse und Hilfen gab, ist nicht weiter erwähnenswert. Doch daß die Gemeinde einen „Entschuldigungszettel“ für das Ausbleiben des Kollegen von seiner Arbeitsstelle schrieb, und daß er daraufhin die nicht gearbeitete Zeit auch noch vergütet bekam, ist ein Beleg für die – aus bürgerlicher Sicht – Fremdartigkeit der inneren Logik dieser Gesellschaft.


Am folgenden Fall sollen zwei Fragen behandelt werden. Zum einen spitzt sich hier die Eigentumsfrage auf exemplarische Weise zu, und zum anderen ist er interessant wegen der Einschaltung eines weiteren Kommunikationspartners in den Konflikt, die öffentlichen Medien.

„Seit 30 Jahren warten jetzt auf 100 Personen (30 Familien) ange- wachsenen Anwohner der Siedlung ’Bergeshöh‘ in Euba auf eine Besserung der Straße, welche vor ca. 50 Jahren gemacht und angelegt wurde und sämtlichen Anwohnern gehört. (Sozusagen Volkseigen- tum, früher nannte man das ’Privatstrasse‘). Die arme Gemeinde Euba weigert sich seit Jahren, trotz mehrfachen Versammlungen die Straße zu übernehmen gegen Schenkungsurkunden (natürlich ohne Rittergut) da keines vorhanden!!)
Mein Vorschlag: 20 Fuhren Teer-Asphalt auf die ausgewaschenen Steine und die 100 Meter defekte Straße ist wieder in Ordnung.”

Nach mehrfachen Mahnungen seitens der FREIEN PRESSE antwortete die Bürgermeisterin der Gemeinde in einem auf den 20.8.74 datierten Brief:

„In der Tat hat der Bürger T. Recht, wenn er schreibt, daß die Berg- straße in einem schlechten Zustand ist und ein großes Hindernis für die dort wohnenden Bürger darstellt. Wir haben bisher in dieser Angelegenheit viele Eingaben erhalten und auch unter Hinzuziehung des Rates des Kreises, Abtlg. Wasserwirtschaft, Verkehr, gemeinsame Beratungen mit dieser Bürgergemeinschaft durchgeführt. Aber bisher mit keinem Ergebnis, warum:
Von der Verantwortlichkeit her gesehen ist die Bergstraße noch eine Privatstraße und gerade Herrn T.’s Vater war Besitzer des ganzen Berges. Im Laufe von einigen Jahren wurde vom Besitzer Stück für Stück verkauft und es kam zu einer größeren Ansiedlung.
In den zurückliegenden Jahren hat der Rat der Gemeinde Euba vorrangig die kommunalen Straßen instandsetzen müssen. Wir sind aber bereit, Mittel (soviel wie wir jährlich für Straßenwe- sen bilanziert bekommen) zu verwenden.
Auf Grund dieses steilen Gefälles (über 12%) gibt es keine Stra- ßenbaufirma in Karl-Marx-Stadt/Land, die diese Arbeiten sach- kundig ausführen will. Darüberhinaus würde der Aufwand finanziell 9/10 mehr sein als was wir jährlich bilanziert bekom- men.
Diese Problematik ist durch die vielen Jahren noch umfassender als hier dargelegt, aber wir glauben, kurz das Wesentliche zur Beantwortung herausgegriffen zu haben. Wenn wir über diese Instand- setzungsmaßnahme diskutieren, so beläuft sich das Unternehmen über 100.- TM und das ist unter den besonderen Bedingungen ruhig und sachlich zu bedenken und kann auch nicht beim ersten Mal hinhören erledigt werden.”

548 SAC, Euba 12, Bl. 126.
549 SAC, Euba 12, Bl. 131.
Eine mikrohistorische Analyse

In dieser Eingabe wird die ganze Eigentumsfrage ad absurdum geführt. Eine Privatstraße wird vom Eigentümer zum Volkseigentum erklärt. Herr T. selbst sah sich nicht in der Verantwortung, die Straße auf seine Kosten zu sanieren. Das Eigentum brachte offenbar nichts mehr ein; im Gegenteil, es machte nur noch Ärger. Es war für ihn naheliegend, das gute Stück einfach zu verschenken. Einziger Haken: Die Gemeinde weigerte sich, die Schenkung anzunehmen, weil sie wußte, mit welchen Kosten das verbunden wäre. Absurderweise erklärte sich die Bürgermeisterin dennoch für die Instandhaltung zuständig, indem sie nach einer Lösung suchte, an deren Kosten sich die Gemeinde ganz selbstverständlich beteiligen würde.


§ 22 Grundsatz
(1) ... Quelle des persönlichen Eigentums ist die für die Gesellschaft geleistete Arbeit.
(2) Das persönliche Eigentum dient der Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Bürger und ihrer Entwicklung zu sozialistischen Persönlichkeiten.

§ 23 Gegenstand des persönlichen Eigentums
(1) Zum persönlichen Eigentum gehören insbesondere die Arbeits- einkünfte und Ersparnisse, die Ausstattung der Wohnung und des Haushalts, Gegenstände des persönlichen Bedarfs, die für die Berufs-

Die Eingabenkultur

ausbildung, Weiterbildung und Freizeitgestaltung erworbenen Sachen sowie Grundstücke und Gebäude zur Befriedigung der Wohn- und Erholungsbedürfnisse des Bürgers und seiner Familie. (...) (2) Auf das überwiegend auf persönlicher Arbeit beruhende Eigentum der Handwerk- und Gewerbetreibenden sind die Bestimmungen über das persönliche Eigentum entsprechend anzuwenden, soweit in den Rechtsvorschriften nichts anderes festgelegt ist.551


Voraussetzung für das Funktionieren des Prinzips Eingabe war ein weitgehender Konsens zwischen den Bürgern und den von ihnen angeschriebenen Institutionen zu dem, was als gesellschaftliche Normalität anzusehen sei oder zumindest, was im gesellschaftlichen Konsens zu den erstrebenswerten Zielen gehörte. Sowohl die hier beschriebenen Kommunikationsstrukturen als auch die Eingabenbeispiele, in denen es um Eigentum und damit verbundenen Rechte und Pflichten ging, machen deutlich, daß sich die Interessen der Akteure nicht antagonistisch gegenüberstanden. Die in den Eingaben formulierten Forderungen bezogen sich in den seltensten Fällen auf divergierende Vorstellungen davon, wie eine bestimmte Realität auszusehen hätte. Interessen konnten daher ausgehandelt werden, ohne daß die prinzipiellen Vorstellungen des Absenders oder des Adressaten in Frage gestellt wurden.552 Das pragmatisch Machbare stand also zur Dis-

552 Besonders deutlich wird dieser Befund bei der Untersuchung von Eingaben, die politisch-ideologisch auswertbar waren. Speziell darauf wird im Kapitel über Eingaben an die Abteilung Inneres beim Rat der Stadt Karl-Marx-Stadt eingegangen.
Eine mikrohistorische Analyse

5. Zusammenfassung

Mit einem Blick auf die in der Einleitung aufgeworfenen Fragen lassen sich die Ergebnisse der Arbeit folgendermaßen thesenartig zusammenfassen.

I.


II.

Spontan entwickelte sich bereits in der unmittelbaren Nachkriegszeit eine regelrechte Beschwerdekultur, die durch das Bemühen demokratischer Kräfte, eine neue demokratische und bürgerfreundliche Verwaltung aufzubauen, bestätigt und unterstützt wurde. Erst durch die massenhafte Praxis Eingaben zu schreiben, wurde dieses Phänomen zu einer Realität, die den Staat veranlaßte, die Eingabenkultur auch gesetzlich zu regeln. Hinweise auf direkte sowjetische Einflüsse lassen sich nach bisherigem Kenntnisstand nicht belegen. Die Quellen dokumentieren, daß sich die Eingabe in der DDR aus einer spontan entstandenen Praxis als eine Form der Konfliktbewältigung entwickelte.

Mit seiner Wahl zum Präsidenten der DDR wurde Wilhelm Pieck in den 50er Jahren der wichtigste Adressat für Beschwerden. Im Jahr 1952 erhielt er bereits über 200.000 Briefe, wovon mehr als 80.000 als Eingaben registriert wurden.


Die Eingabenverordnung ist daher vor allem als eine Vorschrift für die Verwaltung zum Bearbeiten von Eingaben zu verstehen. Es wurden Beantwortungsfristen von 21, 15 und 10 Tagen festgelegt und jeder Angeschriebene verpflichtet, bei Nichtzuständigkeit die Eingabe an die richtige Adresse weiterzuleiten.

Die Präsidialkanzlei begann bereits 1952 die eingegangenen Eingaben statistisch auszuwerten. Die Statistiken waren eine wichtige Voraussetzung, um einen Überblick über die quantitative Verbreitung der jeweilig angeführten Probleme in der Gesellschaft zu gewinnen. Über Eingabenschwerpunkte wurden die zuständigen Minister informiert und Lösungswege diskutiert. Die Ergebnisse der statistischen Analysen mach-
Eine mikrohistorische Analyse

ten aus den einzelnen Eingaben einen wichtigen Indikator für Konflikte
der Bürger mit ihrem Staat. Sie wurden nach dem 17. Juni 1953 noch auf-
merksamer beachtet.

Nach dem Tode Piecks übernahm Walter Ulbricht 1960 mit dem neu
geschaffenen Staatsrat die Funktion der ersten Eingabeadresse. Mit der
Institution des Staatsrates sollte das Präsidentenamt in eine Art kollektiver
Staatspräsident umgewandelt werden. Ihm wurden jedoch weiterrei-
chende Kompetenzen zugesprochen. So konnte der Staatsrat unter andere-
rem Beschlüsse mit Gesetzeskraft erlassen, Volksbefragungen vornehmen,
Wahlen der Volkskammer ausschreiben oder das Begnadigungsrecht aus-
üben. Seine wichtigste Funktion in bezug auf die Eingabenkultur in der
DDR bestand jedoch darin, direkt auf Eingaben reagieren zu können. Dies
umfaßte u.a. die Weiterleitung der Eingaben an die zuständigen Institu-
tionen, das direkte Einwirken auf einzelne Verwaltungsangestellte oder die
Bildung von Untersuchungskommissionen, die Empfehlungen an die
Minister oder an die Volkskammer aussprechen konnten. Durch die Perso-
nalunion Ulbrichts als Staatsratsvorsitzender und Erster Sekretär der SED
erhielten Eingaben auch für die Beschlüsse des Politbüros der SED eine
größere Bedeutung.

Einen Höhepunkt erreichte die Eingabengesetzgebung mit der Einführung
von Beschwerdeausschüssen bei den örtlichen Volksvertretungen im
November 1969. Die Beschwerdeausschüsse sollten den Einfluß der örtli-
chen Volksvertretungen gegenüber der SED und der Verwaltung stärken.
Sie wurden jedoch als Eingabeadresse von den Bürgern kaum in
Anspruch genommen, da sie für die meisten Eingabenthemen nicht
zuständig waren, und das vor allem bei den mengenmäßig bedeutsamsten
Eingaben, den Wohnungsfragen. Die verstärkte Integration der Eingabe als
Instrument der gewählten Volksvertretungen zum Ende der 60er Jahre
scheiterte am geringen Erfolgsgrad der an sie gerichteten Eingaben. Belieb-
tester Adressat blieb weiterhin der Staatsrat. Da die Eingabenausschüsse
von Honecker nicht gewollt waren, und sie auch kommunalpolitisch nur
eine marginale Rolle spielten, wurden sie im Eingabegesetz vom Juni
1975 nicht mehr erwähnt und de facto wieder abgeschafft.

Mit der Übernahme des Amtes des Staatsratsvorsitzenden durch Erich
Honecker veränderte sich auf der StaatsratsEbene auch das Verhältnis zu
den Eingaben. Honecker entwickelte sich in den 70er Jahren zu einem
Alleinherrscher, der sich zunehmend nur noch an den Einschätzungen
Die Eingabenkultur

Günter Mittags, des Leiters der Wirtschaftskommission beim ZK und Sekretär des ZK der SED für Wirtschaft, orientierte. So konnte auch aus wirtschaftlichen Gründen immer weniger auf neue Probleme und gesellschaftliche Mißstände reagiert werden, die in den Eingaben artikuliert wurden.


Mit Hilfe der Eingaben war es den Bürgern möglich, mit dem Staat über individuelle und gesellschaftliche Probleme zu kommunizieren. Ihr Vorteil bestand darin, kostenfrei, ohne Formen, Fristen und Verwaltungswege einhalten zu müssen, individuelle Konflikte mit der Verwaltung austragen zu können. Dabei spielte sie als rechtlich verankertes Beschwerderecht – eine Innovation in der deutschen Verwaltungsrechtsgeschichte – eine wesentliche Rolle, um eine spezifische Konfliktkultur in der DDR auszuprägen. Sie bot den Bürgern weitreichende Möglichkeiten, selbst Strate-

Rechtswissenschaftler versuchten einerseits über das Instrument Eingabe, die Rolle der kommunalen Volksvertretungen zu stärken. Andererseits waren sie bestrebt, die Bedeutung der Eingabe gegenüber förmlichen Rechtsmitteln u.a. durch die Forderung nach Wiedereinführung von Verwaltungsgerichten wieder zurückzudrängen.

DDR-Bürger konnten sich bei Auseinandersetzungen mit der Verwaltung zwar nicht auf in der bürgerlichen Gesellschaft typische Rechtsmittel, wie beispielsweise Verwaltungsgerichte, berufen. Daraus zu schlußfolgern, daß das Verhältnis zur Verwaltung stark personifiziert und von Willkür und Rechtsunsicherheit geprägt war, ist allerdings zu kurz gegriffen. Es ging in der Eingabe weniger um die Herstellung von Recht, sondern vielmehr von Gerechtigkeit, d.h. der Durchsetzung bestimmter Vorstellungen von Normalität, von denen man annahm, daß sie gesellschaftlicher Kon- sens seien.

IV.

Eingaben, insbesondere wenn sie sich zu bestimmten Themen signifikant häuften, dienten bis zu einem bestimmten Grad als Basis und als Korrektiv politischer Entscheidungen. Über Eingaben wurde den Entscheidungsträgern ein genaues Bild über die Verhältnisse in der DDR, über Stimmungen, Meinungen und Probleme der Bevölkerung vermittelt. Eingaben wurden nicht nur genutzt, um sich zu beschweren, sondern auch, um der Verwal- tung Verbesserungsvorschläge zu unterbreiten, ihr Hinweise auf Mängel zu geben und auf generelle Probleme zu verweisen. Das Verhältnis stellte sich nicht nur als ein konfliktbehaftetes, sondern auch als ein kooperatives dar.


Die Eingabe war ein Kommunikationsinstrument, mit dem Vorstellungen über gesellschaftliche Bedingungen zwischen Bürgern und Staat immer wieder neu ausgetauscht wurden, wo Normen und Werte, Ideale mit der erfahrenen Lebenswelt in Beziehung gesetzt und eingefordert wurden.

Anhand der Eingaben wird die Diskrepanz zwischen individuellen Vorstellungen von Normalität und der tatsächlichen Lebenswelt sichtbar. Identifikation mit oder Abgrenzung von der Gesellschaft sind zwei weitere Aspekte in den Eingaben, die Rückschlüsse über erfahrungsweltliche Wahrnehmungen ermöglichen. Auch der historische Wandel dessen, was als normal empfunden wird – die Verschiebung der Matrix, mit der die Individuen ihre Umwelt messen und einordnen – läßt sich mit Hilfe der Eingaben verfolgen.
VI.


Die Verwaltung wurde durch die Eingabenregelungen und durch die Eingabenpraxis von zwei Seiten unter Druck gesetzt. Einerseits sollte sie mit den zur Verfügung gestellten Ressourcen ihre Aufgaben und Funktionen erledigen, andererseits aber auch möglichst unbürokratisch auf die Wünsche und Forderungen seitens der Bevölkerung eingehen. Hinzu kam der ungeheure Verwaltungsaufwand, alle Eingaben zu registrieren, statistisch auszuwerten und, notfalls mit Zwischenbescheid, ausführlich und erschöpfend innerhalb der festgelegten Fristen zu beantworten.

Durch die statistische Erfassung der Schwerpunktthemen seit den 50er Jahren wurde die Eingabe ein Instrument der Mitbestimmung, auch wenn dies den Bürgern möglicherweise so gar nicht bewußt war. Bei massenhaften Eingaben konnte dies bis zur Änderung von Gesetzen führen.

VII.


Die Eingaben ermöglichen Einsichten darüber, wie gesellschaftliche Konstitutionen individuell wahrgenommen wurden. Die in den Eingaben überlieferte Kommunikation zwischen Verwaltung und Bürger ermöglicht sowohl Rückschlüsse auf gesellschaftliche Konsenspunkte – wie beispielsweise soziale Sicherheit, die Garantie der Vollbeschäftigung, die Kinderbetreuung, die niedrigen Preise für Grundnahrungsmittel, Mieten und öffentlichen Verkehr, von Kultur und Bildung – als auch auf Divergenzen – wie die fehlende Reisefreiheit oder die Umweltverschmutzung etc.

Die Bezüge auf Normen und Werte erlauben einen Einblick in die indivi-

VIII.

Die exemplarische mikrohistorische Studie bezieht sich auf den narrativen Gehalt der Eingaben. Diese Ebene wurde anhand einer Fallstudie einer kleinen Gemeinde untersucht. Hier wurde nach Hinweisen auf Zustände, Beziehungen und Ereignissen gesucht, die sich aus den klassischen Quellen der politischen Geschichtsschreibung nicht oder nur sehr verzerrt, und auch anhand der Quellen der historischen Medienanalyse kaum aufspüren lassen. Es wurde also der Frage nachgegangen, ob die Eingabe eine interessante Ergänzung für die "große" DDR-Geschichte darstellt, und inwieweit es mit ihrer Hilfe möglich ist, in eine Ebene des gesellschaftlichen Diskurses vorzustoßen, der mit keiner anderen Quelle zu ergründen ist.

Eingaben besitzen gegenüber biographischen Interviews den Vorteil, daß sie nicht aus einer großen historischen Distanz verfaßt wurden, über die sich Sedimente späterer Erfahrungen und Deutungen gelegt haben. Somit erscheinen die Erzählungen in den Eingaben als authentisch-zeitgenössische „Überreste“.

Eine besondere Anziehungskraft erzeugen die meist spontanen Erzählungen eines den Alltag störenden Ereignisses. Wie keine andere Quelle in dieser Menge und Qualität können die überlieferten Eingaben einen schlaglichtartigen Einblick in die Lebenswelt der Eingabenauteoren bieten.

Eingaben besitzen darüber hinaus ein großes Potential an Informationen über Konsumverhalten, Wohnungssituation, soziales Verhalten, Konflikte mit dem Staat, mentale Veränderungen, Probleme und Wünsche usw.
IX.


Weder seitens der Verwaltung noch seitens der Legislative werden Beschwerden und Petitionen systematisch analysiert, um gesellschaftlich relevante Probleme, Mißstände, Versäumnisse, Verschleppungen, Machtmißbrauch etc. aufzudecken und zu beseitigen. Sie werden zu wenig als eine besondere Form öffentlicher Meinung akzeptiert und in die politische Arbeit tatsächlich einbezogen. Im Rahmen der Diskussion über die Kontrolle der Verwaltung der Europäischen Union werden solche Fragen seit einiger Zeit unter dem Stichwort „Kompetenzen des Ombudsmanns“ diskutiert. Es liegen eine Reihe von Vorschlägen vor, um Beschwerden ein öffentliches Forum zu verschaffen, z.B. als eigenes Sendefenster in allen öffentlich-rechtlichen Medienanstalten.


Im Zusammenhang mit solchen aktuellen Diskussionen stellt sich die Frage, welche Bedeutung die Eingabenpraxis als massenhaftes Alltagsphä-

Nachsatz
Im Gegenzug fragt sich, warum die hochentwickelten Industriestaaten Westeuropas nach fünfzig Jahren wieder der Illusion anhängen, Konflikte in anderen Staaten mit kriegerischer Gewalt von außen lösen zu können. Welche Rückschlüsse läßt dies auf die Civil Society und die in ihr ausgebildete Kultur der Konfliktlösung zu? Im Namen der Moral werden Prinzipien des Völkerrechts in Frage gestellt, die das friedliche Zusammenleben in Europa in den letzten Jahrzehnten überhaupt erst ermöglicht und garantiert haben. Dies wird nicht folgenlos sowohl für die Kultur der Konfliktlösung in diesen Staaten selbst bleiben als auch für die Überzeugungskraft des Modells eines libertinären Kapitalismus für die postsozialistischen Staaten.
Die Eingabenkultur
6. Anlagen

6. 1. Eingaben als Erfahrungsgeschichten eines gestörten Alltags


Zur Ernährungssituation

Anonyme Eingabe an das Chemnitzer Ernährungsamt im Februar 1947:

„An die Verwaltung des Ernährungsamtes der Stadt Chemnitz.

553 Der Anteil der Eingaben zu Fragen des Handels und der Versorgung machten sowohl auf kommunaler Ebene als auch an den Staatsrat selten mehr als zehn Prozent aus.
mehr, das sind bei Karte IV 2 volle Tage. Also meine Herren, wir kön-
nen nur 8 Tage essen und am 9. u. 10. Tage sind wir gezwungen zu
hunger. Dazu sind wir reichlich 14 Tage im Rückstand mit dem so
notwendigen Fettstoff. Gilt es mal welches dann meist nur bel ... -
Wer ißt nur die gute Butter; Warum kann ein einjähriges Kind nur
noch 14 l gute Milch und ebensowenig Lagermilch erhalten; Heißt
das, rettet die Kinder; Der Viehbestand ist doch so beträchtlich
gestiegen!!! - Nun zu den Kartoffeln! Sie neigen sich ihrem Ende zu,
dabei haben wir noch sparsam gewirtschaftet. - Die Nährmittel (250
Gr) langen höchstens, mit Kartoffeln gestreckt, 3 Tage. Was ißt man
die weiteren 7 Tage; - Zucker wollen wir nicht erst viel erwähnen.
Man kann, wenn man sehr, sehr sparsam ist einigermaßen auskom-
men. Aber nun zu der Marmelade. Voriges Jahr wurde viel Propa-
ganda gemacht, von der Herstellung der Marmelade. Ich möchte
einflechten, daß wirklich eine reichliche und gute Obsternte war. Wo
bleibt nun die Marmelade; Was wir vorgesetzt bekamen ist nur ein
gerückerter Brei aus Rüben, etwas Obst kann schon dabei sein,
jedoch nur zu einen ganz geringen Prozentsatz. Da die Marmelade
nun so gestreckt und extra zeitweise als konzentrierte M. verkauft
wird, wobei dem Verbraucher wieder die 300 Gr. 75 Gr. abgezogen
wird, müßte doch bald genügend da sein, um den Bedarf der Bevö-
lerung zu decken. Nein, da muß noch, anstatt für 2 Zuteilungen 1 x
350 gr Kunsthonig verkauft werden. Genau der selbe Schwindel bei
den Süßwaren, bei dem Suppenmehl und auch beim Fleisch. Man
kriegt nie die Menge, die auf dem Papier steht sondern nur 80%
davon 20% gestreckten minderwertigen undefinierbarer 'Mist'; Man
ist nun zu dem Schluß gekommen, daß wir bei den Nazis nicht halb
so beschwindelt wurden in bezug auf Esserei, wie heute, wo unsere
eigenen Leute in der Verwaltung sitzen. Früher hat man es auch nicht
anders erwarten können und heute nun leider auch nicht, denn es
fehlen die befähigten Köpfe. Ich habe etliche Jahre hinter dem Ladent-
isch gestanden und habe meine Studien gemacht. Ich kann Ihnen
nur den guten Rat geben, zetern Sie nicht immer über die Westdeut-
schens Gebiete, 'stellen Sie sich ehrlich zur Diskussion', wieviel Kalori-
rnen kriegen wir zufressen; Ich schreibe 'fressen', denn ich rede mit
Arbeitern, Klempnern, Schustern usw. nicht zu wahrhaften Demo-
kraten und befähigten Politikern, denn das sind sie meine Herren
nicht, davon haben wir uns in den 2 Jahren reichlich überzeugen
können. -Versuchen Sie nicht, sich reinzuwaschen oder unterstehen
Sie sich, diese Verhältnisse auf den verspielten Krieg zu schieben, der
ist vorbei, und, wie Sie ja selbst predigen, ist in den 2 Jahren uner-
mäßig aufgebaut worden. Sie können ja die Bevölkerung so mit
Zahlen 'besoffen' machen, man glaubt es kaum. Auch versuchen Sie
nicht zu erwidern, daß Ihnen die Hände gebunden sind durch die
Besatzungsmacht, es ist alles leeres Gewäsch. Überzeugen Sie die
Besatzungsmacht daß noch vieles besser gemacht werden könnte.
Der Russe ist ja schließlich auch ein Mensch und kein dummer.
Überzeugen Sie und Erweisen Sie, handeln Sie in Güte und Ruhe,
zeigen Sie, daß es noch deutsche Männer gibt, ehrliche, aufrichtige
und nicht zuletzt auch befähigte, die dieser großen Not gewachsen
sind und auch wirklich ein Interesse daran haben, die schwere Lage
zu meistern, was bisher leider noch nicht der Fall war. Bitte keine Einwendungen, es ist so, wie ich schreibe, Sie haben nur für Ihren Bauch gesorgt und haben dadurch kein Verständnis für die Not der 'Breiten Masse' sonst könnte nicht von einer gesicherten Ernährung gefaselt werden, wo täglich so und so viele am Hunger sterben.
Setzen Sie nun endlich mal Ihre ganze Kraft für das Volk ein und vergeuden Sie nicht nutzlos für leere lange Reden, nur so können Sie uns wieder Ansehen verschaffen, zeigen Sie mehr Rückgrat wie bisher!!!

Dies ist der Wunsch vieler junger Mütter
ich glaube der ganzen Bevölkerung! 554

Zu dieser Eingabe gibt es keine weiteren Dokumente.

Die empörte Kartengruppe 4
Anonyme Eingabe an das Chemnitzer Ernährungsamt im April 1949:

„In den letzten Tagen wird viel Geschrei gemacht um die Sonderzuteilungen an die Intelligenz. Weiterhin werden ab März d.J. auch die Belegschaftsmitglieder Pakete erhalten, die nach Befehl 234 verpflegt werden.
Denkt man an Amtsstelle nicht daran, dass derartige einseitige Behandlungen bei den übrigen Bevölkerungsschichten, ich denke hierbei an die Kartengruppe 4, Empörung hervorrufen? Findet sich in den massgebenden Kreisen nicht auch ein einziges Mal eine Person, die gegen solche Bevorzugungen spricht? Mit der Gruppe 4 ist es doch wirklich zum Verhungern und es ist doch naheliegend, dass diese Menschen verärgert sind, wenn in einem sogen. Intelligenzpaket alleine 9 Pfund Fleisch enthalten sind.
Leider haben all die Kreise, die heute in Amtstellen sitzen, vergessen, was sie früher waren, denn sie sind ja in eine Zeit hineingetaumelt, die sie in ihrem Leben niemals erwartet hätten. Mit welcher Berechtigung z.B. erhält ein Neulehrer, der doch bestimmt weniger nerven-kraftverzehrende Tätigkeit hat, als meinenwegen ein Angestellter in der Privatindustrie, die Intelligenzpakete. Zufällig ist mir ein solcher Mensch aus meiner Nachbarschaft bekannt und ich wage nicht, zu behaupten, dass dieses Licht unter die Intelligenz zu rechnen ist.
Es ist eine alte Tatsache, 'der Krug geht zum Wasser, bis er bricht'. Auch diese Zeit wird vorübergehen und es wird sich mancher dann die bittersten Vorwürfe machen, wie er gegen seine Mitmenschen gehandelt hat. Sie finden in mir absolut keinen reaktionären Menschen, aber schliesslich muss die Gerechtigkeit die Oberhand behalten.
Ein schönes Beispiel möchte ich bezügl. der ungerechtigkeit noch anführen. Es handelt sich um die Osterzuteilung von Mehl und Zuck-

554 SAC, 5591, unpag.

Keine weiteren Dokumente überliefert.

Freiverkauf macht Waren knapp
Anonym an das Amt für Handel und Versorgung Chemnitz im Juni 1949:

Hochachtungsvoll, (Unterschrift) 556

Keine weiteren Dokumente überliefert.

Dampfwurst im Tierpark
Anna G. an die Leitung des Berliner Tierparks im April 1957:

„Betr.: Dortiges Terrassen-Café

555 SAC, 5591, unpag.
556 SAC, 5591, unpag.
festzustellen gibt, mit Stillbuchen hinweggegangen bin, weil ich von einem zum anderen Mal auf Abstellung erhoffte, so möchte ich Sie diesmal doch von unseren Fiasko, das wir erlitten, unterrichten, mit der stillen Hoffnung im Herzen, dass Sie vielleicht in der Lage sein werden, Abhilfe zu schaffen, zumal doch jetzt das Terrassen-
Café nicht mehr der HO, sondern der Leitung des Tierparks unterste
hen soll, wie ich - allerdings aus nichtauthentischen Quellen - hörte. 
eine ältere Dame am Tisch, die schon 20 Minuten auf ihre Bockwurst 
und eine Tasse Kaffee wartete. Nach insgesamt 35 Minuten Warte-
zeit brachte uns die Serviererin 2 Bestecke, die sie auf den staubigen 
unbedeckten Tisch legte. Auf unsere Frage, wie lange wir denn noch 
auf unsere Würstchen warten müßten, erhielten wir die Antwort, 
dass in der Küche vergessen wurde, die Würste in den Kessel nachzu
legen und auch der Strom nur auf halber Kraft laufe. Es würde nun 
aber nicht mehr lange dauern. Nach einer weiteren Viertelstunde 
erhielten wir dann eine noch nicht mal lauwarme Wurst, die wir lei
der, da wir sie ja anbeißen mussten, nicht mehr zurückgeben lassen 
konnten. Von einem Genuß konnte natürlich nicht die Rede sein. Es 
war auch keine Bockwurst wie bestellt, sondern eine sogenannte 
Dampfwurst. Das tollste an der Geschichte war jedoch, dass wir für 
die Dampfwurst, die überall im demokratischen Sektor um 24 Pf. Bil
liger ist als die Bockwurst, 26 Pf. mehr bezahlen mussten. Wie uns 
die Bedienung auf unsere Frage erklärte, kostet eine Bockwurst mit 
Salat DM 1,75, eine Dampfwurst mit Salat DM 1,98. Wenn wir es 

nicht glaubten, möchten wir uns drinnen beim Geschäftsführer 
von ihm überzeugen lasse, dass sie die Wahrheit spräche. Da ich 
sowiedo schon verärgert war und es mir um meine wenige freie Zeit 
leid tat, hatte ich nicht noch Lust, mich in weitere Auseinandersetz
ungen einzulassen, sondern behielt mir den schriftlichen Weg vor. 
Es kann doch unmöglich stimmen, was mir in Bezug auf den Wurst
preis eröffnet wurde, nicht wahr?
Nachdem die junge Frau das Geld kassiert hatte, fragte sie mich 
noch: 'Hatten Sie nicht auch Kaffe bestellt?' Auf meine Antwort, dass 
was wir die Hoffnung auf unsere Tasse Kaffee längst aufgegeben hätten, 
sagte sie: 'Na, die bringe ich Ihnen aber gleich'. Und bei diesem Versprechen blieb es dann auch. Wir warteten noch weitere 10 Minuten 
und verließen dann die 'gastliche Stätte'. So erhielten wir dann inner
halb einer Wartezeit von insgesamt einer Stunde sage und schreibe 
jeder eine noch nicht einmal lauwarme Dampfwurst - und das bei 
einem weniger als mittelmäßigen Betrieb. Es waren meistens Kinder 
anwesend, die sich ihre Limonade selbst vom Ausschank holten. 
Leid tat mir am meisten meine alte Dame, mit der ich so selten einen 
kleinen Ausflug mit einigen Annehmlichkeiten unternehmen kann. 
Hochachtungsvoll..."557

557 LA
118-362, unpag.


Durch Einstellung von 2 Frauen, die lediglich für die Sauberkeit der Tische verantwortlich sind, hoffen wir auch die immer wieder auftretenden Beschwerden über Unsauberkeit zu verhindern.

Mit dem Rat des Stadtbezirks Lichtenberg, Abt. Handel und Versorgung, wurde weiter vereinbart, in allernächster Zeit einen Gaststättenbeirat für die HO-Gaststätte 'Tierpark' zu schaffen."

Dürer, Rembrandt oder Rubens?

Im März 1958 schrieb Frau B. aus Berlin an die Leserabteilung der BERLINDER ZEITUNG folgende Eingabe:

„Liebes Bärchen!
Am 24.2.58 schrieb ich nun den nachstehenden Brief an die Abt. Handel und Versorgung im Rat des Stadtbezirks Friedrichshain:
Betr.: Beschaffung eine Fernsehgerätes für meine schwerkranke Mutter, Frau Ida S., geb., 24.10.93, wohnhaft wie oben.
Ich will Ihnen kurz den Sachverhalt schildern:
Meine Mutter erhält schon seit vielen Jahren Rente, war also zur damaligen Zeit schon sehr krank, so dass sie frühzeitig berentet werden musste. Im Laufe der Jahre hat sich aber ihr Leiden derart verschlechtert, so dass sie seit 1956 das Haus überhaupt nicht mehr verlassen kann. Das bedeutet, dass sie kein Kino und kein Theater besuchen kann, was ja für einen 64- jährigen Menschen sehr betrüglich ist.
Einen Schwerbeschädigtenausweis habe ich nicht besorgt, da meine Mutter ja sowieso das Haus nicht mehr verlassen kann.
Der Arzt, bei dem meine Mutter schon jahrelang in Behandlung ist, kommt auch immer ins Haus zur Behandlung, weil sie eben nicht mehr raus kann.
Da ich meiner Mutter gern eine Freude bereiten möchte, wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie mich recht bald mit einem Fernsehgerät bedenken würden. Für Ihre Freundlichkeit danke ich Ihnen im voraus recht herzlich.
Falls mein Antrag Berücksichtigung finden sollte, wäre es schön, wenn wir ein Dürer-Gerät bekommen könnten.

Hierauf erhielt ich vom Rat des Stadtbezirks Friedrichshain, Abt. Handel und Versorgung, Berlin 0 34, Grüneberger Str. 54, Fernruf 58 08 11, App. 504, unter dem 4.d.Mts. folgende Nachricht:
Betr.: Kauf eines Fernsehgerätes.


Wenn Sie nicht unbedingt auf das Fernsehgerät 'Dürer' Wert legen, könnte bei einer Eintragung auf das Fernsehgerät 'Rubens' eine Belieferung unter Umständen sehr schnell erfolgen.

Wir bitten um Verständnis unserer Ablehnung.


Wenn mir nun anstelle des Fernsehgerätes 'Dürer' ein Gerät 'Rubens' angeboten wird, so weiss ich nicht, was ich hierzu sagen soll. Einmal wird mir etwas abgelehnt, dann aber wieder etwas angeboten, was für den Zweck, den das Gerät erfüllen soll, nicht geeignet ist. Ich soll nun die Kleinbildröhre nehmen, obgleich meine Mutter dann doch nicht den gewünschten Genuss hätte, den sie eigentlich haben sollte.

Nicht unerwähnt möchte ich lassen, dass meine Mutter 1944 total ausgebombt wurde und nichts mehr besitzt, an das sie sich erfreuen könnte. Ihr bleibt lediglich die Krankheit und dass sie an das Haus gefesselt ist.

wir den Apparat kaufen müssen, da meine Mutter von ihrer Rente das niemals könnte. Er machte mir das Angebot, den 'Rubens' zu kaufen und mir eine größere Bildröhre einbauen zu lassen. Dieser Vorschlag ist doch wohl kaum zu akzeptieren. Nach den Äußerungen von dem Oberreferenten Kaufmann müsste uns ja, falls eine bevorzugte Belieferungen möglich ist, zuerst ein Gerät zustehen, denn
1. sind wir alle drei berufstätig und
2. haben wir doch meine schwerkrankte Mutter zu Hause.

In der Hoffnung, dass Du liebes Bärchen mir helfen kannst, zeichne ich ..."560

Einen weiteren Brief schrieb Frau B. am 10. April an die Abteilung Handel und Versorgung beim Magistrat von Groß-Berlin. Auch dieser sollte bei der Beschaffung eines „Dürers“ behilflich sein:

"(...) Vielleicht haben Sie die Möglichkeit, eine Freigabebescheinigung von einem anderen Bezirk zu erhalten, der nicht so sehr überlaufen ist wie der Bezirk Friedrichshain. Sie würden meiner Mutter hiermit eine sehr grosse Freude bereiten, zumal sie nur auf ein solches Gerät angewiesen ist, um am kulturvollen Leben teilnehmen zu können."561

Der Magistrat, Abteilung Handel und Versorgung gab jedoch einen abschlägigen Bescheid. In der Begründung heißt es:

"(...) Wir hatten die Regelung der Vorbestellung auf Fernsehgeräte im vergangenen Jahr getroffen, weil trotz der erhöhten Produktion bei weitem nicht alle Wünsche sofort befriedigt werden konnten. Durch die Möglichkeit der Vorbestellung ist nun garantiert, dass die eingehenden Geräte in der Reihenfolge der Eintragungen ausgeliefert werden, ohne dass die Kunden wie früher, unzählige unnötige Nachfragen in den Verkaufsstellen halten müssen. Die Zahl der Vornotierungen ist schon sehr gross, so dass die Kunden leider mit recht erheblichen Lieferzeiten rechnen müssen, besonders, wenn sich ihr Wunsch auf ein Gerät mit einer grossen Bildröhre bezieht. (...) Das Angebot an Sie, einen Fernsehapparat der Type 'Rubens' zu kaufen, ist durchaus nicht wiedersinnig zur vorherigen Ablehnung eines 'Dürers', weil der 'Rubens'-Empfänger verständlicherweise wenig gefragt sind, nachdem es die verbesserte Type gibt und also meist sofort geliefert werden können."562

560 Ebenda.
561 Ebenda.
562 Ebenda.
Frau B. gab sich jedoch nicht geschlagen und schrieb Anfang Mai eine weitere Eingabe an die Abteilung Handel und Versorgung, nun zu Händen der Stadträtin Schirmer-Pröscher:


(...) Aus meiner langjährigen Tätigkeit als Sekretärin beim Rat des Stadtbezirks Prenzlauer Berg, Abt. Sozialwesen, Abteilungsleiter Bachmann, ist mir zwar bekannt, dass, wenn eine Stelle ablehnt, alle übrigen Stellen auch ablehnen.

Sollte Ihnen die Möglichkeit gegeben sein, so wäre ich Ihnen wirklich sehr dankbar, wenn Sie meiner Mutter helfen würden. Nicht unerwähnt möchte ich lassen, dass ich mich im Industrieladen Stalinallee im Februar wegen eines Fernsehgerätes 'Dürer' eintragen ließ und die Nummer 487 habe."  


Frau B. lehnte das Angebot ab. Nachdem sie jedoch noch einmal telefonisch mit Stadtrat S. Kontakt aufnahm, bot dieser ihr dann im Juni die Weiterentwicklung des „Rubens“, einen Fernsehapparat „Iris“ an, der im RFT-Industrieladen in der Stalinallee für sie bereitstehe. Dieses Angebot entlarvte Frau B. jedoch als einen Trick. In einem weiteren Schreiben klärte sie den Stadtrat auf:

„Für obige Zuschrift danke ich Ihnen sehr herzlich, muss aber doch mein Befremden zum Ausdruck bringen. Wie Sie schreiben, soll das

563 Ebenda.
564 Ebenda.
Gerät ’Iris’ die Weiterentwicklung des Gerätes ’Rubens’ sein. Nach fachmännischer Auskunft hat das Gerät keinen UKW, ist also praktisch keinen Fall besser als ’Rubens’. ’Iris’ ist ein Stassfurter Gerät und ’D e r b y’ ist der Nachfolger von ’Rubens’. (...)

Jetzt wo ich mich endgültig für ein Rubensgerät entschlossen habe, wird mir ein Gerät angeboten, was nicht einmal dem des Rubens entspricht.

Sollte es nicht möglich sein, mir ein Rubensgerät nachzuweisen, so bitte ich um den Apparat ’Derby’, der die Weiterentwicklung des ’Rubens’ ist.”

Stadtrat Schneider antwortete auf diesen Brief:


Wie sich Frau B. endgültig entschied, ist nicht überliefert.

Gemüse in Bombenlöchern

Eingabe an den Präsidenten der DDR vom August 1958:

„Sehr geehrter Herr Präsident!

565 Ebenda.
566 Ebenda.

Zu dieser Eingabe ist keine Reaktion überliefert.

Kampf den Schiebern und Spekulanten

Eingabe an das NEUE DEUTSCHLAND vom Februar 1958:

„WIR BITTEN SIE HÖFLICH, BEIM EINKAUF IHREN DEUTSCHEN PERSONALAUSWEIS UNAUFGEFORDERT VORZUEIGEN“.


567 BAB, DA 4 1059, Bl. 47.

Dann fiel mir im Laufe meiner häufigen Einkäufe etwas auf und das ist des Pudels Kern, das bisherige war quasi nur die Einleitung. Nicht übel nehmen, bitte!

Also ich stelle mich eines Freitags ganz bewusst an einige Verkaufsständen in der Markthalle an. Die Ausweise wurden gezückt, wohl bemerkt gezückt und schon kam der Ruf 'Danke schön!' Ich schwöre, es ist die reine Wahrheit! Keine einzige von den Verkäuferin sah den Ausweis an, geschweige denn hinein! Wer darauf reist, kauft sich die übliche Hülle, steckt irgendeinen Schrieb hinein und kauft nun in der Markthalle beim HÖ, beim Konsum überall lustig ein.


Neben mir stand nämlich einer beim Würstchenstand, der kaufte sich 'Wienerchen mit 2 Brötchen, bitte' – bekam er auch, erholte nämlich die Ausweishülle aus der Tasche, wollte zücken, dann kam das 'Danke schön!' Kein Blick, ist unnötig. Die ganze Welt ist bar jeder Betrüger, aber ich sah es ganz genau – in der Hülle war nämlich nichts.

Hängt das Schild doch ab – es ist so überflüssig!
Sie sind immer noch nicht darauf gekommen? Na – hören Sie! Der Würstchenesser kam nämlich aus Westberlin. Ich hörte es, als er sagte, 'das mach ich immer so.'

Das NEUE DEUTSCHLAND sandte die Eingabe mit anderen Schreiben an den Magistrat, Abteilung Handel und Versorgung mit der Aufforderung:

"... Da wir das Thema in unserer Zeitung auch in jüngster Zeit bereits mehrfach behandelt haben, vertreten wir die Auffassung, dass es Sache der zuständigen Stelle beim Magistrat ist, auf den Handel in dieser Frage energischer und konsequenter einzuwirken. Eine Änderung des gegenwärtigen Zustandes der nachlässigen Handhabung der Kontrolle des Personalausweises bei Publikumseinkäufen kann in entscheidender Weise nur durch mündliche Aufklärung und durch erzieherische Maßnahmen erreicht werden. (...)"

Erst nach mehrfacher Mahnung durch das NEUE DEUTSCHLAND antwortete Stadtrat Krebs am 1. April 1958 Herrn L. auf die Eingabe:

---

568 LAB, 113-362, unpag.
569 Ebenda.

Butter, Gegner und Spekulanten
Maria W. an den Karl-Marx-Städtter Oberbürgermeister im Oktober 1960:

„Sehr verehrter Herr Oberbürgermeister!


570 Ebenda.
ter meinen Bedarf für diese Woche gedeckt gehabt. Ich zog mir Stückchenbutter der ausgewogenen vor, denn vorige Woche kaufte ich in meiner Konsum-VSt ausgewogene Butter, die sehr viele dunkle Stellen hatte, es war kein Verderb, es war Schmutz.


Vor allem ist seitens der HuV oder irgend einer anderen Stelle offiziell in der Presse von einer vorübergehenden oder anhaltenden Butterknappheit nichts geschrieben worden. Man muß wirklich annehmen, es macht jeder was er will in unserer Stadt. Von Demokratie kann da nicht gesprochen werden. Dies geht administrativ vor sich. Früher nannten wir solche Menschen, die einfach über andere befehligt ‘kleine Hitler’ und heute haben dieselben Menschen wieder die Plätze eingenommen‘; Mich beängstigen solche Handlungsweisen sehr, wenn da nicht aufgepasst wird, kann es mal schnell zu spät sein.

Ich hoffe, daß mein Hinweis zu einer Veränderung der ’Gepflogenheiten‘ im Kaufhaus ’Glück-Auf‘ beiträgt.

Maria W. 571

Der Bürgermeister antwortet kurze Zeit später auf die Eingabe (in Auszügen):

„Sie werden sich der Buttersituation des vergangenen Jahres erinnern, die zweifellos auf die Trockenheit und ungenügende Futterbereitstellung für das Vieh zurückzuführen war. Seit dieser Zeit wird

571 SAC, 1006, unpag.
die Butter in den meisten Teilen unserer Republik auf Kundenlisten verkauft. (...)
Sie werden Verständnis dafür haben, daß auch in den Selbstbedienungsverkaufsstellen ein kontrollierter Verkauf dahingehend durchgeführt wird, daß jeweils nur ein Stück zum Verkauf kommt. Insofern hat die Kassiererin im Kaufhaus 'Glück Auf' den Weisungen der Staatsorgane entsprechend richtig gehandelt. (...)
Ich bitte Sie, diese Hinweise den Ausführungen in Ihrem Schreiben gegenüberzustellen und einzuschätzen, daß die Maßnahmen der Staatsorgane im Interesse der gesamten Bevölkerung notwendig und richtig waren.\textsuperscript{572}

Erbswurst

Die Eingabe von Frau S. ist in einem Schreiben der Abteilung Handel und Versorgung an die Großhandelsgesellschaft (GHG) Lebensmittel Karl-Marx-Stadt im Oktober 1964 überliefert:

„Von Frau S. erhielten wir folgende Mitteilung:
Seit einigen Wochen gibt es nirgends mehr die beliebte Erbswurst zu 0,70 MDN. Statt dessen bietet man ein Erbsengericht an zu 1,20 MDN. Es ist aber trotz höherem Preis durchaus nicht ergiebiger. Jedenfalls ist es mir und auch anderen Frauen nicht recht, daß die Erbswurst verschwunden ist. Was sagen Sie dazu? Wir bitten Sie, dieser Bürgerin mitzuteilen, aus welchen Gründen die gewünschte Erbswurst zu 0,70 MDN nicht mehr im Handel angeboten wird. Sie wollen uns bitte von Ihrem Antwortschreiben einen Durchschlag übersenden."

Abteilung Handel und Versorgung an Frau S. (ohne Datum):

„Sehr geehrte Frau S.
Ich bestätige den Eingang Ihres Schreibens vom 11.10.1964 und teile Ihnen mit, daß Ihnen von der Großhandelsgesellschaft Lebensmittel die Beantwortung Ihrer Frage zugesandt wird."
Am 30.10.1964 schrieb das Suppina Nahrungsmittelwerke an Frau S. und einen Durchschlag an die GHG:

Sehr geehrte Frau S.


Die Beschaffenheit der Verpackung der Erbswürste war insofern nicht den neuesten Qualitätsmerkmalen entsprechend, als es sich noch um keine Folieverpackung handelte. Es hat sich aber erwiesen, daß die Folieverpackung für kochfertige Suppen einen günstigen Einfluß auf die Haltbarkeit ausübt.

In den letzten Jahren mußte festgestellt werden, daß komprimierte Suppenerzeugnisse (Preßwürfel und Erbswürste) immer weniger verlangt wurden. Dies spiegelte sich in einem ständigen Umsatzrückgang bei Erbswüsten wider. Das führte zu einer Nichtauslastung der Erbswurst-Verpackungsmaschine, die damit unrentabel wurde. Seit Beginn dieses Jahres bieten wir deshalb dem Verbraucher in Form der Erbssuppe mit Schinken und Speck (Alu-Beutel 100 g) ein qualitativ hochwertiges Erzeugnis. Diese kochfertige Suppe befindet sich in einem nichtkomprimierten Zustand in einer Alu-Verpackung aus heißgesiegelter Folie. Dadurch ist ein Luftzutritt ausgeschlossen, wodurch ein günstiger Einfluß auf die Qualitätserhaltung erzielt wird. Mit dieser Packung im 100 g Alu-Beutel wird mit einem Preis von MDN -0,45 außerdem ein günstigerer Preis erzielt, als der für die Erbswurst mit Schinken und Rauchfleisch. 100 g davon kosteten dem Verbraucher MDN -0,47. Wenn Ihnen von Ihrer Verkaufsstelle unser Erbsengericht zu MDN 1,20 anstatt Erbswurst angeboten worden ist, so handelt es sich wohl offensichtlich um ein Mißverständnis. Dieses letzgenannte Erzeugnis stellt eine Erweiterung unseres Sortiments dar und hat eigentlich mit der Erbssuppe (früher Erbswurst) nichts zu tun.

Wir hoffen, Ihnen mit diesen Darlegungen Auskunft gegeben zu haben, weshalb die „Erbswurst“ jetzt als Erbssuppe gehandelt wird, und bitten Sie, für die begründete Maßnahme Verständnis aufzubringen, zumal sie für den Verbraucher günstige Auswirkungen mit sich bringt.

Damit Sie sich selbst von der Richtigkeit unserer Darlegungen überzeugen können, erlauben wir uns, Ihnen 2 Beutel Erbssuppe mit Schinken u. Rauchfl. beizufügen und bitten Sie, diese entsprechend auszuprobieren. (...)”

Am 3.11.1964 schrieb die GHG an den Rat der Stadt:
Wie Ihrer Kolln. N. bereits mitgeteilt, wurde diese Eingabe auf unsere Veranlassung hin direkt vom Herstellerbetrieb, VEB Suppina (...) beantwortet. Eine Durchschrift dieses Schreibens wurde Ihnen zugestellt.
Wir schätzen ein, daß mit diesem Antwortschreiben die Angelegenheit ihre Erledigung gefunden hat.

Und schließlich teilte am 11.11.1964 Suppina der GHG und dem Rat der Stadt folgendes mit:

„Zu Ihrer Information teilen wir Ihnen mit, daß wir von der genannten Verbraucherin folgende Karte erhalten haben:‘

(...) Ich danke Ihnen für die Übersendung der Erbssuppen mit Schinken und Speck. Nachdem ich sie ausprobiert habe, muß ich zugeben, daß sie vorzüglich schmecken und auch preiswert sind. Also werde ich jetzt anstatt Ermbswurst diese Suppe kaufen. (...)’

Wie daraus ersichtlich ist, wurde die Eingabe der Frau S. zur Zufriedenheit geregelt."\textsuperscript{573}

Hochzeitsbutter


„Betr.: Zuteilung an Butter und Kondensmilch für eine Hochzeitsfeier
Es ist mir auch nicht möglich, vorher schon abdarben zu lassen, da alle Familienmitglieder berufstätig sind, wir auch keine ‘Beziehun-

\textsuperscript{573} SAC, 1921, Bl. 66-71.
gen’ haben, zusätzlich irgendwie wie Butter zu kaufen. Ich würde mich freuen, wenn ich auf legalem Wege meine Gäste anständig bewirten könnte, ohne an einem solchen Tage Margarine vorsetzen oder verwenden zu müssen.\textsuperscript{574}

Sieben Tage später wird sie von der Abteilung Handel und Versorgung in einem Brief gebeten, sich „am Freitag, dem 18.12.1964 in der Zeit zwischen 14 und 17,30 Uhr im Rathaus, Zimmer 409\textsuperscript{2} zu melden. Sie antwortet darauf: „Leider ist es mir als Berufstätigen beim allerbesten Willen nicht möglich, zur mündlichen Aussprache zu kommen. Vielleicht könnten Sie mir kurz mitteilen, ob man für eine Hochzeitsfeier eine Zuteilung erhält oder nicht, wann und wo.\textquotedblright"


\textbf{Polnische Straßenhändler}

Eingabe aus dem Jahr 1976 an die Abteilung Inneres beim Rat der Stadt Karl-Marx-Stadt:

„Eingabe!

\textsuperscript{574} SAC, 1921, Bl. 44.
Es kommt die Frage auf, ob daß im Interesse unserer Volkswirtschaft und der polnischen ist, wenn sich Bürger auf diese Art und Weise Ihren Lebensunterhalt verdienen (und nicht schlecht, denn der größte Teil von ihnen kommt mit einem Pkw angereist) ohne dabei Werte für den Staat zu schaffen?

Ist es keine zu starke Belastung für unsere Wirtschaft, da doch bestimmte Waren von unseren Bürgern nicht mehr in ausreichender Menge gekauft werden können - wir alle kennen die Situation in der polnischen Wirtschaft und ihre Probleme bei der Versorgung der eigenen Bevölkerung!?

Immer wieder wurde mir bei Gesprächen mit Bürgern die Frage gestellt, ob das die neue Form der sozialistischen - ökonomischen Integration ist?

Ich glaube, es ist nicht im Interesse unserer sozialistischen Gesellschaft, diese Form des kapitalistischen Handels wieder zu neuem Leben zu erwecken.

Ich unterstütze alle Maßnahmen, die die Länder der sozialistischen Staaten gemeinschaft einander näher bringen, aber diese Erscheinungen tragen dazu nicht bei!

Mit sozialistischem Gruß
D.
Stadtverordneter/Sozial- und Gesundheitswesen

17 Tage später erfolgt die Antwort:

„Werter Genosse D.!


Es gibt deshalb Festlegungen, diese Erscheinungen zu unterbinden. Die Volkspolizei führt derartige Bürger der Zollverwaltung zu, die die Waren bzw. bereits erzielte Erlöse beschlagnahmt sowie weitere Maßnahmen einleitet.

Sollten Sie also erneut mit solchen Erscheinungen konfrontiert werden, ist es möglich entweder selbst telefonisch eine entsprechende Information an die Volkspolizei zu geben bzw. durch die nächst gelegene Handelseinrichtung telefonieren zu lassen.

Mit sozialistischem Gruß

575 SAC, 11280, Bl. 217-219.
576 SAC, 11280, Bl. 219.
Konsum-Brot

1979, Eingabe an die Abteilung Handel und Versorgung beim Rat der Stadt Karl-Marx-Stadt.


Das Original geht an den Rat der Stadt, Abt. Handel und Versorgung und der Durchschlag an die Leiterin der Verkaufsstelle.

Mit freundlichem Gruß,

(1979, männlich, an Abteilung Handel und Versorgung beim Rat der Stadt Karl-Marx-Stadt)

Ein Antwortschreiben erteilt die Konsumgenossenschaft Karl-Marx-Stadt drei Wochen später:

„Werter Herr K.!


Zu Ihrer Beanstandung, daß die Milch vom Vortag verkauft wird, müssen wir Sie über folgendes informieren:

577 SAC, 10667, Bl. 254.

Was ist der Unterschied zwischen einer russischen Quarzuhr und einem ...

Im Februar 1981 ging eine Eingabe bei der örtlichen Versorgungswirtschaft Karl-Marx-Stadt ein:


14 Tage später antwortete die Großhandelsgesellschaft Karl-Marx-Stadt auf eine Anfrage des Stellvertretenden Oberbürgermeisters für Handel und Versorgung:

578 SAC, 10667, Bl. 257.
579 SAC, 10653, Bl. 93.
„Werter Genosse S.!
In der Anlage erhalten Sie die mir zugestellte Eingabe zurück. Im Inhalt folgende Stellungnahme:
Für die Bereitstellung der Ersatzbatterien der Quarzuhr ist das Kombinat Mikroelektronik Erfurt verantwortlich. Laut einer Entscheidung des zuständigen Industrieministers, Genossen Steger, sind über das zuständige Werktättenetz der Republik nur Zellen in Uhren zu wechseln, die in der Republik offiziell verkauft wurden. Es gibt gegenwärtig ca. 15 verschiedene Typen an Zellen, wofür eine Bereitstellung vom Kombinat nicht gesichert wird.
Da es sich offensichtlich in der Eingabe um eine Uhr handelt, die nicht über das Verkaufsstellennetz der Republik verkauft wurde, kann demzufolge eine Ersatzbestückung nicht vorgenommen werden. Es wäre zu prüfen, ob zufälligerweise die in den Werktätten vorhandene Zellentype in diese Uhr paßt. Dazu müßte die zuständige Werkstatt entsprechend aufgefordert werden.
Eine befriedigendere Antwort ist mir nicht möglich.
Mit sozialistischem Gruß.\textsuperscript{580}

Am 25.3.1981 antwortete dann der Stellvertretende Oberbürgermeister für Handel und Versorgung auf die Eingabe:

„Werter Herr S.!
Da es in Ihrer Eingabe um die Warenbereitstellung geht, wurde mir Ihr Schreiben von der Abt. Versorgungswirtschaft übergeben.
Nach Rücksprache mit der GHG Technik kann ich Ihnen folgendes mitteilen:
Generell ist für die Bereitstellung der Ersatzbatterien für Quarzuhr das Kombinat Mikroelektronik Erfurt verantwortlich, wobei die Bereitstellung aller Typen an Zellen nicht ständig gesichert ist. Die Auswechselung der Zellen erfolgt dabei ausschließlich in den dafür vorgesehenen Werktättenetz.
Einschränkend ist jedoch zu sagen, daß die Bereitstellung von Ersatzteilen nur für Uhren erfolgt, die im Verkaufsstellennetz unserer Republik gehandelt werden. Dies geht aus Ihrem Schreiben jedoch nicht eindeutig hervor, so daß anzunehmen ist, daß diese Uhr als Geschenk in unserer Republik nicht gehandelt wird und die Ersatzteilfrage somit ungeklärt bleiben muß.
Sollte dies der Fall sein, so kann ich Ihnen nur den Hinweis geben, in einer Werkstatt prüfen zu lassen, ob zufälligerweise die Zelle eines anderen Typs in diese Uhr paßt. Wenn es weitere Probleme bei der Reparatur der Uhr gibt, so bitte ich Sie, sich dann wieder an die Abt. Örtliche Versorgungswirtschaft zu wenden, da die Reparaturwerkstätten zu diesem Zuständigkeitsbereich –gehören.
Mit sozialistischem Gruß.\textsuperscript{581}

\textsuperscript{580} SAC, 10653, Bl. 95.
\textsuperscript{581} SAC, 10653, Bl. 96.
Das Zivilgesetzbuch soll helfen

Im März 1983 schickte ein junger Mann aus Berlin an die Abteilung Handel und Versorgung der Stadt:


Mit freundlichen Grüßen“

Am 21.3.1983 erhielt Herr K. einen Zwischenbescheid, daß die Eingabe eingetroffen sei und bearbeitet werden würde. Überliefert ist weiterhin die schriftliche Stellungnahme des Handelsbereichsleiters Haushalt/Freizeit des Warenhauses an die Direktorin:

„Persönliche Stellungnahme zur Eingabe des Bürgers K. (vom Magistrat übergeben)

Der Kunde wurde von mir persönlich am 31.3.1983 zu Hause aufgesucht. Ich habe mich bei dem Kunden für das ungebührliche Verhal-
ten des Mitarbeiters entschuldigt, habe ihm dargelegt, daß mit dem entsprechenden Mitarbeiter eine Aussprache erfolgte und dieser Abzug vom Prämienlohn erhalten wird.
Da inzwischen ein Wareneingang von Tonbandgeräten erfolgt war, wurde für den Kunden ein Gerät reserviert, welches er am 4.4.83 im Verkaufsbereich kaufte.
Der Kunde war durch mein Gespräch zufriedengestellt und erklärte, daß er von einer schriftlichen Beantwortung seiner Eingabe durch uns absehe.
Der diensthabende Mitarbeiter der Werkstatt war am 5.3.83 der Kollege G. Zu seinem unfreundlichen Verhalten erfolgte eine Aussprache, an der der stellv. VBL, Koll. Sch., der Vertrauensmann, Kollegin S., und der VO, Gen. Sch., teilnahmen.
Außerdem erhielt Kollege G. für seine unfreundlich Verhaltensweise bei der Bearbeitung von Kundenreklamationen 100,- M Prämienabzug im Monat März."

Überliefert ist weiterhin der Brief des Direktors des CENTRUM-WARENHAUSES an die Abteilung Handel und Versorgung:

Wie aus der als Anlage beigefügten Stellungnahme des zuständigen Handelsbereichsleiters ersichtlich, wurden wirksame erzieherische Maßnahmen gegenüber dem in der Eingabe kritisierten Mitarbeiter der Werkstatt unternommen, und der Kunde stellt keine weiteren Forderungen gegenüber unserem Warenhaus."

Sauermilchbutter
Am 25.3.1983 schrieb Frau G. aus Berlin eine Eingabe an die BERLINER ZEITUNG. Die Zentrale Korrespondenzabteilung des BERLINER VERLAGES übermittelte die Eingabe weiter an den Berliner Magistrat, Abteilung Handel und Versorgung:

„Werte Kollegen!

Nachfolgend geben wir Ihnen auszugsweise den Inhalt des oben genannten Leserbriefes zur Kenntnis und bitten um Auswertung und gegebenenfalls um Abhilfe.

‘...Ich kaufte vergangene Woche in der Kaufhalle Templiner Straße 2 Stück Butter a 2,30 M. die Verpackung trägt die Aufschrift >Tafelbut-

583 Ebenda.

Nun machte ich mir einmal die Mühe und verglich das Verpackungsmaterial für Butter vor der Preissenkung und siehe da, es gab und gibt keinerlei Veränderung (bis auf den Preis), sogar die TGL ist die gleiche. Nun frage ich mich ernsthaft, ist das erlaubt? Hier wird man ja an der Nase herumgeführt, denn Butter und Sauermilchbutter ist doch wohl ein Unterschied, der sich nicht nur in 0,10 M bis 0,15 M pro Stück Preisunterschied auszeichnet. Ich habe noch Verständnis für die Fettreduzierung, aber bei völliger Geschmacksveränderung keinerlei Hinweis? Wie soll ich nun beim Einkauf wissen, um welche Butter es sich handelt?'

Sollten Sie es vorziehen, Frau G. direkt zu antworten, bitten wir um eine Durchschrift dieses Antwortschreibens unter Angabe unseres Zeichens.
Für Ihre Bemühungen vielen Dank!  

Der Leiter Handel und Versorgung zog es vor, Frau G. wie folgt am 7. April 1983 selbst zu antworten:

„Werte Frau G.!

Ihre Anfrage zur neuen Buttersorte an die Berliner Zeitung ist mir zur Beantwortung übergeben worden. Ich möchte Ihnen folgendes mitteilen:
Seit August 1982 wurde das Buttersortiment um eine neue Sorte Tafelbutter bereichert. Dieses Erzeugnis besitzt einen veränderten Fettgehalt und entspricht besser den Erfordernissen für eine gesunde Ernährung. Damit sind zwei Sorten Tafelbutter im Angebot unserer Verkaufseinrichtungen:

- Tafelbutter mit 74% Fettanteil á 2,40 M
- Tafelbutter mit 70% Fettanteil á 2,30 M

Der Preisunterschied ist also im veränderten Fettgehalt begründet. Da die TGL nur eine allgemeine Zusammensetzung des Erzeugnisses beinhaltet, wurde keine Änderung der TGL durchgeführt.
Für die falsche Aussage der Verkäuferin möchte ich mich entschuldigen, denn Tafelbutter zu 2,30 M hat gegenüber der Butter zu 2,40 M nur einen veränderten Fettanteil. Der Geschmack beider Sorten Tafelbutter unterscheidet sich nicht.
Die Butterherstellung unterliegt täglich einer strengen Kontrolle. Der
von Ihnen festgestellte säuerliche Geschmack konnte bei Überprüfung nicht bestätigt werden. 
Bei offensichtlichen Qualitätsmängeln ist der Einzelhandel verpflichtet, Reklamationen anzuerkennen und sie bei Notwendigkeit gegenüber der Produktion geltend zu machen.

Mit sozialistischem Gruß
Lommatzsch


Silvesterspaß im Kulturheim „Frohe Zukunft“

Im Januar 1985 schrieb Herr F. eine Eingabe an die Abteilung Handel und Versorgung der Stadt Karl-Marx-Stadt:

„Betrifft: Silvesterparty im Kulturheim „Frohe Zukunft“ der Gartenanlage Westend Karl-Marx-Stadt-Altendorf"

Für ein Entgelt von 17,- pro Person erwarben wir 4 Silvesterkarten für die oben angeführte Lokalität. Da der Einlaß auf 18 Uhr festgelegt war, fanden wir uns gegen 18 30 Uhr ein. Bereits beim Einnehmen der Plätze waren wir der Meinung, daß die Kapazität der Plätze voll ausgeschöpft war. Nur das Personal (2 Personen für ca 150 Per.) war nicht darauf eingestellt und somit ließen die Getränke auf sich warten.

Die Bedienung unseres Tisches erfolgte erst, nachdem wir das Personal eine 1 1/2 später auf unsere Existenz aufmerksam gemacht hatten. Die Bewirtung lief daraufhin wie folgt ab:

Die Zeiger der Uhr zeigten inzwischen auf 20 Uhr als die ersten 2 Bier für 4 Personen aufgetafelt wurden, worüber wir in ein dreifaches 'hurra' ausbrachen. Nun bemühten wir uns um die zweite Bestellung, die eine Flasche Weißwein und 4 Gläser Bier beinhaltete. Diese Bestellung wurde auch kurzfristig und fast wortwörtlich erfüllt, wobei jedoch 1 Bier am verkehrten Tisch landete.

Wir trösteten uns mit dem verbliebenen Rest, d.h. auch mit dem Wein der uns jedoch ohne Gläser serviert wurde. Auf die Gläser warteten wir nochmals ein 1/2 Stunde. In dieser Zeit bestellten unsere Tischnachbarn ebenfalls eine Flasche Wein und nun waren auch für alle die Gläser dabei. Inzwischen zeigten die Zeiger der Uhr auf 21 Uhr und wir erdreisteten uns eine zweite Flasche Weißwein zu bestellen, erfuhrn jedoch, daß nur noch Rotwein und Sekt zu haben sei. Nun griffen wir zur Selbsthilfe und kauften an der Theke Flaschenbier um den Abend entsprechend des Anlasses fröhlicher zu gestalten, denn wir empfanden diese Bedienung für äußerst dürftig und mußten annehmen, daß sich unsere Lage kaum verbessern würde.

Abgesehen von der Einfallslosigkeit auf der kalten Platte wurde uns zum Abschluß eine 'große Überraschung' besichert. Ein zweites 'Menü'! Dieses wurde uns auf großen Tellern serviert und bestand aus 1 Wiener und einer halben Scheibe trocken Brot.

Nun würde uns interessieren, vereinbart sich der Eintrittspreis mit dem hier Gebotenem, wobei dieser nicht aus der Eintrittskarte ersichtlich ist.

Ich bitte um Klärung dieser Angelegenheit und verbleibe hochachtungsvoll.

Anbei 1 Eintrittskarte”

Das Grübeln hat kein Ende

Am 1.12.1988 schrieb Herr H. einen als Eingabe registrierten Brief an Erich Honecker:


Mein Name ist H. geb. am 30.03.1955, als Sohn von Genossen H., Oberst der VP und Kreisamtsleiter in Karl Marx-Stadt und der Genossin H. Von Beruf bin ich Kfz.-Wagenpfleger.


Zu Jedem Zeitpunkt war ich der Meinung, dies ist keine Lösung, obwohl die meisten Argumente nicht zu widerlegen sind, aber des Lebens besteht nicht nur aus Reisen oder ähnlichen Vorteilen. Das war meine Meinung, obwohl ich nie verstehen konnte, warum man die Angelegenheit mit den Intershops so übertriebt.

Mit diesen Geschäften werden den Familien, die von Anfang an zu unserem Staat gehalten haben, die letzten Illusionen genommen. Dort können ja nur Leute einkaufen, deren Familienangehörige auf irgend eine Art die DDR verlassen haben und nun den lieben Zurückgebliebenen auf irgend eine Weise DM zukommen lassen. Auf Anfragen meiner Tochter muß ich ihr sagen, daß wir mit unserem
Geld dort nicht einkaufen können.
1986 kam ich zum ersten Male mit den Behörden der DDR in Kontakt. Ich stellte gemeinsam mit meiner heutigen Ehefrau den Antrag auf Genehmigung zur Eheschließung in der CSSR. Dies war der letzte Wille meiner lieben Mutter, unsere Eheschließung im Kreise unserer langjährigen Freunde in der CSSR.
Damals merkte ich zum ersten Mal, was man hier ist. Unser Antrag wurde abgelehnt! Ich wußte jedoch, daß eine solche Genehmigung schon erteilt wurde.
Wir erhielten auf Nachfrage wortwörtlich zur Antwort: 'Eine Eheschließung im Ausland (CSSR) war nur für bestimmte Kreise möglich. für Sie aber nicht.'
Damals bekam ich den ersten wohl entscheidenden Knacks in meiner Einstellung.
Da bis heute kein Familienmitglied seine Heimat verlassen hat, bin ich nicht in Besitz von DM und kann somit nicht im Intershop einkaufen. Aber ein Kind fragt auch nach Dingen, die andere Kinder besitzen und wünscht sich derartiges.
Bis zum 9.11.1988 konnte ich meinem Kind einige dieser Wünsche im Urlaub in der CSSR erfüllen, auch meine Frau konnte sich einiges leisten, zu dem man in der DDR leider nicht mehr in der Lage ist, ob es sich um Schuhe, Kleidung, Konsumgüter handelt, man kann viele Bereiche wählen.
Wir haben bestimmte Dinge in der CSSR gekauft, da die Preise für die gleiche Ware niedriger sind als in der DDR.

<table>
<thead>
<tr>
<th>Artikel</th>
<th>Preis CSSR</th>
<th>Preis DDR</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Champignon</td>
<td>17,50 Kcs</td>
<td>14,50 M</td>
</tr>
<tr>
<td>Oelsardinen</td>
<td>6,00 &quot;</td>
<td>5,50 &quot;</td>
</tr>
<tr>
<td>Ananas</td>
<td>19,00 &quot;</td>
<td>12,00 &quot;</td>
</tr>
<tr>
<td>Dorschleber</td>
<td>11,00 &quot;</td>
<td>6,00 &quot;</td>
</tr>
<tr>
<td>Fliesen</td>
<td>90,00 &quot;</td>
<td>3,70 &quot;</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Mir geben die Preisunterschiede zu denken, aber so lange die Möglichkeit bestand einmal etwas besonderes zum normalen Preis zu bekommen, machte ich mir keine Gedanken darüber. Da wir nie die Sachen tonnenweise mitgebracht haben, war mir nie bewußt, damit die Bürger der CSSR zu berauben.
Die Aufzählung könnte man seitenlang fortsetzen.

Nun möchte ich zu meinem eigentlichen Anliegen kommen!
Es geht um die Familien, die von Anbeginn an zu unserem Staat hielten, ihn mit aufbauten und Höhen und Tiefen überwanden.
Niemand dieser Familien verließ illegal oder legal unsere Republik.
Diese Menschen müssen nun heut zuschauen, wie andere den Inter-
shop benutzen wie eine normale Kaufhalle, nur weil die Hälfte ihrer
Familie der DDR den Rücken kehrte und, nun über das begehrte
Geld verfügen.
Braucht man für Auto Ersatzteile, bekommt kann die Auskunft, die
gibts im Intershop. Möchte man der Frau mal eine besondere
Strumpfhose kaufen, nimmt evtl. den Preis im Exist in Kauf,
bekommt man den Hinweis diese haben wir nicht, aber mit Forums-
checks im Intershop erhältlich. Unsere gesamte Erzgeb. Volkskunst
gibt natürlich im Intershop, im Volkskunstdladen ist fast nichts zu
bekommen. Auch diese Aufzählung könnte ich Seitenweise fortset-
zen. Es tut mir alles sehr leid, ich kann es nicht mehr verstehen. Seit
Jahren kämpfen wir Mitarbeiter der privaten Wagenpflege K. um den
Erhalt einer Jahresendprämie, man sagte uns, in unserer Berufsgruppe
gäbe es das nicht. Ich verstehe nur nicht, daß Arbeiter einer VE
Wagenpflege diese Vergütung erhalten. Wie soll man da den Begriff
'Gleiche Arbeit-gleicher Lohn' erklären?
Nur noch ein Beispiel, ich esse gern mal ein Stück Schokolade, in
meinen Augen nichts abnormes. In der Kaufhalle ist da aber leider
nichts zu bekommen, aber im Delikat-Laden (der ja heute in jeder
Kaufhalle vorhanden ist) ist er zu bekommen, aber eben zum dreifa-
chen Preis. Ich kann es nicht mehr verstehen, alles was meine Eltern
mir erzählten, stimmt nicht mehr.
Ich komme nicht mehr mit, die Nächte werden zu Schlaflosen, das
Grübeln hat kein Ende.
Ich fühle mich von allen Dingen, die mir meine Eltern beibrachten
losgelöst und entfernt.
Nun habe ich durch Zufall Einblick in die Reisekataloge des Reisebü-
ros für 1989 erhalten, da wir vorhatten, in der Sowjetunion oder die
VR Bulgarien zu reisen. Die angegebenen Preise für diese Reisen sind
für uns unerschwinglich.
Ich dachte immer diese ‚Antragsteller‘ begehen einen Fehler.
Nun aber, wo alle Wünsche, ja auch Träume über mir zusammenbre-
chen, weiß ich nicht mehr, was ich tun soll. Ein Wunsch von mir war
immer, unsere kleine Badzelle zu fliesen und wir hatten uns schon ein
Fliesenmuster ausgesucht in der CSSR. Nun müßten wir für die gleiche
Sorte in der DDR pro Stück 3,70 M bezahlen und das ist unbegreiflich.
Auch ich wollte mir einmal einen Wartburg kaufen, aber die Preiser-
höhung von 20.000 M auf 30.000 M kann ich nicht fassen. Man muß
doch auch noch leben und essen. Ein gebrauchtes Fahrzeug wird ja
noch höher als ein neues gehandelt. Fazit, ich muß meinen über 20
Jahre alten 311 Wartburg x1 außer ich ringe mich zu dem Schritt
durch von dem ich mich bis jetzt disdanzierte.
Aber es ist wahrscheinlich für Menschen wie mich die einzige
Lösung, um nicht nur große Augen machen zu müssen, ob nun im
Intershop oder zu anderen Gelegenheiten.
Natürlich müßte ich erst meine Frau von meinen Ansichten überzeug-
en, aber auch sie hat meiner Meinung nach nicht mehr die Einstel-
lung wie zu der Zeit, als ich sie kennenlernennte. Von diesem Brief weiß
sie nichts, aber ich mußte Ihnen, sehr geehrter Genosse Honecker
diesen Brief schreiben.

Mit sozialistischem Gruß Ihr”587

Überliefert ist auch die Mitschrift über eine daraufhin geführte Aussprache beim Bürgermeister:

„Im Prinzip wurde Unverständnis f. unsere Politik geäußert wie in Eingabe. Wenig politisch gebildet, aber nicht bösartig. Es kam zu keinen Ankündigungen ‘Ausreiseantrag’. Es wurde versucht Zusammenhänge zu erläutern u. unterschiedliche Praxis in soz. Staaten als souveräne Entscheidung dieser Parteien begreiflich zu machen.”588

Der Westen ruft, oder wer zu spät kommt...
An den Rat der Stadt Karl-Marx-Stadt, aus Konstanz, den 27.12.1989

„Sehr geehrte Damen und Herren,
entsprechend meines Antrages auf Ständige Ausreise aus der DDR und Aberkennung der Staatsbürgerschaft der DDR vom 31.01.1989 bitte ich Sie, mir endgültig schriftlich die Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR mitzuteilen bzw. mir die Aberkennungsurkunde zu zusenden. Seit dem 12.09.1989 lebe ich in der Bundesrepublik Deutschland und bin Staatsbürger der BRD. Meine Personenkennzahl der DDR: 270564 4 21121

Mit freundlichen Grüßen”589

Die Antwort:

Sehr geehrter Herr L.!

Hochachtungsvoll”590

587 SAC 11507, Bl. 352-354.
588 SAC 11507, Bl. 351.
589 SAC, 11507, unpag.
590 SAC, 11507, unpag.
### 6. 2. Die Petitionsausschüsse in den neuen Bundesländern

#### 6. 2. 1. Petitionsausschüsse in der Bundesrepublik Deutschland


<table>
<thead>
<tr>
<th>Land</th>
<th>Anschrift</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Deutscher Bundestag</td>
<td>Petitionsausschuß. Bundeshaus</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>53113 Bonn</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>Tel.: 02 28/16-2-53 42</td>
</tr>
<tr>
<td>Baden-Württemberg</td>
<td>Landtag von Baden-Württemberg</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>Petitionsausschuß. Haus des Landtages</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>Konrad-Adenauer-Straße 3</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>70173 Stuttgart</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>Tel.: 07 11/20 63-5-25</td>
</tr>
<tr>
<td>Bayern</td>
<td>Bayerischer Landtag</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>Ausschuß für Eingaben und Beschwerden. Maximilianeum</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>81675 München</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>Tel.: 0 89/41 26-22 27</td>
</tr>
<tr>
<td>Berlin</td>
<td>Abgeordnetenhaus von Berlin</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>Petitionsausschuß.</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>10111 Berlin</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>Tel.: 0 30/23 25-14 70</td>
</tr>
<tr>
<td>Brandenburg</td>
<td>Landtag Brandenburg</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>Petitionsausschuß</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>Am Havelblick 8</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>14473 Potsdam</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>Tel.: 05 31/9 66-11 35</td>
</tr>
<tr>
<td>Bremen</td>
<td>Bremische Bürgerschaft</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>Petitionsausschuß. Haus der Bürgerschaft</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>Am Markt</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>28195 Bremen</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>Tel.: 04 21/36 07-2-52</td>
</tr>
<tr>
<td>Hamburg</td>
<td>Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>Eingabenausschuß</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>Rathaus</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>20006 Hamburg</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>Tel.: 0 40/36 81-13 23</td>
</tr>
<tr>
<td>Hessen</td>
<td>Hessischer Landtag</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>Petitionsausschuß</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>Schloßplatz</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>65183 Wiesbaden</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>Tel.: 06 11/3 50-2-90</td>
</tr>
<tr>
<td>Mecklenburg-Vorpom-</td>
<td>a) Landtag Mecklenburg-Vorpommern. Petitionsausschuß</td>
</tr>
<tr>
<td>mern</td>
<td>Schloß, Lennestraße 1</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>19061 Schwerin</td>
</tr>
</tbody>
</table>
Niedersachsen  Der Niedersächsische Landtag hat keinen Petitionsausschuß eingesetzt, sondern überweist die Petitionen an die zuständigen Fachausschüsse.
Adresse:
Niedersächsischer Landtag
H.-W.-Kopf-Platz 1
30159 Hannover
Tel.: 05 11/30 30-3 10

Nordrhein-Westfalen
Landtag Nordrhein-Westfalen
Petitionsausschuß
Platz des Landtages
40221 Düsseldorf
Tel.: 02 11/8 84-24 19

Rheinland-Pfalz
Landtag Rheinland-Pfalz
a) Petitionsausschuß
Deutschhausplatz 12
55116 Mainz
Tel.: 0 61 31/2 08-5 52
b) Bürgerbeauftragter des Landes Rheinland-Pfalz
Kaiserstr. 32
55116 Mainz
Tel.: 0 61 31/2 89 99-43

Saarland
Landtag des Saarlandes
Ausschuß für Eingaben
Franz-Josef-Röder-Straße 7
66119 Saarbrücken
Tel.: 06 81/50 02-3 17

Sachsen
Sächsischer Landtag, Herr Schröder
Petitionsausschuß
Holländische Straße 2
01067 Dresden
Tel.: 03 51/49 35-2 15

Sachsen-Anhalt
Landtag Sachsen-Anhalt, Herr Schäfer
Petitionsausschuß
Domplatz 6-9
39104 Magdeburg
Tel.: 03 91/5 60-12 15, soziales, rückübertragung, 5-10% erfolg 1000 pet.

Schleswig-Holstein
Schleswig-Holsteinischer
a) Landtag. Eingabenausschuß
Landeshaus
24100 Kiel
Tel.: 04 31/9 88-10 11
b) Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten des Landes
Schleswig-Holstein
Adolfstraße 48
24105 Kiel
Tel.: 04 31/9 88-12 40

Thüringen
Thüringer Landtag
Petitionsausschuß
Amstädter Straße 51
99096 Erfurt
Tel.: 03 61/3 77-20 50

„Sehr geehrte Damen und Herren,


- Können Sie mir statistische Unterlagen zur Entwicklung der an ihren Ausschuß eingegangenen Petitionen nach Inhalten, Bearbeitung und Ergebnis zusenden?

- Gibt es generell Überlegungen, gesetzlich verankert den „Dienstweg“ zwischen Bürger und Verwaltung für beide einfacher zu gestalten (generelle Pflicht, auf jede Beschwerde innerhalb einer bestimmten Frist antworten zu müssen, feedback für die Verwaltung usw.)?

- Helmut Kohl führte meines Wissens bisher einmalig für einen deutschen Landtag in Rheinland-Pfalz einen Ombudsman als Bürgerbeauftragten ein. Gibt es Überlegungen, ein solches Amt auch in Ihrem Landtag zu installieren?

- Sind Sie mit der Arbeit Ihres Ausschusses zufrieden?

- Welche Veränderungen wären notwendig, damit Sie Ihre Arbeitsbedingungen verbessern könnten?

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn sie mir relativ zügig auf meine Fragen antworten würden und bedanke mich im voraus für Ihre Bemühungen.

Mit freundlichen Grüßen“
6. 2. 2. Mecklenburg-Vorpommern

Antwortsschreiben des Petitionsausschusses vom 16.11.1998 (9 Tage):

„Sehr geehrter Herr Mühlberg,

Ihr Schreiben vom 07.11.1998 ist beim Petitionsausschüsse eingegangen.


<table>
<thead>
<tr>
<th>Anliegen</th>
<th>Anzahl</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Kommunale Anliegen</td>
<td>75</td>
</tr>
<tr>
<td>offene Vermögensfragen</td>
<td>41</td>
</tr>
<tr>
<td>Arbeitnehmer des Landes</td>
<td>35</td>
</tr>
<tr>
<td>Sozialversicherung, Renten</td>
<td>29</td>
</tr>
<tr>
<td>Vermögensfragen</td>
<td>28</td>
</tr>
<tr>
<td>Baurecht, Bauwesen</td>
<td>27</td>
</tr>
<tr>
<td>Strafvollzug</td>
<td>22</td>
</tr>
<tr>
<td>Straßenbau</td>
<td>21</td>
</tr>
<tr>
<td>Schulwesen</td>
<td>17</td>
</tr>
<tr>
<td>Gerichte</td>
<td>16</td>
</tr>
</tbody>
</table>


593 Ebenda, S. 121.
Aus der Verfassung Mecklenburg-Vorpommerns

„Artikel 10
(Petitionsrecht)

Jeder hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden. In angemessener Frist ist ein begründeter Bescheid zu erteilen.

Artikel 35
(Petitionsausschuß)

(1) Zur Behandlung von Vorschlägen, Bitten und Beschwerden der Bürger bestellt der Landtag den Petitionsausschuß. Dieser erörtert die Berichte der Beauftragten des Landtages.


(3) Das Nähere regelt das Gesetz.

Artikel 36
(Bürgerbeauftragter)


(3) Näheres regelt das Gesetz.

Im Jahr 1996 tagte der Ausschuß in 25 Sitzungen; 1997 tagte der Ausschuß 21 mal.

Der Petitionsausschuß des Landtags des Landes Mecklenburg-Vorpommern besitzt ein Akteneinsichtrecht, das in § 2 des „Gesetzes zur Behandlung von Vorschlägen, Bitten und Beschwerden der Bürger sowie über den Bürgerbeauftragten des Landes Mecklenburg-Vorpommern“ geregelt ist:

(1) Die Landesregierung und die der Aufsicht des Landes unterstehenden Träger öffentlicher Verwaltung sind verpflichtet, dem Petitionsausschuß oder den von ihm beauftragten Ausschusßmitgliedern auf Verlangen eines Viertels der Mitglieder des Petitionsausschusses oder dem Bürgerbeauftragten auf dessen Verlangen

a) die zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben erforderlichen Akten der ihnen unterstehenden Behörden vorzulegen,

b) Zutritt zu den von ihnen verwalteten öffentlichen Einrichtungen zu gestatten,

c) alle erforderlichen Auskünfte zu erteilen und
d) Amtshilfe bei der Durchführung der erforderlichen Erhebungen leisten.

(2) Diese Befugnisse finden ihre Grenze in den verfassungsmäßigen Rechten der Landesregierung nach Artikel 40 Abs. 3 der Landesverfassung. “
Die Petitionsausschüsse in den neuen Bundesländern

6. 2. 3. Brandenburg
Antwortschreiben der Vorsitzenden des Petitionsausschusses, Frau Heidrun Schellschmidt vom 17.11.1998 (10 Tage):

„Sehr geehrter Herr Mühlberg,


Mit freundlichen Grüßen

Heidrun Schellschmidt

Anlage"
Frau Müller (Berichterstatterin des Petitionsausschusses):


(Zwischenruf: Welches?)

Bitte nachher! - Es kam vor, daß nach der dritten oder vierten Mahnung endlich die Bitte erreichte, wir möchten den gesamten Vorgang erneut übersenden, da die bereits vor einem halben Jahr zugeleiteten Unterlagen leider verlorengegangen seien. Weshalb dieser Verlust erst nach wiederholter Mahnung festgestellt werden konnte, entzieht sich leider unserer Kenntnis.

Ich vermag solch einem Verfahren auch nur sehr wenig Verständnis entgegenzubringen und möchte von dieser Stelle aus noch einmal ganz dringend an die verantwortlichen Behördenleiter appellieren, sich um pünktliche und korrekte Erledigung der Auskunftsersuchen
Die Petitionsausschüsse in den neuen Bundesländern

des Petitionsausschusses zu bemühen. Sie erfüllen damit lediglich eine Aufgabe, zu der sie nach dem Petitionsgesetz und demnächst auch nach der Verfassung verpflichtet sind. Sie erleichtern uns damit nicht nur unsere Arbeit, sondern sie ersparen sich auch peinliche Erfahrungen, wie der folgende Fall belegt:...

Besonders unangenehm kann es werden, wenn der Petitionsaus-

schuß sich auf die Sachdarstellung einer Behörde verläßt, den Peten-
ten entsprechend bescheidet und sich hinterher belehren lassen muß,
daß er sich zu Unrecht auf die Auskunft der Behörde verlassen hat.

Mit dem Leiter einer Brandenburger Behörde hatten wir besondere Probleme. Er hatte uns unter Berufung auf die Arbeitsbelastung sei-
ner Verwaltung zunächst noch recht höflich gebeten, wir möchten
doch von der Anforderung von Stellungnahmen absehen. Sie bekä-
men schon so viele Zuschriften, die sie ohnedies nicht alle beantworten könnten.

Er beschwerte sich sodann über solche Zumutungen des Petitions-

ausschusses nicht nur bei uns, sondern auch bei dem Landtagspräsi-
denten und bei Mitgliedern des Deutschen Bundestages. Es bedurfte
nachdrücklicher und zuletzt ein wenig unfreundlicher Ermahnungen,
ihn zur Erfüllung seiner verfassungs- und gesetzmäßigen Pflichten
anzuhalten.

Ein anderer Verwaltungsleiter hatte da die Möglichkeit, die das Petiti-

onswesen auch Behörden bietet, besser erkannt. Er bedankte sich
ausdrücklich für die Möglichkeit, zu der ihm übersandten Petition
ingehend Stellung zu nehmen, und nutzte dies, einige seine Behörde
zunächst belastende Ausführungen zurechtzurücken. - Soviel zu dies-
sem Thema.

Eingaben und Beschwerden, die den Petitionsausschuß erreichen,
spiegeln die Sorgen und Nöte wider, die die Bürger in unserem Land
und anderswo bedrücken.

In der zurückliegenden Zeit sind es insbesondere Probleme aus dem Bereich der ungeklärten Vermögensfragen gewesen, die an den Petiti-

onsausschuß herangetragen wurden. Da gibt es zahlreiche Schwie-
rigkeiten, die mit der bekannten Überlastung der Ämter für offene Vermögensfragen zusammenhängen.

(...)

Dietrich (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Auch wenn Sie sich von dem Ihnen nun doch mündlich vorgetragenen Bericht
des Petitionsausschusses fast gelangweit gefühlt haben, so möchte ich Sie doch noch einmal ganz kurz darum bitten, Ihre Aufmerksam
dem Bericht zu geben, denn der Petitionsausschuß als solcher ist
einer der wichtigsten Ausschüsse, die der Landtag hat, ist er doch ein
Spiegelbild der Arbeit im gesamten öffentlichen Dienst und auch der Regierung.


(...)

Lietzmann (FDP):


Die Tätigkeit im Petitionsausschuß - ich kann das einschätzen - ist sehr arbeitsintensiv und mit Routine in keiner Weise zu bewältigen, da jede Petition ein Original, also sozusagen ein Unikat darstellt und hinter jedem Anliegen ein zum Teil existentielles Problem eines Bürgers oder einer Familie steht. Heute sind ja die technischen Möglichkeiten so, daß jeder Bürger seiner Petition eine Vielzahl von Dokumenten und Anlagen beifügen kann, die natürlich alle in irgendeiner Weise für den Petitionsgegenstand relevant sein können und durch den Berichterstatter zumindest auch zur Kenntnis genommen werden müssen, bevor ein Urteil gefällt bzw. ein Entscheidungsvorschlag unterbreitet wird.
Wir sollten, meine Damen und Herren, uns zunehmend auch Petitionen, die uns erreichen, zuwenden, wenn sie einen Informationsbedarf zum Ausdruck bringen oder auch politische Wertungen und Hinweise enthalten. Das Petitionsgesetz besagt ja daß es in erster Linie Verwaltungsentscheidungen sind, mit denen sich der Ausschuß zu befassen hat. Ich denke aber, daß auch andere Anliegen, mit denen sich Bürger an den Ausschuß wenden, ein Ausdruck des Vertrauens in die parlamentarische Arbeit sind und auch im Ausschuß ernst genommen, bearbeitet, behandelt und entschieden werden sollten.

(...)

29.6.1994

Frau Bednarsky (PDS-LL):

Werte Abgeordnete, nicht nur die Legislative hat in Richtung Petitionen eine wichtige Funktion, sondern auch die Exekutive. Das heißt, nicht nur die Ministerien, sondern Ämter, Behörden, Bürgermeister usw. sind angehalten, die Petition zügig zu bearbeiten, was oft nicht der Fall ist. Es kommt vor, daß wir zum Beispiel im Juni 1994 Petitionen aus 1992 bearbeiten müssen. Das ist unzumutbar. Diese Praxis ist für den Bürger nicht mehr nachvollziehbar und birgt Zweifel an der Arbeitsweise des Parlaments. Es wäre wünschenswert, daß im neuen Landtag der Ausschuß eine Aufwertung erfährt.

29.8.1996

Frau Bierwirth (SPD):

Wir melden uns einmal alle zwei Jahre zu Wort, und ich meine, das kann man schon ertragen.


Frau Hartfelder (CDU):


Öffentliche Petitionsausschußsitzungen nach dem Verständnis, wie wir sie nach unserem Petitionsrecht haben, halte ich für falsch, aus einem einfachen Grund: weil wir dann, wenn Öffentlichkeit bei allen Petitionen erreicht wird, das Vertrauen der Bürger in die Petitionsar-
beit verlieren, weil diese auf Grund der Öffentlichkeit dann Angst davor bekommen, uns noch anzuschreiben. Man sollte also sehr gut bedenken, was man in dieser Hinsicht tut. Man kann im Einzelfall eine nichtöffentliche Anhörung durchführen, sollte aber nicht die gesamte Ausschußarbeit in die Öffentlichkeit ziehen. Wir verlieren sonst das Vertrauen der Menschen, das wir derzeit haben und das in mehreren tausend Petitionen in der 2. Legislaturperiode zum Ausdruck kommt.

(Beifall bei CDU und SPD)


(…))
6. 2. 4. Thüringen


„Sehr geehrter Herr Mühlberg,
die von Ihnen mit Schreiben vom 07.11.1998 an uns gerichteten Fragen beantworten wir wie folgt:

Zu 1.: Die von Ihnen gewünschten Informationen können Sie den jeweiligen Statistiken zu den Jahresberichten des Petitionsausschusses in dieser Legislaturperiode entnehmen. Die Statistiken sind als Anlage beigefügt.


Zu 3.: Soweit es Bestrebungen zur Schaffung der Institution eines Bürgerbeauftragten geben sollte, haben diese bisher noch nicht die Form einer Gesetzesvorlage gefunden.

Die verbleibenden Fragen können nach unserem Verständnis nur von den einzelnen Mitgliedern des Petitionsausschusses beantwortet werden. Sofern Sie dies wünschen, müssten Sie sich unmittelbar an diese wenden.

Zu Ihrer ergänzenden Information haben wir das Handbuch des Thüringer Landtags für die 2. Wahlperiode sowie ein aktuelles Faltblatt des Petitionsausschusses beigefügt.“

Quelle: Informationsfaltblatt des Thüringer Petitionsausschusses, herausgegeben vom Thüringer Landtag (2. Wahlperiode)

„Aufgabenbereiche des Ausschusses


Wenn Petitionen beim Landtag eingehen, werden sie nach einer Zulässigkeitsprüfung in der Regel zunächst der Landesregierung zur Stellungnahme zugeleitet. Nach Eingang dieser Stellungnahme wird die Entscheidung des Petitionsausschusses durch einen Berichterstatter vorbereitet. Der Petitionsausschuß kann bei Bedarf auch Ortsbe-
sichtigungen durchführen.

Der Petent hat Anspruch auf sachliche Prüfung seines Anliegens und ist über die Art und Weise dessen Erledigung in angemessener Frist zu unterrichten. Der Petitionsausschuß kann Entscheidungen der Verwaltungen nicht aufheben, ändern oder ersetzen, sondern nur über die Landesregierung darauf hinwirken.


Die Petitionsberechtigung und die Regelung des Petitionsverfahrens sind ergänzend zu der Verfassung des Freistaats Thüringen im Thüringer Petitionsgesetz und in der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags enthalten.“

Aus dem Bericht des Petitionsausschusses des Thüringer Landtages geht nicht hervor, wie oft der Ausschuß in den einzelnen Jahren tagte. Der Petitionsausschuß des Thüringer Landtages besitzt ein Akteneinsichtsrecht, das im Gesetz über die Behandlung von Petitionen vom 28.6.1994 in § 7 (Aktenvorlage, Auskunft und Zutritt) geregelt ist:


(2) Für die Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts gilt Absatz 1 entsprechend, soweit sie der Aufsicht des Freistaats unterstehen.

(3) Aktenanforderungen erfolgen über die zuständige oberste Landesbehörde des Freistaats; über die Ausübung des Zutrittsrechts ist die oberste Landesbehörde rechtzeitig vorher zu unterrichten.

(4) Die Gerichte und Verwaltungsbehörden des Landes sind dem Petitionsausschuß zur Rechts- und Amtshilfe verpflichtet.”
Die Petitionsausschüsse in den neuen Bundesländern

![Diagramm](image)
„Sehr geehrter Herr Mühlberg,

leider war es mir aufgrund des besonders hohen Geschäftsanfalles vor den Festtagen nicht mehr möglich, Ihnen zu antworten. Ich bitte dafür um Verständnis und Sie gleichzeitig um eine Mitteilung darüber, inwieweit die von Ihnen aufgeworfenen Fragestellungen vor dem Hintergrund Ihrer nunmehr eingereichten Dissertationsschrift noch von Interesse für Sie sind.

Ungeachtet dessen erhalten Sie als Anlage die rechtlichen Grundlagen des Petitionswesens in Sachsen:

- Verfassung des Freistaates Sachsen (Art. 35, 53) (vgl. Volkshandbuch)
- Gesetz über den Petitionsausschuß des Sächsischen Landtages (Sächsisches Petitionsausschußgesetz - SächsPetAG)
- Geschäftsordnung des Sächsischen Landtages (vgl. Volkshandbuch)
- Grundsätze des Petitionsausschusses über die Behandlung von Bitten und Beschwerden (Petitionen)


Sollten Sie über die offen gebliebenen Fragen Informationen wünschen, so erneuere ich mein Angebot zu einem persönlichen Gespräch und bitte Sie telefonisch um Terminabstimmung."

Der Petitionsausschuß des Landes Sachsen führte bereits 1993 ein spezielles Datenverarbeitungssystem ein, um die eingehenden Petitionen effizient registrieren und bearbeiten zu können.

„Es ermöglicht eine effektive Erfassung und verwaltungsmäßige Bearbeitung der Petitionen und gestattet darüber hinaus einen kurzfristigen Zugriff auf jeden einzelnen Vorgang und seinen Bearbeitungsstand. Die Software des Systems ist auch dafür geeignet, statistische Auswertungen vorzunehmen, die es dem Abgeordneten gestatten, Hinweise für mögliche Schwerpunkte seines eigenen politischen Handelns zu erhalten." \(^594\)

Tatsächlich bietet das zugesandte Datenmaterial umfangreiche Informa-

Die Petitionsausschüsse in den neuen Bundesländern


Der Petitionsausschuss des sächsischen Landtags besitzt ein Akteninsichtsrecht, das in § 5 des Gesetzes über den Petitionsausschuss des sächsischen Landtags vom 11.6.1991 wie folgt geregelt ist:

„Aktenvorlage, Auskunft und Zutritt. (1) Zur Vorbereitung von Beschlüssen über Petitionen haben die Behörden des Landes dem Petitionsausschuss auf Verlangen Akten zur Einsicht vorzulegen, Auskünfte zu erteilen und jederzeit Zutritt zu ihren Einrichtungen zu

595 In Bautzen und Chemnitz liegen die Zahlen höher, da aus den Strafanstalten überproportional viele Petitionen eingehen.
gestatten. Auf Verlangen des Petitionsausschusses hat die Behörde durch einen Vertreter vor dem Ausschuß auch mündlich Auskunft über den Gegenstand der Petition zu geben."

(3) Die Anforderung von Akten erfolgt über die zuständige oberste Behörde des Freistaats. bei Auskunftsersuchen und bei dem Zutritt zu Einrichtungen ist die zuständige oberste Behörde des Freistaats zu unterrichten.


§ 6 regelt Weigerungsgründe, die sich auf Geheimhaltungsklauseln beziehen.
„Sehr geehrter Herr Mühlberg,


In Ihrem o. g. Schreiben bitten Sie um weitere Informationen über die Arbeitsweise des Petitionsausschusses des Landtages von Sachsen-Anhalt zur Verwendung in Ihrer wissenschaftlichen Arbeit. Die aufgeworfenen Fragen beantworte ich wie folgt:


Die Rechte der Bürgerinnen und Bürger bei der Wahrnehmung ihres verfassungsmäßigen Grundrechts auf Einreichung und Bearbeitung von Bitten und Beschwerden werden in der Petitionsbearbeitung respektiert. Da die Bearbeitung der Petitionen einen mehr oder weniger langen Zeitraum beansprucht, wird ähnlich, wie auch in anderen Verwaltungsbehörden, damit umgegangen; z. B. Benachrichtigung zum Bearbeitungsstand mit Zwischenbescheid..."
oder mit Ferienbescheid als vorläufiger Bescheid in den Parlamentspausen.

Die Einbeziehung der Landesregierung in das Petitionsverfahren ist hinsichtlich einer zeitnahen und qualifizierten Sacharbeit notwendigerweise besonders reglementiert. Den Anforderungen des Petitionsausschusses wird auch in aller Regel nachgekommen. Die Mitwirkung der Landesregierung in Form ihrer Ministerien vollzieht sich zum einen in einer schriftlichen Stellungnahme zum Petitionsbegehren und zum anderen in der Teilnahme an der entsprechenden Ausschußsitzung.


Der Landtag des Landes Sachsen Anhalt besitzt kein Akteneinsichtsrecht. § 48, Abs. 2 der Geschäftsordnung des Landtages vom 18.6.1998 regelt lediglich in einer nichts bedeutenden Floskel:

„Wenn der Petitionsausschuß um Aktenvorlage, Auskunft oder Zutritt zu Einrichtungen nachsucht, ist der zuständige Minister rechtzeitig zu informieren."
Die Petitionsausschüsse in den neuen Bundesländern

6. 2. 7. Der Petitionsausschuß des Bundestages


„Ihr Schreiben vom 02.03.1999

Sehr geehrter Herr Mühlberg,

für Ihr o. g. Schreiben danke ich Ihnen.


Leider ließ sich auch nicht feststellen, ob das Schreiben im Rahmen der Neustrukturierung der Fraktion der PDS verloren gegangen ist, oder im Ergebnis der damit verbundenen Übernahme des Vorsitzes im Petitionsausschuß und dem Umzug meines Büros in ein anderes gebäude.

Dessenungeachtet bin ich gern bereit - sollten Sie willens sein, mir Ihre Fragen erneut zu stellen - diese zu beantworten.

Mit freundlichen Grüßen Heidemarie Lüth“

6. 2. 8. Resümee

Anhand der eingegangenen Antwortschreiben läßt sich die tatsächliche Arbeit der einzelnen Ausschüsse kaum bewerten. Dennoch soll an dieser Stelle der Versuch unternommen werden, aus dem zur Verfügung gestellten Material einige Schlußfolgerungen zu ziehen.


An letzter Stelle steht der Petitionsausschuß des Landes Sachsen-Anhalt. Über die eingegangenen Petitionen an diesen Ausschuß liegen keine statistischen Erhebungen vor. Wie der Ausschuß sekretär in einem Telefoninterview berichtete, ist es in Sachsen-Anhalt Praxis, die Petenten auf die Zuständigkeit der Verwaltunggerichte zu verweisen. „Die Bürger müssen es erst lernen, wer für ihre Probleme zuständig ist.“

596 Über dieses Verfahren berichtete mir der Ausschuß sekretär, Herr Schäfer, in einem Telefoninterview. (Siehe auch S. 219 f.)

597 „Wenn der Petitionsausschuß um Akten vorlage, Auskunft oder Zutritt zu Einrichtungen nachsucht, ist der zuständige Minister rechtzeitig zu informieren.“
sächlichen Rechte, Akteneinsicht zu fordern. Positiv dagegen ist zu bewer-
ten, daß der Ausschuß sehr umfangreich die einzelnen Fragen beantwortet hat. Diese Mühe hatte sich sonst kein Petitionsausschuß gemacht.
6. 3. 1. Qualitative Verbesserungen in der Europäischen Verwaltung

Der Europäische Bürgerbeauftragte strebt Kodifizierung für Verwaltungsethik an


Der Europäische Bürgerbeauftragte hat – im Hinblick auf das Gesetzbuch für Verwaltungsethik – einen Brief an achtzehn Institutionen, Organe oder Agenturen (u.a. das Parlament, den Rat und die Kommission) gerichtet. Er hat die Institutionen gebeten, ihn vor Ende Februar 1999 darüber zu unterrichten, ob ein solches Gesetzbuch für Verwaltungsethik für ihre Beamte schon vorliegt, oder ob sie gegebenenfalls damit einverstanden wären, die nötigen Maßnahmen zu ergreifen, um ein solches Gesetzbuch zu er stellen.

Für weitere Informationen können Sie Herrn Olivier VERHEECKE, Jurist, kontaktieren: Tel. +33 3-88-17-53-46 oder +32 2-284-2180
Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

1. Transparenz


Eine weitere Initiative, die in Kürze gestartet werden soll, betrifft die Einstellung bei den gemeinschaftlichen Einrichtungen und Organen. Ich habe bereits eine Untersuchung über die jeweiligen Altersgrenzen bei der Ein-
stellung begonnen. Die neue Initiative wird sich allgemeiner mit der man- 
gelnden Transparenz des Einstellungsverfahrens befassen, ein Bereich, der 
häufig Quelle von Beschwerden an den Bürgerbeauftragten ist.

2. Akteneinsicht
Ich komme zum Hauptpunkt meiner heutigen Ausführungen, dem öffent-
lichen Zugang zu den Dokumenten. In den ersten Monaten meiner Amts-
zeit erhielt ich eine Reihe von Beschwerden von Bürgern betreffend den 
Zugang zu Dokumenten. Einige Beispiele seien genannt: Zwei Journali-
sten beklagten sich darüber, daß ihnen der Zugang zur Anwesenheitsliste 
des Europäischen Parlaments verwehrt wurde (Beschwerde Nr. 26). Ein 
Mitglied des Europäischen Parlaments beklagte sich darüber, daß ihm der 
Zugang zu Ratsprotokollen verwehrt wurde (Beschwerde Nr. 45). Ein wei-
teres Mitglied des Parlaments beschwerte sich darüber, daß die Kommis-
sion es abgelehnt hatte, einen Bericht über Zusatzstoffe in Futtermitteln 
zugänglich zu machen (Beschwerde Nr. 180). Ein Importeur klagte dar-
über, daß ihm zu Unrecht der Zugang zu einem Zolldokument im Besitz 
der Kommission verweigert wurde (Beschwerde Nr. 532). Ferner gab es 
diverse Beschwerden von Bewerbern, die in Auswahlverfahren nicht 
zum Zuge gekommen waren und denen der Zugang zu Informationen ver-
schiedener Art verweigert wurde (z.B. Beschwerden Nr. 16 oder 485).
Zusammengefaßt lassen diese Beschwerden erkennen, daß die Mitarbei-
ter der gemeinschaftlichen Einrichtungen und Organe nicht immer ange-
messen darüber unterrichtet sind, wie Anträge auf Akteneinsicht zu 
behandeln sind, und daß Dokumente manchmal nur nach beträchtlicher 
Verzögerung zugänglich gemacht wurden.
Gegenwärtig gibt es keine Bestimmungen im Vertrag oder allgemeine 
gemeinschaftliche Rechtsvorschriften, die den Aktenzugang für die 
Öffentlichkeit regeln. In der Erklärung 17 in der Schlußakte des Vertrags 
über die Europäische Union heißt es aber:

„Die Konferenz ist der Auffassung, daß die Transparenz des 
Beschußverfahrens den demokratischen Charakter der Organe 
und das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Verwaltung stärkt.“

Diese Erklärung führte dazu, daß Kommission und Rat ihre eigenen, 
offentlich zugänglichen Bestimmungen über den Zugang zu den eigenen
Dokumenten beschlossen. Die Bestimmungen sind in einem gemeinsamen Verhaltenskodex enthalten, der durch getrennte Beschlüsse der beiden Organe umgesetzt wurde.597

3. Der Ratsbeschuß und der „dritte Pfeiler“


599 Rechtssache T-194/94 Carvel und Guardian Newspapers gegen Rat [1995] Sammlung II-2765
4. Bestimmungen und Transparenz
Öffentlich zugängliche Bestimmungen zur Dokumenteneinsicht, wie die von Kommission und Rat beschlossenen, können der Transparenz dienen und die guten Beziehungen zwischen den Bürgern und den Einrichtungen und Organen der Gemeinschaft auf dreierlei Weise fördern:

i) Der Erlaß von Bestimmungen setzt voraus, daß die Einrichtung oder das Organ für jede Art von Dokumenten prüft, ob Vertraulichkeit erforderlich ist oder nicht. Dieser Prozeß selbst kann schon zu größerer Offenheit beitragen;

ii) Annahme und öffentliche Zugänglichkeit der Bestimmungen ermöglichen den Einsicht heischenden Bürgern, über ihre Rechte Bescheid zu erhalten. Die Bestimmungen selbst können dann ferner Gegenstand öffentlicher Kontrolle und Diskussion werden;

iii) deutliche Bestimmungen können einer guten Verwaltung förderlich sein, indem sie den betreffenden Beamten helfen, die Begehren und Akteneinsicht korrekt und unverzüglich zu bescheiden.

5. Initiativuntersuchung zur Akteneinsicht
Die Untersuchung richtete sich auf 15 gemeinschaftliche Einrichtungen und Organe, und zwar:

i) andere gemeinschaftliche Organe als Rat und Kommission, die bereits Bestimmungen erlassen hatten, das heißt, das Europäische Parlament, den Europäischen Gerichtshof und den Rechnungshof;

ii) vier durch den EG-Vertrag geschaffene Organe, d.h. die Europäische Investitionsbank, den Wirtschafts- und Sozialausschuß, den Ausschuß der Regionen und das Europäische Währungsinstitut; Harmonisierung für den Binnenmarkt
iii) sowie acht der zehn „dezentralisierten Gemeinschaftsorgane“ (die restlichen beiden waren noch nicht voll funktionsfähig und wurden nicht in die Untersuchung einbezogen). 600

Ich bat die Einrichtungen und Organe, mich über ihre Situation im Hinblick auf den Aktenzugang zu unterrichten und mitzuteilen, ob sie allgemeine Bestimmungen, die der Öffentlichkeit leicht zugänglich sind, sowie interne Leitlinien für die Mitarbeiter bezüglich Akteneinsicht und Vertraulichkeit erlassen haben.

In einigen Reaktionen wurde auf gemeinschaftsrechtliche Vorschriften hingewiesen, wonach bestimmte Arten von Dokumenten vertraulich zu sein haben. Diese Information ist wichtig, da Bestimmungen betreffend den Zugang zu Dokumenten, die im Rahmen der internen Organisation erlassen werden, den geltenden rechtlichen Verpflichtungen im Hinblick auf die Vertraulichkeit entsprechen müssen. Es wurde jedoch deutlich, daß keine Einrichtung und kein Organ Zugang zu allen Dokumenten gewährt, die nicht speziell Vertraulichkeitsvorschriften unterliegen.

In verschiedenen Antworten wurde ich über die Informationspolitik der betreffenden Einrichtung oder des betreffenden Organs unterrichtet. In vielen Fällen scheint ein starkes Engagement vorzuliegen, die Information in brauchbarer und leicht zugänglicher Form zu bieten, und zwar sowohl für bestimmte Zielgruppen als auch für die allgemeine Öffentlichkeit. In einigen Fällen ist die Verpflichtung zu Offenheit und Transparenz Bestandteil des Mandats der Einrichtung oder des Organs. In anderen Fällen ist sie Ergebnis einer politischen Entscheidung.

Eine Verpflichtung zu Offenheit und Transparenz in der Informationspolitik wird betont in den Antworten des Europäischen Parlaments betreffend seine politische Arbeit, des Europäischen Gerichtshofs betreffend seine richterliche Tätigkeit und vom Wirtschafts- und Sozialausschuß, von der Europäischen Investitionsbank, vom Europäischen Zentrum für die Förderung der Berufsbildung, von der Europäischen Umweltagentur und von

600 Europäische Stiftung für Berufsbildung
   Europäisches Zentrum für die Förderung der Berufsbildung (Cedefop)
   Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen
   Europäische Umweltagentur
   Übersetzungszentrum für die Einrichtungen der Europäischen Union
   Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht
   Europäische Agentur für die Beurteilung von Arzneimitteln
der Europäischen Agentur für die Beurteilung von Arzneimitteln im Hinblick auf ihre jeweiligen Tätigkeitsbereiche.

Es ist wichtig, daß die gemeinschaftlichen Einrichtungen und Organe die Initiative ergreifen und die Bürger über ihre Tätigkeiten unterrichten. Dies ist von entscheidender Bedeutung, um die Beteiligung der Bevölkerungsgruppen und der einzelnen Bürger an der Arbeit der Union zu fördern. Auch ist dies ein wichtiger Beitrag zur Transparenz. Ich kann daher über die eingegangenen Mitteilungen betreffend die positiven Informationsstrategien der gemeinschaftlichen Einrichtungen und Organe nur erfreut sein.

Eine Informationssstrategie ersetzt jedoch nicht feste Regeln bezüglich dessen, was zu tun ist, wenn die Bürger selbst initiativ werden und Einsicht in Dokumente verlangen, die der Öffentlichkeit nicht bereits zugänglich sind.


Bei der Bewertung der gegenwärtigen Lage bin ich vom Urteil des Europäischen Gerichtshofs im Fall Niederlande gegen Rat 601 ausgegangen, wo es heißt:

„Solange der Gemeinschaftsgesetzgeber keine allgemeine Regelung über das Recht der Öffentlichkeit auf Zugang zu den Dokumenten, die im Besitz der Gemeinschaftsorgane sind, erlassen hat, müssen diese die Maßnahmen, die die Behandlung darauf gerichteter Anträge betreffen, aufgrund ihrer internen Organisationsgewalt erlassen, in deren Rahmen sie geeignete Maßnahmen treffen können, um das reibungslose Arbeiten ihrer Dienststellen im Interesse einer ordnungsgemäßen Verwaltung zu gewährleisten.“

Daraus erhebt, daß, was den Zugang zu Dokumenten betrifft, die gemeinschaftlichen Einrichtungen und Organe rechtlich verpflichtet sind, ange-

601 Rechtssache C 58/94 Niederlande gegen Rat [1996] Sammlung I-2169
messene Maßnahmen zu ergreifen, um entsprechend den Interessen einer ordnungsgemäßen Verwaltung zu handeln.


602 ABl. C 329 von 1993, S. 133
Regelungen scheint daher im Hinblick auf die Behandlung von Anträgen auf Akteneinsicht eine geeignete Maßnahme zu sein. Auf der Grundlage der obengenannten Analyse bin ich zu dem Schluß gelangt, daß es ein administratives Versäumnis ist, solche Regelungen betreffend den Zugang zu Dokumenten nicht zu beschließen und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Ich habe daher den 14 befragten Einrichtungen und Organen, die noch keine Regelungen bezüglich des Zugangs zu Dokumenten getroffen haben, Entwürfe für Empfehlungen übermittelt: Die Empfehlungen beinhalten folgende Punkte:


ii) Die Bestimmungen sollten für sämtliche Dokumente gelten, für die es nicht bereits Rechtsvorschriften betreffend den Zugang und die Vertraulichkeit gibt.

iii) Die Bestimmungen müssen der Öffentlichkeit leicht zugänglich sein.


6. Der Vertrag von Amsterdam
Durch den Vertrag von Amsterdam soll ein neuer Artikels 191a folgenden Wortlauts in den EG-Vertrag eingefügt werden:

2. Die allgemeinen Grundsätze und die aufgrund öffentlicher oder privater Interessen geltenden Einschränkungen für die Ausübung dieses Rechts auf Zugang zu Dokumenten werden vom Rat binnen 2 Jahren nach Inkrafttreten des Vertrags von Amsterdam gemäß dem Verfahren des Artikels 189 b festgelegt. Jedes der vorgenannten Organe legt in seiner Geschäftsordnung Sonderbestimmungen hinsichtlich des Zugangs zu seinen Dokumenten fest.“

Ich begrüße diese Bestimmung, obwohl zu bedauern ist, daß das Recht auf Zugang zu Dokumenten auf Parlament, Rat und Kommission beschränkt ist und sich nicht auf alle gemeinschaftlichen Einrichtungen und Organe erstreckt.
Von verschiedenen Seiten wurde ich bezüglich der Beziehungen zwischen dem vorgeschlagenen neuen Artikel 191a und den Empfehlungen in meiner Initiativuntersuchung zur Akteneinsicht gefragt. Ich habe dann auf zwei Punkte hingewiesen:


Zum zweiten wird der neue Artikel 191a des EG-Vertrags den Bürgern ein positives Recht auf Zugang zu Dokumenten verschaffen. Das bedeutet, daß sowohl die Verordnung über die allgemeinen Grundsätze und Beschränkungen als auch die Geschäftsordnungen der einzelnen Institutionen einer Revision durch den Europäischen Gerichtshof unterliegen werden, der festzustellen hat, ob der Inhalt der Bestimmungen über die Akteneinsicht rechtsgültig ist.

Wie ich bereits erläutert habe, betraf meine Initiative das Vorhandensein von Bestimmungen betreffend den Zugang zu Dokumenten. Obwohl der vorgeschlagene Artikel 191a notwendigerweise impliziert, daß die drei Organe über derartige Bestimmungen verfügen müssen, ist dies einfach eine logische Folge aus dem eigentlichen Zweck des Artikels, für die Bürger ein positives Recht des Zugangs zu den Dokumenten zu schaffen.

In den Empfehlungen des Bürgerbeauftragten wird darauf hingewiesen, daß auch jene Einrichtungen und Organe, für die es noch kein positives Recht auf Dokumentenzugang gibt, Bestimmungen betreffend einen solchen Zugang geschaffen werden müssen. Der Inhalt dieser Bestimmungen wird von den Einrichtungen und Organen selbst festgelegt. Sobald diese Bestimmungen beschlossen sind, wird die inkorrekte oder inkonsistente Anwendung der Bestimmungen als administratives Versäumnis betrachtet.

Meine Schlußfolgerung ist daher, daß der vorgeschlagene Artikel 191a und die Empfehlungen des Bürgerbeauftragten einander ergänzen. Die Zielsetzungen sind unterschiedlich, und sie gelten - abgesehen vom Europäischen Parlament – für verschiedene Einrichtungen und Organe. Sobald der neue Artikel 191a in Kraft tritt, wird das Parlament zu prüfen haben, ob
die Bestimmungen, die es bereits in Reaktion auf die Empfehlungen des Bürgerbeauftragten beschlossen hat, den Anforderungen des neuen Vertragsartikels entsprechen.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,


1. DER AUFTRAG DES BÜRGERBEAUFTRAGTEN


2. WAS VERSTEHT MAN UNTER ADMINISTRATIVER TÄTIGKEIT?


3. WAS IST UNTER „MISSSTÄNDEN“ ZU VERSTEHEN?


Wie in dem selben Jahresbericht festgestellt wurde, zeigt die Erfahrung der nationalen Bürgerbeauftragten, daß es - zumindest ganz am Anfang - besser ist, nicht zu versuchen, eine starre Definition des Begriffs „Mißstand“ vorzugeben. Ich gehe davon aus, daß die Rechtsprechung der Luxemburger Gerichte und die Literatur über europäisches wie nationales Verwaltungsrecht dem Bürgerbeauftragten bei seiner nicht ganz einfachen Aufgabe, von Fall zu Fall zu entscheiden, wann ein administrativer Mißstand vorliegt, eine verlässliche Orientierung bieten werden.


603 A4-0211/97, Berichterstatter: Nikolaos Papakyriazis
604 A4-0190/97
Möglichkeit, darüber mit dem für Beziehungen zum Bürgerbeauftragten zuständigen Mitglied der Kommission, Frau Anita GRADIN, zu sprechen, die diesen Vorschlag unterstützt. Es wäre eine große Hilfe für mich, wenn mir die nationalen Bürgerbeauftragten aus ihrem Zuständigkeitsbereich gute Beispiele für solche Kodizes vorlegen könnten.

4. KÖNNEN ERMESSENSBEFUGNISSE ÜBERWACHT WERDEN?


In den ersten Bemerkungen, die die Kommission dem Europäischen Bürgerbeauftragten zu den sogenannten „Artikel-169-Fällen“ übermittelte, stellte die Kommission fest, daß es bei den vorliegenden Beschwerden um einen Beschluß der Kommission im Hinblick auf Verfahren gemäß Artikel 169 geht, und sie fügte hinzu: „bei dem Beschluß, ... kein Vertragsverletzungsverfahren einzuleiten, hat die Kommission ihren Ermessensspielraum genutzt, wie er uneingeschränkt vom Gerichtshof anerkannt wird.“

Darüber hinaus stellte die Kommission fest, daß sie sich „gegenüber den Beschwerdeführern nach den Grundsätzen eines guten administrativen Vorgehens verhalten“ habe. Die Kommission erkennt also an, daß das Verwaltungsverfahren, das zu der Entscheidung führte, in den Zuständigkeitsbereich des Bürgerbeauftragten fällt, der den Auftrag hat, mögliche administrative Mißstände aufzudecken.

In ihren Anmerkungen zur Stellungnahme der Kommission stellten die Beschwerdeführer im Fall der Newbury-Umgehung fest, daß die Bemerkungen der Kommission über ihren Ermessensspielraum der Feststellung gleichkommen, daß sie willkürlich verfahren kann.

In jedem Fall stellt sich aufgrund der in diesem Zusammenhang von der


5. **WIE STEHT ES MIT DOKUMENTEN AUS DEN BEREICHEN DES Dritten PFIElers?**

In der Fachliteratur wurde die Frage, ob der europäische Bürgerbeauftragte außer für Angelegenheiten des ersten Pfeilers auch ein Mandat für Angelegenheiten des zweiten und dritten Pfeilers hat, unterschiedlich beant-

---

606 Das heißt Titel V und VI des Vertrags über die Europäische Union betreffend die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik bzw. die Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres.


In der Antwort des Bürgerbeauftragten wurde betont, daß dies nicht die entscheidende Frage sei. Der Beschuß über den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten stützt sich auf Artikel 151 des EG-Vertrags. In seiner Entscheidung in der Rechtssache Niederlande gegen Rat bestätigte der Gerichtshof, daß der Beschuß als Angelegenheit des Gemeinschaftsrechts rechtliche Auswirkungen gegenüber Dritten hat.


Der Rat hat nun seine Stellungnahme zu den Beschwerden übermittelt und detaillierte Argumente zur Untermauerung seines Standpunkts angeführt, wonach er die Anfrage des Journalisten im Rahmen seines Beschlusses über den Zugang der Öffentlichkeit zu Ratsdokumenten behandelt habe. Der Rat hat also zugegeben, daß die Behandlung von Anfragen betreffend den Zugang zu Dokumenten eine Frage der Auslegung des Gemeinschaftsrechts und keine Angelegenheit des dritten Pfeilers ist.

6. WANN SOLLTE DER BÜRGERBEAUFTRAGTE SELBST INITIATIV WERDEN?


Sie hat dennoch zu einigen Initiativen in grundsätzlichen Fragen geführt.

6.1. Bestimmungen über den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten

Die erste Initiative betraf die Transparenz der Tätigkeit der Institutionen und Organe der Gemeinschaft. Der Grund für diese Untersuchung war, daß beim Amt des Bürgerbeauftragten eine Reihe von Beschwerden eingegangen war, denen zu entnehmen war, daß das Personal der Institutionen und Organe der Gemeinschaft nicht immer ausreichend instruiert ist, wie mit Dokumentenanfragen umzugehen ist, und daß Dokumente manch-

610 A4-0176/96, Berichterstatterin: Nuala Ahern.
mal erst mit beträchtlicher Verzögerung zugänglich gemacht werden. Da die Aufgabe des Bürgerbeauftragten zum großen Teil darin besteht, die Beziehungen zwischen den Institutionen und Organen der Gemeinschaft und den europäischen Bürgern zu verbessern, ist eine transparentere europäische Verwaltung eindeutig eine Voraussetzung für Fortschritte in diesem Bereich.

Derzeit gibt es keine Vertragsbestimmungen oder allgemeinen Rechtsvorschriften der Gemeinschaft, die den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten regeln. In Erklärung Nr. 17 im Anhang zur Schlußakte des Vertrags von Maastricht wird betont, daß Transparenz den demokratischen Charakter der Organe und das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Verwaltung stärkt.

Der Empfehlung in dieser Erklärung folgend erließ Kommission und Rat ihre eigenen öffentlich verfügbaren Bestimmungen über den Zugang zu Dokumenten in ihrem Besitz.611 Da die übrigen Institutionen und Organe solche Vorschriften bisher nicht erlassen hatten, wandte sich der Bürgerbeauftragte schriftlich an sie, um ihre Stellungnahme in dieser Angelegenheit einzuholen.

Diese in eigener Initiative durchgeführte Untersuchung umfaßte die Gemeinschaftsinstitutionen im Sinn von Artikel 4 des Vertrags (mit Ausnahme des Rates und der Kommission, die bereits solche Vorschriften erlassen hatten); vier durch den Vertrag geschaffene Organe sowie die acht (von zehn) dezentralisierten Gemeinschaftsorgane, die bereits ihre Tätigkeit aufgenommen hatten.612


612 Zu den in die Untersuchung einbezogenen Institutionen und Organen gehören: Das Europäische Parlament Der Gerichtshof Der Rechnungshof Die Europäische Investitionsbank Der Wirtschafts- und Sozialausschuß Der Ausschuß der Regionen Das Europäische Währungsinstitut, das Amt für die Harmonisierung im Binnenmarkt, die Europäische Stiftung für Berufsbildung, das Europäische Zentrum für die Förderung der Berufsbildung (Cedefop), die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, die Europäische Umweltagentur, das Übersetzungszenrum für Organe der Europäischen Union, die Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht, die Europäische Agentur für die Beurteilung von Arzneimitteln.
Nach einem Meinungsaustausch mit den betreffenden Institutionen und Organen, in dem diese sich alle positiv zu der Initiative äußerten, empfahl der Bürgerbeauftragte im Dezember 1996 vierzehn dieser Einrichtungen, Vorschriften über den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten zu erlassen. In der Empfehlung wurde an die Erfordernisse des Gemeinschaftsrechts erinnert, wie sie der Gerichtshof darstellt:

„Solange der Gemeinschaftsgesetzgeber keine allgemeine Regelung über das Recht der Öffentlichkeit auf Zugang zu den Dokumenten der Gemeinschaftsinstitutionen erlassen hat, müssen die Institutionen die Maßnahmen, die die Behandlung darauf gerichteter Anträge betreffen, aufgrund ihrer internen Organisationsgewalt erlassen, in deren Rahmen sie geeignete Maßnahmen treffen können, um das reibungslose Arbeiten ihrer Dienststellen im Interesse einer ordnungsgemäßen Verwaltung zu gewährleisten.“\(^{613}\)

Die meisten Institutionen und Behörden haben inzwischen solche Vorschriften erlassen. Einige von ihnen baten sich wegen der Komplexität dieser Aufgabe mehr Zeit aus; es ist abzusehen, daß sie in Kürze solche Bestimmungen erlassen werden.


6.2. Die Geheimnisse der „Hüterin der Verträge“


Die Kommission hat positiv auf diese Initiative reagiert und sich daran gemacht, an dem Verfahren einige signifikante Änderungen zugunsten der Beschwerdeführer vorzunehmen. Sie scheint bisher jedoch nicht bereit, das Verfahren ganz einsehbar zu machen und die Beschwerdeführer als vollberechtigte Partei anzuerkennen. Dies liegt darin begründet, daß das Verfahren gemäß Artikel 169 traditionell als eine Angelegenheit zwischen der Gemeinschaft und dem betreffenden Mitgliedstaat betrachtet wird.

614 ABl. C 26 von 1989, S. 6
Kürzlich habe ich auch in eigener Initiative eine Untersuchung im Zusam-
menhang mit der Rechtsgrundlage und der Anwendung von Altersgrenzen
in Einstellungsverfahren der Gemeinschaft durchgeführt. Diese Angele-
genheit war Gegenstand zahlreicher Beschwerden insbesondere aus den
neuen Mitgliedstaaten. Die Rechtstraditionen in dieser Frage sind in den
einzelnen Mitgliedstaaten unterschiedlich. In einigen Mitgliedstaaten sind
Altersgrenzen durch die Verfassung als Altersdiskriminierung verboten. In
anderen Staaten sind sie dagegen anerkannt und werden im öffentlichen
Dienst häufig angewandt. Anscheinend ändert sich die Einstellung jedoch
allmählich zugunsten einer Einschränkung bzw. eines Verbots von Alters-
grenzen. In diesem Zusammenhang ist zu beachten, daß in dem die Dis-
kriminierung betreffenden Artikel im Entwurf des Vertrags von
Amsterdam das Alter als eine mögliche Ursache für Diskriminierung
genannt wird.

7. WAS BRINGT DER VERTRAG VON AMSTERDAM?
Der Entwurf des Vertrags von Amsterdam enthält eine Reihe von Bestim-
mungen, die die Befugnisse des Europäischen Bürgerbeauftragten betref-
fen. Nach dem Vertrag von Maastricht umfaßt der sogenannte dritte
Pfeiler der Regierungszusammenarbeit die Bereiche Justiz und Inneres.
Gemäß dem Vertrag von Amsterdam sollen Asyl- und Einwanderungsfrä-
gen in den EG-Vertrag übernommen werden und damit in den Zuständig-
keitsbereich des Gerichtshofs und des Europäischen Bürgerbeauftragten
fallen. Der neue dritte Pfeiler soll auf polizeiliche und justitielle Zusam-
menarbeit im Bereich der Verbrechensbekämpfung beschränkt werden.
Artikel K.13 des Vertrags von Maastricht soll durch einen neuen Artikel
K.8 ersetzt werden, der etwaige Zweifel hinsichtlich der Zuständigkeit
des Bürgerbeauftragten für die Tätigkeit der Institutionen und Organe der
Gemeinschaft im Bereich des dritten Pfeilers beseitigen wird.
Schließlich soll ein neuer Artikel 191 a in den EG-Vertrag aufgenommen
werden. In ihm soll das Recht der Bürger auf Zugang zu Dokumenten des
Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission unter Berück-
sichtigung allgemeiner Grundsätze und Beschränkungen zum Schutze pri-
vater und öffentlicher Interessen verankert werden. Diese Grundsätze und
Beschränkungen sollen vom Rat im Rahmen einer Verordnung festgelegt
werden, die zwei Jahre nach Inkrafttreten des Vertrages nach dem Verfah-
ren der Mitentscheidung mit dem Parlament (Artikel 189 b) geschaffen
werden soll. Jede Institution wird interne Vorschriften mit spezifischen Bestimmungen über den Zugang zu ihren Dokumenten erlassen. Die Einfügung dieses Artikels ist sehr zu begrüßen, obwohl bedauerlich ist, daß seine Bestimmungen nur für die drei genannten Institutionen und nicht für die anderen Institutionen und Organe der Gemeinschaft gelten sollen.

8. REICHEN DIE BEFUGNISSE DES BÜRGERBEAUFTRAGTEN AUS?

In vielen Kommentaren zum Amt des Europäischen Bürgerbeauftragten wurden Zweifel daran geäußert, ob die Befugnisse des Bürgerbeauftragten ausreichen, um wirksam gegen festgestellte Mißstände vorzugehen. Wiederholt wurde die Frage gestellt, ob der Bürgerbeauftragte nicht auch mit Befugnissen ausgestattet werden sollte, die ihn in die Lage versetzen, eine Institution anzuweisen, ihr Verhalten oder ihre Entscheidung in einem bestimmten Fall zu revidieren, bzw. die Möglichkeit haben sollte, erforderlichenfalls ein Gerichtsverfahren anzustrengen oder einen Beamten gerichtlich zu belangen. Aus diesen Kommentaren könnte man schließen, daß die Befugnisse des Europäischen Bürgerbeauftragten im Vergleich zu denen eines Bürgerbeauftragten auf nationaler Ebene außerordentlich beschränkt sind.

Sonderbericht mit möglichen Empfehlungen übermitteln. Dies gibt dem Parlament die Möglichkeit, nach einem Weg zur Lösung des Problems zu suchen. Darüber hinaus ist der Bürgerbeauftragte verpflichtet, die zuständigen nationalen Polizeibehörden zu unterrichten, wenn im Zuge seiner Ermittlungen Straftatbestände aufgedeckt werden, bzw. die betroffene Institution oder das betroffene Organ über die Notwendigkeit zu unterrichten, ein Disziplinarverfahren einzuleiten.


Bezogen auf die europäische Ebene sollte natürlich hinzugefügt werden, daß eine gütliche Einigung oft nicht möglich ist, weil die Umstände, in der sie möglich gewesen wäre, nicht mehr gegeben sind. Die Einführung eines kritischen Vermerks bedeutet auch, daß der Europäische Bürgerbeauf-

Ich glaube, daß die Annahme, daß nationale Bürgerbeauftragte normalerweise weitreichendere Befugnisse haben als die, über die der Europäische Bürgerbeauftragte derzeit verfügt, falsch ist. So sind beispielsweise die Befugnisse des dänischen Ombudsmanns, der als Vorbild für viele der nationalen Ombudsmann-Ämter wie auch für das Amt des Europäischen Bürgerbeauftragten gedient hat, im wesentlichen die gleichen wie die des Europäischen Bürgerbeauftragten, nämlich das Recht, Stellung zu beziehen, Empfehlungen auszusprechen und Bericht zu erstatten.

In einer demokratischen Gesellschaft, die sich zum Grundsatz einer transparenten und verantwortlichen öffentlichen Verwaltung bekennt, hat sich dies als ausreichend erwiesen. Von allen mir bekannten Ombudsmann-Systemen sehen nur die Systeme in Schweden und Finnland eindeutig weitreichende Befugnisse vor, einschließlich des Rechts, über die Einleitung eines Gerichtsverfahrens zu beschließen oder Staatsbeamte gerichtlich zu belangen. Aber selbst dort wird von diesen Befugnissen nur sehr wenig Gebrauch gemacht, da das Rollenverständnis des Bürgerbeauftragten sich allmählich gewandelt hat und er heute mehr als Schlichter statt als strafende Instanz angesehen wird. Warum sollte man diese Entwicklung auf europäischer Ebene umkehren?

Ich habe zumindest bisher die Erfahrung gemacht, daß innerhalb der Institutionen und Organe der Gemeinschaft die Bereitschaft besteht, für eine transparentere, verantwortlichere und für Änderungen aufgeschlossene Verwaltung zu sorgen. Auch wenn die Zukunft zeigen sollte, daß ich Unrecht habe, glaube ich nicht, daß mehr Disziplinar- oder Strafbefugnisse für den Bürgerbeauftragten an der Situation etwas grundlegendes ändern könnten. Ich denke, daß es in diesem Fall um die Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Bürgern so schlecht bestellt wäre, daß dem Problem mit Disziplinarmaßnahmen allein nicht beizukommen wäre.
9. IST DER ZUSTÄNDIGKEITSBEREICH DES BÜRGERBEAUFTRAGTEN ZU BEGRENZT?

In dem ursprünglichen spanischen Vorschlag, der im Rahmen der Verhandlungen vorgelegt wurde, die zum Vertrag von Maastricht führten, war auch vorgesehen, daß der Europäische Bürgerbeauftragte die Anwendung der Rechte der europäischen Bürger auf nationaler Ebene überwachen sollte. In dem in Maastricht angenommenen Kompromiß, der sich auf einen Vorschlag Dänemarks stützte, wurde der Zuständigkeitsbereich des Bürgerbeauftragten auf mögliche Mißstände bei der Tätigkeit der Institutionen und Organe der Gemeinschaft beschränkt.

Von den bisher eingegangenen Beschwerden fallen mehr als 60% offensichtlich nicht in den Zuständigkeitsbereich des Bürgerbeauftragten, zumeist, weil sie die Tätigkeit nationaler Behörden betreffen. Dieses Problem wurde wie folgt angegangen: zum einen hat das Amt des Bürgerbeauftragten eine gezielte Informationskampagne gestartet, mit der diejenigen Bürger und Unternehmen angesprochen werden sollten, die möglicherweise Grund haben, sich über die Tätigkeit der Institutionen und Organe der Gemeinschaft zu beschweren. Zum anderen wurde eine enge und flexible Zusammenarbeit mit den nationalen Bürgerbeauftragten und ähnlichen Einrichtungen eingeleitet, um zu gewährleisten, daß in allen Fällen eine kompetente Einrichtung verfügbar ist, die sich etwaiger Beschwerden im Zusammenhang mit dem Gemeinschaftsrecht annehmen kann, sei es auf europäischer wie auf nationaler Ebene.


Wie Sie sich erinnern werden, trafen die nationalen Bürgerbeauftragten und Vertreter ähnlicher Institutionen im letzten September mit Vertretern von Gemeinschaftsinstitutionen zu einem Seminar in Straßburg zusam-

men, um die Zusammenarbeit bei der Überwachung des Gemeinschaftsrechts auf nationaler Ebene zu erörtern. Im Rahmen dieser Veranstaltung wurde beschlossen, Verbindungsbeamte in jedem Amt zu ernennen, die mit der Verwirklichung der praktischen Zusammenarbeit betraut werden sollten. Der Aufbau dieses Netzes wurde 1996 abgeschlossen.

6. 3. 3. Formblatt für Eingaben

Der Europäische Bürgerbeauftragte

BESCHWERDE ÜBER MISSTÄNDE

1. 

2. Welche Institution oder welches Organ der Europäischen Gemeinschaft ist Gegenstand

<table>
<thead>
<tr>
<th>der Rat der Europäischen Union</th>
<th>der Ausschuß der Regionen</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>das Europäische Parlament</td>
<td>der Europäische Währungsinstitut**</td>
</tr>
<tr>
<td>der Rechnungshof</td>
<td>die Europäische Investitionsbank</td>
</tr>
</tbody>
</table>

* mit Ausnahme in Ausübung seiner Rechtsprechungsbefugnisse
** die Europäische Zentralbank (ab 1. Januar 1999)


4. Welches sind die Gründe für Ihre Beschwerde? Anlagen beifügen (gegebenenfalls). Aus welchen Gründen reichen Sie Beschwerde ein und was ist Ihr Klagebegehren?

5. Welche verwaltungsmäßigen Schritte haben Sie bereits gegenüber der betroffenen Organ oder der betroffenen Institution der Europäischen Gemeinschaft unternommen?

6. Für den Fall, daß sich Ihre Beschwerde auf ein Arbeitsverhältnis mit den Gemeinschaftsorganen bzw. -institutionen bezieht: Haben Sie den internen Verwaltungsrechtsweg erschöpft, im besonderen den gemäß Art. 90 Abs. 1,2 des Beamtenstatuts? Wenn ja, sind Bearbeitungsfristen für die Organe bereits abgelaufen?
7. War der Gegenstand Ihrer Beschwerde bereits Anlaß für eine Gerichtsentscheidung oder ist er vor einem Gericht anhängig?

8. Sind Sie damit einverstanden, daß Ihre Beschwerde an eine sonstige (europäische oder nationale) Behörde weitergeleitet werden kann, falls der Europäische Bürgerbeauftragte der Auffassung ist, daß er nicht befugt ist, sich mit ihr zu befassen?

Datum und Unterschrift:

Zur Beachtung:
2. Bitte schicken Sie nur die erforderlichen Kopien der relevanten Dokumente, um die vorläufige Untersuchung Ihrer Beschwerde zu unterstützen.

Der Europäische Bürgerbeauftragte 1 avenue du Président Robert Schuman B.P. 403 F-67001

Quelle: Der Europäische Bürgerbeauftragte. Jahresbericht 1997 S. 345-349

6. 3. 4. Statistiken zum Eingabenaufkommen

<table>
<thead>
<tr>
<th>ANHANG</th>
<th>345</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>ANHANG A: STATISTISCHE ANGABEN ZUR TÄTIGKEIT DES EUROPAISCHEN BÜRGERBEAUFTRAGTEN 1997</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>A. 1997 ANHÄNGE FÄLLE</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>*Am 31.12.1996 noch nicht abgeschlossene Beschwerden und eingegangene Beschwerden</td>
<td>227</td>
</tr>
<tr>
<td>*1997 eingegangene Beschwerden</td>
<td>1.181</td>
</tr>
<tr>
<td>*Neue eigene Initiativen des Europäischen Bürgerbeauftragten</td>
<td>4</td>
</tr>
<tr>
<td>2. Prüfung der Zulässigkeit/Nichtzulässigkeit abgeschlossen</td>
<td>97%</td>
</tr>
<tr>
<td>3. Klassifizierung der Beschwerden</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>a) Gemäß dem Mandat des Europäischen Bürgerbeauftragten</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>*innerhalb des Mandats: 996 (72%)</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>*außerhalb des Mandats: 366 (27%)</td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

b) Gründe für letzteres
- nicht autorisiert | 10 |
- nicht gegen eine gemeinschaftliche Institution oder ein gemeinschaftliches Organ | 946 |
- inneren Mißstand in der Verwaltungspraxis betreffend | 42 |

c) Analyse der Beschwerden im Rahmen des Mandats
- Zulässige Beschwerden | 230 |
- Untersuchungen eingeleitet | 196 |
- Keine Vorankündigung für Untersuchungen | 34 |
- anhängig bzw. wird deshalb vom Petitionsausschuß geprüft | 17 |
- andere | 17 |
- Unzulässige Beschwerden | 138 |
- Unzulässig, da: |
- Verfassen/Gegnerstand nicht ursächlich | 48 |
- Frevlerücksichten | 4 |
- keine vorherigen Schritte bei der Verwaltung | 84 |
- ist bei Gericht anhängig oder wurde entschieden | 17 |
- interne Rechtsmittel bei Personenangaben nicht ausgeschöpft | 5 |

B. UNTERSUCHUNGEN EINGELEITET: 200 |
(196 zulässige Beschwerden und 4 Eigeninitiativen des Europäischen Bürgerbeauftragten)

Gemäß dem Mandat des Europäischen Bürgerbeauftragten

| | innerhalb des Mandates: 366 (27%) |
| | außerhalb des Mandates: 996 (73%) |

1) Diese beiden Untersuchungsarten des Europäischen Bürgerbeauftragten und 106 zulässige Beschwerden

<table>
<thead>
<tr>
<th>Gemäß dem Mandat des Europäischen Bürgerbeauftragten</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

1) Diese Fälle betreffen 2 oder mehrere Organe oder Institutionen.
## ANHANG

### 2. Art der behaupteten Mißstände

<table>
<thead>
<tr>
<th>Mißstand</th>
<th>Häufigkeit</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Fehlen oder Verweigerung von Information, Transparenz 60 (25%)</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Diskriminierung 42 (17%)</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Verfahren, Recht auf Verteidigung 32 (13%)</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Ungerechte Behandlung, Machtmissbrauch 33 (9%)</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Vermeidbare Verzögerungen 22 (9%)</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Verstoß gegen Verpflichtungen (Artikel 166) 20 (8%)</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Rechtliche Fehlentscheidung 14 (6%)</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Sonstige Mißstände 9 (4%)</td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

1 In einigen Fällen wurden zwei Arten von Mißständen behauptet.

### C. GESAMTZahl DER ENTSCHEIDUNGEN ÜBER DEN ABSSCHLUß EINES BESCHWERDEVORVÄNGS ODER DIE BEENDIGUNG EINER UNTERSUCHUNG: 1.271

1. Beschwerden außerhalb des Mandats 998
2. Beschwerden innerhalb des Mandats, doch unzulässig 138
3. Beschwerden innerhalb des Mandats, zulässig, aber kein Anlaß für Untersuchung 34
4. Untersuchung abgeschlossen mit begründeter Entscheidung\(^1\) 10\(^2\)

\(^1\) Eine Untersuchung kann zu einem oder mehreren der folgenden Gründe abgeschlossen werden.
\(^2\) Danach sind Untersuchungen auf eigene Erkenntnis.
\(^3\) Die sind bezogen auf die Schlichter angenommen, die sind abgeschlossen, ob nach dem Beginn der Untersuchung Fehlens zum Vorliegen kam, die Mängel, ob die Beschwerde undichte war.
ANHANG

D. INFORMATION BETREFFEND DIE 1997 EINGEGANGENEN BESCHWERDEN (1.181 BESCHWERDEN)

1. Beschwerdeführer
   * Direkt an den Europäischen Bürgerbeauftragten gerichtet 1.162
   - von einzelnen Bürgern 1.067
   - von Unternehmen 38
   - von Vereinigungen 57
   * Von einem Mitglied des Europäischen Parlaments zugeleitet 17
   * An den Europäischen Bürgerbeauftragten überwiesene Petitionen 2

2. Geographischer Ursprung der Beschwerden

<table>
<thead>
<tr>
<th>Land</th>
<th>% eingegangene Beschwerden</th>
<th>% Bevölkerung in der E.U.</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Deutschland</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Vereinigtes Königreich</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Frankreich</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Italien</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Spanien</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Niederlande</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Griechenland</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Belgien</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Portugal</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Schweden</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Österreich</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Dänemark</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Finnland</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Irland</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Luxemburg</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Sonstige</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

0 5 10 15 20
6. 4. Quellenverzeichnis

6. 4. 1. Verwendete Literatur


Inventar der Befehle des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMaD) 1945 – 1949, München-New Providence-London-Paris 1995 (Texte und Materialien zur Zeitgeschichte, Bd. 8).


Baring, Martin (Hg.), Aus 100 Jahren Verwaltungsgerichtsbarkeit, Festschrift, Berlin, Köln 1963.


Böckenförde, Ernst-Wolfgang (Hg.), Staatsrecht und Staatsrechtslehre im Dritten Reich, Heidelberg 1985.


Boyens, John, Politische Petitionen und Petitionsbewegung im schleswig-holsteinischen Vefassungskampf. F. Chr. Dahlmann bis Uwe Jens Lorsen (1815-1839). Das nationale Volksproblem und die deutsche Bewegung Schleswigs, Neumünster 1944.


Büro des Präsidiums des Nationalrates der Nationalen Front, Leitfaden für die Bearbeitung von Anfragen, Wünschen und Beschwerden aus der Bevölkerung, o.O. 1951.


Dennewitz, Bodo, Verwaltung und Verwaltungsrecht, Wien 1944.


Der Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik (Hg.), Eingaben der Bürger – eine
Anlagen


Fleiner, Fritz, Institutionen des deutschen Verwaltungsrechts, Zürich 1939.


Grunert, Brigitte, Der Bürger und sein Petitionsrecht. eine kurzgefasste Darstellung der Geschichte, Verfahrensweise und Praxis des Petitionsrechts (Eingaben und Beschwerden), Berlin 1979.


Haupt, Erich, Das Petitionsrecht (Eingaberecht), Diss. Breslau 1927.


Hoffmann, Diether H., Das Petitionsrecht, Diss. Frankfurt am Main 1959.

Hofmann, Joachim, Das Verbot der Reformatio in peius im Beschwerdeverfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit, Frankfurt am Main; Bern; New York; Paris; Wien 1992.


Huß, Conrad Johann Heinrich, Bemerkungen über Petitionen mit besonderer Rücksicht auf den Bauernstand, Kiel 1816.


Kumpf, Johann Heinrich, Petitionsrecht und öffentliche Meinung im Entstehungsprozeß der Paulskirchenverfassung 1848, 49, Frankfurt am Main, Bern, New York 1983. (Rechtsgeschichtliche Reihen Bd. 29).


Kowalczyk, Ilko-Sascha, Artikulationsformen und Zielsetzungen von widerständigem Verhalten in verschiedenen Bereichen der Gesellschaft, in: Materialien der Enquete-Kommission "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland,
Frankfurt am Main 1994, S. 1203-1284.


Kuhn, Hans Rudolf, Der vorläufige Rechtsschutz im verwaltungsgerichtlichen Beschwerdeverfahren, Basel 1981.

Kummer, Peter, Die Nichtzulassungsbeschwerde. Das Beschwerdeverfahren nach der FGO der VwGO und dem SGG, Köln; Berlin; Bonn 1990.

Kurtzig, Paul (Hg.), Lehrbuch des deutschen und preußischen Verwaltungsrechts, Leipzig 1982.


Loreck, Sabine, Leserbriefe als Nische öffentlicher Kommunikation. Eine Untersuchung
aus lerntheoretischer Perspektive, Münster 1982.


Mitglieder des Gerichtshofes (Hg.), Entscheidungen des Reichsverwaltungsgerichts, Berlin 1942.


Mühlberg, Felix, Wenn die Faust au den Tisch schlägt. Eingaben als Strategie zur Bewälti-


Plail, Fritz (Hg.), Die Gesetze und Verordnungen über die neue Verwaltungsgerichtsbarkeit in den Ländern der Amerikanischen und Britischen Zone Deutschlands, Iserlohn-Regensburg 1949.


Rosegger, Hans Ludwig, Petitionen, Bitten und Beschwerden. ein Beitrag zur Entwicklungsgeschichte moderner Verfassungen in rechtsvergleichender Darstellung, Berlin 1908.


Ruge, Helmut (Hg.), Das Recht in Deutschland, Sammlung des Reichs- und Zonen-Rechts, über staatliches Recht, Berlin 1947-1950.


Staadt, Jochen, Eingaben. Die institutionalisierte Meckerkultur in der DDR. Goldbrokat, Kaffee-Mix, Büttenerden, Ausreiseanträge und andere Schwierigkeiten mit den Unterta-

Stange, Wilfried, Die Entwicklung der Rechtssprechung der Gerichte der weiteren Beschwerde zu § 57 Abs. 1 Nr. 3 FGG (rechtliches Interesse an der Änderung der Verfü-
gung), Tübingen 1990.

Statistisches Bundesamt (Hg.), Datenreport 1994. Zahlen und Fakten über die Bunderepu-
blik Deutschland, Bonn 1994 (Schriftenreihe Band 325).


Stein, Lorenz v., Verwaltungslehre und Verwaltungsrecht, Frankfurt am Main 1943.

Stolleis, Michael, Geschichte des öffentlichen Rechts in Deutschland. Bd. 2, Staatsrechts-

Stommel, Paul, Das Petitionsrecht des deutschen Reichstages und des preußischen Land-
tages, Diss. Greifswald 1916.


Tenfelde, Klaus (Hg.), Bis vor die Stufen des Throns. Bittschriften und Beschwerden von Bergleuten im Zeitalter der Industrialisierung, München 1986.

Terbille, Michael, Das Petitionsrecht in der Bundesrepublik Deutschland – Genese, Gel-


von Berg, Grundriß der reichsgerichteten Verfassung und Praxis, Göttingen 1791.

Voß, Ingo von, Die Verwaltungsgerichtsbarkeit in Hamburg von 1921 bis 1945. Die Ent-
wicklung vor und nach dem Entstehen nationalsozialistischer Tendenzen in Gesetzge-


Wunderlich, Georg, Die Notwendigkeit der Einführung einer Verwaltungsgerichtsbarkeit in den deutschen Schutzgebieten, Berlin 1913.

### Quellenverzeichnis

<table>
<thead>
<tr>
<th>Stadtarchiv Chemnitz</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td><strong>1. Stellv. d. OB</strong></td>
</tr>
<tr>
<td>8040 1986</td>
</tr>
<tr>
<td>Gemeinde Euba*</td>
</tr>
<tr>
<td>Euba 8 1952</td>
</tr>
<tr>
<td>Euba 9 1961</td>
</tr>
<tr>
<td>Euba 10 1964</td>
</tr>
<tr>
<td>Euba 11 1968</td>
</tr>
<tr>
<td>Euba 12 1971</td>
</tr>
<tr>
<td>Euba 13 1979</td>
</tr>
<tr>
<td>Euba 14 1984</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Gesundheits- Sozialwesen</strong></td>
</tr>
<tr>
<td>10868 1965</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Handel und Versorgung</strong></td>
</tr>
<tr>
<td>5591 1946</td>
</tr>
<tr>
<td>10727 1954</td>
</tr>
<tr>
<td>1006 1958</td>
</tr>
<tr>
<td>1036 1958</td>
</tr>
<tr>
<td>10729 1960</td>
</tr>
<tr>
<td>10684 1962</td>
</tr>
<tr>
<td>10659 1963</td>
</tr>
<tr>
<td>1921 1964</td>
</tr>
<tr>
<td>10686 1964</td>
</tr>
<tr>
<td>10685 1965</td>
</tr>
<tr>
<td>6112 1967</td>
</tr>
<tr>
<td>10651 1976</td>
</tr>
<tr>
<td>10667 1976</td>
</tr>
<tr>
<td>10653 1980</td>
</tr>
<tr>
<td>10658 1983</td>
</tr>
<tr>
<td>10656 1984</td>
</tr>
<tr>
<td>10669 1984</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Inneres</strong></td>
</tr>
<tr>
<td>1409 1950</td>
</tr>
<tr>
<td>1421 1954</td>
</tr>
<tr>
<td>1431 1958</td>
</tr>
<tr>
<td>10931 1961</td>
</tr>
<tr>
<td>10722 1962</td>
</tr>
<tr>
<td>11281 1962</td>
</tr>
<tr>
<td>11282 1963</td>
</tr>
<tr>
<td>10720 1964</td>
</tr>
<tr>
<td>11283 1965</td>
</tr>
<tr>
<td>10864 1969</td>
</tr>
<tr>
<td>10875 1971</td>
</tr>
<tr>
<td>11280 1971</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Körperkultur und Sport</strong></td>
</tr>
<tr>
<td>5829 1981</td>
</tr>
<tr>
<td>11508 1981</td>
</tr>
<tr>
<td>11507 1981</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>öffentl. Versorgungswirt.</strong></td>
</tr>
<tr>
<td>10936 1967</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Rat der Stadt</strong></td>
</tr>
<tr>
<td>5790 1947</td>
</tr>
<tr>
<td>7696 1947</td>
</tr>
<tr>
<td>6442 1948</td>
</tr>
<tr>
<td>7702 1948</td>
</tr>
<tr>
<td>140 1950</td>
</tr>
<tr>
<td>5642 1950</td>
</tr>
<tr>
<td>1701 1950</td>
</tr>
<tr>
<td>7520 1963</td>
</tr>
<tr>
<td>5116 1965</td>
</tr>
<tr>
<td>10874 1968</td>
</tr>
<tr>
<td>10862 1969</td>
</tr>
<tr>
<td>10863 1969</td>
</tr>
<tr>
<td>10870 1970</td>
</tr>
<tr>
<td>10872 1971</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Verkehr Straße Wasserwirtschaft</strong></td>
</tr>
<tr>
<td>10880 1966</td>
</tr>
<tr>
<td>10886 1967</td>
</tr>
<tr>
<td>10888 1968</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Volksbildung</strong></td>
</tr>
<tr>
<td>4695 1966</td>
</tr>
<tr>
<td>4694 1967</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Sächs. Staatsarchiv Außenstelle Chemnitz</strong></td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Rat des Bezirkes</strong></td>
</tr>
<tr>
<td>126428 1968</td>
</tr>
<tr>
<td>114304 1981</td>
</tr>
<tr>
<td>114305 1981</td>
</tr>
<tr>
<td>114306 1981</td>
</tr>
<tr>
<td>114307 1981</td>
</tr>
<tr>
<td>114308 1981</td>
</tr>
<tr>
<td>114309 1981</td>
</tr>
<tr>
<td>114310 1981</td>
</tr>
<tr>
<td>99268 1983</td>
</tr>
<tr>
<td>97369 1983</td>
</tr>
<tr>
<td>99269 1983</td>
</tr>
<tr>
<td>99270 1983</td>
</tr>
<tr>
<td>99271 1983</td>
</tr>
<tr>
<td>99272 1983</td>
</tr>
<tr>
<td>97510 1984</td>
</tr>
<tr>
<td>Metaverzeichnisse</td>
</tr>
<tr>
<td>------------------</td>
</tr>
<tr>
<td>Anlagen</td>
</tr>
<tr>
<td>97512</td>
</tr>
<tr>
<td>101374</td>
</tr>
<tr>
<td>SED Bezirksleitung</td>
</tr>
<tr>
<td>IV A-2/13/594</td>
</tr>
<tr>
<td>IV A-2/5/298</td>
</tr>
<tr>
<td>IV A-2/3/060</td>
</tr>
<tr>
<td>IV A-2/4/266/10</td>
</tr>
<tr>
<td>IV A-2/4/266/11</td>
</tr>
<tr>
<td>IV A-2/4/266/12</td>
</tr>
<tr>
<td>IV A-2/4/266/2</td>
</tr>
<tr>
<td>IV A-2/4/266/34</td>
</tr>
<tr>
<td>IV A-2/4/266/35</td>
</tr>
<tr>
<td>IV A-2/4/266/8</td>
</tr>
<tr>
<td>IV A-2/4/266/9</td>
</tr>
<tr>
<td>IV A-2/5/297-300</td>
</tr>
<tr>
<td>IV A-2/4/266/1-35</td>
</tr>
<tr>
<td>IV A-2/3/185</td>
</tr>
<tr>
<td>IV B-2/4/324</td>
</tr>
<tr>
<td>IV B-2/4/312</td>
</tr>
<tr>
<td>IV B-2/4/313</td>
</tr>
<tr>
<td>IV B-2/4/314</td>
</tr>
<tr>
<td>IV B-2/4/315</td>
</tr>
<tr>
<td>IV B-2/4/336</td>
</tr>
<tr>
<td>IV B-2/4/337</td>
</tr>
<tr>
<td>IV B-2/4/338</td>
</tr>
<tr>
<td>IV B-2/4/339</td>
</tr>
<tr>
<td>IV B-2/4/340</td>
</tr>
<tr>
<td>IV B-2/4/341</td>
</tr>
<tr>
<td>IV B-2/4/342</td>
</tr>
<tr>
<td>IV B-2/4/343</td>
</tr>
<tr>
<td>IV B-2/4/344</td>
</tr>
<tr>
<td>IV B-2/4/345</td>
</tr>
<tr>
<td>IV B-2/4/346</td>
</tr>
<tr>
<td>IV B-2/4/347</td>
</tr>
<tr>
<td>IV B-2/4/348</td>
</tr>
<tr>
<td>IV B-2/12/757</td>
</tr>
<tr>
<td>IV B-2/4/363</td>
</tr>
<tr>
<td>IV B-2/4/352</td>
</tr>
<tr>
<td>IV B-2/3/285</td>
</tr>
<tr>
<td>IV B-2/3/286</td>
</tr>
<tr>
<td>IV B-2/5/457</td>
</tr>
<tr>
<td>IV B-2/4/361</td>
</tr>
<tr>
<td>IV C-2/3/138</td>
</tr>
<tr>
<td>Bundesarchiv Berlin</td>
</tr>
<tr>
<td>(ehem. SAPMO, Potsdam, Coswig)</td>
</tr>
<tr>
<td>Büro Honecker</td>
</tr>
<tr>
<td>J IV /94</td>
</tr>
<tr>
<td>Ministerrat</td>
</tr>
<tr>
<td>DC 20 771</td>
</tr>
<tr>
<td>(MR 01-49/3a/70)</td>
</tr>
<tr>
<td>DC 20 MR I/3 1252 Film 75913</td>
</tr>
<tr>
<td>75912</td>
</tr>
<tr>
<td>DC20(PM02-148/1.1-1/75)</td>
</tr>
<tr>
<td>DC 20 4044</td>
</tr>
<tr>
<td>DC 20 83</td>
</tr>
<tr>
<td>DC 20 1859</td>
</tr>
<tr>
<td>DC 20 243</td>
</tr>
<tr>
<td>DC 20 PM 02-162/1.20/71 Anl. V, 1.6.1971</td>
</tr>
<tr>
<td>(MR 01-23/4/77)</td>
</tr>
<tr>
<td>DC 20 1/4 548</td>
</tr>
<tr>
<td>DC 20 Film 775-31 1962</td>
</tr>
<tr>
<td>DC 20 1/4 1220</td>
</tr>
<tr>
<td>DC 20 Film 77568</td>
</tr>
<tr>
<td>DC 20 Film 775-888 1967</td>
</tr>
<tr>
<td>DC 20 10463/15</td>
</tr>
<tr>
<td>DC 20 MR 01-49/3a/70</td>
</tr>
<tr>
<td>Anl. 3 14.1.70</td>
</tr>
<tr>
<td>DC 20 1/4-2739</td>
</tr>
<tr>
<td>DC 20 1/4-2743</td>
</tr>
<tr>
<td>DC 20 10233/4</td>
</tr>
<tr>
<td>DC 20 10233/9</td>
</tr>
<tr>
<td>DC 20 10233/10</td>
</tr>
<tr>
<td>DC 20 10233/11</td>
</tr>
<tr>
<td>DC 20 1/4 4226</td>
</tr>
<tr>
<td>DC 20 MR 24.2.83, 01-46/5/83 Anl. 5</td>
</tr>
<tr>
<td>DC 20 I/3-2140</td>
</tr>
<tr>
<td>DC 20 I/3-2253/1</td>
</tr>
<tr>
<td>DC 20 I/3-2451</td>
</tr>
<tr>
<td>DC 20 I/3-2284</td>
</tr>
<tr>
<td>DC 20 I/3-2626</td>
</tr>
<tr>
<td>DC 20 I/3-2721</td>
</tr>
<tr>
<td>DC 20 I/3-2788</td>
</tr>
<tr>
<td>Nachlaß Ulbricht</td>
</tr>
<tr>
<td>NY 4182/1090</td>
</tr>
<tr>
<td>NY 4182</td>
</tr>
<tr>
<td>NY 4182, Bd. III 15271</td>
</tr>
<tr>
<td>NY 4036/772</td>
</tr>
<tr>
<td>NY 4182/991</td>
</tr>
<tr>
<td>NY 4090/409</td>
</tr>
<tr>
<td>NY 4090/174</td>
</tr>
<tr>
<td>NY 4182/651</td>
</tr>
<tr>
<td>NY 4182/1388</td>
</tr>
<tr>
<td>NY 4182/772</td>
</tr>
<tr>
<td>NY 4182/1391</td>
</tr>
<tr>
<td>NY 4182/1390</td>
</tr>
<tr>
<td>Politbüro</td>
</tr>
<tr>
<td>J IV 2/2 A-1881</td>
</tr>
<tr>
<td>J IV 2/2 - 1562</td>
</tr>
<tr>
<td>J IV 2/2 A-1882</td>
</tr>
<tr>
<td>J IV 2/2-275</td>
</tr>
<tr>
<td>Präsidiarkanzlei</td>
</tr>
<tr>
<td>Pieck</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 4 982</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 4 983</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 4 985</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 4 986</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 4 987</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 4 988</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 4 984</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 4 990</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 4 1113</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 4 1182</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 4 994</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 4 995</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 4 996</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 4 1082</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 4 1086</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 4 1086/1</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 4 1105</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 4 1115</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 4 1001</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 4 1083</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 4 1220d</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Landesarchiv Berlin

Handel und Versorgung

<table>
<thead>
<tr>
<th>Jahresangaben</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>113-634</td>
</tr>
<tr>
<td>113-456</td>
</tr>
<tr>
<td>113-362</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 4 1005</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 4 1007</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 4 1008</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 4 1009</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 4 1010</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 4 1011</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 4 1006</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 4 1003</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 4 1018</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 4 1019</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 4 1026</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 4 1028</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 4 1029</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 4 1031</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 4 1087</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 4 1022</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 4 1085</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 4 1048</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 4 1056</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 4 1058</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 4 1059</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 4 1060</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 4 1093</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 4 1094</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 4 1072</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 4 1075</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 4 1076</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 4 1081</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 4 976</td>
</tr>
<tr>
<td>ZK der SED</td>
</tr>
<tr>
<td>J IV 2/3-345</td>
</tr>
<tr>
<td>J IV 2/2-377</td>
</tr>
<tr>
<td>J IV 2/3-727</td>
</tr>
<tr>
<td>J IV 2/3 A-778</td>
</tr>
<tr>
<td>J IV 2/3-728</td>
</tr>
<tr>
<td>J IV 2/3 A-767</td>
</tr>
<tr>
<td>vorl. SED 42604</td>
</tr>
<tr>
<td>vorl. SED 30480</td>
</tr>
<tr>
<td>vorl. SED 30475</td>
</tr>
<tr>
<td>Staatl. Plankommission</td>
</tr>
<tr>
<td>DE-1 10346</td>
</tr>
<tr>
<td>DE-1 10201</td>
</tr>
<tr>
<td>DE-1 10359</td>
</tr>
<tr>
<td>Staatsrat</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 5 4546</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 5 / 32</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 5 / 58</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 5 / 53</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 5 / 54</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 5 / 55</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 5 / 59</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 5 / 61</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 5 / 62</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 5 / 63</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 5 5451</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 5 5999</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 5 / 167</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 5 11373</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 5 4225</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 5 4233</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 5 5436</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 5 5249</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 5 11369</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 5 5979</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 5 11372</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 5 11371</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 5 11374</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 5 5980</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 5 6001</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 5 11375</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 5 7305</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 5 7306</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 5 7307</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 5 7308</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 7309</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 5 7310</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 5 7311</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 5 7312</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 5 11376</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 5 7313</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 5 7314</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 5 7309</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 5 / 852</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 5 / 853</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 5 4 / 702</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 5 / 701</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 5 / 709</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 5 11377</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 5 11378</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 5 11379</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 5 11380</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 5 9013</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 5 11381</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 5 1062</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 5 11382</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 5 11383</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 5 11384</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 5 11385</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 5 11386</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 5 11387</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 5 11418</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 5 11419</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 5 11420</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 5 11427</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 5 11422</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 5 11421</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 5 12399</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 5 11417</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 5 11423</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 5 11424</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 5 11436</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 5 11426</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 5 11425</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 5 11445</td>
</tr>
<tr>
<td>Volkskammer</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 1 983</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 1 1269</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 1 984</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 1 985</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 1 1254</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 1 4287</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 1 1270</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 1 1272</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 1 4290</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 1 4293</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 1 1264</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 1 464</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 1 465</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 1 460</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 1 463</td>
</tr>
<tr>
<td>DA 1 3119</td>
</tr>
<tr>
<td>sächs. Hauptstaatsarchiv Dresden</td>
</tr>
<tr>
<td>Ministerium d. Inneren</td>
</tr>
<tr>
<td>9305</td>
</tr>
<tr>
<td>Archiv des Bundesbeauftragten für die Unterlagen d. Staatssicherheit Chemnitz</td>
</tr>
<tr>
<td>Eingaben</td>
</tr>
<tr>
<td>1971</td>
</tr>
<tr>
<td>Bd I</td>
</tr>
</tbody>
</table>

* Vorläufige Signaturen
### Verzeichnis der Abkürzungen

#### Archive

<table>
<thead>
<tr>
<th>Abkürzung</th>
<th>Beschreibung</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>BAB:</td>
<td>Bundesarchiv Außenstelle Berlin</td>
</tr>
<tr>
<td>BAC:</td>
<td>Bundesarchiv Außenstelle Coswig</td>
</tr>
<tr>
<td>BAP:</td>
<td>Bundesarchiv Außenstelle Potsdam</td>
</tr>
<tr>
<td>BStU-C:</td>
<td>Archiv des Bundesbeauftragten für Unterlagen der Staatssicherheit Chemnitz</td>
</tr>
<tr>
<td>LAB:</td>
<td>Landesarchiv Berlin</td>
</tr>
<tr>
<td>SAPMO:</td>
<td>Stiftung Archiv der Parteien- und Massenorganisationen der DDR</td>
</tr>
<tr>
<td>sHSAD:</td>
<td>Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden</td>
</tr>
<tr>
<td>sSAC:</td>
<td>Sächsisches Staatsarchiv Außenstelle Chemnitz</td>
</tr>
</tbody>
</table>

#### Verwendete Abkürzungen

<table>
<thead>
<tr>
<th>Abkürzung</th>
<th>Beschreibung</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>ABF</td>
<td>Arbeiter-und-Bauern-Fakultät</td>
</tr>
<tr>
<td>ABI</td>
<td>Arbeiter-und-Bauern-Inspektion</td>
</tr>
<tr>
<td>BHG</td>
<td>Bäuerliche Handelsgenossenschaft</td>
</tr>
<tr>
<td>BL</td>
<td>Bezirksleitung</td>
</tr>
<tr>
<td>BPKK</td>
<td>Bezirksparteikontrollkommission</td>
</tr>
<tr>
<td>BPO</td>
<td>Betriebsparteiororganisation</td>
</tr>
<tr>
<td>BV</td>
<td>Bezirksverwaltung</td>
</tr>
<tr>
<td>DFF</td>
<td>Deutscher Fernsehfunk</td>
</tr>
<tr>
<td>DR</td>
<td>Deutsche Reichsbahn</td>
</tr>
<tr>
<td>DTSB</td>
<td>Deutscher Turn- und Sportbund</td>
</tr>
<tr>
<td>DVP</td>
<td>Deutsche Volkspolizei</td>
</tr>
<tr>
<td>DWK</td>
<td>Deutsche Wirtschaftskommission</td>
</tr>
<tr>
<td>EOS</td>
<td>Erweiterte Oberschule</td>
</tr>
<tr>
<td>FDGB</td>
<td>Freier Deutscher Gewerkschaftsbund</td>
</tr>
<tr>
<td>GO</td>
<td>Grundorganisation</td>
</tr>
<tr>
<td>GST</td>
<td>Gesellschaft für Sport und Technik</td>
</tr>
<tr>
<td>HO</td>
<td>Handelsorganisation</td>
</tr>
<tr>
<td>KL</td>
<td>Kreisleitung</td>
</tr>
<tr>
<td>KPKK</td>
<td>Kreisparteikontrollkommissie</td>
</tr>
<tr>
<td>KVP</td>
<td>Kasernierte Volkspolizei</td>
</tr>
<tr>
<td>LPG</td>
<td>Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft</td>
</tr>
<tr>
<td>LPKK</td>
<td>Landesparteikontrollkommission</td>
</tr>
<tr>
<td>MdI</td>
<td>Ministerium des Innern</td>
</tr>
<tr>
<td>Abkürzung</td>
<td>Deutscher Begriff</td>
</tr>
<tr>
<td>-----------</td>
<td>------------------</td>
</tr>
<tr>
<td>MfS</td>
<td>Ministerium für Staatssicherheit</td>
</tr>
<tr>
<td>NF</td>
<td>Nationale Front des demokratischen Deutschland, Nationale Front der DDR</td>
</tr>
<tr>
<td>OS</td>
<td>Oberschule</td>
</tr>
<tr>
<td>PB</td>
<td>Politbüro</td>
</tr>
<tr>
<td>PGH</td>
<td>Produktionsgenossenschaft des Handwerks</td>
</tr>
<tr>
<td>PKK</td>
<td>Parteikontrollkommission</td>
</tr>
<tr>
<td>POS</td>
<td>Polytechnische Oberschule</td>
</tr>
<tr>
<td>SAG</td>
<td>Sowjetische Aktiengesellschaft</td>
</tr>
<tr>
<td>SBZ</td>
<td>Sowjetische Besatzungszone</td>
</tr>
<tr>
<td>SDAG</td>
<td>Sowjetisch-Deutsche Aktiengesellschaft</td>
</tr>
<tr>
<td>SMAD</td>
<td>Sowjetische Militäradministration in Deutschland</td>
</tr>
<tr>
<td>SPK</td>
<td>Staatliche Plankommission</td>
</tr>
<tr>
<td>VEB</td>
<td>Volkseigener Betrieb</td>
</tr>
<tr>
<td>VEG</td>
<td>Volkseigenes Gut</td>
</tr>
<tr>
<td>VOB</td>
<td>Vereinigung Organisationseigener Betriebe</td>
</tr>
<tr>
<td>VVB</td>
<td>Vereinigung Volkseigener Betriebe</td>
</tr>
<tr>
<td>VVEAB</td>
<td>Vereinigung Volkseigener Erfassungs- u. Aufkaufbetriebe</td>
</tr>
<tr>
<td>ZK</td>
<td>Zentralkomitee</td>
</tr>
<tr>
<td>ZL</td>
<td>Zentralleitung</td>
</tr>
<tr>
<td>ZPL</td>
<td>Zentrale Parteileitung</td>
</tr>
<tr>
<td>ZPKK</td>
<td>Zentrale Parteikontrollkommission</td>
</tr>
<tr>
<td>ZR</td>
<td>Zentralrat</td>
</tr>
</tbody>
</table>